

# Stenographischer Bericht

## 26. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

II. Periode — 20. Dezember 1951.

### Inhalt:

#### Personalien:

Entschuldigt sind: 2. Präsident Stockbauer und die Abg. Hella Lendl, Leopold Prassl und Josef Weinhandl (462).

#### Auflagen:

Regierungsvorlage zum Antrag der Abg. Prassl, Stiboller, Ebner, Ertl und Thaller, betreffend Änderung der Ladenschlußzeiten auf dem Lande, Einl.-Zl. 155 (462).

#### Anträge

Antrag <sup>40.26.119</sup> der Abg. Taurer, Hofmann, Edlinger, Operschall, Sebastian, Schabes, Wernhardt, Plaimauer und Genossen, betreffend Ausschreibung der Wahlen für die Landarbeiterkammer (462) <sup>559 u. 585</sup>

#### Anfragen:

Anfrage der Abg. Josef Hegenbarth, Josef Wallner, Leopold Prassl, Franz Koller, Dr. Hans Amschl, Dr. Franz Allitsch an Herrn Landesrat Fritz Matzner, betreffend Nichtvorlage des Aktes Grenzänderung der Gemeinden Zettling-Unterpremstätten (462).

#### Zuweisungen:

Regierungsvorlage <sup>zu</sup> Einl.-Zl. 155, an den Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß (462).

#### Verhandlungen:

1. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 67, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1952 sowie über die Abänderungs-Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanz-Ausschusses zu dieser Regierungsvorlage, Beilage Nr. 68.

#### Generaldebatte:

Hauptberichterstatler Abg. Dr. Speck (462).  
Redner: Landesrat DDDr. Illig (464), Abg. Taurer (470), Abg. Strohmayr (474), Abg. Pölzl (477), Abg. Dr. Kaan (484), Abg. Kandutsch (487), Landesrat DDDr. Illig (494), Landesrat Horvatek (497), Landesrat Dr. Elsnitz (504), Abg. Wallner (507), Abg. Pölzl (509), Abg. Operschall (510), Abg. Kandutsch (511), Abg. Dr. Speck (511).

#### Spezialdebatte:

##### Gruppe 0:

Berichterstatler: Abg. Dr. Allitsch (512).  
Redner: Abg. Hegenbarth (512), Abg. Wegart (513), Abg. Schlacher (513).  
Annahme des Antrages (513).

##### Gruppe 1.

Berichterstatler: Abg. Dr. Allitsch (513).  
Annahme des Antrages (513).

##### Gruppe 2.

Berichterstatler: Abg. Dr. Kaan (514).  
Redner: Abg. Sophie Wolf (514), Abg. Lackner (515), Abg. Stöffler (515), Landesrat Horvatek (516), Abg. Pölzl (517), Abg. Sebastian (518).  
Annahme des Antrages (518).

##### Gruppe 3.

Berichterstatler: Abg. Hegenbarth (518).  
Redner: Landeshauptmannstellv. Dipl. Ing. Udier (519), Abg. Pölzl (520), Abg. Dr. Kaan (521), Abg. Ertl (523),

Landesrat DDDr. Illig (523), Abg. Dr. Amschl (525), Abg. Dr. Speck (526), Landesrat Prirrsch (528), Abg. Kandutsch (528).

Annahme des Antrages (529).

##### Gruppe 4.

Berichterstatler: Abg. Operschall (529).  
Redner: Abg. Hegenbarth (530), Abg. Hofmann (530), Abg. Sophie Wolf (531), Abg. Pölzl (532), Abg. Plaimauer (533), Landesrat Maria Matzner (533).  
Annahme des Antrages (536).

##### Gruppe 5.

Berichterstatler: Abg. Sebastian (536).  
Redner: Erster Landeshauptmannstellv. Dr. h. c. Machold (537), Abg. Stöffler (541), Abg. Pölzl (542), Abg. Dr. Amschl (543), Abg. Lackner (543), Erster Landeshauptmannstellv. Dr. h. c. Machold (544).  
Annahme des Antrages (545).

##### Gruppe 6.

Berichterstatler: Abg. Stöffler (545).  
Redner: Landeshauptmannstellv. Dipl. Ing. Udier (546), Abg. Schabes (548), Abg. Wallner (549), Abg. Hofmann (550), Abg. Dr. Amschl (551), Abg. Hegenbarth (552), Abg. Wurm (553), Abg. Dr. Speck (553), Landesrat Prirrsch (555), Abg. Stöffler (557).  
Annahme des Antrages (557).

##### Gruppe 7.

Berichterstatler: Abg. Ertl (557).  
Redner: Abg. Taurer (558), Abg. Wallner (559), Abg. Scheer (563), Abg. Schlacher (566), Abg. Sebastian (566), Abg. Koller (568), Abg. Birnbauer (569), Abg. Egger (570), Abg. Edlinger (571), Abg. Stöffler (573), Abg. Ebner (574), Abg. Hofmann (575), Abg. Hegenbarth (576), Abg. Lackner (578), Abg. Taurer (579), Abg. Wallner (579), Abg. Operschall (587), Landesrat Prirrsch (582).  
Annahme des Antrages (585).

##### Gruppe 8.

Berichterstatler: Abg. Wurm (585).  
Redner: Abg. Hirsch (585).  
Annahme des Antrages (586).

##### Gruppe 9.

Berichterstatler: Abg. Hofmann (586).  
Redner: Abg. Dr. Kaan (586), Landesrat Horvatek (587), Abg. Pölzl (589), Abg. Stöffler (590).  
Annahme des Antrages (590).

Außerordentlicher Voranschlag und Sondervoranschläge.

Berichterstatler: Abg. Stöffler (590).  
Annahme des Antrages (591).

#### Dienstpostenplan.

Berichterstatler: Abg. Dr. Allitsch (591).  
Annahme des Antrages (591).

Beschlußanträge zum Landesvoranschlag 1952, Beilage Nr. 67 und 68.

Hauptberichterstatler: Abg. Dr. Speck (591).  
Annahme der Anträge (591).

Anfrage <sup>10 10</sup> der Abg. Hegenbarth, Wallner, Prassl, Koller, Dr. Amschl, Dr. Allitsch an Herrn Landesrat Fritz Matzner, betreffend Nichtvorlage des Aktes Grenzänderung der Gemeinden Zettling-Unterpremstätten.

Beantwortung der Anfrage durch Landesrat Fritz Matzner (484).

2. Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Gewährung einer Zulage zum Ruhegenuß des Kanzleidirektors i. R. Maria Stahl.

Berichterstatter: Abg. Sebastian (592).  
Annahme des Antrages (592).

3. Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Bittschrift der Oberbibliothekarswitwe Paula Schuch um gnadenweise Erhöhung der Witwenpension.

Berichterstatter: Abg. Sebastian (592).  
Annahme des Antrages (592).

Beginn der Sitzung 9 Uhr 20 Minuten.

Präsident Thoma: Ich eröffne die 26. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt sind: Zweiter Präsident Stockbauer, die Abg. Hella Lendl, Prassl und Weinhandl.

Die Bundesräte Rösch und Rosa Rück haben ihr Fernbleiben entschuldigt.

Nach der allen Abgeordneten bekanntgegebenen Tagesordnung werden wir uns heute zuerst mit der Regierungsvorlage, Beilage Nr. 67, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1952 sowie über die aufliegenden Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses zu dieser Vorlage, Beilage Nr. 68, befassen. Bei den Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträgen des Finanzausschusses wird von der 24stündigen Auflagefrist Abstand genommen.

Nach der Verabschiedung des Budgets werden wir noch die Regierungsvorlagen Einl.-Zl. 212, betreffend Gewährung einer Zulage zum Ruhegenuß des Kanzleidirektors i. R. Maria Stahl und Einl.-Zl. 162, betreffend die Bittschrift der Oberbibliothekarswitwe Paula Schuch um gnadenweise Erhöhung der Witwenpension, behandeln.

Ich nehme die Billigung dieser Tagesordnung an, wenn kein Einwand erhoben wird. Ein Einwand wird nicht erhoben. Die Tagesordnung ist daher gebilligt.

Aufgelegt ist außer den Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträgen des Finanzausschusses, Beilage Nr. 68, die Regierungsvorlage zum Antrag der Abg. Prassl, Stiboller, Ebner, Ertl und Thaller, betreffend Änderung der Ladenschlußzeiten auf dem Lande, Einl.-Zl. 155.

Unter der Voraussetzung, daß kein Einwand erhoben wird, werde ich die Zuweisung der Regierungsvorlage zu Einl.-Zl. 155 vornehmen. Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich weise die erwähnte Regierungsvorlage dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß zu.

Ich nehme die Zustimmung zu dieser Zuweisung an, wenn kein Widerspruch erfolgt. Ein Widerspruch wird nicht erhoben. Es verbleibt daher bei der vorgenommenen Zuweisung.

Eingebracht wurde der Antrag der Abg. Taurer, Hofmann, Edlinger, Operschall, Sebastian, Schabes, Wernhardt, Plaimauer und Genossen, betreffend Ausschreibung der Wahlen für die Landarbeiterkammer, welcher Antrag bei der Erörterung der Gruppe 7 in der Spezialdebatte behandelt werden wird.

Zur mündlichen Beantwortung der in der 25. Sitzung an Herrn Landesrat Matzner gestellten Anfrage werde ich später dem Herrn Landesrat das Wort erteilen.

Der gehörig unterstützte Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Wir gehen zur Tagesordnung über.

**1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 67, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1952 sowie die Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses zu dieser Regierungsvorlage, Beilage Nr. 68.**

Hauptberichterstatter ist Abg. Dr. Speck.

Es wird zweckmäßig sein, die Verhandlung wie in den vergangenen Jahren in eine Generaldebatte und in eine Spezialdebatte zu teilen. Ich frage den Herrn Hauptberichterstatter, ob er einen diesbezüglichen Antrag stellt?

Hauptberichterstatter Abg. Dr. Speck: Ich stelle diesen Antrag.

Präsident: Sie haben den Antrag des Hauptberichterstatters gehört. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Antrag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen. Ich erteile dem Herrn Hauptberichterstatter das Wort.

Hauptberichterstatter Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! Ich habe im Laufe der letzten fünf Jahre immer Gelegenheit gehabt, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Finanz- und Budgetausschusses des Landtages und damit auch als Hauptberichterstatter für den Voranschlag, diesen hier einzubegleiten und im Namen des Finanzausschusses dem Hohen Hause vorzulegen. Ich habe auch immer wieder darauf verwiesen, daß es das wichtigste Recht des Landtages ist, die finanziellen Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen die Verwaltung des Landes im nächstfolgenden Jahr geführt werden soll. Wir konnten in den vergangenen Jahren beteuern, daß diese Vorlagen im Finanzausschuß sorgfältig behandelt worden sind. Das gilt auch diesmal. Diese Vorlage wird nun dem Hohen Landtag vorgelegt als Ergebnis einer gewissenhaften Überprüfung aller Möglichkeiten der Einnahmen und der Verwendung dieser Mittel in Form der Ausgaben. Wir haben die Verantwortung für beides zu tragen, gleichgültig, ob

es sich bei den Einnahmen um hier im Landtag selbst beschlossene Einnahmen handelt — die sind sehr in der Minderzahl — oder um Einnahmen, die auf Grund des Abgabenteilungsgesetzes dem Land sozusagen als Ertragsanteile zugeteilt sind, oder ob es sich auf der anderen Seite um gesetzlich und vertraglich festgelegte, gewissermaßen zwangsweise Ausgaben handelt oder um Ausgaben, über die der Landtag sozusagen für eigene Leistungen des Landes frei verfügt. Im Finanzausschuß nun wurde, und das ist eine Selbstverständlichkeit, Kritik geübt, nicht etwa nur an der Vorlage, sondern in allen Vertretungskörperschaften der Welt ist die Behandlung des Budgets immer der Anlaß, um die ganze Verwaltung einer kritischen Betrachtung zu unterziehen und das ist selbstverständlich auch diesmal im Finanzausschuß wieder geschehen. Es wurden weiters Wünsche in reicher Zahl vorgebracht nach Erweiterung oder nach Erhöhung der Leistungen, die das Land bisher erbracht hat. Es wurden auch Abänderungsanträge gestellt. Ein Teil dieser Wünsche konnte erfüllt werden, ein anderer Teil nicht. Das Land mußte sich ja bewegen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und ehrlich und gewissenhaft jede Gefahr einer leichtfertigen Entwicklung der Finanzverwaltung ausschließen, wie dies übrigens durch die Person des Herrn Landesfinanzreferenten und seinen Charakter gesichert ist. Ich darf wohl sagen, daß wir alle, die wir im Finanzausschuß gearbeitet haben, mit gutem Gewissen diese Vorlage dem Hohen Haus vorlegen können. Wir wissen freilich, daß die Öffentlichkeit oft wenig Verständnis für alle die gesetzlichen und sachlichen Zusammenhänge aufbringt, vielleicht auch nicht aufbringen kann, weil ihr eine aus einer gewissen Nörgelsucht geborene, oberflächliche Kritik besser liegt als ernstes Eindringen in die allerdings wirklich manchmal schwierigen Zusammenhänge. Dabei wird sie zum Teil auch unterstützt von einer Presse, die fast ausschließlich und mit Erfolg davon lebt, daß sie bei ihren gedankenlosen Lesern darum buhlt und an deren üble Instinkte appelliert. Dies leider nicht ohne Erfolg. Diese Erscheinungen sind wirklich eine Gefahr für die Demokratie. Doch haben wir alle schon das Gegenteil der Demokratie erlebt und darunter gelitten, oft auch die, die jetzt die Demokratie so gedankenlos untergraben helfen.

Der Weg der Behandlung des Voranschlages, Hohes Haus, ist heuer etwas anders gewesen als in den vergangenen 5 Jahren 1946—1950. Es hat zum erstenmal eine Vorberatung in der Landesregierung stattgefunden, die auch zu einer Reihe von wichtigen Änderungsanträgen geführt hat, so daß dem Finanzausschuß schon eine gegenüber der ursprünglichen Vorlage des Herrn Finanzreferenten abgeänderte Fassung zur weiteren Behandlung unterbreitet wurde. Und dann erst ist die Behandlung im Finanzausschuß gekommen. Sie hat dort drei Tage gedauert, wobei ich den Begriff „Tage“ bis um Mitternacht ausdehnen muß. Es war, ich glaube auch das sagen zu dürfen, eine durchaus sach-

liche Arbeit geleistet worden. Natürlich heißt das nicht, daß es nicht Gegensätze und verschiedene Meinungen zwischen den Vertretern der einzelnen Parteigruppen gegeben hat, denn auch im Finanzausschuß sind ja alle Parteien, genau so wie im Hohen Haus, mit ihren verschiedenen Ansichten und Absichten vertreten. Was heißt Partei? Das ist nichts anderes als die Meinung jener Teile des Volkes, die durch gleiche Anschauungen und gleiche Interessen miteinander verbunden sind. Jede Partei ist ja in einem demokratischen Staat von den Wählern dazu gewählt worden, deren Interessen zu vertreten; das ist also ihre Pflicht. Es ist zweifellos ebenso ihre Pflicht als Abgeordnete des Hohen Landtages, aus diesen verschiedenen Interessen der verschiedenen Bevölkerungskreise das Gemeinsame herauszuarbeiten und einen Ausgleich zwischen allen zu schaffen, so daß sie schließlich halbwegs zufrieden sind und ihre Wünsche erfüllt sehen können. Das hat nichts zu tun mit der oft gerügten sogenannten Päckelei. Wie sollte man sonst auf demokratischem Wege zu einem Erfolg kommen? Wenn die Durchsetzung einer einzelnen Gruppe von Wünschen möglich wäre, wäre das Diktatur, das Gegenteil von Demokratie. Auch heuer sind im Finanzausschuß von allen Parteien und Abgeordneten, die ihm angehören, Wünsche und Forderungen gestellt worden, die begründet und zum großen Teil auch berechtigt waren. Wünsche bleiben Seifenblasen, solange sie nicht durch Einnahmen bedeckt und somit erfüllt werden können. Das war die harte und unübersteigliche Grenze, durch die wir uns diesen Wünschen gegenüber gebunden gefühlt haben. Maßgebend war der von allen Parteien anerkannte Grundsatz, daß es keine Defizitwirtschaft und keine Schuldenwirtschaft geben dürfe, sondern die Ausgaben nur so hoch angesetzt werden können, als eine Bedeckung hierfür gefunden wird. Bei den vorgebrachten Abänderungs- und Erweiterungsanträgen wurde dieser Grundsatz tatsächlich eingehalten. Die letzte Sitzung des Finanzausschusses am Montag Vormittag hat diese Wünsche mit den Möglichkeiten in Einklang gebracht und als Ergebnis legt der Finanzausschuß dem Hohen Hause den Voranschlag vor, einen ausgeglichenen Voranschlag in der ordentlichen Gebarung.

Im Ergänzungsheft, daß Sie in Ihren Händen haben, ist auf Seite 9 die Zusammenstellung erfolgt. Sie sehen, daß der ordentliche Landesvoranschlag mit 581,056.000 S ausgeglichen ist in den Einnahmen und Ausgaben. Der außerordentliche Voranschlag, der ist natürlich nicht voll bedeckt. Es ist das Wesen der außerordentlichen Gebarung, daß sie eine Zusammenstellung der Wünsche ist, die über den unmittelbar gegebenen Rahmen hinausreichen, von denen nur ein Teil zunächst tatsächlich bedeckt werden kann. Er umfaßt eine Ausgabensumme von 81,975.000 S, von denen 33,909.000 S, also immerhin auch ein beachtlicher Teil, bedeckt sind. In ihm sind vor allem Bauten und andere Einrichtungen des Landes enthalten, die schon im

heurigen Jahr begonnen worden waren und deren Einstellung bedeuten würde, daß das bisher aufgewendete Geld sinnlos vergeudet wurde.

Wir können sagen, daß die Beratungen über den Landesvoranschlag im Finanzausschuß günstige Ergebnisse gebracht haben, die uns alle mit wirklicher Befriedigung erfüllen können. Wir werden überzeugt sein können, daß auf Grund dieses Voranschlages die Verwaltung des Landes Steiermark auch im Jahre 1952 nicht nur ordentlich und korrekt geführt werden kann und wird, sondern auch so, daß von diesem Budget durch die Schaffung von vielem einzelnen Guten und Schönen eine wesentliche Belebung unserer Wirtschaft ausgehen wird, eine Sicherung der Vollbeschäftigung und damit des sozialen Friedens in diesem Lande. Ich bitte das Hohe Haus, in diesem Sinne an die Beratung des Voranschlages für 1952 heranzutreten.

Landesrat **DDDr. Illig**: Hoher Landtag! Der Steiermärkische Landtag tritt heuer zur Beratung des Landesvoranschlages am Ende eines Jahres zusammen, das für die österreichische Wirtschaft, die österreichische Wirtschafts- und Innenpolitik vielleicht die schwerste Belastungsprobe seit Bestehen der zweiten Republik bedeutet hat.

Die kommunistische Agression in Korea hat bekanntlich anfangs unvermutete, dann aber höchst bedenkliche weltweite Auswirkungen zur Folge gehabt. Diese Agression bedeutete unvermeidlich den Beginn eines Wettrüstens der großen Mächte und in weiterer Folge einen mit Rasanzen einsetzenden Rohstoffmangel und auch eine Verteuerung der Rohstoffe, eine Entwicklung, die auf Österreich, auf ein Land, das weitgehend auf Rohstoffeinfuhr angewiesen ist, selbstverständlich schwerwiegende Auswirkungen haben mußte.

Die sogenannte Preis- und Lohnspirale wurde hier in Österreich, wie übrigens in den meisten anderen Ländern Europas, ja in der Welt, in Bewegung gesetzt und sie wurde hier in Österreich durch verschiedene andere wirtschaftspolitische Momente mit einem zusätzlichen Akzent versehen, wenn ich so sagen darf, so zum Beispiel durch die Notwendigkeit des schrittweisen Abbaues der staatlichen Stützungen, der Regulierung verschiedener schon vorher nicht kostendeckender Agrarpreise und auch mancher Tarife, dann wieder durch die zwingende Notwendigkeit, die Löhne und Gehälter dem neuen Preisniveau anzupassen. All dies führte zum bekannten 5. Lohn- und Preisübereinkommen, das zwar unvermeidlich war, aber gleichzeitig mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit aufzeigte, daß eine weitere Entwicklung auf diesem Wege inflatorische Gefahren mit sich bringen müsse. Wie schon bemerkt, steht Österreich in dieser bisher skizzierten Entwicklung nicht allein, auch in den meisten anderen Staaten und auch in den sogenannten Siegerstaaten ist diese Entwicklung zu beobachten, und zwar oft in

weit schärferem Ausmaße als in Österreich, was dort, in den anderen Ländern, begreiflich ist; denn es ist klar, daß die Erzeugung gewaltiger Gütermengen, die nicht konsumiert werden können aber doch bezahlt werden müssen, dort dieser Vorgang zur Schwächung der Währung und Senkung des Lebensstandards führen muß. Österreich, ein friedliebendes Land, erzeugt keine Kanonen und Granaten, die sogenannte österreichische Aufrüstung ist ein kommunistischer Zwetschkenkrampus. (Gelächter.)

Wenn Österreich dennoch von dieser weltwirtschaftlichen Entwicklung, die ich skizziert habe, ergriffen worden ist, so liegt dieser Umstand einerseits in der weltwirtschaftlichen Verflechtung der österreichischen Wirtschaft begründet, andererseits vielleicht doch auch teilweise in dem Fehler, daß die österreichische Investitionspolitik zu wenig auf den Konsum ausgerichtet war.

Die Erkenntnis dieses letztgenannten Falles zeigte wieder einmal deutlich, wie notwendig und dringend die Förderung der Produktion von Konsumgütern ist, einerseits auf dem gewerblichen und industriellen Sektor, andererseits die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Förderung der gewerblichen und industriellen Produktion kann nach meiner Ansicht am besten durch eine maßvolle und verständnisvolle Steuerpolitik gegenüber Industrie und Gewerbe geschehen, um den Konsumgütererzeugenden Betrieben Investitionen zur noch besseren und noch schnelleren Erzeugung von Verbrauchsgütern zu ermöglichen. Die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion kann wohl am besten dadurch geschehen, daß alle bisher mit sichtbarem Erfolg angewendeten Förderungsmaßnahmen auf das Intensivste fortgesetzt und vertieft werden.

Ich kann die in der Vorbehandlung des Budgets in der Landesregierung und im Finanzausschuß von mancher Seite geäußerte Ansicht nicht vertreten, daß das Land Steiermark hinsichtlich der Förderung der Landwirtschaft schon des Guten genug oder gar zuviel getan habe. Wenn wir das Budget durchstudieren, können wir feststellen, daß für alle landwirtschaftlichen Belange, einschließlich der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen und bäuerlichen Fortbildungsschulen und einschließlich des sogenannten Katastrophenfonds und anderer Titel, die eigentlich gar nicht mehr zur Landwirtschaftsförderung im engsten Sinne gehören, insgesamt Bruttoausgaben von 28,371.500 Schilling getätigt werden. Wir können in dieser Ziffer eine Übertreibung nicht erblicken. Einerseits schon nicht im Vergleich zu anderen Budget-Titeln, z. B. zur Gruppe 4, Fürsorge, die mit rund 60,000.000 S aufscheint oder zur Gruppe 5, Gesundheitspflege, mit rd. 165,000.000 Schilling, andererseits auch deshalb, weil die Erhaltung und Sicherung unserer Ernährungsbasis ja doch jederzeit und immer der wichtigste Akt unserer Selbsterhaltung und Selbstbehauptung bleiben muß.

Zurückkommend zu den früheren Ausführungen über die österreichische Wirtschaftslage muß ich noch der weiteren Erschwerung der österreichischen Wirtschaftssituation durch die Kürzung der Marshallplanhilfe gedenken. Die Herabsetzung dieser Marshallplanhilfe von 200.000.000 Dollar auf 120.000.000 Dollar im Wirtschaftsjahr 1952/53 bedeutet für die österreichische Wirtschaft zweifellos einen empfindlichen Schlag und gebietet daher zwingend, aus dieser Situation die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Diese notwendigen Folgerungen lassen sich in einem kurzen Satz formulieren mit der Forderung nach weiterer Steigerung der Produktion und der Produktivität, nach Intensivierung unseres Außenhandels durch seine Befreiung von unnötigen bürokratischen oder parteipolitischen Fesseln und schließlich durch die Forderung nach Sparsamkeit in jedem Haushalt, im einzelnen Haushalt sowohl wie auch in jedem öffentlichen Haushalt.

Mit diesem Programm sind wir schon mitten in der Betrachtung unserer Budget-Situation hier im Lande Steiermark für das Jahr 1952. Die Steigerung des Landesbudgets vom Jahr 1946 von damals 47.800.000 S auf heute, das heißt bis zum Jahre 1952 auf 581.000.000 S, also eine Steigerung auf mehr als das Zwölfwache, ist ein gewisses Warnungssignal. Man kann gegenüber dieser Betrachtung allerdings einwenden, daß ihr eine Fehlerquelle innewohnt, nämlich die Tatsache, daß vom Jahre 1947 auf 1948 durch die Übernahme der Kosten der mittelbaren Bundesverwaltung durch das Land ein außerordentlicher Sprung von damals 93.000.000 S auf 196.000.000 S erfolgte. Aber selbst wenn ich diese Fehlerquelle ausschalte und nur die Ziffer von 1948, nämlich 196.000.000 S und von 1952, daß sind 581.000.000 S, gegenüberstelle, komme ich in dieser Zeitspanne zu einer Steigerung von 290 %. Die Kürzung der Marshallplanhilfe hat uns allen mit Deutlichkeit vor Augen geführt, daß man in Österreich im einzelnen und im großen irgendwie über die Verhältnisse gelebt hat und diese Erkenntnis müßten sich auch alle öffentlichen Körperschaften vor Augen halten. Freilich, ein Herumreißen des Steuers um 180 %, ein vollkommen neuer Kurs in dieser Richtung kann nicht von einem einzelnen Bundesland aus inauguriert werden. Gegenüber dem 19-Milliarden-Budget des Bundes spielt unsere steirische oder z. B. die tirolische Finanzpolitik natürlich keine entscheidende Rolle. Wir glauben aber, daß doch wenigstens ein Zeichen, ein Signum, eine Geste des guten Willens in der Richtung der Auswertung dieser Erkenntnis notwendig sei und deshalb haben wir bei der Vorbehandlung des Budgets in der Landesregierung den Antrag gestellt, alle Titel des ordentlichen Haushaltes, die nicht auf Pflichtleistungen beruhen, um 5 % herabzusetzen. Der Gegenvorschlag, eine Herabsetzung um 3 % vorzunehmen, wurde dann zum Beschluß erhoben. Der dadurch erzielte Effekt, ziffernmäßig ausgedrückt in einer Summe von 5.274.000 S, ist gewiß nicht überwältigend, aber ich möchte ihm seine Bedeutung

als Willenskundgebung der Landesregierung und des Landtages in der angedeuteten Richtung nicht absprechen, um damit der erfolgreichen, gemeinsamen Aktion der gewerblichen Wirtschaft und den Gewerkschaften auf dem Gebiete der Preissenkung etwas Ähnliches zur Seite zu stellen. Die Wirkung muß allerdings noch vertieft und erweitert werden. Wir haben eine solche Vertiefung und Erweiterung versucht durch den Antrag, die Autobenützung in allen Zweigen der Landesverwaltung einzuschränken, was ja dann auch durch einen diesbezüglichen Beschluß des Finanzausschusses geschehen ist, nämlich die Autobetriebskosten linear um 20 %, die Instandhaltungskosten linear um 10 % zu senken mit Ausnahme der der technischen Fahrzeuge. Das durch diese Aktion gesteckte Ziel kann nach meiner Ansicht allerdings nur dann erreicht werden, wenn in Hinkunft die Parteien, und zwar alle, unsere nicht ausgeschlossen, das Herz aufbringen, über die sogenannten Ersparungen nicht sofort für andere Zwecke zu verfügen, sondern sie im Sinne einer echten Budgetverengung zu verwenden. Ich glaube, Hohes Haus, wenn wir schon darangehen, bevor wir einmal durch harte Notwendigkeiten dazu gezwungen werden, können wir uns für die Zukunft manchen Kummer ersparen.

Hohes Haus! Bei der Betrachtung der wirtschaftspolitischen Entwicklung und Situation in Österreich müßten wir zwangsläufig bei dem 5. Lohn- und Preisübereinkommen landen. Trotz der Gefahr unangenehmer Begleiterscheinungen dieses 5. Lohn- und Preisübereinkommens möchte ich feststellen, daß wir den mit den Lohn- und Preisübereinkommen bisher beschrittenen Weg, soweit er also in der Vergangenheit liegt, bejahen und daß wir auch das System des Zustandekommens dieser wirtschaftspolitischen Regelung bejahen, wenn sie auch mehrfach umstritten sein mag. Den Weg bejahen wir deshalb, weil die gewaltigen Opfer, die dieses 5. Lohn- und Preisübereinkommen jedem Berufsstand und vor allem jeden einzelnen österreichischen Staatsbürger auferlegt hat, uns ein weit größeres Opfer, nämlich das eines allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Chaos in Österreich, erspart hat. Dieses 5. Lohn- und Preisabkommen ist nach unserer Ansicht der Preis, der vielleicht sehr hohe und schmerzliche Preis für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Staate, der Preis, um den uns Erschütterungen erspart geblieben sind, die wir in vielen anderen Staaten, auch in den sogenannten Siegerstaaten immer wieder mit ansehen müßten. Alle jene, die nichts anderes kennen, als an der österreichischen Wirtschaftspolitik, an der österreichischen Innenpolitik, an den österreichischen ökonomischen Verhältnissen unfruchtbare und negative Kritik zu üben, allen jenen möchte ich empfehlen, über den einzig möglichen und objektiven Weg des Vergleiches mit anderen Staaten zu einem gerechten und objektiven Urteil über Österreich zu gelangen und dann werden sie finden, daß Österreich unter den aller-schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen

sein Haus vielleicht besser und schneller wieder aufgebaut hat als die meisten anderen Staaten Europas (Zustimmung.)

Steiermark hat in diesem geradezu erstaunlichen Wiederaufbau einen bedeutenden, ja einen entscheidenden Anteil genommen. Die steirische gewerbliche und industrielle Produktion, die ein ausschlaggebender Faktor der gesamten österreichischen Produktion ist, hat eine steile Aufwärtsentwicklung genommen, die bisher noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Die letzten mir zur Verfügung stehenden Produktionsziffern, die noch nicht veröffentlicht sind, über den Oktober 1951 beweisen dies mit besonderer Klarheit. Um einige der wichtigsten Sparten herauszugreifen, möchte ich berichten, daß gegenüber einem Durchschnitts-Produktionsindex vom Jahre 1946 = 100 angenommen die Produktion bei Rohern nunmehr auf einem Index von 636 angelangt ist, bei Magnesit von 787, Rohstahl 427, Glas 340, Walzwerkerzeugnisse 540, Mauerziegel 377, Zement 570, Zellulose 669, Motorräder gar 2007 und bei Elektromotoren 2927. In vielen Sparten wurde im Oktober 1951 die absolute Produktionshöchstziffer auch im Vergleich mit jedem Zeitraum der ersten Republik erreicht.

Ich möchte aber auch das System des Zustandekommens der bisherigen wirtschaftspolitischen Vereinbarungen bejahen, wenn auch dagegen manche Kritik laut geworden ist. Ich glaube, daß die Befürchtungen, der sogenannte Kammerstaat Österreich könnte sich zu einem als Demokratie getarnten Ständestaat entwickeln, theoretische Spitzfindigkeiten darstellen, die an Realitäten des Lebens vorübergehen. Die Männer, die den Ablauf aus diesem Gesichtswinkel beurteilen, übersehen, daß die Akteure in diesen sogenannten Kammern und Gewerkschaften ja fast ausnahmslos jene Männer sind, die auch in der Gesetzgebung eine bedeutende Rolle spielen und daß diese Besprechungen auf ständischer Ebene nichts anderes sind als Vorberatungen für die Akte der Gesetzgebung, also eine praktische Regulierung des Ablaufes, wodurch dem Parlamente Aktionen erspart werden, zu welchen das Parlament selbst infolge seiner ganz anders gearteten Konstruktion kaum fähig wäre. Eine Entmachtung der Gesetzgebung erscheint mir deshalb ausgeschlossen, weil ja am Schlusse die gesetzgebende Körperschaft ja doch ihr „nihil obstat“ zu diesen Vereinbarungen aussprechen muß, sonst können sie nicht Wirksamkeit und Gesetzeskraft erlangen.

Diese bisher vorgenommene Ordnung der ökonomischen Verhältnisse war aber auch nur möglich durch die Bejahung der Demokratie durch die großen Parteien. Die Koalition hat gewiß in beiden Lagern manche Gegner, aber die Koalition war zweifellos notwendig. (Abg. Scheer: „Praktisch!“) und sie ist berechtigt, solange sie beiderseits von ehrlicher Koalitionsgesinnung getragen ist.

Wir haben keinen Anlaß, grundsätzlich an der Ehrlichkeit dieser Gesinnung zu zweifeln. Wir

müssen aber feststellen, daß in einzelnen Vorkommnissen Erscheinungen zutage treten, die den Glauben an diese Koalitionsgesinnung vielleicht erschüttern könnten. Es sind dies Vorkommnisse, die nicht gebilligt werden können, so z. B., wenn in der SPÖ-Presse von Zeit zu Zeit das mit Vorliebe praktizierte System der Pauschalverdächtigung und Pauschalbeschuldigung gegen Gruppen, die vornehmlich in der anderen Partei organisiert sind, gehandhabt wird. Es wäre besser, glaube ich, wenn die SPÖ in ihrer Presse den einen oder anderen doktrinären Fanatiker nicht oder wenigstens weniger zu Worte kommen ließe, wie z. B. jenen Herrn, dessen Namen ich nicht nennen will, aber der sicher allseits bekannt ist, der mit Vorliebe das Steckenpferd reitet, die Bauern, Gewerbetreibenden und Kaufleute pauschaliert als Gauner und Ausbeuter hinzustellen. Nun, es ist vielleicht am Platze, einmal zu diesen Pauschalbeschuldigungen eine kurze Feststellung zu machen. Es gibt derzeit in Österreich keine Statistik über den prozentuellen Anteil eines bestimmten Berufsstandes am Gaunertum oder Verbrechertum. (Heiterkeit.) Mir ist wenigstens eine solche Statistik, sei sie amtlichen oder halbamtlichen Charakters, niemals bekannt geworden. Solange aber eine solche Statistik nicht besteht, wieviel Prozent Verbrecher jeder Stand in die Karlaw hinunter liefert, solange das nicht festgestellt ist durch einwandfreie amtliche Erhebungen, ist jede Pauschalverdächtigung gegen einen bestimmten Berufsstand nichts anderes als eine beleidigende Anmaßung. (Zustimmung bei ÖVP.)

Hohes Haus! Die Belastung der Bevölkerung mit Steuern und Abgaben aller Art, der hohe Anteil, den die Haushalte der öffentlichen Körperschaften vom Volkseinkommen nehmen, erfordert bei der Budgeterstellung mehr denn je die strengste Beachtung der drei Grundsätze der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit. Dem vorliegenden Budget kann die Beachtung dieser Grundsätze zuerkannt werden. Wenn im einzelnen Kritik geübt wird, so bitten wir, dies nicht als Ausfluß einer Sucht zu betrachten, dem politisch anders Gesinnten, dem politischen Gegner um jeden Preis eins auszuweichen zu wollen, sondern es nur als Ergebnis des ernstesten Willens zu werten, ein möglichst gutes Budget zu erstellen und mit diesem Budget dem Lande zu dienen. Aus diesem Grund haben wir auch heuer die Vorbehandlung des Voranschlages in der Landesregierung verlangt. Der Herr Finanzreferent hat im Finanzausschuß unter anderem erklärt, daß das Budget durch diese Vorbehandlung in der Landesregierung eine wesentliche Änderung nicht erfahren habe und daß vor allem die Struktur des Voranschlages sich nicht geändert habe. Wir sind hier nicht ganz seiner Auffassung. Wir glauben doch, daß durch diese Vorbehandlung in der Landesregierung nicht unwesentliche Änderungen zustande gekommen sind, ja in gewissem

Sinne hat das Budget durch diese Vorbehandlung ein ganz neues Gesicht erhalten.

Zunächst haben wir in dieser Vorbehandlung gewisse Ungleichheiten, die wir im ersten Budgetentwurf zu bemerken glaubten, „ausgebügelt“, wenn ich so sagen darf. Es schien uns z. B. nicht ganz tragbar, daß im außerordentlichen Haushalt beim Kapitel 4 „Fürsorge“ 3·3 Millionen Schilling und beim Kapitel 5 „Gesundheitswesen“ 14·4 Millionen Schilling durch die Zuführungen aus dem ordentlichen Haushalt voll gedeckt erschienen, wogegen z. B. im außerordentlichen Haushalt das Referat des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dipl. Ing. Udier wohl mit 8½ Millionen Schilling bedacht erschien, hievon jedoch nur ½ Million Schilling bedeckt waren, während 8 Millionen Schilling sozusagen in der Luft hingen. Wir haben hier eine Verschiebung in der Richtung einer gerechteren Verteilung vorgenommen. Wir haben ferner bei dieser Vorbehandlung auch den seit langem bekannten Wunsch der untersteirischen Bevölkerung eingebaut, an Stelle des unzulänglichen Barackenspitals in Wagna bei Leibnitz ein richtiges, gut eingerichtetes Krankenhaus zu setzen. Wir haben ferner in dieser Vorbehandlung den von Herrn Kollegen Landesrat Pirsch verwalteten Landeswohnbauauführungsfonds von 8 Millionen Schilling auf 9·7 Millionen Schilling erhöht und der Finanzausschuß hat bekanntlich dann durch Beschluß eine weitere Erhöhung um 800.000 S auf 10½ Millionen Schilling vorgenommen. Mit den Annuitäten und Zinsen erreicht dieser Landeswohnbauauführungsfonds im Jahre 1952 die ansehnliche Höhe von 10,815.000 S, ein stattlicher Betrag, der zur Errichtung neuer Siedlungshäuser hier aufgewendet werden kann. Eine beachtliche Leistung des Landes um so mehr, als hiefür eine gesetzliche Verpflichtung des Landes in keiner Richtung besteht und es sich daher um eine durchaus freiwillige Leistung handelt, welcher alle Parteien des Hauses in Erkenntnis des Volksnotstandes im Wohnungswesen ihre Zustimmung erteilt haben.

Das weitaus wichtigste Ergebnis der Vorbehandlung des Budgets in der Landesregierung war aber nach meiner Meinung zweifellos die Einsetzung des Betrages von 30 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt als Initialzündung für einen weiteren Ausbau der steirischen Wasserkräfte, das weitaus wichtigste Ergebnis selbst unter dem Gesichtswinkel der Tatsache, daß dieser Betrag im außerordentlichen Haushalt vorläufig nicht gedeckt erscheint. Es soll aber die Einsetzung dieses Betrages die feste unabänderliche Willenskundgebung der Landesregierung und des Landtages sein, eine Willenskundgebung, die der Herr Landeshauptmann als erster richtig und scharf formuliert hat, indem er sagte, daß wir es unmöglich riskieren können, hier in Steiermark angesichts der krisenhaften Entwicklung unserer Stromversorgung vielleicht tatenlos darauf zu warten, bis uns vielleicht einmal ein Bundesbauprogramm erreichen wird. Die Stromkrise steht tatsächlich vor der Tür. Schon jetzt müssen bekanntlich Bundes- und

Landeslastverteiler bei niedriger Wasserführung unserer Flüsse, bei längerer Trockenheit, einschneidende Drosselungsmaßnahmen vornehmen. Aber der Bedarf der Industrie und der Privatbedarf steigen weiter gewaltig an, insbesondere der industrielle Bedarf entwickelt sich mit wahrer Rasanzen und man kann voraussagen, daß in den Jahren 1953 und 1954 die Diskrepanz zwischen Erzeugung und Bedarf bereits eine tragische Gestalt annehmen wird.

Gestern konnten wir auch in den Tagesblättern lesen, daß Tirol z. B. für sich eine ähnliche Entwicklung befürchtet und daß es voraussichtlich in zwei Jahren schon nicht mehr imstande sein wird, aus dem Speicherwerk Aachensee für den bayrischen Bedarf etwas abzuzweigen, weil die gesamte Erzeugung dieses Speicherwerkes für den eigenen tirolischen Bedarf wird in Anspruch genommen werden müssen. Ähnlich, vielleicht noch viel kritischer, liegen die Verhältnisse in Steiermark. Ob und inwieweit das zweite Verstaatlichungsgesetz und überhaupt die Verstaatlichung hiebei schuldtragend ist, darüber haben wir uns im Finanzausschuß ausführlicher unterhalten. Tatsache ist, daß die Privatunternehmungen in der Elektrizitätsversorgung, und zwar insbesondere in industriellen Anlagen schon Jahre hindurch in Steiermark erheblich zur allgemeinen Stromversorgung beigetragen haben. Aber eine unglückliche Textierung des zweiten Verstaatlichungsgesetzes hat jede Entwicklung auf dem Privatsektor unterbunden oder doch höchst erschwert, denn es ist begreiflich, daß niemand gerne Millionen investiert und investieren wird, wenn er weiß, daß er durch diese Investitionen in die unmittelbare Gefahrenzone des zweiten Verstaatlichungsgesetzes gerückt wird, in die Gefahrenzone nicht einer Verstaatlichung, denn der Ausdruck ist derzeit noch irreführend, sondern einer entschädigungslosen Enteignung, also einer Konfiskation. Denn das vom Gesetzgeber in Aussicht gestellte Entschädigungsgesetz ist bis heute nicht erlassen worden. Man wird uns einwenden, ja meine Herren, die ÖVP hat ja selbst für das zweite Verstaatlichungsgesetz im Nationalrat gestimmt. (Zwischenruf: „Sehr richtig!“) Das ist richtig, aber ich stehe nicht an zu fragen, warum deshalb jegliche Kritik verboten sein sollte, warum begangene Fehler oder ein „über das Ziel Hinausschießen“ nicht wenigstens rechtzeitig erkannt und dann aus dieser Erkenntnis die notwendigen Konsequenzen gezogen werden sollen. (Abg. Scherer: „Novellierung beantragen!“)

Angesichts dieser vor der Tür stehenden tragischen Entwicklung der Stromversorgung in Steiermark und in ganz Österreich sind nach meiner Meinung drei Mittel anzuwenden: 1. die eheste Novellierung des zweiten Verstaatlichungsgesetzes, um die Privatinitiative auf diesem Sektor wieder mobil zu machen; 2. eine Wiederbelebung des Kreditmarktes für Anleihen für Elektrifizierungen durch Wiederherstellung des erschütterten Vertrauens dadurch, daß der entschädigungslosen Enteignung, der Konfis-

kation durch den Gesetzgeber eine klare Absage erteilt wird, das heißt also eheste Beschlußfassung über das vom Gesetzgeber in Aussicht gestellte Entschädigungsgesetz und 3. Ausbau aus eigener Kraft, a) hier in Steiermark durch Förderung der industriellen Eigenanlagen, b) durch Ausbau der Landeselektrizitätsgesellschaft. Für beides aber bildet nach meiner Meinung die Erfüllung der beiden vorher von mir genannten Punkte die Voraussetzung.

Hohes Haus! So sehr man erfreulicherweise feststellen kann, daß unsere Demokratie im Vergleiche zur Zeit der Ersten Republik zweifellos reifer geworden ist, was vor allem in dem Ernst und der Sachlichkeit zum Ausdruck kommt, mit dem unser Voranschlag hier im Lande, in der Regierung, im Finanzausschuß und im Landtag behandelt wird, so sehr muß man betrüblicherweise auf der anderen Seite feststellen, daß bei Behandlung all dieser Fragen, die mit Verstaatlichung, mit staatlicher Lenkung, Bevormundung und Reglementierung zu tun haben, mit der SPÖ nur schwer (Abg. Taurer: „Überhaupt nicht!“) zu sprechen ist. Man hat den Eindruck, als ob es sich hier um ein geheiligtes Gedankengut, um eine Art „Tabu“ handle, das nicht berührt werden darf. Diese Einstellung ist uns nicht ganz verständlich. Sie müßten sich (zur SPÖ) nämlich darüber Gedanken machen, daß diese Verneinung des Individualismus, daß dieses Bestreben nach Ersatz der Privatwirtschaft durch die staatliche Wirtschaft geradewegs zur Totalität führt, zum Untergang des Einzelnen im Kollektiv. Wenn es aber einmal soweit ist, sind wir wahrscheinlich von jener Staatsform, die dem Charakter der slawischen Völker angepaßt ist, nicht mehr weit entfernt. Dort hinzukommen ist keineswegs die Absicht der SPÖ. Aber die Katze läßt das Mäusen nicht. (Heiterkeit.) Sogar beim Kapitel Landwirtschaftsförderung ist von Seite der SPÖ, aber glücklicherweise vereinzelt, eine Kralle zu spüren, wenn sie den Antrag stellt, daß die jetzt durch die Landwirtschaftskammer besorgten sogenannten Technisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft durch behördliche Landmaschinenhöfe der Steiermärkischen Landesregierung ersetzt werden sollen. Dies wird in der Spezialdebatte, da ein Minderheitsantrag vorliegt, ausgiebig erörtert werden. Es sei aber vorweggenommen, daß wir diese Umstellung ablehnen, und zwar aus drei Gründen: 1. deshalb, weil sich die bisherige Praxis bestens bewährt hat und keinerlei Anlaß besteht, sie aufzugeben, 2. weil wir darin einen weiteren Schritt in dem Verstaatlichungsprozeß erblicken würden und 3. weil wir uns von dieser Reform gar nichts versprechen. Im Gegenteil! Die ganze Entwicklung seit dem Jahre 1945 hat gezeigt, daß jede Mangelerscheinung durch staatliche Lenkung, Bewirtschaftung und Reglementierung trotzdem nicht bekämpft werden konnte, ja im Gegenteil meistens eine Angstpsychose bewirkt hat, so daß am Schlusse das Übel, das man durch diese staatlichen Maßnahmen bekämpfen wollte, ärger geworden ist als es zuvor war.

Wir warnen daher eindringlich vor Rückfällen in ein System, das sich nicht bewährt hat. Am Ende einer solchen Entwicklung, Hohes Haus, würde zweifellos jener Staat stehen, den der Schriftsteller Orwell in seinem kürzlich erschienenen Roman „1984“ mit seherischer Begabung sehr eindrucksvoll geschildert hat. Ich empfehle den Herren Abgeordneten der SPÖ eindringlich die Lektüre dieses Buches. Es zeichnet die vom Schriftsteller befürchtete Entwicklung in dieser Richtung mit seherischer Klarheit ab (LR. Horwatek: „Aber nicht auf österreichische Verhältnisse berechnen!“) und wenn wir z. B. in diesem Roman lesen, wie das Ministerium für Überfluß im Einvernehmen mit dem Wahrheitsministerium nach einer Sondermeldung vom indischen Kriegsschauplatz verkündet, daß die Schokoladeration von 3 dgk auf 2 dgk herabgesetzt wird, dann überläuft einem eine Gänsehaut in Anhoffung eines derartigen Zukunftsstaates ohne Privatwirtschaft.

Hohes Haus! Fürsorge und Gesundheitswesen nehmen im Landes-Budget einen breiten Raum ein und beanspruchen gewaltige Mittel, wie ich eingangs meiner Ausführungen schon erwähnt habe. Für Fürsorgezwecke sind veranschlagt rund 60,000.000 S, für Gesundheitswesen rund 165,000.000 S. (LR. Maria Matzner: „Sie müssen auch die Einnahmen aus beiden Kapiteln vergleichen!“) Ich habe lediglich zitiert, ohne daran eine Kritik zu üben. Warum fühlen Sie sich so betroffen, es war kein Stich beabsichtigt. (Heiterkeit.) Das sind also die Bruttoausgaben. Ich kann feststellen, daß diesen gewaltigen Bruttoausgaben auch gewaltige Leistungen des Landes gegenüberstehen. Die Spitäler und Fürsorgeanstalten des Landes sind sicher musterhaft geführt und sind Einrichtungen, die sich auf der ganzen Welt sehen lassen können. Reformvorschläge, die wir im einzelnen dem Finanzausschuß vorgelegt haben und die vielleicht auch im Hohen Haus wiederholt werden, werden sich sicherlich, wenn sie durchgeführt werden, segensreich auswirken. Bei der Eintreibung der beträchtlichen Außenstände der Sanitätsanstalten würden wir vielleicht im Interesse des Finanzreferates des Landes eine etwas schärfere Handhabung wünschen.

Das von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier verwaltete Kapitel „Bauwesen“, in welchem Straßen- und Brückenbau dominieren, ist gut, wenn auch nicht ausreichend, bedacht. Der Referent für Straßen- und Brückenbau hatte um 27,000.000 S mehr angefordert, als ihm im ersten Entwurf des Voranschlages zugestanden wurden. Immerhin stehen jetzt im ordentlichen Haushalt für Straßen- und Brückenbau 83,000.000 S und im außerordentlichen Haushalt bedeckt 4,000.000 S, das sind zusammen 87,000.000 S, also eine ansehnliche Summe. Die Leistungen des Baureferates in diesem Jahr auf dem Gebiete des Straßen- und Brückenbaues waren zweifellos sehr ansehnliche und die Tatsache, daß 170 km Straßen staubfrei gemacht worden sind, zeigt deutlich, daß das Referat auf seinem Platze war.

Es ist dem Kollegen Udier auch gelungen, für die Bundesstraßen zusätzlich Mittel locker zu machen und der Neubau größerer Strecken am Semmering, bei Leoben, im Ennstal usw. ist das sichtbare Zeugnis des Erfolges dieser Bemühungen. Die Umfahrung des Ortes Frohnleiten ebenso wie der Neubau der Brücke in Frohnleiten und der Neubau der Ennsbrücke in Admont werden hoffentlich in absehbarer Zeit vollendet werden.

Die steirischen Landesbahnen, Hohes Haus, lange das Sorgenkind des Finanzreferenten und der steirischen Landesverwaltung, haben sich erfreulicherweise in den letzten Jahren gut entwickelt und mit tatkräftiger Unterstützung des neuen Direktors Hollik ist es gelungen, das Betriebsdefizit von nahezu 6.000.000 S auf 3.800.000 S zu senken, und die Belastungen der Landesbahnen durch die verschiedenen Nachziehverfahren und das 5. Lohn- und Preisabkommen aus eigenen Betriebseinnahmen zu decken. Dazu gelang es, für die Landesbahnen einen ERP-Kredit von 3.000.000 S zu erlangen, mit dessen Hilfe unter Zuschießung von Landesmitteln die für die Industrie wichtige Strecke Gleisdorf—Weiz vollkommen neu verlegt werden kann.

Auf kulturellem Gebiet wird das Land im Jahre 1952 brutto rund 20.000.000 S ausgeben. Ein Sorgenkind bildet in diesem Kapitel das Theaterwesen, die Vereinigten Bühnen, deren Defizit eine bedenkliche Höhe erreicht hat. Trotzdem konnten sich die Parteien zu einer Schließung der Theater nicht entschließen und begreiflicherweise kann auch der Landtag eine derartige kulturelle Bankrotterklärung nicht aussprechen und das wäre aber damit geschehen, wollte man in der zweitgrößten Stadt Österreichs das Theater zum Erliegen bringen. Aber wir können uns natürlich darüber Gedanken machen, wie das Defizit gestopt oder vielleicht gar gesenkt werden kann und darum haben wir angeregt, das Schauspielhaus in der Spielzeit 1952/53 zu schließen, wodurch eine Entlastung des Theateretats bereits um 1.400.000 S eintreten wird. Der Theaterausschuß hat die diesbezüglichen Beschlüsse bereits gefaßt. Das Landesmuseum „Joanneum“, das im Budget mit einer ansehnlichen Summe aufscheint, ist zum wahren Volkseigentum wieder erwacht. Die heurige Besuchsziffer von 115.000 Personen beweist, daß es sich hier nicht um eine Einrichtung für eine einzelne, bevorrechtete Klasse handelt, sondern um ein Kulturgut, das dem ganzen Volke nicht nur gewidmet ist, sondern auch vom ganzen Volk tatsächlich in Anspruch genommen und geschätzt wird.

Der Fremdenverkehr, Hohes Haus, hat in Steiermark ein über alle Erwartungen günstiges Ergebnis im heurigen Jahr gezeitigt. Nach der letzten Statistik ist im Sommerhalbjahr 1951 in Steiermark die Anzahl der Inländerübernachtungen um 108%, die Anzahl der Ausländerübernachtungen um 90,5% gestiegen, gegenüber einem gesamtösterreichischen Durchschnitt von

nur 26%; das heißt, die Steigerung war in Steiermark im Ausländerverkehr annähernd viermal, im Inländerverkehr mehr als viermal so groß, als der gesamtösterreichische Durchschnitt. In erster Linie schreibe ich diesen Erfolg der Billigkeit der Steiermark als Reiseland zu, einer vernünftigen Haltung des Gast- und Beherbergungsgewerbes, in zweiter Linie doch auch der stärkeren, intensiveren Werbung der Steiermärkischen Landesregierung und den großzügigen Fremdenverkehrsförderungsmaßnahmen, für die der Landtag in dankenswerter Aufgeschlossenheit immer die Mittel bewilligt hat. Zwei Sondergesetze, das Fremdenverkehrsausfallbürgschaftsgesetz und das Fremdenverkehrsinvestitionsgesetz, die der Landtag beschlossen hat und die in keinem anderen Bundesland Österreichs Beispiele haben, sind von größter Bedeutung. Diese zwei Sondergesetze haben auf die Investitionstätigkeit des Gast- und Hotelgewerbes überaus befruchtend gewirkt und dazu kommen noch irgendwelche ERP-Mittel, und zwar gegenüber der uns ursprünglich zugedachten Quote von nur 2½% der Gesamtsumme rund 10%. Auch auf diesem ERP-Sektor hat Steiermark ungefähr das Vierfache dessen erhalten, was ihm ursprünglich von der ECA-Mission nach einem gewissen doktrinären Schlüssel der Ausländerfrequenz zugedacht war.

Die auf Initiative der Steiermärkischen Landesregierung schließlich erbaute Schöckel-seilbahn hat ein überraschend schönes Ergebnis geliefert. In rund fünf Monaten waren 170.000 Fahrgäste zu verzeichnen, so daß in dem kleinen oststeirischen Orte Radegund eine Seilbahnanlage die Frequenz im Weltkurorte Bad Gastein überschritten und geschlagen hat.

Die Landwirtschaftsförderung durch das Land habe ich schon berührt. Hier ist Großes geleistet worden und der enge Kontakt zwischen dem Landwirtschaftsreferenten der Landesregierung, Landesrat Prirsch, und dem im Landtag ebenfalls vertretenen Kammer- und Vize-Präsidenten hat sich bestens bewährt und hat die Bauernvertretung gerade der Steiermark zu einem in ganz Österreich wichtigen wirtschaftspolitischen Faktor gemacht. Die Bruttoausgabe des Landes im Budget 1952 für Landwirtschaftszwecke von 28,3 Millionen Schilling ist ein gut und zweckmäßig angelegtes Kapital, das einerseits helfen soll, die Ernährungsgrundlage des Landes zu sichern, das aber andererseits auch jenem Berufsstande helfen soll, dem Bauernstande, der immer der Lebensborn jedes gesunden Staatswesens gewesen ist.

Erwähnen möchte ich noch, daß im außerordentlichen Haushalt ein Betrag von 2 Millionen Schilling für ein österreichisches Holzforschungsinstitut aufscheint, das in Graz errichtet werden soll. Hier hat die Steiermärkische Landesregierung einen ernsten und zähen Kampf mit gewissen föderalistischen Bestrebungen in Wien auszufechten, die dieses Holzforschungsinstitut, das sachlich und fachlich natürlich in das Holzland Steiermark gehört, trotzdem und justament

in Wien haben möchten. Es ist der Landesregierung gelungen, im Einvernehmen mit der Stadtgemeinde und verschiedenen Interessengruppen die fixe Zusage zu erreichen, daß die steirischen Interessenten, wenn das Holzforschungsinstitut nach Graz kommt, aus eigener Kraft an Geldern und Sachwerten 10 Millionen Schilling aufbringen werden und wir hoffen, daß sich die ECA-Mission und die Bundesregierung durch diese Opferbereitschaft beeindrucken lassen und das Holzforschungsinstitut dorthin geben werden, wohin es gehört.

Es ist unmöglich, bei einer Besprechung des Landesvoranschlages an der Beziehung zwischen Finanzausgleich und dem Landesvoranschlag für Steiermark stillschweigend vorüberzugehen, weil begreiflicherweise der Finanzausgleich und jede Änderung des Finanzausgleiches unsere Budgetierung einschneidend beeinflussen muß. Mit einem Tränlein im Auge mußten wir feststellen, daß sich der Beitrag des Landes Steiermark zum sogenannten Bundespräzipium im Jahre 1952 von rund 13,4 Millionen Schilling auf 22 Millionen Schilling steigern wird, daß also der Anteil, den Steiermark am gemeinsamen Kuchen hat, beschnitten bzw. das Opfer der Steiermark für alle anderen vergrößert wird. Das gibt uns Anlaß, nochmals festzustellen, daß sich unsere grundsätzliche Einstellung zum jetzigen System des Finanzausgleiches in Österreich nicht geändert hat. Wir erblicken nach wie vor in der Tatsache, daß nur 1,6% der ordentlichen Einnahmen des Landes durch eigene autonome Landesabgaben gedeckt werden können, eine Gefahrenquelle, und zwar eine große Gefahrenquelle, deren Bedeutung allerdings erst vielleicht in einer späteren Krisenzeit mit allem Nachdruck in Erscheinung treten wird. Denn wenn es nämlich einmal heißt, energisch den Leibriemen in ganz Österreich enger zu schnüren, dann wird der Bund zweifellos auf seinen Sack und auf seine Finanzen schauen und wir werden trachten müssen, daß etwas für uns übrig bleibt. Das Bestreben des Bundes und der Gemeinden, den Landesanteil herabzudrücken, wird immer stärker, es tritt bei jeder Verhandlung über den Finanzausgleich mit größerer Wucht in Erscheinung und hat heuer diesen Aderlaß zum Bundespräzipium von einem Mehr von rund 9 Millionen Schilling bewirkt. Aber auch in weltanschaulicher Hinsicht, möchte ich sagen, behagt uns das jetzige System des Finanzausgleiches nicht ganz. Es ist das System der reichsdeutschen Ära, das System der Finanzzuweisungen im Grunde genommen und entspricht einem autoritären System und steht mit der Demokratie und mit der von uns so verteidigten Autonomie des Landes nicht ganz in Einklang.

Hohes Haus! Ansonsten ist der Voranschlag des Landes Steiermark für das Jahr 1952 wohl durchdacht, sorgfältig beraten, er trägt den Verhältnissen der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit und auch der Sparsamkeit Rechnung. Ich sage „und auch der Sparsamkeit“ besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß die

Personallasten des Landes nur 30,7% von den ordentlichen Ausgaben des Landes ausmachen, eine Ziffer, die vergleichsweise weit niedriger ist als die des Bundes oder die des Landes Wien.

Der Voranschlag kann nach unserer Auffassung wirklich jeder sachlichen und objektiven Kritik standhalten. Er ist ein Voranschlag des Wiederaufbaues, er dient dem Land, er dient der Heimat und deshalb wird unsere Fraktion für diesen Voranschlag stimmen. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

**Abg. Taurer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als Sprecher der Sozialistischen Fraktion in dieser Generaldebatte werde ich mir nun meinerseits einen Streifzug durch den vorliegenden Voranschlag mit kleinen politischen Exkursen erlauben. Bevor ich aber in diese Betrachtung eingehe, möchte ich im Namen der Sozialistischen Fraktion dem Herrn Landesfinanzreferenten und seinen Mitarbeitern für die Erstellung des Entwurfes den besten Dank sagen. Es handelt sich da nicht nur um eine Pflichtleistung, wir wissen, daß, von der Öffentlichkeit unbemerkt, viele freie Abend- und Nachtstunden geopfert werden mußten, damit der Voranschlag rechtzeitig zur Beratung vorgelegt werden konnte.

Der Herr Landesrat Illig hat in seinen Ausführungen angedeutet, daß man eigentlich mit der Aufblähung der Voranschlagsziffern des gesamten Voranschlages nicht zufrieden sein könne, daß diese Aufblähung bedenklich erscheine. Wenn man den Dingen auf den Grund geht, kann man aber feststellen, daß es sich hier um keine Aufblähung handelt. Es ist im Wesen die Übertragung der unbefriedigenden Preissituation und die Übertragung der stattgehabten Geldverdünnung auf unsere Voranschlagsziffern. Und wenn das für den Landeshaushalt selbst auch nicht wesentlich und entscheidend und auch nicht bedenklich ist, so kann diese allgemeine Situation doch bedrohlich für die ganze Volkswirtschaft werden. Gewiß, es sind in den letzten Wochen Maßnahmen getroffen worden, um dieser Entwicklung eine Schranke zu setzen. Ich meine da die vom Gewerkschaftsbund geforderte Preissenkungsaktion und auf anderer Ebene die Hinaufsetzung des Zinsfußes durch die österreichische Nationalbank. Im großen und ganzen muß man sagen, daß alles, was bisher auf diesem Gebiet geschehen ist, unbefriedigend ist, und es werden noch verschiedene Maßnahmen folgen und durchgeführt werden müssen, wenn wir zu einer echten Preissenkung, wenn wir zu einer tatsächlichen Stabilisierung unseres Preis- und Geldniveaus kommen wollen. Dazu können verschiedene Faktoren beitragen. Es ist vor allem die Einsicht aller Kreise der österreichischen Wirtschaft notwendig, sich im Interesse des Volksganzen zu bescheiden. Man darf diese Einsicht nicht immer nur den Arbeitern und Angestellten allein zumuten, ihre Geduld hat Grenzen. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Anständigen und Einsichtigen in

allen Wirtschaftskreisen, im Gewerbe wie im Handel und in der Bauernschaft in der überwiegenden Mehrheit sind. Es handelt sich nach unserer Meinung darum, den Einsichtigen und Verständigen einen Rückhalt zu geben. Dazu könnten unserer Meinung nach auch die Berufungsinstanzen und alle Instanzen der Preisbehörden etwas beitragen. Wenn etwa verhängte Strafen gegen solche, die immer wieder zu Exzessen neigen, von Berufungsinstanzen wesentlich herabgesetzt oder gar aufgehoben werden, so wird man damit auch die Moral der Einsichtigen und Anständigen untergraben. Es wird auch auf einer anderen Ebene notwendig sein, durch eine sehr konsequente Kreditlenkung dafür zu sorgen, daß keine Fehlinvestitionen geschehen und daß der Geldfluß wirklich nur für produktivitätsfördernde Zwecke verwendet wird. Auch damit kann man zur Stabilisierung der Verhältnisse beitragen. Es werden eben verschiedene Faktoren zusammenwirken müssen, wenn wir hier zu einem befriedigenden Ergebnis kommen wollen.

Daß das Land selbst diese Entwicklung nicht stört, zeigt der Haushaltsplan, das zeigt ebenso die von Herrn Landesrat Illig erwähnte Prozentziffer des Anteiles der Beamten, Arbeiter und Angestellten des Landes. Der Prozentsatz von 30% kann sich gegenüber dem in anderen Gebietskörperschaften, wie z. B. dem des Bundes, sehen lassen. Wir betrachten es als die oberste Pflicht der Legislative, dafür zu sorgen, daß die Steuergelder so sparsam wie möglich verwendet werden.

Wenn ich nun aus der Gruppe 2 einen Titel herausgreife, nämlich die Schulbauförderung, und feststelle, daß es sich dabei nicht um eine Pflichtleistung des Landes handelt, so muß ich doch sagen, daß wir, wenn es schon keine Pflichtleistung ist, doch eine moralische Verpflichtung haben, auf diesem Gebiet würdigere Zustände mit herstellen zu helfen. Wir haben nach unserem Erhöhungsantrag nunmehr im Landesvoranschlag rund 2,650.000 S; dazu kommen die Mittel aus dem Gemeindeausgleichsfonds, die allerdings von den Gemeinden stammen. Es wird das unbedingt Notwendige gefördert werden können.

Es erfüllt uns mit besonderer Genugtuung, daß es möglich war, für einen Katastrophenfall, nämlich für die abgebrannte Schule in Radmer,  $\frac{1}{4}$  Million Schilling bereit zu stellen.

Ich möchte auch sagen, nachdem ich früher von Pflichtleistungen gesprochen habe, daß wir auch kulturelle Verpflichtungen haben und jene, die es heute nicht verstehen, daß man für Theater etwas aufwenden muß, jene, die also den ganzen Zusammenhang nicht zu sehen vermögen, möchte ich daran erinnern, daß es sehr entscheidend ist, wie sich die Künstler und Kunstbeflissenen zu einem bestehenden System einstellen.

Diese Menschen agieren immer in der Öffentlichkeit, negiert man ihre Interessen, dann be-

kommt man das in der Auffassung sehr weiter Kreise dem Staate gegenüber zu spüren.

Zum Kapitel Fürsorge und Gesundheitswesen hat Herr Landesrat Dr. Illig auch schon im Finanzausschuß seine Anmerkungen gemacht. Er ging davon aus, die ÖVP bekenne sich selbstverständlich zum Sozialstaat. Aber immer wieder und jedes Jahr gibt es einige Vorbehalte. Ich darf für meine Fraktion sagen, daß es uns mit Stolz erfüllt, daß wir überall, wo wir in der Verwaltung arbeiten können, in erster Linie das Fürsorge- und Gesundheitsreferat verwalten. Wir Sozialisten sind als die Schöpfer einer konsequenten Sozialpolitik nicht nur in Österreich zu bezeichnen und ich meine, daß ein ziffernmäßiger Vergleich zwischen Gesundheitswesen und Landwirtschaft nicht ganz zulässig ist. Bei der Förderung des Gesundheitswesens handelt es sich doch nicht um die Förderung eines Berufsstandes. Wenn irgend etwas für das Gesundheitswesen und Fürsorgewesen ausgegeben wird, dann partizipieren alle Teile der Bevölkerung, auch die Bauern suchen das Spital auf.

Vielleicht darf ich aus der Gruppe 4 eine Post noch besonders hervorheben. Unter 431,51 sind 250.000 S für Paketaktionen an kriegsgefangene Steirer vorgesehen. Ich möchte feststellen und ich glaube, ich finde mich da mit fast allen Mitgliedern des Landtages in Übereinstimmung, daß es eine Schande ist, daß es heute noch, nachdem wir das 7. sogenannte Friedensjahr vollenden, Kriegsgefangene fern von der Heimat gibt. (Anhaltender starker Beifall bei ÖVP, SPÖ und VdU). Wenn es auch nur ein einziger wäre, der heute noch fern der Heimat sein muß, dann wäre es eine Schande. Die Menschen, die darüber zu entscheiden haben, denken nicht an die seelische Not dieser Gefangenen und ihrer Angehörigen. Wir müssen froh sein, daß wir, noch nicht einmal seit einem ganzen Jahr, mit diesen Kriegsgefangenen Kontakt haben können, doch hoffen wir, daß wir bei Beratung des Voranschlages 1953 soweit sein werden, diese Kriegsgefangenen in der Heimat betreuen zu können.

Eine besondere Betrachtung erfordert die Post 6270, das ist die Wohnbauförderung. Landesrat Illig hat schon die Beträge genannt, die im heurigen Jahr zur Verfügung stehen. Wenn man zusammenzählt, was in den letzten Jahren für die Wohnbauförderung ausgegeben wurde und den Betrag dazuzählen, den wir in diesem Jahr einsetzen, der noch um 800.000 S erhöht worden ist, ergibt sich eine Summe von rund 20 Millionen Schilling. Dieser Betrag setzt rund 60 Millionen Schilling in Bewegung, weil man hier die Eigenmittel, die aufgebracht werden müssen, hinzuzuzählen hat. Wenn man nun annimmt, und das kann man, daß viele selbst mitarbeiten bei den Bauten und daß eine Wohnungseinheit auf 60.000 S kommt, so können mit den Beträgen, die die Landesregierung zur Verfügung gestellt hat und stellt, rund 1000 Wohnungen gebaut werden. Das ist zweifellos ein beachtenswerter Beitrag. Und doch, Hoher Land-

tag, erscheint uns die Summe dessen, was alle Gebietskörperschaften heute für die Wohnraumbeschaffung tun, noch zu wenig. Ein Wohnungsloser sieht die Welt anders an als ein Wohnbefriedigter und wir werden uns nicht nur hier im steirischen Landtag, sondern im ganzen Bundesgebiet zu überlegen haben, ob es nicht zu verantworten ist, durch eine großzügige Wohnbausteuer hier auf diesem Gebiete das zu tun, was heute getan werden muß. Unserer Meinung nach wird es jeder Wohnbefriedigte verstehen, wenn er dazu beitragen muß, daß jene, die wohnungslos sind, endlich zu einem Heim kommen. Ich betrachte das als eine Frage, die man im Zusammenhang mit der Einstellung der jüngeren Generation zu unserem Staate sehen muß. Diese jungen Menschen, geboren in einer Zeit der Wirtschaftskrise, die heute 26 und 30 Jahre alt sind, im Kriege von Scharlatanen verführt, die Welt schwarz-weiß zu sehen, schätzen die öffentlichen Körperschaften, schätzen die Regierungssysteme anders ein, als wir das nüchtern gewöhnlich tun. Wer in der Lage ist, ihre dringenden Bedürfnisse zu decken, wer in der Lage ist, dem jungen Menschen, der sich nun eine Familie gründet, eine Wohnung zu schaffen, der wird von ihm als nützlich angesehen werden. Wehe uns, wenn wir dieser jungen Generation das Gefühl vermitteln müßten, wir seien ohnmächtig. Hier darf man nicht unterscheiden zwischen Pflichtleistung und freiwilliger Leistung und auf den Paragraphen sehen, hier muß alles, was möglich ist, getan werden, denn sonst wird diese Frage so bedeutungsvoll, daß sie zum Kriterium der Demokratie werden kann.

Landesrat Dr. Illig hat sehr eingehend auch über die Landwirtschaftsförderung gesprochen. Es werden, wenn man alle Beträge zusammenzählt, rund 30 Millionen Schilling für diese Zwecke ausgegeben. Wir stellen ausdrücklich fest, daß es im Interesse des ganzen Volkes ist, über einen gesunden Bauernstand zu verfügen. Eine moderne Volkswirtschaft verträgt auf die Dauer gesehen keine kranken Einzelteile. Aber wir glauben, daß die gesamte landwirtschaftliche Produktion überprüft werden soll, wir glauben, daß es entscheidend an der Planung fehlt. (Abg. Wallner: „An Arbeitskräften fehlt es!“)

Man hat auch im Jahre 1918 versäumt, eine rasche Umstellung, die, als wir aus der großen Donaumonarchie herausgelöst worden sind, notwendig gewesen wäre, herbeizuführen. Man hat auch nach dem letzten Krieg — und das haben wir alle, nicht nur die Landwirtschaft allein — zu lange gezögert, einzusehen, daß auch die landwirtschaftliche Produktion im Rahmen eines freien Europa geplant werden muß. Wir haben unsere Einkaufsmärkte hinter dem „Eisernen Vorhang“ abzuschreiben und wenn wir jetzt endlich einsehen, daß die gesamte Produktion, auch die der Landwirtschaft, auf das doch einmal kommende vereinigte Westeuropa abgestimmt werden muß, dann haben wir zu

überprüfen, und zwar nach Rentabilitätsgrundsätzen, wie wir neben der industriellen und gewerblichen Produktion auch die landwirtschaftliche Produktion zu gestalten haben. Wir alle zusammen können uns noch von gewissen Autarkie- und Selbstversorger-Gedanken nicht freihalten. Wir haben den Zustand, daß auch in den meisten Fällen der einzelne Bauer zur Selbstversorgung neigt. Nun wissen wir, daß, wenn wir einmal eine ernste Konkurrenz aufzunehmen haben mit der freien Wirtschaftswelt, daß man dann Getreide, ich meine Brotgetreide, rentabel nur in ganz wenigen Orten in Österreich bauen wird können. Uns scheint im Wesentlichen die Zukunft der österreichischen Landwirtschaft in der Veredelungsproduktion zu liegen. Wenn wir nun die Förderungsmaßnahmen damit in Zusammenhang bringen, so deshalb, weil wir meinen, daß auch die Förderung planmäßig und ausgerichtet auf einen Produktionsplan in der Landwirtschaft erfolgen müßte. Denn sonst fließen die Mittel in ein Faß ohne Boden.

Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zu den Exkursen des Herrn Landesrates Dr. Illig, der ob unseres Antrages, eine Landmaschinenhilfe nach Kärntner Muster in Steiermark einzurichten, erklärt hat, daß wir auch hier, wie immer, der Verstaatlichung und der Entpersönlichung das Wort reden. Wir werden in der Spezialdebatte auf diese Frage eingehender zurückkommen, wenn wir unseren Minderheitsantrag vertreten. Ich darf nur eines sagen und das gilt für die gesamte Frage der Verstaatlichung. Verstaatlichung und die darüber hinausgehende Sozialisierung kann um sehr vieles freier sein als diese sogenannte „freie Wirtschaft“. (Zwischenrufe bei ÖVP.) Sie kann dem Einzelnen sehr viel mehr Freiheit geben als das, was Sie heute hier als freie Wirtschaft in Österreich bezeichnen. (Landesrat Horvatek: „Besser als die Kartelle sicher!“) Wo gibt es denn bei uns wirklich eine freie Wirtschaft? Wir bejahen die freie Konkurrenz in allen mittleren und unteren Sektoren unserer Volkswirtschaft. Aber wo ist sie denn in Österreich? Wenn man etwa mit Amerika Vergleiche zieht, mit dem fortschrittlichen Amerika, dann mutet diese sogenannte von Ihnen „frei“ genannte Wirtschaft geradezu als etwas Hinterwäldlerisches an. Wir haben doch eine totale Verkonzessionierung, eine Verbürokratisierung dieser „freien Wirtschaft“, die eine freie Konkurrenz faktisch für verschiedene Gebiete überhaupt ausschließt. (Rufe bei SPÖ: „Sehr richtig!“) Es kann eine verstaatlichte Industrie wesentlich mehr zu einer freien Entwicklung beitragen als eine verkartellierte sogenannte Privatindustrie. (Zustimmung bei SPÖ.) Ich möchte in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auch davor warnen, was im allgemeinen besonders die Verstaatlichungsgesetze betrifft, daß immer wieder der Ruf nach Entschädigung erhoben wird. Alle, die diese Dinge kennen, wissen, daß eine wirkliche Durchrechnung und Festsetzung der Entschädigung erst erfolgen kann, wenn

Österreich einmal seinen Staatsvertrag hat. Ich mache darauf aufmerksam, daß es neben den Usiaten auch noch andere Hochverräter gibt. Es gibt dem Vernehmen nach sogenannte österreichische Politiker, die in Westdeutschland herumfahren und gegen einen entsprechenden Betrag für ihre Parteikasse den Ruhrbaronen versprechen, ihnen ihr Eigentum wieder zurückzuverschaffen (Landesrat Dr. Illig: „Märchen! Namen nennen!“), das heißt, ihren politischen Einfluß dafür zu verwenden, daß diese Ruhrbarone wieder zu ihrem sogenannten Eigentum kommen, meine Damen und Herren, die Ruhrbarone, die vor allem maßgeblich in der Alpine-Montan gewesen sind! Ich werde die Herren in diesem Hause heute nicht mit Namensnennungen in Verlegenheit bringen, Sie können ja in Ihrem Klub bzw. Ihrem Bundesparteivorstand oder wie diese Körperschaft bei Ihnen heißt, Aufklärung verlangen und allen Ernstes darauf hinweisen, daß jemand, der es mit der österreichischen Wirtschaft ernst meint, solche Dinge außer Betracht lassen soll. Aber zurückkommend auf die Förderung der Landwirtschaft möchte ich noch eines sagen: Wir unterscheiden uns in einem noch grundsätzlich. Wir sind der Meinung, daß alle Förderungsmaßnahmen so sein müssen, — neben der Planung, von der ich schon gesprochen habe — daß sie nicht an Einzelpersonen fließen, weil damit parteipolitischem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet wird. Wenn ich nur ganz kurz noch eingehen möchte auf die Landmaschinenhilfe — wir werden es in der Spezialdebatte ja noch ausführlich tun — möchte ich sagen, daß es uns zweckmäßiger erscheint, einer Organisation des Landes Mittel für die Technisierung zur Verfügung zu stellen, als diese Mittel einfach als fonds perdu, als verlorenen Fonds, privaten Genossenschaften zur Verfügung zu stellen. Wir werden Ihnen in der Spezialdebatte noch nachweisen, daß jene, die die Landmaschinenhilfe der Kärntner Landesregierung in Anspruch nehmen, wesentlich freizügiger sind als jene, die heute bei privaten Genossenschaften sich um die durch das Land subventionierten Maschinen zu bemühen haben. (Zwischenruf: Landesrat Dr. Illig: „Wir wollen keinen Heuwender-Regierungsrat!“)

Herr Landesrat, es wird Ihnen in der Spezialdebatte nicht gelingen, diese Frage mit Witzen abzutun. Denn nach der Darstellung, die Sie hier geben, würde es sich in Kärnten ja geradezu um eine Bolschewisierung handeln. Einer dieser Bolschewiken, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Ferlitsch, Fraktionsführer der ÖVP, hat auch diese Landmaschinenhilfe bejaht, das werden wir Ihnen nachweisen. In Kärnten wurde sie erprobt und jedes Jahr weiter ausgedehnt. Jedes Jahr werden die Landmaschinenhöfe ausgedehnt, derzeit sind 27 solcher Maschinenhöfe der Kärntner Bevölkerung zur Verfügung gestellt (Zwischenruf: „22“), 27, ich habe die genauen Ziffern. Wenn das nicht etwas wäre, was sich vor der ÖVP und vor dem

VdU beweisen ließe, würden diese Landmaschinenhöfe — in Kärnten hat die Sozialistische Partei keine Mehrheit — nicht heute noch ausgedehnt. Ich mache Sie darauf aufmerksam. Wenn Sie auf diesem Gebiete nur mit Witzen vorstoßen, das hat auch die ÖVP in Kärnten versucht, und die Bauernkammerwahlen waren zum Teil die Antwort auf diese Haltung.

Ich darf noch unterstreichen, daß es auch wir begrüßen, daß für den Ausbau der steirischen Wasserkräfte zumindestens eine Geste gemacht worden ist. Ich möchte aber auch hier vor Irrtümern warnen. Es ist gewiß so, daß wir nicht genug Strom haben können, es ist gewiß auch so, daß der Strom, was die Preisbildung betrifft, am empfindlichsten ist. Wenn Sie die Strompreise, die es heute gibt, mit den Strompreisen der früheren Zeiten vergleichen, der Zeit, in der Private den Strompreis diktiert haben, und wenn Sie dann den Vergleich ziehen mit der Steigerung verschiedener Sektoren, werden Sie daraufkommen, daß hier das Möglichste getan wurde. (Heiterkeit, Gegenrufe. Abg. Stöffler: „Blamieren Sie sich nicht!“) Denn von der Höhe der Strompreise . . . (Lärm.) Ich weiß, daß die Österreichische Volkspartei, wenn es darum geht, die sogenannten Privatbelange anzutasten, nervös wird. Es ist eine Tatsache, daß das Möglichste getan wurde, um den Strompreis so niedrig, als es geht, zu halten. (Abg. Scherer: „Wo ist die 5%ige Senkung der Privatwirtschaft?“) Sie haben schon im Finanzausschuß neuerlich bewiesen, wie schwer Sie mit Ziffern umzugehen verstehen. Ich ersuche Sie, sich die Vergleichsziffern zu beschaffen, die Möglichkeiten, die Kalkulation zu überprüfen und dann werden Sie nicht das allgemeine Schlagwort von der jetzt notwendigen Preissenkung auch für diese Tarife hervorholen. Denn es geht auch darum, wie vorher erhöht worden ist, wie die Tarife in der Zeit, als alle Produkte weit über die Ansätze des 5. Lohn- und Preisübereinkommens von Woche zu Woche gestiegen sind, erhöht wurden; die ganze Preisbildung für elektrischen Strom war in Grenzen gehalten, die es gerade noch ermöglicht hat, daß die Werke überhaupt bestehen konnten. Ich rede deshalb von dieser Sache, weil immer die Meinung auftaucht, man müsse der Privatinitiative auch beim Ausbau der Wasserkräfte die Tür öffnen. Wir glauben, und das ist nicht nur in Österreich, sondern sogar im freiwirtschaftlichen Amerika so, daß man die Elektrizität, vor allem was die Preisbildung betrifft, der privaten Spekulation nicht mehr überantworten soll und darf, denn die Elektrizität ist der Grundstoff, der Betriebsstoff für jede Industrialisierung.

Ich erlaube mir zum Abschluß an die Beamtenschaft, an unsere Bürokratie zu appellieren. Die Einstellung des Volkes zum herrschenden System hängt sehr von der Art ab, wie die Bürokratie mit jenen Menschen umgeht, die die Ämter aufsuchen. Es soll sich jeder bewußt sein, daß der Schreibtisch keine höhere Würde verleiht als der Pflug oder die Werkbank und wir wollen als

Politiker und Beamte dafür sorgen, daß die Verwaltung so unkompliziert wie möglich, so volksnah wie möglich ist. Wenn wir so verfahren, werden wir trotz der zerstörenden Tätigkeit der Diktaturanbeter auf der einen und der „Kleinen Zeitungen“ auf der anderen Seite dazukommen, daß das Volk der Demokratie Vertrauen schenkt, sie mit der Zeit auch versteht und würdigt.

Ich erkläre namens der sozialistischen Fraktion, daß wir für den Haushaltsvoranschlag 1952 stimmen werden. (Lebhafter Beifall bei SPÖ.)

**Abg. Strohmayr:** Hohes Haus! Es ist meine Aufgabe, im Namen des VdU den vor uns liegenden Budgetentwurf, von unserer Auffassung ausgehend, zu besprechen und zu sagen, was uns an ihm paßt und wo wir eine Änderung für notwendig halten. Da sich noch mehrere meiner Klubkollegen an der Debatte beteiligen werden, kann ich mich auf das Notwendigste beschränken und komme gleich auf das für uns wichtigste Kapitel, die Landwirtschaft (Ohrufe bei ÖVP) zu sprechen. Hier bedauern wir besonders, daß unseren Anträgen nicht die gebührende Beachtung geschenkt wurde. Die Landwirtschaft ist durch den Umstand, daß sie solange und auch noch heute zum Teil keine kostendeckenden Preise erhält, in ärgste Not gekommen. Schon im Vorjahre hörten wir, daß die Verschuldung der Landwirtschaft gegenüber dem Jahre 1945 das 13fache Ausmaß angenommen hat. Der Landwirtschaft muß daher nach unserer Anschauung wirklich ernstlich geholfen werden. Sie ist der Blutträger unseres Volkes und es ist unsere Pflicht, dem gewissermaßen Rechnung zu tragen.

Als positives Ergebnis finden wir, daß dem Gesundheitswesen bessere Beachtung geschenkt wurde. Es sind uns die Leistungen unserer Ärzteschaft bekannt und wenn wir ihnen durch das richtige Verständnis zu den nötigen Behelfen und Mitteln verhelfen, können wir so Manchem unseres Volkes ein paar zusätzliche Lebensjahre verschaffen.

Auch das Fürsorgewesen erscheint uns äußerst wichtig. Hier sind wir der Meinung, daß gerade dem Fürsorgewesen durch den Umstand, daß man heute bei dieser ständig absinkenden Kaufkraft des Geldes nicht mehr in der Lage sind, irgendwie Ersparungen anzulegen, besondere Beachtung zukommt. Immer mehr und mehr Menschen, die an den Rand der Erwerbsfähigkeit kommen, sind unter diesen Umständen genötigt, die Fürsorge in Anspruch zu nehmen. Wir müssen diesen Umständen klar ins Auge schauen. Der Jugendhilfe andererseits ist aber auch besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die Jugend steht heute ohne ein richtiges Ideal einer aufgepeitschten und herzlosen Welt gegenüber und ist für jede Hilfe aufrichtig dankbar.

Die Tatsache, daß für Fremdenverkehrsförderung in unserem Land größere Mittel zur Verfügung stehen, wird von uns sehr begrüßt. Der Fremdenverkehr ist eine Lebensfrage für unser

Land und hat auch noch enorme Ausbaumöglichkeiten, wenn wir allein nur an die Schönheiten unseres Landes denken. Ich möchte hiebei auf die Ausführungen meiner Vorredner und die steigenden Übernachtungszahlen hinweisen.

Nicht zuletzt begrüßen wir es, daß anlässlich der Budgetberatungen die Ausgaben für die Autos bzw. für deren Instandhaltung um 20% bzw. 10% generell gekürzt wurden. Dieser Antrag wurde gemeinsam gestellt und wir waren wirklich froh darüber.

Ganz unbefriedigend ist für uns die Erledigung des Wohnbauprogrammes. Hier haben wir den Antrag gestellt, im außerordentlichen Voranschlag 5 Millionen einzusetzen. Vom Wohnbauproblem hängt soviel zum wirklichen Glück und Frieden der Menschen ab, daß jeder Groschen, der irgendwo anders herausgekratzt werden kann, diesem Kapitel zur Verfügung gestellt werden müßte. Ich bedaure nur, daß ich die Worte meines Herrn Vorredners bezüglich dieser Wohnbaufrage nicht schon im Finanzausschuß gehört habe und ich bedaure noch mehr, daß unserem Antrag nicht die Zustimmung gegeben worden ist, denn gerade davon, daß dieser Antrag abgelehnt worden ist, mußten wir unsere Haltung zum Budget abhängig machen.

Der fortgesetzt steigende Zuschuß zu den Vereinigten Bühnen hat auch uns oft beschäftigt und wir haben uns daher gerne dem vorgeschlagenen Ausweg angeschlossen, daß nun das Schauspielhaus geschlossen werden soll. Wir wissen, daß unsere Bühnen sowie unsere Künstler ein großes Aktivum für unsere Stadt darstellen und fürchten selbst, daß, wenn nicht jetzt ein Ausweg gefunden wird und das Defizit immer weiter steigt, später einmal drakonischere Maßnahmen ergriffen werden müßten.

Im allgemeinen, Hohes Haus, haben wir unsere Anträge bei der diesjährigen Beratung gleich wie alle Jahre im Rahmen der bescheidensten Möglichkeiten gehalten, weil wir uns selbst sagen, daß der Wirtschaft nicht noch größere Belastungen auferlegt werden können. Die derzeit bestehende Steuerlast hat sowohl für die breite Bevölkerung wie auch für die Wirtschaft eine fast nicht mehr übersteigbare Höhe erreicht. Abgesehen von der direkten Besteuerung vom Verbrauch bzw. vom Umsatz, was allein eine enorme Verteuerung der Waren zur Folge hat, sind auch die Ertragssteuern infolge der Progression derart hoch, daß sie heute ein Vielfaches von ehemals ausmachen und schwerstens produktionshemmend wirken. Dazu erfindet man immer noch neue Steuer- und Abgabenarten. Zu den uns freundlich verbliebenen Steuern des Dritten Reiches hat man die Steuern und Abgaben des alten Österreich dazugegeben und nun auch noch die Steuern und Abgaben des neuen Österreich und diese aufreizende Einigkeit versteht es nun wunderbar, das Letzte aus dem Volk herauszuholen und ich wundere mich aufrichtig, daß man für diesen Zusammenschluß nicht auch ein Verbotsgesetz erfunden

hat. Es muß einmal klar ausgesprochen werden, es ist dies eine unhaltbare Situation, ein Raubbau, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat. Eine künstliche Kommunalisierung. Die Wirtschaft kann das nicht mehr ertragen, das ist ganz unmöglich.

Ich kann Ihnen als Beispiel einen Betrieb nennen, den ich wirklich ganz genau kenne, bei welchem ich mit den Verhältnissen vollkommen vertraut bin. Dieser Betrieb hat einmal in einem Jahr 100.000 S Gewinn gehabt. Darauf erhielt er eine Steuervorschreibung von 75.000 S, der Steuerberater erhielt 3600 S. Ohne Steuerberater kann man es ja gar nicht mehr wagen, mit der Steuerbehörde in Berührung zu kommen, da das ganze Steuersystem so kompliziert aufgebaut ist. Also verblieben diesem Betrieb 21.400 S, während der Fiskus 75.000 S, also 75%, erhielt. (Abg. O p e r s c h a l l: „Woher hat er die 100.000 S geholt?“) Die 100.000 S waren der normale Gewinn eines Geschäftes, das sicherlich einen sehr großen Umfang hat. Das nächste Jahr beträgt der Gewinn dieses Unternehmens 10.000 S. Darauf wurde ein Betrag von 6460 S an Steuer vorgerechnet. Dazu kommen die 3600 S für den Steuerberater, so daß der Betrieb noch 60 S dazugeben muß, damit die Sache geplant ist. Das sind also die Verhältnisse, wie sie heute bestehen. (Abg. H o f m a n n: „Da hat er einen schönen Steuerberater gehabt!“ — Schallende Heiterkeit.)

Ich habe mir weiter ausgerechnet, daß, wenn jemand 30.000 S verdient, ihm 17.000 S bleiben und wenn jemand 100.000 S verdient, ihm 21.400 S bleiben, d. h. er muß um 70.000 S mehr verdienen, damit ihm 4400 S mehr bleiben. (Zwischenruf Abg. P ö l z l: „Gescheiter wäre es, er geht mit den Preisen herunter!“) Das wäre richtig, wenn die Ausgleichung eines Betriebes so einfach wäre. Um wieviel muß man da mehr arbeiten und riskieren, daß man diese 70.000 S mehr verdient. Dazu können wir sagen, daß es sich bei allen diesen Gewinnen nur um Scheingewinne handelt und es auf diese Art nicht mehr möglich ist, die Geschäftssubstanz zu erhalten. Dieser Zustand ist auf die Dauer unmöglich und es ist notwendig, dies wirklich einmal grundlegend aufzuzeigen. Es ist leicht, darüber zu lachen. Aber fragen Sie die Betriebe, mit denen Sie selbst zu tun haben, Sie werden sehen, daß sie Ihnen dieselben Zahlen vorlegen können. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Ich habe doch auch einen Betrieb. Aber es ist doch etwas anders. Es ist trostlos, daß eine Volksvertretung sich einen solchen Unsinn anhören muß. Ich muß Ihnen das sagen, weil das Haus nicht dazu da ist, um solchen Unsinn zu verzapfen.“)

Wie befremdend muß es daher wirken, daß wir im Budgetentwurf nun noch dazu eine neue Abgabe, die Fremdenverkehrsabgabe, finden. Diese Fremdenverkehrsabgabe stößt auf unsere schärfste Ablehnung. Wir sind der unwandelbaren Meinung, daß man jetzt, wo man mit aller Anstrengung bemüht ist, eine Preissenkung

durchzubringen und von uns eher eine Senkungsaktion erwartet, es nicht riskieren darf, eine neue Abgabe, die wieder nur verteuert wirkt, einzuführen. Weiters sind wir bei dieser neuen Abgabe der Meinung, daß die Einhebung gleich wie bei anderen Abgaben einen Großteil des Ertrages verschlingen wird. Der Hinweis, den wir im Finanzausschuß gehört haben, daß 10 % die Gemeinde bekommt, beweist, daß der Einhebeapparat hier auch in Funktion treten wird. Wir sind weiter der Anschauung, daß, wenn man jetzt vorerst sagt, die Einhebebeiträge werden dem Fremdenverkehrs-Investitionsfonds zugeführt, daß es wohl eine Zeit so sein wird, daß aber dann auf einmal auf diese Zuführung vergessen wird und die Abgabe allein zurückbleibt.

Wenn wir dazu die Budgetvorlage genau ansehen, so finden wir, wie in den vergangenen Jahren auch heuer wieder, daß das Land eine größere Zahl landeseigener Liegenschaften und Betriebe hat und daß man aber lange suchen muß, bis man einen Betrieb oder eine Liegenschaft findet, die irgendwie aktiv ist. Es ist das das sichtbare Zeichen, wie die Wirtschaftslage steht. Wenn selbst die eigenen Betriebe so viel Geld als Zuschuß benötigen, wie muß es erst bei den Betrieben sein, die keine Steuergelder bekommen, sondern im Gegensatz noch Steuern bezahlen müssen. Diese Defizitwirtschaft, wie man sie allgemein nennt, hat leider große Dimensionen angenommen, nicht nur hier im Lande, sondern bundeseinheitlich. Der Bund soll fast keinen Betrieb haben, der aktiv ist. Die Gemeinde Wien nur die Bestattungsanstalt. (Gelächter.) Das Bundesbahndefizit beträgt per Tag mehr als 3 Millionen Schilling, d. h. daß jeder österreichische Staatsbürger vom kleinsten Kind bis zum alten Mutterl 70 g per Tag zuzahlen muß für dieses Defizit. Das sind beinahe 2 Semmeln, die sich jeder Mensch im Tage mehr leisten könnte, wenn es ein solches Defizit nicht geben würde. (Abg. H o f m a n n: „Das ist ja eine kindische Argumentation!“) Jetzt helfen, um diesen Zustand noch ertragen zu können, die Amerikaner. Wie lange wird das noch dauern? Der erste Warnungsruf ertönt schon. Einmal wird die Rechnung präsentiert werden, die dann die ganze Bevölkerung zahlen muß. Ist es da am Platze, so charakterlos in die Zeit hineinzuwirtschaften? Ist das nicht die Frage, die wir ernstlich stellen müssen?

Ein weiteres Zeichen, wie leichtfertig unsere heutige Zeit Versprechungen macht, ist die geplante Einführung der Altersversorgung der Selbständigen. Seit mehr als 3 Jahren vertagt man diese Altersversorgung von Monat zu Monat. Wenn der vorgesehene Tag gekommen ist, ist wieder nichts. Ich habe unter diesen Umständen das Gefühl, es wird noch lange nichts sein. (Abg. S t ö f f l e r: „Sie verstehen ja nichts davon!“) (Zwischenruf Abg. W e g a r t: „Wer hat Sie eigentlich gewählt? Schade um jede Minute!“ — Heiterkeit.) Auch sind wir vor lauter politischem Kampf nicht gewahr, welche gewaltigen Ausverkauf unserer Rohprodukte

wir haben. Es ist heute schon von den ständig steigenden Produktionsziffern gesprochen worden, aber wir finden diese Steigerung hauptsächlich bei der Rohproduktion und sehen immer wieder, wie unsere Rohprodukte in der heutigen Zeit davongeführt werden. Es wird freudig registriert, in gewissen Aufstellungen faselt man dann von Erfolg. Aber von der anderen Seite gesehen, ist es ein Davonführen unserer Substanz. Und nun setzt dieses Davonführen auch schon bei den Menschen ein. Die Konsulate sind überlaufen, die Leute stehen dort in Schlangen, Kommissionen untersuchen die Menschen nach ihrer Gesundheit und nach ihren Fähigkeiten und all das Gute, all die arbeitsfähigen Menschen werden uns ins Ausland entführt und wir bleiben hier in einem Staate, wo jetzt schon auf vier Steuerzahler drei vom Fiskus erhaltene oder unterstützte Personen kommen, mit den Kranken, Alten und Pensionisten zurück und es wirft sich die Frage auf, wie sich dieser Staat dann erhalten soll. Auch die widernatürliche Koalition unserer beiden großen Parteien (Zwischenruf Abg. Wegart: „Wir sind normal veranlagt.“ — Heiterkeit.) wirkt sich auf die Wirtschaft vernichtend aus. Wir haben früher gehört, die einen vertreten die freie Wirtschaft, die anderen die gebundene Wirtschaft. Die freie Wirtschaft sowohl als auch eine gebundene Wirtschaft haben beide für sich irgendwelche Vorzüge. Aber was wir heute haben, das ist nur mehr ein gegenseitiges Kompromisserln dieser beiden Wirtschaftsarten und wir haben dadurch weder eine freie, noch eine gebundene Wirtschaft, sondern nur mehr eine Mißwirtschaft. Kein Mensch kennt sich mehr aus. (Landesrat DDDr. Illig: „Sie bestimmt nicht!“) Es herrscht ein Durcheinander, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. (Zwischenrufe und Gelächter.) Daran verdienen nur die Spekulanten und die anständige Wirtschafts- und Gewerbetwelt kommt unrettbar unter die Räder. Es ist genau so, wie wenn man Wein und Benzin zusammenschüttet (Heiterkeit.), weder zum Trinken noch zum Fahren.

Die Volksdeutschenfrage ist auch so eine Frage, an die man sich nicht heranwagt. Man hat immer nur Vertröstungen und beleidigende Halbheiten gegen diese Menschen, die Blut unseres Blutes sind. Man muß ihnen doch einmal klar sagen, wie sie daran sind. Man mag darüber denken, wie man will, aber es ist eine Tatsache, daß diese heimatvertriebenen Brüder heute aus unserer Wirtschaft gar nicht mehr herauszulösen sind. Man gebe ihnen daher endlich, was ihnen gebührt, die Heimat.

Ein anderes Kapitel ist das Beamtenüberleitungsgesetz, das man dazu benützt, einem Teil der Beamten und Pensionisten einige Dienstjahre wegzunehmen, was nach unserer Anschauung verfassungswidrig ist. Ich benütze deshalb wieder die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß hier ehestens Ordnung gemacht werden muß. Ein diesbezüglicher Antrag wurde

von uns eingebracht und ich hoffe, daß dieser nächstens zur Beratung kommt.

Die größte politische Belastung unseres Staates aber ist nach wie vor das Nationalsozialistengesetz. Die Auswirkungen dieses Gesetzes sind vor allem in ihren moralischen Folgen bedrohend. Solange dieses Gesetz besteht, ist ein Teil des Volkes gezwungen, zur Seite zu stehen und an den Sorgen der Heimat nicht teilzunehmen. Es ist dies kein kleiner Teil, glauben Sie das ja nicht. Nicht allein die Betroffenen, sondern auch ihre Angehörigen und Freunde fühlen sich verletzt. Das sind alles Menschen, die in diesem Gesetz etwas sehen, das ganz konträr zu den rechtlichen Gefühlen steht. Das Erschwerende dabei ist der Umstand, daß das NS-Gesetz von 1947 noch härter gefaßt ist, als das abgelöste Verbotsgesetz, bei dem man sich noch auf die aufgewühlte Stimmung des Jahres 1945 berufen konnte. Der Versuch, die Schuld dieser härteren Fassung den Alliierten allein zuzuschreiben, ist nicht richtig. Ich habe selbst über die ausländischen Radiostationen und Zeitungen die Sache genauestens verfolgt und kann Ihnen nur eines sagen, die härtesten Punkte in dem neuen NS-Gesetz sind gar nicht von den Alliierten begehrt worden, sondern die Hauptschwere des Gesetzes liegt ja vor allem in den Ausführungsbestimmungen, bei welchen meines Wissens die Alliierten überhaupt nicht mitgesprochen haben. Die einzige Ursache, daß dieses Gesetz noch nicht dorthin gelangt ist, wo es hingehört, ist der Umstand, daß man auf verschiedenen Seiten das Gefühl hat, daß man sich hier eben überhoben hat und jetzt nicht weiß, wie man wieder zurück soll. Auf dieser Basis kommt man aber nicht weiter. Ich habe es selbst erlebt; so hart dieses Gesetz auch ist, die Menschen tun nicht mit, sie versuchen, den Betroffenen zu helfen, weil sie sich dessen genießen. Vom letzten Kanzleifräulein bis zum höchsten Chef, vom Gendarm bis zum Polizisten, vom Kriminalbeamten bis zum Gerichtsbeamten, bei allen fühlt man eine gewisse Scham, wenn sie ob dieses Gesetzes mit einem amtshandeln müssen. Und deutlicher denn je habe ich daraus entnommen, daß man gegen die Herzen der Menschen keine haltbaren Gesetze machen kann. Vor allem nicht in Österreich. Daher wäre es wirklich an der Zeit, daß man mit diesem Gesetz einmal zu einem Ende kommt. Es wäre der Friede für die Heimat und man würde damit viel Gutes und Edles tun.

Wenn ich nun nach diesen allgemeinen Ausführungen wieder zum Landesvoranschlag 1952 zurückkehre, muß ich an meine Erklärungen im Finanzausschuß erinnern, wo ich den Standpunkt meiner Fraktion dahingehend präzisierter, daß unsere Haltung abhängt von der Art der Behandlung, welche die beiden Regierungsparteien unseren durchaus im Rahmen gehaltenen Anträgen zuteil werden lassen. (Zwischenruf Landesrat Horvatek: „Sie haben ja keinen Bedeckungsantrag gestellt, nur Erhöhungsanträge.“) (Landesrat Dr. Elsnitz: „Die

anderen ebenso!“) Nachdem die für uns so entscheidende Frage des Wohnungsbaues ungelöst blieb und unser Antrag betreffend Streichung der Fremdenverkehrsabgabe abgelehnt wurde, haben wir beschlossen, dieser Budgetvorlage unsere Zustimmung nicht zu geben. (Abg. Stöfler: „Das ist doch wahre Demagogie!“) (Beifall bei VdU.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Das vorliegende Budget sieht eine wesentliche Erhöhung der Einnahmen und Ausgaben des Landes Steiermark vor. Für uns sind nicht nur die Ausgaben, es sind selbstverständlich auch die Einnahmen interessant, die das Budget aufweist. Wenn wir uns fragen, woher die Einnahmen stammen, über die heute verfügt werden soll, so müssen wir zur Antwort geben: Ein kleiner Bruchteil aus Landessteuern, der wesentlichere Teil aber stammt aus den Bundesertragsanteilen. Wenn wir weiter die Frage stellen, woraus setzen sich diese Bundesertragsanteile zusammen, müssen wir zur Antwort geben, daß drei Viertel dessen, was uns der Bund überweist, aus Massensteuern hereingebracht wird, aus der Lohnsteuer, aus der Warenumsatzsteuer, aus der Biersteuer und daß beispielsweise, wie der Finanzreferent bei der letzten Landtagssitzung zu berichten wußte, für dieses Jahr bis zum Oktober unser Anteil an der Lohnsteuer allein 58 Millionen Schilling betragen hat, während der Anteil, den wir an Einkommensteuer bekommen haben, nur 42 Millionen Schilling betrug. Was geht aus dieser einfachen Gegenüberstellung hervor? Es geht hervor, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger die pünktlichsten, die besten Steuerzahler, die wichtigsten Steuerzahler im Lande sind und daß auf der anderen Seite die besitzende Klasse als Steuerzahler, als sogenanntes staaterhaltendes Element, weit zurückbleibt und ich möchte bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß der Herr Bundesfinanzminister vor nicht allzulanger Zeit zu berichten wußte, daß es allein an Einkommensteuern der besitzenden Klassen eine Steuerschuld von 2 Milliarden Schilling gibt. Könnte der Österreichische Bund, könnte das Land über diese Riesenbeträge verfügen, ich glaube, der Herr Landtagsabgeordnete Taurer hätte es sich beispielsweise ersparen können, im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung nach neuen Massensteuern zu rufen, um die Wohnbautätigkeit zu aktivieren. Er hätte einfach sagen können, treibt bei den Reichen die Steuern ein, so wie ihr sie bei der arbeitenden Bevölkerung eintreibt und wir können Wohnungen in genügendem Ausmaß bauen. (Zwischenruf Landesrat Maria Matzner: „Auch bei den USIA-Betrieben?“) (Abg. Scheer: „Wir brauchten solche Steuern nicht, wenn wir das Öl und die Steuern der USIA hätten.“)

Wenn wir so an die Betrachtung unseres Budgets herangehen, wenn wir davon ausgehen, daß die verlässlichsten und besten Steuerzahler in Österreich die Arbeiter und Angestellten sind, so müßten wir im Zusammenhange mit der

Budgetdebatte die Frage stellen, wie geht es ihnen, diesen besten Steuerzahlern? Wie schneiden sie in diesem Staate, in dem wir leben, ab? Hier komme ich allerdings zu einem Resultate, das für die zweite Republik, für die demokratischen Einrichtungen unseres Landes einfach beschämend ist, ja unsere Demokratie so darstellt, wie sie nicht sein soll und wenn der Herr Landesrat Dr. Illig mit der Demokratie in unserem Lande sehr einverstanden ist, nach seiner Rede, die er heute gehalten hat, so möchte ich sagen, daß das werktätige Volk, die Arbeiter und Angestellten wenig Ursache haben, mit den Auswirkungen unserer demokratischen Einrichtungen in unserem Lande zufrieden zu sein. Vor mir liegt der steirische Wirtschaftsbericht, ich muß sagen, es ist sehr gut, daß es einen solchen Bericht gibt und lobenswert, daß die Arbeiterkammer ihre Lebenshaltungsstatistik, die ihren eigenen Mitgliedern zwar nicht zugänglich ist, dem steirischen Landesamt zur Verfügung stellt, damit dieser statistische Bericht wenigstens durch das Land veröffentlicht wird. (Zwischenruf: „Das stimmt nicht.“) Aus dieser Statistik geht folgendes hervor: Vom November 1950 bis November 1951 stieg der Lebenshaltungsindex von 550 auf 792 Punkte, d. h. um 242 Punkte. Wollte man den Lebensstandard vom November 1950 halten und es ist doch von allen Kreisen, von allen politischen Parteien behauptet worden, man müsse ihn nicht nur halten, sondern noch steigern, so wäre seit November 1950 bis zum heutigen Tage eine 44%ige Lohn- und Gehaltserhöhung notwendig gewesen. Wie hoch wurden die Löhne und Gehälter in dieser Zeit gesteigert? Der Herr Landesrat Dr. Illig hat in seiner Rede erklärt, der 5. Lohn- und Preispaakt, der sei gewissermaßen ein Meisterstück gewesen, die Rettung unserer Wirtschaft, er hat nur vergessen, zu sagen, was er unter unserer Wirtschaft versteht. (Landesrat Dr. Illig: „Sie verdrehen ja.“) Ich verstehe ausgezeichnet, daß der Vertreter der Bundeswirtschaftskammer, der hier in der Person des Herrn Landesrates Illig aufscheint, mit dem 5. Lohn- und Preispaakt sehr zufrieden sein kann. Denn was hat der 5. Lohn- und Preispaakt angesichts der ungeheuerlichen Preissteigerungen den Arbeitern und Angestellten gebracht? (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Vor allem hat er Ihnen den Wind aus den Segeln genommen, sonst hätten Sie einen Wirbel gemacht.“) Er hat den Arbeitern und Angestellten eine 10—15%ige Gehalts- und Lohnerhöhung gebracht und, soferne verschiedene Berufsgruppen früher schon, vor dem 5. Lohn- und Preispaakt, es verstanden haben, mit ihren gewerkschaftlichen Mitteln einen gewissen Teuerungsausgleich zu erhalten, eine Lohnerhöhung bis zu 20 %, maximum 25 %. Was sehen wir aus diesen Tatsachen? Daß, gemessen an dem ungeheuren Steigen der Preise, selbst im günstigsten Falle die Löhne und Gehälter um 20 % hinter den Preissteigerungen zurückgeblieben sind und gegen diese Tatsache kanen hier niemand aufstehen und sagen, das ist nicht richtig, es kann

niemand aufstehen und sagen, das ist kommunistische Demagogie, sondern wer bereit und imstande ist, Tatsachen zu beurteilen, muß offen und frei zugeben, ja, das ist eine Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen.

Nun sagt der Herr Landesrat Dr. Illig, eine bedenkliche Entwicklung zeige sich in der Wirtschaft, aber Bundeswirtschaftskammer und Führung des Gewerkschaftsbundes seien am Werk, um die gesteigerten Preise zurückzuführen und ein „verheißungsvoller“ Anfang sei damit schon gemacht worden. Nun, meine Damen und Herren, die Arbeiter und Angestellten, die Massen unseres werktätigen Volkes, denken an diesen „verheißungsvollen“ Anfang mit Schauern, möchte ich beinahe sagen. Denn, gemessen an den Preissteigerungen, die bis zu 50 und mehr Prozent gegangen sind, sind diese Preissenkungen bis zu 5 %, maximum 8 %, die außerdem nur einige Warengattungen erfassen, weiter nichts als eine optische, oder wie man auch sagt, eine psychologische Angelegenheit. Optisch soll der Eindruck erweckt werden, ja, jetzt senken wir die Preise, in Wahrheit aber wird an dem ungünstigen Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen im wesentlichen nichts geändert. Und das ganze Manöver mit der Preissenkung stellt sich als das heraus, was es ist, nämlich ein ganz plumper Preissenkungsschwindel.

Am deutlichsten kommt das zum Ausdruck bei den Preisen für die wichtigsten Nahrungsmittel. Auch der Wirtschaftsbericht führt das mit aller Deutlichkeit an. Die wichtigsten Nahrungsmittel, nämlich Fleisch, Speck und Schmalz, steigen ununterbrochen im Preise. Man kann ruhig sagen, daß z. B. der Preis für Schmalz, sofern überhaupt welches zu bekommen ist, heute 30 bis 34 S pro Kilogramm beträgt. Wenn man vergleicht, daß im April 1938 der Preis für Schmalz bei S 2-40 bis S 2-80 gelegen ist, so wird es ganz klar, mit welchen unerhörten Preiserhöhungen wir es bei einem der wichtigsten Volksnahrungsmittel zu tun haben. Oder wenn wir uns die landwirtschaftlichen Preise ansehen. Butter ist sozusagen vom Markt überhaupt verschwunden oder wird nur in Mengen verabreicht, die geradezu als lächerlich zu bezeichnen sind. Wenn eine Hausfrau 5 oder 10 dkg Butter ergattert, so ist das schon ein großes Kunststück und sie muß bei dieser Gelegenheit bestimmt andere Sachen im Werte von 20 oder 30 S einkaufen, damit sie sich diese Butter verschaffen kann. Butter kostet heute offiziell 34 S pro Kilogramm. Aber, meine Damen und Herren, wie lange wird es dauern und die Butter wird wieder kommen und dann wird man sagen: „Ja, Leute, das geht doch nicht, das Fett kostet 30 bis 34 S pro Kilogramm und die Butter kann doch nicht ebensoviel kosten, wie das Fett, der Butterpreis muß daher reguliert werden.“ Und man ist bereits daran, diesen Butterpreis zu regulieren, nämlich in der Form, daß die Butter vom Markt verschwindet und im Schleichhandel verkauft wird. Nach den letzten Nachrichten aus Wien soll sie dort 42 bis 46 S pro Kilogramm kosten.

Deswegen glaube ich, daß die Feststellung des steirischen Wirtschaftsberichtes vollkommen richtig ist, in dem es heißt: „Da aber die wichtigste Gruppe, nämlich die der Nahrungsmittelpreise, bisher auf gleicher Höhe geblieben ist und heute teilweise noch angestiegen ist, war die Wirkung der Preissenkungsaktion bisher gering und konnte die allgemeinen Lebenshaltungskosten kaum herunterdrücken.“ Sehr vorsichtig ausgedrückt von einem Beamten, aber er wollte sagen, was er durch die Ziffern gezwungen auch sagen mußte, es handelt sich nicht um ein Herunterdrücken der Lebenshaltungskosten, sondern die Statistik beweist schwarz auf weiß, die Lebenshaltungskosten sind auch heute noch im Steigen begriffen. Nun könnte die Frage aufgeworfen werden: Was weiter? Was soll da geschehen? Ist es denkbar, ist es zumutbar, daß die Arbeiter mit einer 10- bis 15%igen Lohnerhöhung eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 44 % hinnehmen? Nein, es ist nicht denkbar und die Arbeiter und Angestellten denke nauch gar nicht daran, diese Tatsachen einfach und schlicht hinzunehmen. Sie denken auch dann nicht daran, wenn sich die Führung des Gewerkschaftsbundes mit der Führung der Bundeswirtschaftskammer verschworen hat, um die Arbeiter davon abzuhalten, Lohnforderungen zu stellen für den Ausgleich der Teuerung, die bereits eingetreten ist. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an eine sehr bezeichnende Episode im Finanzausschuß. In der Generaldebatte im Finanzausschuß hat der Herr Landesrat Dr. Illig ungefähr so, wie er es heute getan hat, nur noch etwas deutlicher, die Verdienste des Gewerkschaftsbundes hervorgehoben, der Führung, um genauer zu sein, in dem Bestreben, die Löhne stabil zu halten. Er hat sozusagen der Führung des Gewerkschaftsbundes in dem Zusammenhang einen „Einser“ gegeben, genau so, wie er heute die SPÖ für ihre ganze Politik in der Koalition mit einem „Einser“ ausgezeichnet hat. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Sie bekommen von mir einen Fünfer.“ — Heiterkeit.) Es wäre schlecht bestellt um mich und meine Partei, wenn ich von Herrn Landesrat Dr. Illig einen „Einser“ bekäme, ich bin mit dem „Fünfer“ von ihm vollkommen einverstanden. (Landesrat Dr. Illig: „Aber mit dem „Fünfer“ fallen Sie durch!“ — Heiterkeit.) Der Herr Landtagsabgeordnete Wurm hat dann schüchtern, ich möchte sagen dankbar, dem Herrn Landesrat Dr. Illig geantwortet, u. zw. folgendes: „Der Herr Landesrat Dr. Illig war so lieb, anzuerkennen die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes, die Löhne stabil zu halten, er möge doch auch so lieb sein, die Preissünder der gerechten Bestrafung zuführen zu lassen und er soll doch von der Praxis abgehen, Urteile 1. Instanz, die gegen Preistreiber erfließen, als Machthaber der 2. Instanz auszulöschen oder herabzusetzen.“ Ich sage, es war eine rührende Szene. (Landesrat Dr. Illig: „Sie sind doch ein wunderbarer Schauspieler!“) Aber der Herr Landesrat Dr. Illig war nicht zu

rühren. Er hat sich gleich auf die Hinterfüße gestellt und gemeint, die 2. Instanz läge in seiner Hand und dort werde er machen, was er für recht und billig fände. Nun, das ist auch ein Standpunkt. Ich muß überhaupt sagen, einen Standpunkt hat der Herr Landesrat Dr. Illig. Er hat ihn auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, indem er sagte: „Was wollen Sie, meine Herren, wir haben eine Wirtschaft, in der die freie Marktwirtschaft zum Durchbruch gekommen ist.“ Freie Marktwirtschaft heißt freie Preisbildung, Preisbildung nach Angebot und Nachfrage. Aber daran glaubt heute kein Mensch mehr — das hat Herr Abg. Taurer ganz richtig gesagt — in einer Wirtschaft, wo alles, wenn nicht vom Staat oder von der Bundeswirtschaftskammer, dann von Kartellen abgesprochen wird, wo die Preisbildung faktisch gebunden ist, ist in Wahrheit keine freie Wirtschaft. In Wahrheit gibt es keine freie Preisbildung, in Wahrheit haben wir den Zustand, daß die wirtschaftlich Stärkeren in unserem Land die Preise in organisierter Form diktieren und daß dieses Diktat mit Hilfe der Führung des Gewerkschaftsbundes von den Arbeitern und Angestellten einfach zur Kenntnis genommen werden muß. Denn nehmen sie es nicht zur Kenntnis, dann droht man ihnen mit der Exekutive des Staates, dann droht man ihnen mit dem Staatsanwalt, dann hängt man ihnen einen Prozeß an, dann sagt man ihnen, was, Ihr wollt eine Überbrückungshilfe, Terroristen seid ihr, Putschisten seid Ihr und dann mobilisiert man den Alpenlandsender, der, so wie es in Eisenerz geschehen ist, als die Eisenerzer Bergarbeiter eine Überbrückungshilfe verlangt haben, alle 10 Minuten eine Lügensendung durchgegeben und erklärt hat, daß in Eisenerz gar nicht die Bergarbeiter streiken, sondern daß nur ein paar böse Kommunisten die Arbeiter zum Streiken aufputschen wollen. Die Exekutive des Gewerkschaftsbundes verurteilte den Streik, sie verurteilte, daß die Arbeiter die Überbrückungshilfe verlangen. Während die Exekutive des Gewerkschaftsbundes nicht zusammengetreten ist und überhaupt keinen Beschluß gefaßt hat, werden die gesamten Machtmittel des Staates, werden die wichtigsten Propagandawaffen der Besatzungsmacht aufgeboden, um den Arbeitern und Angestellten, die einen gerechten Kampf führen, in den Rücken zu fallen, sie zu verleumden und sie zu belügen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Wie lautet der weitere Moskauer Auftrag?“) Der Preissenkungsschwindel wird auf die Dauer nicht genügen, er hat bis heute schon nicht genügt, um Ihre Politik aufrecht zu erhalten. Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen zeigt mit aller Deutlichkeit, was die Arbeiter und Angestellten von der bisherigen Wirtschaftspolitik in Österreich halten. Es ist nämlich eine Tatsache, die man nicht bestreiten kann, daß die Einheitsliste, die Liste, auf der sich Arbeiter und Angestellte vereinen, um ihre Interessen wirksam vertreten zu können, in der Steiermark in nahezu 100 Be-

trieben, in denen sie kandidierten, 71 % an Stimmen und 90 % an Mandaten gewonnen hat. (Zwischenruf: „Sprechen Sie zum Budget!“) Es ist eine Tatsache, daß die Einheitsliste in Fohnsdorf die Mehrheit errang und ebenso in Eisenerz und daß bei den Böhlerwerken in Kapfenberg ein tiefer Einbruch erzielt wurde. Es ist weiterhin eine Tatsache, daß diese Betriebsratswahlen den VdU im großen und ganzen aus den Betrieben herausgeworfen haben (Zwischenruf bei VdU.), der VdU hat 1652 Stimmen verloren, das sind 58 % seiner Stimmen und 22 Mandate verloren, das sind 55 % seiner Mandatsdate. (Zwischenrufe bei VdU: „Das ist die Einheitsliste.“ „Das ist Ihr Wunschtraum.“) (Landesrat Dr. Elsnitz: „Fata morgana!“) Sie brauchen das nur nachzurechnen und ich muß sagen, wenn man die Ausführungen wie die des Abg. Strohmaier zur Verteidigung der besitzenden Klasse, hört, müssen die Leute langsam und sicher daraufkommen, was hinter dem VdU steckt, daß das weiter nichts ist, als das Mittel, genau so wie es früher der Faschismus gemacht hat, mit radikalen Reden zu versuchen, die werktätigen Menschen zu gewinnen, mit reaktionären Taten die besitzende Klasse zu unterstützen. (Zwischenruf: „Ihr wollt Besitzer werden!“) Es wurde heute schon breit über Demokratie gesprochen, aber im Kampfe um die Überbrückungshilfe gegen die Verschlechterung der Lebenshaltungskosten der Arbeiter und Angestellten konnten wir im Vorjahre und auch heuer schwere Angriffe auf Ihre demokratischen Rechte beobachten. Vor einigen Tagen erschien in der „Neuen Zeit“ verschämt eine Erklärung, die im krassen Gegensatz zu dem, was voriges Jahr über den Donawitzer Betriebsrat behauptet wurde, steht. In dieser heißt es: „In unserer Ausgabe vom 3. November 1950 haben wir über die Vorfälle anlässlich des 4. Lohn- und Preisübereinkommens im Werk Donawitz berichtet und hiebei die Betriebsräte Peikler, Franz Petz und Josef Filz des Sabotageversuches und der Gewissenlosigkeit beschuldigt. Das gegen die genannten Betriebsräte wegen der Vorfälle in den Streiktagen seitens der Staatsanwaltschaft wegen Hochverrat und Verbrechen nach dem Koalitionsgesetz eingeleitete Strafverfahren wurde inzwischen eingestellt. Auf Grund dieser Tatsache stehen wir nicht an, die in unserer Ausgabe vom 3. November 1950 gegen die obgenannten Betriebsräte erhobenen Vorwürfe als unbegründet zurückzunehmen.“ (Landesrat Dr. Illig: „Was wäre denn in Moskau passiert?“) Eine Presse, die sich nicht schämt, kämpfende Arbeiter auf das verleumderischste anzugreifen und nachher nach einem Jahre eine kleinlaute Erklärung abzugeben, eine solche Presse hat kein Recht, sich als sozialistisch zu bezeichnen.

Aber auch dieses Jahr hat es wesentliche Angriffe auf die demokratischen Rechte der Arbeiterschaft gegeben. Ich habe früher von den Vorfällen im Sender Alpenland in Bezug auf den Kampf um die Überbrückungshilfe in Eisenerz

gesprochen. Wir haben in unserem Landtag einen Landesrat, dem nicht nur der Kampf um die Überbrückungshilfe, der Kampf der Arbeiter um einen Ausgleich der Lebenshaltungskosten schwer auf die Nerven geht, obwohl er Obmann der Landesexekutive des Gewerkschaftsbundes ist und der es schlecht versteht, Niederlagen hinzunehmen, von denen er unvermeidlich in der nächsten Zeit noch viel bedeutendere wird hinnehmen müssen. Als in Judenburg bei den Betriebsratswahlen die Einheitsliste bedeutende Erfolge erzielte, da eilte Landesrat Matzner mit dem Auto der Landesregierung sofort an die „Schadensstelle“ (Heiterkeit.) und versuchte, den Schaden wieder gut zu machen. Was tat er dort? Er ging in den Betrieb und veranlaßte die sozialistischen Betriebsräte, ihr Mandat zurückzulegen, damit der Betriebsrat aktionsunfähig werden soll und Neuwahlen, von denen er sich etwas anderes erhofft, als wie vorher, auszuschreiben sind. Es ist komisch, daß ein Landesrat, ein führender Funktionär der Sozialistischen Partei, einer Partei, die so trieft von Demokratie in Worten, in der Tat nicht imstande ist, eine demokratische Entscheidung als gegeben hinzunehmen (Zwischenruf: „Und demokratisch zu bekämpfen.“) und der, um dieser demokratischen Entscheidung an den Leib rücken zu können, es nicht verschmäht, in den Betrieb zu gehen und außerdem noch bei der Gelegenheit die Gendarmerie aufbietet, damit sie vor dem Betriebstor Wache steht. Ich weiß nicht, vielleicht fühlt er sich sicherer, wenn die Gendarmerie da ist. Ich bin der Meinung, ein Gewerkschaftsfunktionär, ein führender Gewerkschaftsfunktionär, welchen Standpunkt er immer auch hat, ist faktisch geliefert in dem Augenblick, wo er sich nicht mehr zu den Mitgliedern, die er zu vertreten hat, hineintraut, ohne die Gendarmerie aufbieten zu müssen.

Es ist tief bedauerlich, daß das geschehen ist. Es ist eine Schande für den Gewerkschaftsbund, aber es interessiert uns auch hier im Landtag, denn der Herr Landeshauptmann — ich habe das schon in einem Brief an ihn festgestellt — müßte eigentlich einen solchen Mißbrauch der Gendarmerie hintertreiben. Die Gewerkschaftsfunktionäre sollen mit ihren Gewerkschaftsmitgliedern reden, sollen sich mit ihnen auseinandersetzen und ich glaube, sie brauchen, wenn sie es ordentlich tun, dazu keine Gendarmerie. Bei Böhler wurde ganz das gleiche praktiziert. Wenn die SPÖ die Politik, die sie jetzt betreibt, weiterhin zu betreiben gedenkt in der Lohn- und Preisfrage, dann wird das Betriebsratswahlergebnis praktisch die Antwort darauf sein. Ich möchte überhaupt die Frage aufwerfen, ob es nicht vielleicht gut wäre, allgemeine Wahlen durchzuführen, angesichts der Tatsache, daß unsere Bevölkerung die Entscheidung treffen soll, welche Wirtschaftspolitik in Zukunft betrieben werden soll. Denen vom VdU würde es gehen wie bei den Betriebsratswahlen, da kämen keine Sieben von ihnen mehr herein. (Zwischenruf bei VdU: „Nein! Sondern 10!“) Aber der

Linksblock würde sich verstärken. (Zwischenrufe, Gelächter.)

Gibt es eine konkrete Möglichkeit, durch ins Gewicht fallende Preissenkungen den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten vom Vorjahre auch nur wiederherzustellen? Wenn ich den Herrn Landesrat Dr. Illig fragen könnte und wenn er mir eine ehrliche Antwort geben würde (Landesrat Dr. Illig: „Kommen Sie in meine Sprechstunde!“ Allgemeine Heiterkeit.) ohne heilseherisch zu sein, kann ich behaupten, der Herr Landesrat Dr. Illig glaubt nicht an eine solche Preissenkung. (Landesrat Dr. Illig: „Sie sind ein Gedankenleser!“) (Erneute Heiterkeit.) Er glaubt nicht an eine solche Möglichkeit. Aber, wenn ich auch die sozialistischen Politiker fragen würde, wenn ich den Sekretär des Gewerkschaftsbundes fragen würde, was sie von den allgemeinen Preissenkungen halten, ich glaube, sie müßten auch sagen, daß es so etwas nicht gibt, daß so etwas noch nicht da war. Jahrelang predigen wir schon die Preissenkungen und wir haben immer nur erlebt, daß die Preise gestiegen sind. Sie weiter zu predigen, hieße die Arbeiter und Angestellten zu betrügen. Denn, seien wir ehrlich, was wäre denn der einzige Weg, um ernste Preissenkungen durchzuführen? All das, was Sie nicht wollen, Herr Landesrat Dr. Illig. (Landesrat Dr. Illig: „Wenn uns die Russen das Erdöl geben würden!“) Der einzige Weg, um Preissenkungen durchzuführen, wäre, den Einfluß der Bundeswirtschaftskammer zu brechen, allgemeine Bewirtschaftung, staatlich geregelte Preise, also alles das, was Sie nicht wollen, den Außenhandel fest in die Hand des Staates, ein Außenhandelsmonopol, nicht die Aufhebung der letzten Beschränkungen im Außenhandel. Und alles das würde natürlich bedeuten, scharfe Kontrolle der kapitalistischen Wirtschaft in unserem Land. (Abg. Dr. K a a n : „So wie in der Nazizeit!“) Dazu fehlen aber die gesetzgeberischen Voraussetzungen und es ist auch nicht anzunehmen, daß die ÖVP oder die SPÖ solche gesetzgeberische Maßnahmen treffen wird. Erstens will die ÖVP nicht, zweitens kann die SPÖ nicht, denn beide stehen unter dem Diktat der Amerikaner. Die haben doch die Marshall-Hilfe gegeben. Wozu denn? Sie haben sie gegeben, um in Österreich die freie Wirtschaft, die Profitwirtschaft, die kapitalistische Wirtschaft mit allen ihren Auswirkungen zu stützen und aufzurichten. Nun ja, klar! Die SPÖ möchte schon dies und das, aber im Ernst kann sie nicht und im Ernst will sie nicht. Denn wenn sie ernstlich wollte, dann müßte sie Schluß machen mit der amerikanischen Politik in Österreich. (Abg. S c h e e r : „Ich habe schon einmal gesagt: Geben Sie uns das Öl und die USIA-Betriebe und wir brauchen keine Marshall-Hilfe.“) Im Finanzausschuß war der Herr Landesrat Dr. Illig ein bißchen offener, als hier im Hohen Haus. Im Finanzausschuß haben seine Äußerungen so ausgesehen, na ja, unsere Ausgaben steigen, das Budget wird immer

größer, jetzt steigt es um 52 % und für die Zukunft kann man etwas Genaues nicht sagen. Aber eines hat er warnend zum Ausdruck gebracht. Die Konjunktur, die wir gegenwärtig haben, ist in Frage gestellt. Wir haben nicht damit zu rechnen, daß das immer so weiter geht, daß der Beschäftigtenstand weiter gehalten werden kann, daß die Produktion weiterhin ansteigt. Es wird auch wieder ein Wellental geben und nach der Konjunktur kommt die Krise und, meine Damen und Herren, das ist ja das Kennzeichnende an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wobei, was wir heute unter Konjunktur verstehen noch unter Anführungszeichen zu setzen ist. Denn für wen ist denn gute Konjunktur in Österreich, für alle? Für die Arbeiter? Für die Angestellten? Für die werktätigen Menschen? Nein! Es ist richtig, daß ein großer Teil derjenigen Menschen, die nur leben können, wenn sie ihre Arbeitskraft verkaufen, heute in Arbeit stehen, aber nicht alle. Es ist weiterhin eine Tatsache, daß sie ihre Arbeitskraft zu einem Preis verkaufen müssen, der weit unter den Gesteigungskosten liegt. Also, an der guten Konjunktur, gemessen an der Lebenshaltung der Werktätigen, hat der werktätige Mensch in Österreich keinen namhaften Anteil. Aber selbst das ist in Frage gestellt. Warum in Frage gestellt? Das ist auch ganz klar. Das, was wir in Österreich als gute Konjunktur haben, ist nichts anderes als Rüstungskonjunktur, eine Rüstungskonjunktur, die, was heute schon von vielen zugegeben wird, hervorgerufen wird durch die wahnsinnigen amerikanischen Kriegsrüstungen. Der Herr Landesrat Dr. Illig hat anfangs seiner Ausführungen heute gemeint, die große Preissteigerungswelle sei darauf zurückzuführen, daß es in Korea Krieg gibt. Bitte, diese Behauptung hat etwas für sich, die amerikanische Aggression in Korea (Allgemeine Heiterkeit.) hat bestimmt den Preisaufrtriebenden noch mehr Vorschub geleistet. Aber ich möchte dem Herrn Landesrat Dr. Illig raten, er soll doch die „Industrie“, das Organ der Industriellenvereinigung, etwas genauer lesen. In diesem Organ der Industriellenvereinigung heißt es nämlich am 1. September: „Das Unheil der Rohstoffteuerung nimmt von der amerikanischen Rohstoffhortung seinen Ausgang. Die amerikanische Rohstoffhortung ist älter als der koreanische Krieg, denn sie wurde schon 1947 in Angriff genommen.“ Das steht in der „Industrie“, also in der Unternehmerzeitung. (Verschiedene Zwischenrufe.) Überhaupt dann, wenn der Herr Landesrat Dr. Illig sie kaum gelesen hat und sich zu Dingen versteigt, die schon längst von den führenden Kreisen, die er vertritt, ad acta gelegt worden sind. In einem der letzten Berichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung vom August 1951 heißt es: „Während in Österreich die Lebenshaltungskosten seit dem Ausbruch des Korea-Konfliktes um nicht weniger als 40 % gestiegen sind, betrug die Erhöhung in Westdeutschland und Großbritannien 10 %, in den USA 8 % und in der Schweiz gar

nur 6 %.“ Also, das Wirtschaftsforschungsinstitut ist gewiß keine kommunistische Einrichtung, an seiner Verlässlichkeit besteht kein Zweifel. Das Wirtschaftsforschungsinstitut stellt diese Tatsachen fest, daß es in Österreich im Gegensatz zu den Behauptungen des Landesrates Illig Preissteigerungen gibt, die weit über die Preissteigerungen hinausgehen, die es in der anderen kapitalistischen Welt gibt. Was folgert daraus? Es folgert daraus, daß die ganze Argumentation betreffs unserer wirtschaftlichen Situation, die Landesrat Illig namens der Österreichischen Volkspartei vorgetragen hat und die im wesentlichen auch die Argumentation der SPÖ, der zweiten Regierungspartei, ist, an die sich der VdU immer wieder anhängt, daß diese Argumentation von A bis Z nicht stimmt, daß es eine Tatsache ist, daß die österreichische Wirtschaftslage außerordentlich stark beeinflußt wird von den Beiträgen, die Österreich für die Wiederaufrüstung, für die amerikanischen Kriegsziele zu leisten hat. Wir bezahlen jetzt das, was man ursprünglich Geschenk genannt hat, wir bezahlen für den Marshallplan, der von vorneherein nichts anderes war, als ein Kriegsplan zur Mobilisierung der gesamten kapitalistischen Welt gegen die Welt des Sozialismus, gegen die Welt der Volksdemokratien. (Zwischenruf Abg. K a n d u t s c h : „Gegen die russischen Erbsen.“) Ich habe geglaubt, Sie sind gescheitert, als ihr Kollege, Sie enttäuschen mich, Sie profitieren von Abg. Strohmaier, Sie sind ein würdiger Konkurrent des Strohmaier. Landesrat Illig meinte, (Landesrat Dr. Illig: „Wenn Sie mich nicht hätten, hätten Sie keinen Stoff.“) (Schallende Heiterkeit.) daß Österreich nur in der Phantasie für den Krieg rüste und an der Kriegswirtschaft teilnehme. Ich muß sagen, angesichts der wiederholten Veröffentlichungen in bürgerlichen Zeitungen des Auslandes, wie zum Beispiel in der „New York Times“, wird es auch Landesrat Illig nicht entgangen sein, wieviel von unseren Rohstoffen nach Westen wandert, wird er genau wissen, wozu sie dienen und daß die Investitionspolitik in Österreich darauf ausgerichtet ist, die Rohstoffproduktion zu steigern, um den Zwecken der Aufrüstung der kapitalistischen Welt zu dienen. Obwohl er das genau weiß, hat er die Stirne und sagt, der Anteil Österreichs an der Aufrüstung, an der Militarisierung der westlichen Welt, an der Kriegsrüstung besteht nur in der Phantasie der Kommunisten. Eine solche Argumentation richtet sich selbst und seine eigenen Auftraggeber scheren sich nicht darum, was die ÖVP und die SPÖ für Schwierigkeiten hat in Österreich mit den Kommunisten, die sagen einfach das, was sie sich denken, sie fühlen sich stark genug dazu. In der „New York Times“ vom 3. Jänner 1951 steht unter einem Bild der Donawitzer Werke folgende Überschrift: „Die Wiederaufrüstung ist heute ein wichtiger Faktor des Aufbaues“ und im Artikel darunter heißt es: „Das Donawitzer Eisen- und Stahlwerk der Alpine Montan-Gesellschaft arbeitet heute wieder mit Volldampf für

die Wiederaufrüstung“. Es wird für die Wiederaufrüstung gearbeitet, für eine Wiederaufrüstung, die, wenn alles das, was hier in Kriegsmaterial umgemünzt wird, eine ungeheure Gefahr darstellt, nicht zuletzt für unser Land und für unsere steirische Heimat. Sollten jemals die Kanonen, die aus österreichischem Stahl gegossen werden, losgehen, werden wir die Granaten dieser Kanonen auf unsere Heimat niederprasseln sehen. (Zwischenruf: „Der Westen hat abgerüstet, im Glauben, daß der Osten auch abgerüstet hat.“)

Es ist eine Tatsache, daß wesentliche Teile unserer Rohstoffe ins Ausland wandern, aber unsere Fertigwarenindustrie einen ausgesprochenen Mangel an Halbfabrikaten zu verzeichnen hat. (Abg. Scheer: „Und die Dampfstrecke, die die Russen mitgenommen haben?“) (Abg. Kandutsch: „Nur die Richtung stört Sie!“) In dem Weißbuche des österreichischen Friedensrates (Ruf: „Au weh!“) werden authentische Quellen zitiert, die nicht Quellen der Kommunisten sind, sondern Quellen, die von der anderen Seite stammen. Ich habe hier eine Äußerung der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ vom 6. Oktober 1951: Kommerzialrat Kastner schreibt dort: „Während in den ersten 5 Monaten des Jahres 1950 rund 22.000 t Walzwaren an den Händler geliefert wurden, waren es im gleichen Zeitraum dieses Jahres noch rund 16.000 t. Da im Vorjahre 54.000 t Walzwaren an den Handel gingen, sollte heuer mindestens dieselbe Menge geliefert werden, wie aber festgestellt werden muß, sind bisher nicht einmal 50 % der dem Handel garantierten Quote ausgeliefert worden. Je mehr die Eisenproduktion zunimmt, je mehr sinkt die Belieferung des Handels, dessen Situation heute kritischer ist als zur Zeit der Bewirtschaftung.“ Landesrat Illig meint, die Bewirtschaftung ist aufgehoben, aber es gibt andere Kräfte, die unsere Rohstoffe bewirtschaften, z. B. die Amerikaner brauchen nur zu winken und unsere Walzwaren wandern nicht in unsere Fertigwarenindustrie, sondern nach Westen. Das ist eine Tatsache, an der niemand vorbegehen kann und niemand soll sich lustig machen über diese Dinge, sie sind sehr ernst und wenn es Ihnen ernst ist mit Ihrer Proklamierung der Vollbeschäftigung, so muß mit diesem System der Ausplünderung Österreichs aufgehört werden. (Zwischenruf: „USIA!“) Abg. Stöffler: „Sorgen Sie dafür, daß die Maschinen zurückkommen, die fortgeführt wurden.“) Bezüglich Eisen, Metall und Küchengeräte gibt der vorhin Zitierte im Mai 1951 folgende Äußerung ab: „Der Engpaß bei allen Walzwerkerzeugnissen ist ärger denn je. Die Anlieferungen der Werke haben einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht und die spärlichen Importe reichen nicht aus, um die Lücke zu füllen und es besteht keine Aussicht auf Besserung in absehbarer Zeit.“

Meine Damen und Herren, diese Entwicklung in der wir jetzt mitten drin stehen und die sich für die nächste Zeit zu verschärfen droht, diese

Entwicklung ist derart bedenklich, daß der gesamte Landtag sich auf den Standpunkt stellen müßte, in erster Linie die Versorgung unserer heimischen Produktionsstätten mit den heimischen Rohstoffen zu sichern, damit nicht zu dem tiefen Lebensstandard, den die Arbeiter und Angestellten jetzt haben, auch noch die Arbeitslosigkeit kommt. Dazu kommt aber noch folgendes, meine Damen und Herren, daß nämlich die Exporte, die ins Ausland wandern, zu Preisen ins Ausland wandern, die eine ausgesprochene Ausplünderung unserer Wirtschaft darstellen. Es heißt im bereits erwähnten Bericht: „Es war im März 1951 der Exportpreis der VÖSt. für Roheisen nach den USA 65 Dollar pro Tonne, nach den westeuropäischen Ländern 80 bis 85 Dollar pro Tonne.“ Dieser Bericht ist entnommen dem wirtschaftlichen Informationsdienst der Schweizer Handelskammer in Wien vom März 1951. Der Herr Abg. Taurer hat früher mit einer gewissen Genugtuung festgestellt, daß unser Handel nach dem Osten immer mehr im Abnehmen begriffen ist und er hat zugleich für die Zukunft eine Prognose aufgestellt, daß da überhaupt nicht mehr viel los sein wird. Meine Damen und Herren! Ich glaube, die österreichischen Arbeiter und Angestellten haben kein Interesse daran, daß weit unter den Weltmarktpreisen nach Westen exportiert wird, um damit die amerikanische Rüstung zu unterstützen, sondern sie hätten weit mehr Interesse daran, daß es zu intensiven Handelsbeziehungen mit dem Osten kommt auf der Basis der Weltmarktpreise. Das sind Tatsachen unserer wirtschaftlichen Entwicklung, an denen wir nicht vorbegehen können.

Es gibt aber noch weitere Tatsachen, die ich nicht versäumen will anzuführen, u. zw. betreffend Eisenerz. Wir wissen, daß unser steirischer Erzberg eines der bedeutendsten Vorkommen in Mitteleuropa ist, daß unser steirischer Erzberg ein wichtiges Kapitel unserer Wirtschaft darstellt. Es hat vor nicht allzu langer Zeit der deutsche Imperialismus nach dem Erzberg und nach der österreichischen Stahlindustrie gegriffen und heute greift der amerikanische Imperialismus danach, und zwar unter der Führung Amerikas wieder die alten Ruhrindustriellen von damals. Die Abbaumaßnahmen am steirischen Erzberg, wie sie für die nächste Zeit geplant sind, stellen faktisch einen Raubbau an einem unserer wichtigsten Rohstoffe dar und dieser Raubbau geschieht mit Billigung, mit Einverständnis der österreichischen Regierung. Vor mir liegt ein Bild der „New York Times“ und ein Artikel vom 26. November 1950, der sich mit dem steirischen Erzberg beschäftigt. (Zwischenruf Abg. Kandutsch: „Was hat das mit dem Budget zu tun?“) Sehr viel, aber Sie kommen vielleicht nicht darauf. Der steirische Erzberg wird seit 16 Jahrhunderten abgebaut und mit amerikanischer Hilfe erzeugt er jetzt mehr als je, im Interesse der westeuropäischen Aufrüstung. Es heißt dort in diesem Artikel: „Ein

Berg aus Eisenerz wird jetzt mit Hilfe des Marshall-Planes und im Interesse der westeuropäischen Verteidigung rascher abgebaut als je zuvor. Amerikanische Dampfschaufeln haben bereits 150 Fuß, das sind zirka 30 m, vom Berg abgebaut und amerikanische elektrische Maschinen helfen das Erz in immer größeren Quantitäten abzutransportieren.“ Ausrüstungen im Werte von 2 Millionen Dollar und 22 Millionen Schilling Freigabe aus den Sperrkonten werden in den Berg investiert, um die Produktion von 1.3 Millionen Tonnen jährlich auf 2 Millionen Tonnen zu heben. Anfang 1950 betrug die Tagesförderung 4400 t, im Dezember 1950 6000 t, im Februar 1951 7400 t, nach dem nunmehr erstellten Plan soll sie bis Ende 1952 9000 t im Tag erreichen oder rund 3.2 Millionen Tonnen im Jahr. (Landesrat Dr. Illig: „Ist alles schon in der „Wahrheit“ gestanden!“) Meine Damen und Herren, was bedeutet das? Das bedeutet, daß, wenn der Erzberg in diesem Tempo weiter abgebaut wird, wir in 30 Jahren die bisher bekannten sicheren Vorkommen erschöpft haben und in 100 Jahren die vermutlichen Vorkommen. Im österreichischen Eisen- und Stahlplan war eine Förderung von jährlich 1.3 Millionen Tonnen vorgesehen. Daß die Eisenerzgewinnung jetzt in Eisenerz derart forciert wird, ist ein Beitrag Österreichs an die Aufrüstung Amerikas, ein Beitrag Österreichs für die Kriegsvorbereitungen Amerikas. Wir haben in der Schule einmal aus einer schönen Sage gelernt, daß den Steirern der Erzberg gegeben wurde, weil sie sich nicht für Gold und nicht für Silber, sondern für Eisen entschieden haben, das ewig währen soll. Es ist für uns alle interessant, wie lange und mit welchen Methoden und Mitteln die Rohstoffe in unserem Land abgebaut werden. (Zwischenruf Abg. Kandutsch: „Aber bezahlt wird es doch! Oder geht es umsonst hinaus?“ — Abg. Stöffler: „Wie sähe der Erzberg aus, wenn er in Niederösterreich läge?“ — Landesrat Dr. Illig: „Da wäre schon ein Fußballplatz dort!“) Wir haben gar kein Interesse daran, für die Kriegsvorbereitungen der westlichen Welt, die sich einmal im Ernstfalle auf das schlimmste in unserem Land auswirken würden, unsere kostbaren Rohstoffe zu opfern. (Abg. Scheer: „Die Russen nehmen sich das Öl ja auch nicht für ihre Feuerzeuge!“) Der Herr Landesrat hat auch gemeint, einen Beitrag zur Rüstungsproduktion gibt es nicht. Es gäbe noch die Möglichkeit, zu untersuchen, inwiefern unsere Edelmühlproduktion in den Dienst der westeuropäischen Aufrüstung gestellt wird. Daß es so etwas bei Böhler z. B. gibt, darüber gibt es gar keinen Zweifel.

Und jetzt kommt wieder das Weißbuch. Es gibt einwandfreie Belege darüber, daß bei den Böhlerwerken wieder Kriegsproduktion durchgeführt wird, auch durch die Zeugenaussage eines Arbeiters, der bei den Böhlerwerken hätte angestellt werden sollen. Dieser Neueintretende wurde vom Werkmeister auf folgende Weise begrüßt: „Sie werden Verschiedenes in unserem

Werk sehen, Sie werden sehen was hier gemacht wird, wohin es geht usw., wir arbeiten auch für die Rüstung, ich sage es Ihnen gleich, aber es ist strengstens verboten, irgend jemandem außerhalb des Werkes davon zu erzählen und ich mache Sie weiter darauf aufmerksam, daß, wenn Sie es trotzdem tun, es nicht allein bei der sofortigen Entlassung bleiben wird.“ Er drohte ihm also mit dem Staatsanwalt, wenn er darüber redet, daß es eine Rüstungsproduktion in den Böhlerwerken gibt. (Immer wieder heftige Gegenrufe, Lärm.)

Der Beitrag Österreichs an den amerikanischen Kriegsplänen wird langsam aber sicher beunruhigend, beunruhigend von zwei Gesichtspunkten aus. Es drückt diese Arbeit für die amerikanischen Kriegsvorbereitungen den Lebensstandard unserer Arbeiter und Angestellten herunter, aber sie bedrohen nicht nur unseren Lebensstandard, sondern in Wahrheit bedroht die amerikanische Kriegsausrüstung auch unser Leben. Sollte es dazu kommen, wozu das amerikanische Großkapital treiben will, zu einem furchtbaren 3. Weltkrieg, dann würde nicht zuletzt aus unserem Österreich und im engeren Sinne aus unserer steirischen Heimat ein Kriegsschauplatz werden. Weil aber die gesamte Politik in unserem Lande darauf ausgerichtet ist, — nach dem Willen der beiden Regierungsparteien, zudem jetzt noch eine Konkurrenz getreten ist, der VdU, der noch ein besserer Amerikaner sein will — amerikanische Politik in Österreich zu machen, so sage ich, sowohl das Bundesbudget als auch das Landesbudget kann vom Linksblock nicht gutgeheißen werden. (Landesrat Doktor Illig: „Wo ist der Linksblock? Sind Sie das?“ — Heiterkeit.) Es ist ein Budget, das so oder so der amerikanischen Aufrüstung dienen soll, aufgebaut auf Massensteuern. Es wird eine Politik festgelegt, die praktische darauf hinausläuft, aus Österreich eine amerikanische Kolonie zu machen. Wir vom Linksblock werden einer solchen Politik nicht zustimmen. (Zwischenruf: „Ich!“) und das österreichische Volk wird einer solchen Politik auch nicht zustimmen. (Verschiedene Gegenrufe.) Reden Sie vom VdU nicht! Ihr Vorgänger und einige von Ihnen, wenn nicht die meisten, waren auch dabei, als Hitler den 2. Weltkrieg organisiert hat. (Abg. Taurer: „Gemeinsam mit Moskau!“) Ich sage Ihnen, wäre selbst im Jahre 1939 — nach 6jähriger faschistischer Herrschaft — in Deutschland das deutsche Volk gefragt worden, ob es Krieg oder Frieden will, es hätte sich für den Frieden entschieden, und ich sage Ihnen, das österreichische Volk, die europäischen Völker, die werden es den amerikanischen Kriegstreibern zeigen, sie sind heute fest für den Frieden entschlossen und es wird Friede sein, wenn die Völker Frieden wollen, oder es wird das sein, was ein Fachmann auf militärischem Gebiet beschrieben hat. (Zwischenruf Dr. Elsnitz: „Wir würden bei den Waffen sein, während Sie sich hinüber drücken!“ — Lärm.) Sie hätten gescheiter getan und hätten Strohmaier nicht solchen Blödsinn verzapfen

lassen sollen, dann wäre Ihre Fraktion nicht bis zum Tode blamiert worden. Sie kommen immer zu spät. — Es ist so, wie ein Fachmann im Militärwesen das ausgedrückt hat, als er auf die Frage des 3. Weltkrieges zu sprechen kam: „Gesamtmilitärisch, faktisch gesehen, fangt jeder neue Krieg an, wie der vorangegangene geendet hat. In den Kriegen von 1866 und 1870 haben die deutschen Armeen mit massierter Infanterie in weiter Front angegriffen und auf diese Weise bei Königgrätz und Sedan gesiegt. Am Beginne des 1. Weltkrieges brachen sie in ähnlicher Weise durch Belgien und Nordfrankreich, bis ihnen an der Marne haltgeboden wurde und den Krieg haben die Tanks entschieden, mit denen die Engländer und Franzosen die deutschen Stellungen im Jahre 1918 überrannten. Der 2. Weltkrieg begann mit dem Einsatz der deutschen Panzer in Polen und fand die Fortsetzung in einem ähnlichen, jedoch gesteigerten Ansturm in Frankreich. Am Ende des Krieges stand, wenn auch nur in Japan, die Atombombe. Es kann sein, daß ein 3. Weltkrieg tatsächlich den Gebrauch der unmenschlichsten Waffe bringt, die die selbstmörderische Menschheit erfunden hat. (Abg. Stöfler: „Russische Uranbergwerke!“) Die Kriegsvorbereitungen des Westens, das Treiben zu einem neuen Kriege, die Beteiligung Österreichs an der Aufrüstung der amerikanischen Kriegstreiber, stellt eine schwere Gefahr für unsere Heimat dar. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein ernst denkender Mensch es wünschen könnte, daß es zu einem solchen 3. Weltkrieg kommt; ich kann mir nicht vorstellen, daß ein verantwortungsbewußter Politiker sich auf den Standpunkt stellen kann oder könnte, je mehr Österreich für diese verbrecherischen Kriegsrüstungen leistet, desto besser. (Landesrat Horvatek: „Was hat das mit dem Voranschlag zu tun?“) Denn es ist klar, wenn es zu einem 3. Weltkrieg käme, Europa wäre höchstwahrscheinlich gewesen und mit ihm Österreich. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die österreichische Wirtschaft, daß die österreichische Politik auf österreichische Bedürfnisse und in erster Linie auf die Bedürfnisse des werktätigen Volkes in Österreich zu orientieren ist, darum stimme ich gegen diesen Voranschlag.

**Präsident:** Es sind noch drei Redner für die Generaldebatte vorgemerkt, Dr. Kaan, Dr. Kandutsch und Landesrat Dr. Illig. Ich werde um 15 Uhr dem nächsten Redner das Wort erteilen.

Die Sitzung ist unterbrochen. (Die Sitzung wird um 13 Uhr unterbrochen.)

Wiederaufnahme der Sitzung 15 Uhr 10 Min.

**Präsident:** Hoher Landtag! Ich nehme die Sitzung wieder auf. Zur mündlichen Beantwortung der Anfrage Nr. 1 aus der 25. Sitzung des Steiermärkischen Landtages erteile ich dem Herrn Landesrat Matzner das Wort.

**Landesrat Matzner:** Hohes Haus! Es tut mir sehr leid, daß die Herren Antragsteller, und zwar

die Herren Abgeordneten Hegenbarth, Wallner, Prassl, Koller, Dr. Amschl und Dr. Allitsch nicht sich vorher den Akt angeschaut haben, gegen dessen Verschleppung quasi ein Vorwurf erhoben wurde. Wenn der Akt studiert worden wäre, hätte man feststellen können, daß seit dem April dieses Jahres der Akt nicht zu meiner Verfügung allein sondern vor allem zur Verfügung des Herrn Landeshauptmannes gestanden ist. Im April habe ich in dieser Sache mit dem Herrn Landeshauptmann eine Vereinbarung getroffen nach der Richtung, daß wir beide die strittigen Gemeindegrenzen begehren werden und darnach versuchen wollen, zu einer Vereinbarung zu kommen. Der Herr Landeshauptmann hat bis vor zirka drei Wochen leider nicht die Zeit gehabt, mit mir diese Begehung durchzuführen. Es ist also ein wenig willkürlich diese Anfrage gestellt worden, denn aktenmäßig kann erwiesen werden, daß die Schuld nicht an mir lag, Schuld insofern, weil es noch nicht zu einer Entscheidung gekommen ist. Der Herr Landeshauptmann und ich haben aber vor zirka drei Wochen die Gemeindegrenzen angesehen und sind dann letzten Endes zu einer Entscheidung gekommen.

Ich bedaure noch aus einem zweiten Grund, daß diese Anfrage gestellt wurde, weil sie zeigt, daß man nicht aus objektiven Gründen derartige kleine politische Demonstrationen setzen soll. Es wäre drittens festzustellen, daß eine Ungeschicklichkeit noch dadurch begangen wurde, daß die Gemeinde Zettling sich selbst an den Verwaltungsgerichtshof mit einer Beschwerde gewendet hat. Das verursacht Spesen. Die Beschwerde war völlig von Unkenntnis der Sachlage getragen, nicht nur in meritorischem sondern auch in formellem Sinne. Der Verwaltungsgerichtshof ist gar nicht zuständig und mußte daher aus formellen Gründen ablehnen.

Es soll nur deswegen von mir mit ein paar Worten zu der Sache Stellung genommen werden, weil es ein Schulbeispiel dafür ist, was man nicht tun soll. Erstens sich einmal immer den Akt anschauen, zweitens, sich bemühen, die Sache in Ordnung zu bringen, und zwar einvernehmlich. Das war auch mein Bestreben, es ist mir aber leider erst vor drei Wochen und nicht früher gelungen. Es soll sich auch die Gemeindevertretung den Akt genau anschauen und sich der Rechtslage bewußt sein und erst dann eine eventuelle Beschwerde überreichen.

Ich glaube, damit dargetan zu haben, daß keine Unterlassung, weder bei meiner Abteilung noch bei meiner Person vorliegt.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite in der Tagesordnung weiter, und zwar in der Generaldebatte zum Landesvoranschlag. Zum Wort gemeldet ist der Abg. Doktor Kaan.

**Dr. Kaan:** Hohes Haus! Mit meiner Replik bezwecke ich, die Generaldebatte auf ihr eigentliches Thema, den Landesvoranschlag, zurückzuführen. Ich brauche daher nicht allzu viele

Worte den Ausführungen der beiden letzten Vorredner, nämlich des Herrn Abg. Pözl und des Herrn Abg. Strohmaier, zu widmen. Die Rede des Abg. Pözl ist eigentlich nur in rethorischer Hinsicht interessant gewesen, nämlich inwiefern er diesmal zuerst die humorvolle Note gewählt hatte, sodann plötzlich die Maske fallen ließ, dann wieder in die rührselige Note verfiel, um zum Schluß uns mit den üblichen, hochverräterischen Anwürfen zu bedenken. Dem Inhalte nach war es verwunderlich, inwieweit man mit Begriffen jonglieren kann, die Binsenwahrheiten sind. Es ist selbstverständlich, daß derjenige, der arbeitet und dafür einen Lohn verlangt und braucht, einen möglichst hohen Lohn haben will und es ist selbstverständlich, daß derjenige, der sich für diesen Lohn etwas kaufen muß, möglichst billig kaufen will und es ist ebenso selbstverständlich, daß wir alle, die wir hier sitzen, und die ganze übrige Bevölkerung Steiermarks, Österreichs und Europas keinen dritten Krieg erleben wollen. Es hat uns daher der Herr Abg. Pözl in diesen Belangen nichts Neues sagen können. Wir brauchen dazu weder ein Weißbuch noch ein Schulbuch, um daraus Legenden zu entnehmen. In sachlicher Hinsicht wird ihm daher sein Staatsfeind Nr. 1, der Herr Landesrat Dr. Illig, gewiß eine richtige Antwort noch geben. Er wird auch die Note 5, die er Ihnen gegeben hat, ganz gewiß begründen können. Ich hoffe nur, daß er Ihnen nicht die Aufgabe des Repeaterens aufgibt.

Ich persönlich habe zu Ihrer Replik nur noch zu antworten in Bezug auf den Erzberg. Ihnen ist sehr wohl bewußt, Herr Abg. Pözl, daß von der Produktion von Erz und Kohle die Beschäftigung der Wirtschaft abhängt und daß geradezu für das Maß einer Beschäftigung und das Ziel der Vollbeschäftigung die Produktion bzw. das Vorhandensein von Erz und Kohle die Voraussetzung sind. Es offenbart sich der innere Widerspruch Ihrer Ausführungen darin, daß Sie einerseits sagen, es könne das Gespenst wieder aufstehen, daß wir nicht mehr die Vollbeschäftigung haben und sich gleichzeitig auf der anderen Seite darüber beklagen, daß zuviel Erz in der Steiermark gewonnen wird. Mit diesem Anwurf verbinden Sie den Anwurf, daß wir damit jenen Kräften in die Hand arbeiten, die einen dritten Weltkrieg wollen. Ich habe schon betont, daß es bestimmt niemand in diesem Saal, in Steiermark, Österreich oder Europa gibt, der im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ist und einen dritten Weltkrieg haben will. Wir wissen auch alle, daß dies leider nicht von unserem Entschluß abhängt. Ich unterschreibe voll und ganz, was Sie sagten, nämlich daß ein dritter Weltkrieg eine eminente Gefahr für den Bestand Europas überhaupt ist. Ich meine nur, daß es für den Umfang und die furchtbaren Folgen eines dritten Weltkrieges wirklich gleichgültig ist, ob wir den Erzberg abbauen oder nicht. Ob wir ihn mit diesen Methoden abbauen oder mit anderen.

Ich könnte Sie jetzt noch mit dem billigen Scherz bedenken, daß ich trotz nochmaliger

Durchsicht des Landesvoranschlages nichts vom Erzberg darinnen gefunden habe. Sie selbst haben auch nicht geoffenbart, welcher Zusammenhang da besteht, ich weiß aber wohl, was Sie damit meinen. Sie haben ja an die Spitze Ihrer Ausführungen gestellt, daß Massensteuern heute im Wesentlichen die Einkünfte des Landes alimentieren. Sie haben dabei gleichzeitig gesagt, man solle die Steuern doch dort eintreiben, wo sie zu holen sind, also bei den Reichen. Dazu muß ich feststellen, daß der einzig wirklich große Block an steten Steuerverweigerern bei Ihren Freunden in Österreich zu suchen ist. Und die bauen gottlob den Erzberg nicht ab. Mit dieser Kritik muß ich schließlich noch den Vorwurf verbinden, daß Sie ja selbst wissen, Herr Abg. Pözl, daß der Großteil Ihrer Ausführungen keinen Bezug zum Landesvoranschlag gehabt hat und auch nicht zutreffend war. Sie sind ein Wissender, sie kennen die Zusammenhänge und stellen sie trotzdem immer anders dar.

Den gleichen Vorwurf des Wissens kann ich leider dem Herrn Abg. Strohmaier nicht machen. Ich muß ihm vielmehr den Vorwurf machen, daß er in den Fehler verfallen ist, an sich beachtenswerte Kritikpunkte wohl auf sein Programm zu setzen, sie aber dann in seiner Rede zu mißbrauchen.

Es ist ihm ohne weiters zuzubilligen, daß das Steuerwesen in Österreich Anlaß zu Kritik sein kann, ebenso daß die NS-Gesetzgebung, die Gesetzgebung und Handhabung verfehlt war, ebenso ist zuzubilligen, daß die Entwicklung der Auswanderung aus Österreich unbefriedigend ist, ebenso ist zuzubilligen, daß ein zunehmendes Defizit der Bundesbahnen uns beunruhigen muß. Aber ich frage, was hat das alles mit dem Landesbudget zu tun? Es könnte etwas mit dem Landesbudget dann zu tun haben, wenn Sie daraus die Folgerung hätten ziehen können, daß mit der Remedur in diesem Punkte ein Erfolg ihrer Anträge verbunden gewesen wäre. Der Zwischenruf des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrates Horvatek, sitzt im Schwarzen, indem er Ihnen auf Ihre Äußerung, daß Sie deshalb nicht für das Budget stimmen, weil Ihren Anträgen nicht Rechnung getragen wurde, entgegengehalten hat, daß Sie keine Bedeckungsanträge gestellt haben. (Abg. Scheer: „Das wäre das geringste!“) Man kann nicht den Anspruch erheben, ernst genommen zu werden, wenn man beispielsweise für den Wohnbauförderungsfonds eine Erhöhung um 5 Millionen Schilling beantragt, ferner noch den Vorwurf macht, daß aus Landesmitteln zu wenig diesem Zwecke zugeführt worden sei, wenn einerseits der Betrag so hoch ist wie in unserem bisherigen Budget und andererseits mit keinem Worte gesagt wird, woher die 5 Millionen Schilling genommen werden sollen. Ganz den gleichen Vorwurf muß ich Ihnen, Herr Abg. Strohmaier, im Bezug auf Ihre Ausführungen zum Fremdenverkehr machen. Im 1. Teil Ihrer Rede haben Sie angeführt, Sie begrüßen es, daß der Landwirtschaft

soviel zgedacht ist, daß dem Fremdenverkehr als eminenten Aktivpost Österreichs viel zgedacht wurde. Es sollte Ihnen bekannt sein, daß die neu eingeführte Fremdenbeherbergungsabgabe ausschließlich Zwecken der Förderung des Fremdenverkehrsgewerbes dienen soll. Wenn wir hier in unseren bescheidenen Möglichkeiten etwas unternehmen, um ihm etwas zuzuführen und Sie einerseits diese Zuführung gut heißen und andererseits die Beschaffung dieser Mittel nicht gut heißen . . . (Zwischenruf Landesrat Dr. Elsnitz: „Eines bedingt doch nicht das andere!“) Es bedingt, wenn ich auf diesen Zwischenruf reagiere, eines, weil trotz eifrigen Bemühens aller Mitglieder des Finanzausschusses keine Möglichkeit gefunden wurde, von anderen Seiten noch Geld zu verschaffen, daher, wenn wir die Abgabe gestrichen hätten, auf der Einnahmenseite eine gleich hohe Streichungspost im Fremdenverkehr hätte erfolgen müssen.

Wenn ich zu den Ausführungen des Redners der SPÖ zurückkomme, beschränke ich mich auf die Gebiete, die nicht in der Spezialdebatte eingehend erörtert werden müssen. Zu der von Landesrat Dr. Illig betonten Aufblähung unseres Budgets hat Abg. Taurer die Erklärung gegeben, daß diese Aufblähung der Geldentwertung annähernd entspricht. Das trifft der Hauptsache nach zu, ich darf aber in diesem Zusammenhang auf eine Nebenwirkung hinweisen, die wir nicht gut heißen können. In dieser Aufblähung liegt eine weitere Verschiebung zu Ungunsten der Finanzautonomie des Landes. Während die Landesabgaben, die Einkünfte aus landeseigenen Abgaben, nur eine 28%ige Steigerung erfahren haben, ist die Gesamtsteigerung eine 42%ige, so daß eine Verschiebung zu unseren Ungunsten eintritt, der wir niemals zustimmen können aus grundsätzlichen Erwägungen der Autonomie und der Freiheit unserer Gebarung. Abg. Taurer hat den Applaus des Hohen Hauses geerntet, an dem ich auch teilgenommen habe, als er es als Schande bezeichnet hat, daß 7 Jahre nach Ende des Krieges immer noch eine große Anzahl sogenannter Kriegsgefangener in fremden Ländern zurückgehalten werden. Wir können deren Los nur mildern, in dem wir Ihnen im Wege der Fürsorge Pakete zukommen lassen, mehr können wir nicht tun. Dies Bekenntnis unserer Schwäche ist traurig, beschämend war es aber auch noch bis vor einigen Wochen, daß wir es zugelassen haben, daß die heimkehrenden Kriegsgefangenen sich auch noch strengen Registrierungen und Verhaftungen unterziehen mußten. Derjenige, der sechs Jahre Kriegsgefangenschaft hinter sich hat, hat alles abgebußt (Beifall, Zustimmungsrufe) und es war ein Akt der Notwendigkeit und Anständigkeit, daß unser Nationalrat die Spätheimkehreramnestie beschlossen hat (Zwischenruf: „Nach langem Zögern!“) Alle werden in dieser Hinsicht froh sein über das, was erreicht wurde und möglichst wenig nach rückwärts schauen. (Zwischenruf Abg. Scheer: „Sehr bescheiden!“)

Abg. Taurer ist ebensowenig wie meine Wenigkeit dazu berufen, zum Kapitel Landwirtschaft

eine fachliche Debatte zu führen. Ich will das denjenigen überlassen, deren Beruf es ist, Landwirtschaft zu betreiben. Das ist kein persönlicher Vorwurf, ich habe auch einen Teil meines Lebens als Landwirt verbracht, trotzdem halte ich mich fachmännisch für nicht genügend gebildet. Sie haben Ihre diesbezüglichen Ausführungen damit eingeleitet, daß Sie gesagt haben, es könnten die Planungen nicht richtig sein und es sei versäumt worden, rechtzeitig eine entsprechende Umstellung herbeizuführen. Darf ich da vielleicht England Ihnen als Lehrmeister vorhalten. England hat in beiden kritischen Situationen, nämlich am Beginn des ersten Weltkrieges dasselbe getan wie am Beginn des zweiten Weltkrieges, nämlich das, wogegen Sie sich wehren. In beiden Fällen, wobei die Situation im ersten Weltkrieg für England besonders bedrohlich war, wurden auf den großen Latifundien, obwohl es früher als Schande angesehen worden war, Getreide und Lebensmittel angebaut und als erste ökonomische Maßnahme für die agrarischen Produkte Mindestpreise garantiert. Sie haben in Ihrer Kritik über unsere landwirtschaftliche Planung darauf verwiesen, daß es vielleicht zweckmäßig sein könnte, auf einem gewissen Gebiete Österreichs nicht Getreide zu bauen, weil es anderwärts billiger gebaut werden kann. Diese Erwägung mag zum Teil richtig sein, das gilt aber nicht für heute, insbesondere dürfen Sie aber nicht verbinden diesen Einwurf einer unrichtigen Planung mit dem Vorwurf einer zu geringen Getreideablieferung. Einerseits werde zu wenig Getreide gebaut und andererseits sei es unökonomisch, Getreide anzubauen. (Zwischenruf Landesrat Horvatek: „Das Getreide ist ja da, aber es wird verfüttert, statt der menschlichen Ernährung zugeführt!“)

Ich komme nun zu einem allgemeinen Gesichtspunkt. Das ist Ihre Bemerkung zu der verstaatlichten Industrie. Sie haben gesagt, daß eine verstaatlichte Industrie wahrscheinlich besser geeignet sei, den freien Wettbewerb in der Wirtschaft zu sichern als die Kartelle. Ich bitte, das hätten Sie, auf österreichische Verhältnisse angewendet, nicht sagen sollen, denn es gibt kaum ein kräftigeres Kartell in Österreich als den Staat, der eine Monopolstellung in der Schwerindustrie einnimmt. Ich wende mich ja nur gegen die Behauptung, daß eine verstaatlichte Industrie, so wie in Österreich, besser geeignet sei, den freien Wettbewerb in der Wirtschaft — selbstverständlich in Bezug auf Preise — zu garantieren. Auch in dieser Hinsicht möchte ich Ihnen sagen, lernen Sie doch aus England in der Verstaatlichungsfrage in Bezug auf die Entschädigung. Sie haben heute behauptet, der Ruf nach Entschädigung sei ein bewußter Ruf ins Leere, weil jedermann weiß, daß eine Entschädigung für die verstaatlichte Industrie erst dann gegeben werden kann, wenn wir einen Staatsvertrag haben. Dem halte ich entgegen, daß vor dem Staatsvertrag und nach diesem Staatsvertrag, vor diesem Krieg und nach diesem Krieg, vor dem ersten Weltkrieg und

nachher, ja zu immerwährenden Zeiten der Kredit von Treu und Glauben abhängig war und es widerspricht den Grundsätzen von Treu und Glauben, wenn ich jemandem etwas wegnehme und nichts dafür gebe. (Abg. Opershall: „Das müssen Sie aber auch den Sparern von früher sagen!“)

Sie haben es auch als eine bloße Geste bezeichnet in Bezug auf den Ausbau der Wasserkraft, daß in unserem Land eine Post von 30 Millionen Schilling eingesetzt ist. Aber in diesem Zusammenhang haben Sie erklärt, daß die Energiepreise, also die Preise für den elektrischen Strom, etwas besonders Heikles seien, weil sich diese stets auf das allgemeine Preisgefüge auswirken. Es wurde durch einen Zwischenruf eingeworfen, daß diese Preise nicht gesenkt worden seien in demselben Ausmaß wie die Senkung von der Privatwirtschaft verlangt wurde. Ich will Ihnen damit nicht den Vorwurf machen, daß Sie gegen eine Preissenkung bei den Strompreisen sind, denn ich glaube, wenn Sie sie senken könnten, würden Sie sie ja senken. Sie können sie aber nicht senken, weil es sich eben um eine verstaatlichte Industrie handelt. (Rufe bei SPÖ: „Aber, aber!“) Sie haben gesagt, man darf es nicht wieder der Spekulation überlassen, Energie zu erzeugen. Da darf ich Ihnen entgegenhalten, daß diese böse Spekulation die Alpine geschaffen hat, Gratkorn geschaffen hat und ich kann noch eine ganze Reihe von STEWEAG-Werken anführen, von denen wir den Strom beziehen. Das hat alles die böse Privatwirtschaft erzeugt und das nützen wir jetzt. Und die Privatwirtschaft will ja jetzt nichts anderes, als daß sie ihr Geld bekommt dafür. Das ist ja recht und billig und auch notwendig in ihrem, unserem und im allgemeinen Interesse. Denn eines Tages wird man wieder Geld brauchen, ob aus dem Inland oder aus dem Ausland, doch um Geld im Kreditwege zu erhalten, bedarf es des Vertrauens und Vertrauen fußt darauf, daß derjenige, der das Geld nimmt, auch dafür etwas gibt. Und aus diesen Grundsätzen heraus halte ich es für unbedingt notwendig, daß hier das Vertrauen wieder hergestellt wird und daher die Verstaatlichungsfrage in Österreich einer befriedigenden Regelung zugeführt wird.

Ich glaube, damit alle Punkte der bisherigen Debatte erörtert zu haben, mit Ausnahme der Dinge, die in die einzelnen Gruppen fallen und somit der Spezialdebatte zu überlassen sind. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

**Abg. Kandutsch:** Hoher Landtag! Die Generaldebatte zu den Budgetberatungen gibt den einzelnen Abgeordneten des Landtages die Möglichkeit, einmal im Jahr zu den allgemeinen politischen Problemen Stellung zu nehmen und ich kann mich daher der Auffassung meines sehr geschätzten Herrn Vorredners nicht anschließen, daß man sich streng nur an die einzelnen Kapitel des Budgets und ihre spezielle Problematik halten soll.

Schon im Finanzausschuß hat der Sprecher der ÖVP-Fraktion richtig ausgeführt, daß man das Budget gar nicht behandeln kann, ohne die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse einer Betrachtung zu unterziehen. Nur so ist es möglich, Klarheit und Überblick zu gewinnen, da letzten Endes das Budget Ausdruck und Spiegelbild der allgemeinen wirtschaftlichen Situation ist. Darüber hinaus glaube ich, daß die Abgeordneten mehr als bisher über das Budget debattieren sollen, um ähnlich wie im Parlament der Bevölkerung ihre Grundsätze darzulegen, vielleicht auch um einer gewissen Presse den Beweis zu erbringen, daß der steirische Abgeordnete seine Diäten nicht umsonst erhält.

Bevor ich zum Budget selbst komme, will ich auf einen Teil der Rede des Abgeordneten Pözl eingehen, und zwar nicht vom parteipolitischen Standpunkt, sondern von dem Gesichtspunkt eines Österreicher und Europäers aus. Wir sind ebenfalls Oppositionspartei und verhalten uns striktest, im selben Atemzug genannt zu werden wie die Kommunisten, weil wir in der Opposition eine verpflichtende, staatspolitische Funktion sehen. Deshalb wirft uns die KP immer wieder vor, wir seien der dritte Mann im Regierungswagen, heute werde sogar bei uns hinausgesprochen, daß wir die eigentlichen Vertreter des kapitalistischen amerikanischen Imperialismus in Europa seien. Die gesamte Rede des Herrn Pözl ist ein Übermaß an Verantwortungslosigkeit. Wir stehen gewiß dem heutigen System mit keiner großen Freude gegenüber, aber in der Frage der Außenpolitik muß es eine einzige Solidarität aller Österreicher geben. Wer sein Abgeordnetenmandat aber dazu benützt, solche Reden und Verleumdungen auszusprechen, handelt einfach gegen die Interessen seines Volkes. (Rufe: „Sehr richtig!“) Es ist ganz unmöglich, daß ein kommunistischer Abgeordneter die Dinge so auf den Kopf stellt, wie dies der Abgeordnete Pözl getan hat. Denn, schauen Sie, wenn Sie die VdU-Presse gelesen haben, — und Sie behaupten ja, nicht nur die Zeitungen der KP zu lesen — dann werden Sie erfahren haben, daß niemand die amerikanische Politik nach 1945 so scharf angegriffen hat wie wir und dies vor allem, weil die verantwortlichen Männer Amerikas den Bolschewismus so total verkannten. Wir stehen auch heute nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir uns weder vom Osten noch vom Westen vorschreiben lassen, nach welchen Prinzipien und Grundsätzen wir unsere Lebensordnung aufbauen sollen.

Wenn Sie hier der österreichischen Regierung vorwerfen, sie habe mit der Annahme des Marshallplanes die Interessen des österreichischen Volkes verraten, so kommt mir dieser Vorwurf so unsinnig vor, als wollte man von einem Ertrinkenden, dem ein rettendes Seil zu geworfen wird, verlangen, sich nur dann aus dem Wasser ziehen zu lassen, wenn ihm die Weltanschauung des Lebensretters paßt. Es gab ja überhaupt keine Möglichkeit, diese Hilfe abzulehnen und ich bin überzeugt, daß Österreich

nicht gezögert hätte, eine Molotow-Hilfe anzunehmen, wenn sie ohne politische Bedingungen gewährt worden wäre.

Diese rein sachliche Überlegung macht allerdings — dessen bin ich mir bewußt — auf einen Kommunisten keinen Eindruck. Spricht man mit ihnen unter vier Augen, so hat man oft den Eindruck, sie seien Menschen wie wir, die um das Wohl ihrer Heimat besorgt sind. Gerade beim Abg. Pölzl geht es mir so. Aber in dem Augenblick, wo ein Kommunist seine parteiamtliche Meinung abzugeben hat, spürt man eine Fremdheit der Anschauung, als liege eine ganze Welt dazwischen. Es ist falsch, die Schuld über den bedauerlichen Zustand unserer einseitigen Wirtschaftsordnung der österreichischen Regierung in die Schuhe zu schieben, weil jeder Mensch weiß, daß der Handel mit dem Osten mit politischen Konzessionen verbunden ist, die wir als kleiner Staat im Schnittpunkt zweier riesiger Machtgruppen nicht auf uns nehmen können.

Warum, Herr Abgeordneter, sprechen Sie nicht von den wertvollen Rohstoffen, die aus Österreich ohne jede Bezahlung hinausgeschleppt werden, warum nicht von den ungeheuren Demontagen und beschlagnahmten Betrieben, die nicht nur aus dem Verband der österreichischen Volkswirtschaft herausgelöst sind, sondern auch keine Steuern bezahlen?

Noch etwas muß ich Ihnen sagen: Als der Abg. Taurer die Frage der Kriegsgefangenen berührte, hat ihm das große Haus spontan, gleichgültig welcher Parteizugehörigkeit, akklamiert und dadurch den Abscheu bekundet über die Zurückhaltung von Kriegsgefangenen weit über das Ende des Krieges hinaus. Dieses Vergehen der Sowjetunion findet die Verachtung der gesamten Kulturwelt. Sie haben gewiß Engels „Anti-Düring“ gelesen (Landesrat Dr. Illig: „Seine Lieblingslektüre!“ — Heiterkeit), wo dieser maßgebende Theoretiker des Marxismus schreibt, jede Nation, die Kriegsgefangene länger als ein Jahr nach Kriegsende zurückhalten, betreibt krassen Imperialismus und dennoch haben Sie bei dieser Kundgebung des Steiermärkischen Landtages nicht mitgetan, sondern sich distanzieren, weil Sie als kommunistischer Abgeordneter gar nicht anders handeln dürfen.

Zu Beginn meiner Ausführungen über das Budget möchte ich zu einer Frage Stellung nehmen, die schon im Finanzausschuß des längeren diskutiert wurde, ob nämlich die Aufblähung aller Budgets der öffentlichen Körperschaften Österreichs Ausdruck einer inflatorischen Entwicklung ist. Ich bejahe diese Frage vollkommen und behaupte, daß auch der hier vorliegende Voranschlag, der nichts anderes ist als ein Satellit des Bundes-Budgets, den Beweis einer stetig fortschreitenden Inflation bildet. Diese Inflation wird lediglich durch eine deflationistische Notenbankpolitik der Nationalbank abzubremsen versucht. Dabei wird das inflatorische Merkmal weniger durch die Geldausweitung bestimmt, die immerhin in diesem Sommer infolge des 5. Lohn- und Preisabkommens sehr

stark angestiegen ist, sondern vor allem durch die rapide Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bewirkt, welche die Auswirkung des mangelnden Vertrauens in die Stabilität des Schillings beweist. Wer spart in diesem Staate? Nur derjenige, der im Hinblick auf einen ganz bestimmten Zweck zu sparen gezwungen ist. Das allgemeine Sparen als natürliche Erscheinung jedes wirtschaftlich gesunden Staates ist völlig aus der Mode gekommen. Mit diesem Problem ist die Regierung nicht fertig geworden und wenn jetzt der Bund erklärt, es müsse mit der Politik des billigen Geldes aufgeräumt werden, so frage ich mich, ob durch die Erhöhung des Diskontsatzes der Banken weniger geborgt und mehr gespart werden wird. Ich glaube das nicht. Wohl aber wird der Kapitalsmangel noch stärker werden, was eine unmittelbare Gefahr für die Vollbeschäftigung bedeutet. Die Regierungsparteien sind sich der gefährlichen Situation durchaus bewußt und haben daher eine von uns sehr begrüßte Aktion, nämlich die allgemeine Preissenkung, gestartet. Ich stimme dem Abg. Pölzl durchaus nicht zu, wenn er ihr jeden wirtschaftlichen Erfolg abspricht.

Wo etwas Positives erreicht wird, sind wir die Ersten, die den Mut haben, dieses anzuerkennen. Die Preissenkungsaktion führt zu einer Entspannung und dieser wirtschaftspsychologische Erfolg darf nicht unterschätzt werden. Kaum ein anderes Gebiet der Politik ist so auf psychologische Grundlagen aufgebaut, wie die Wirtschaft, die ohne Vertrauen nicht funktionieren kann. Die Bevölkerung erwartet von der Senkung der Preise eine Stabilisierung der Lebenshaltungskosten und wenn wir diese Hoffnung zum Kriterium der Beurteilung machen, so müssen wir feststellen, daß sie noch nicht erfüllt ist. Die Indizes sind auf Grund der Preissenkungsaktion nämlich nicht gesunken, sondern weiterhin angestiegen. Bei einer vierköpfigen Arbeiterfamilie Wiens beträgt die Abnahme der Indexsumme für die notwendigsten Lebenserfordernisse wohl 1½ %, auf der anderen Seite aber sind lebensnotwendige Artikel, teilweise saisonbestimmt, weiter angestiegen. Beim Großhandel beträgt die Zunahme 10 Punkte. Die Entwicklung des Gesamtindex seit September 1951 — wobei 100 gleich 1945 — beträgt folgende Punktwerte: September = 751, Oktober = 785 und November = 801. Wir sehen, daß die Preissenkung sich auf den Haushalt und die Erhaltung des Reallohnes noch nicht stabilisierend ausgewirkt hat. Auch war es falsch, die gesamte Aktion mit dem 1. Jänner 1952 zu terminisieren. Damit wurde das Vertrauen in dieses Vorhaben von Anfang an erschüttert. Ich betone noch einmal, daß wir die Initiative der Gewerkschaft und Wirtschaft begrüßen und wärmstens unterstützen. Es wäre aber falsch, von dieser Maßnahme eine automatische Lösung aller brennenderen Wirtschaftsprobleme zu erwarten. Insbesondere kann damit nicht eines der ernstesten Probleme die gewünschte Korrektur erfahren, nämlich die Entzerrung des Preisgefüges. Hier wird unbe-

dingt notwendig sein, daß die einzelnen Berufsvertretungskörperschaften ihren egoistischen Standpunkt zu Gunsten eines dem Gesamtwohle dienenden Konzeptes aufgeben, so wie dies der Herr Finanzreferent in seiner Rede mit großer Sachlichkeit und Objektivität forderte. Es ist nicht nur seine Eigenschaft als Finanzreferent, sondern auch seine persönliche Einstellung, welche ihn den Appell aussprechen ließ, daß Disziplin von allen Ständen und Schichten der Bevölkerung verlangt werden müsse. Auch in der Frage der Preisgerechtigkeit ist es hoch an der Zeit, an die Probleme ohne Opportunismus und Rücksicht auf das eigene Stimmenkader heranzugehen.

Bei der Frage der Landwirtschaft wird dieser Grundsatz von der SPÖ durchaus nicht gewürdigt, da die Disparität zwischen industriellen und agrarischen Produkten ungerecht und unlegbar ist. Wenn die Preise staatlich geregelt werden, so muß der Bauer auch die Möglichkeit haben, mit verbilligten Produktionskosten einen kostendeckenden Preis herauszuwirtschaften. Die Preispolitik muß so gestaltet werden, daß sie produktionsfördernd und nicht hemmend wirkt. Das ist nicht nur im Hinblick auf die Haltung unserer Bauernschaft notwendig, sondern auch volkswirtschaftlich von größter Bedeutung, da man nicht ohne katastrophale Folgen ein Drittel der Bevölkerung kaufkraftunfähig machen darf.

Ganz sinnlos erscheint mir der Zustand, daß wir Devisen für Ernährungsgüter ausgeben, die wir im eigenen Lande billiger erzeugen könnten. Auf die Dauer werden die ins Hintertreffen geratenen Berufsstände sich mit dieser Lage nicht zufrieden geben und ihre Forderungen anmelden. Geschieht dies nach der politischen und organisatorischen Stärke, so kommen neuerliche Lösungen heraus, die schon den Keim zu weiteren Ungerechtigkeiten in sich tragen. Zweifelsohne wird diese Frage also die Köpfe unserer verantwortlichen Männer sehr stark in Anspruch nehmen, die nicht glauben dürfen, mit einer Preissenkungsaktion schon alles gelöst zu haben, umso weniger, als sie bisher vorwiegend eine Angelegenheit der gewerblichen Wirtschaft blieb, der sich die Industrie noch viel zu wenig angeschlossen hat. Gar nicht beteiligt ist leider Gottes die öffentliche Hand. Sie müßte in erster Linie die Ausgaben auf dem Sektor der Verwaltung einschränken und im Bereiche der verstaatlichten Industrie in der Senkung der Preise mit gutem Beispiel vorangehen. Was die Verwaltungsreform angeht, so hat sich auf diesem Gebiete so gut wie nichts ereignet. Ja, nach der letzten Rede des Herrn Bundesfinanzministers muß man den Eindruck gewinnen, daß auf der Bundesebene, die in erster Linie zuständig wäre, kaum mehr eine Hoffnung besteht, daß es den Koalitionsparteien um die Lösung dieser Frage ernst ist. Inwieweit im Bereiche der verstaatlichten Industrie eine Teilnahme an der Preissenkungsaktion zu hoffen ist, hat uns der zuständige Ressortminister bereits aufgeklärt. Nicht nur, daß er Preissenkungen als

unmöglich erklärte, will er noch die Gütertarife im kommenden Jahr um eine Milliarde Schilling erhöhen. Ziehen wir noch die Kürzung der Marshallhilfe mit dem sich daraus ergebenden notwendigen Abbau von Subventionen in Betracht, so muß man der erfolgreichen Weiterführung der allgemeinen Preissenkung sehr skeptisch gegenüberstehen. Wäre die Wirtschaft in der Lage, die Erhöhung der Gütertarife ohne Überwälzung auf die Preise zu tragen, so wäre der Beweis einer geradezu verbrecherischen Kalkulation und der Existenz von exorbitanten Übergewinnen erbracht. Nach Ansicht von Fachleuten wird außerdem die Abwärtsentwicklung der Weltmarktpreise nicht anhalten, sondern ein neuerliches Anziehen zum Tragen kommen, wodurch wir einem neuerlichen Preisauftrieb entgegengehen. Da Hand in Hand damit auch neuerliche Lohnbewegungen unvermeidlich wären, bekäme die Inflationswelle eine neuerliche Ankurbelung. Dieser Auswirkung zu entgehen oder ihr zumindest so entgegenzutreten, daß sie im tragbaren Raum bleibt, ist nur möglich, wenn die Steigerung der Produktivität, von der soviel die Rede ist, endlich mit aller Energie forciert wird. Viele Maßnahmen sind dazu notwendig, aber eine der wesentlichsten wohl stellt die Reformierung unseres Steuerwesens dar. Die Progression hat die Entwertung unseres Geldes nicht mitberücksichtigt und bewirkt, daß der Leistungswille immer mehr gehemmt wird. Mir haben die Arbeiter der Kapruner Baustelle erzählt, daß sie bei 260 Stunden zu arbeiten aufhören, weil jede weitere Leistung durch die Wegsteuerung ihres Verdienstes unrentabel wird. Ein Staat, in dem nicht genug gearbeitet werden kann, kann sich aber kein Steuersystem leisten, welches, anstatt die Mehrleistung zu belohnen, diese unter Bestrafung stellt.

Eine der Hauptaufgaben unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik muß die Stabilisierung der Währung sein. So lange der Schilling, wie es bei den 9 bisherigen Währungsmanipulationen nur ein Experimentierstoff ist, wird die Spartätigkeit nicht in ausreichendem Ausmaß zunehmen. Von der Schaffung des privaten Sparkapitals hängt jedoch sehr viel, nicht zuletzt auch die Lösung der Wohnbaufrage, ab, nachdem es, glaube ich, zur allgemeinen Einsicht wurde, daß die öffentliche Hand nie in der Lage sein wird, den sogenannten sozialen Wohnungsbau, unter dem man in Österreich die Verwendung eines verlorenen Kapitals aus dem allgemeinen Steueraufkommen versteht, zu finanzieren. Der Linzer Bürgermeister Dr. Koref hat, trotzdem er ein prominenter Vertreter der Sozialistischen Partei ist, versucht, das private Sparkapital in Form einer Wohnbauanleihe in der Höhe von 100 Millionen Schilling für den Bau von 1000 Wohnungen zu mobilisieren. Die Mietengestaltung ist dabei sehr interessant. Eine Wohnung, welche ungefähr 60 m<sup>2</sup> Wohnraumfläche ausmachen wird, soll 500 S monatlich kosten. Dabei soll der Mieter mit 2000 S Nettoeinkommen die gesamte Miete

bezahlen, wer 1000 S verdient, nur 135 S, wobei die Stadtgemeinde die restliche Summe zuschießen soll. Als der sozialistische Finanzreferent diesen Plan in einer öffentlich zugänglichen Wohnbau-Enquete entwickelte, haben die Zuhörer auf der Galerie gelacht. Ganz erobert darüber, wies er sie zurecht und erklärte, daß die Aufwendung eines Viertels des Einkommens für Miete der auch in anderen Staaten zu beobachtende normale Zustand sei. Ich muß schon sagen, daß hier ein sehr weitgehendes Abrücken von der einmaligen Auffassung festzustellen ist, nach der man geradezu stolz war, daß das Wohnen in Österreich nichts kosten dürfe. Man verschwieg allerdings die Auswirkungen dieser Mietengestaltung, daß nämlich die Häuser weder in Stand gesetzt, noch gar neue gebaut wurden.

In diesem Zusammenhang muß ich auch von unserem Antrag sprechen, der eine große Aufwendung von Landesmitteln für den Wohnbaufonds verfolgt. Wir haben nicht einfach eine Erhöhung beantragt, die ins Blitzblaue geht, sondern, nachdem die im ordentlichen Haushalt vorgesehenen 9,7 Millionen Schilling durch einen gemeinsamen Antrag aller Parteien auf 10½ Millionen erhöht wären, verlangt, daß in dem außerordentlichen Haushalt noch weitere 5 Millionen Schilling und davon 3 Millionen als dringlich eingesetzt werden. (Abg. Stöffler: „Das stimmt nicht, es ist ausdrücklich verlangt worden, daß man im außerordentlichen Haushalt diesen Betrag festsetzen und bevor eine andere Dotierung erfolgt, zuerst diesen Fonds speisen soll. Ich habe Sie hiemit berichtet, das nur wollte ich festgestellt haben.“) Ich stelle fest, daß wir von den 5 Millionen nur 3 Millionen als besonders dringlich deklariert wissen wollten. (Landeshauptmann Krainer: „Der zuständige Referent hat 20 Millionen Schilling gefordert, mußte sich aber angesichts der nicht vorhandenen Bedeckung einen Abstrich gefallen lassen.“)

Eben aus den Bedeckungsgründen sind wir ja in den außerordentlichen Haushalt gegangen und haben damit die Erfüllung dieser wichtigen Verpflichtung des Landes von der Höhe der Steuermehreingänge abhängig gemacht. Wenn man eine Post allerdings einsetzt, so ist dies eine gewisse Festlegung, wie Herr Landesrat Illig heute schon in einem anderen Zusammenhang ausführte. Sie haben uns aber bei der entscheidenden Verhandlung nicht mitreden lassen und auf unsere Mitwirkung verzichtet. (Landeshauptmann Krainer: „So wie Sie auf die Mitwirkung in der Regierungssitzung verzichtet haben. Ihr Regierungsmitglied war zweimal nicht anwesend!“) Bitte sich an Herrn Landesrat Dr. Elsnitz zu wenden, er sitzt hier und wird sicherlich Stellung nehmen. (Zwischenruf Dr. Illig: „Sie sind ja gegen das Kompromiss-schließen.“) (Verschiedene Zurufe, Unruhe, Präsident gibt Glockenzeichen.)

Abg. Kandutsch (fortfahrend): Wir sind gegen Kompromisse, wenn Sie, wie in der Koalition, zu

einem Waffenstillstand und nicht zu einem konstruktiven Regierungsprogramm führen, wenn also das eintritt, was in letzter Zeit von Politikern in eigenen Reihen so angeprangert wurde. Der ÖVP-Arbeiterkammer-Rat Köck hat dies vor kurzem ein System der Systemlosigkeit genannt. Wenn man diese Kritik aus den Reihen von Koalitionspolitikern hört oder liest, so hat man oft den Eindruck, die Opposition könne in Urlaub gehen.

Was nun die Höhe der für die Wohnbauförderung präliminierten Landesmittel anlangt, so habe ich mir die Mühe gemacht, die Vorschläge anderer Bundesländer zu studieren und bin zur Überzeugung gekommen, daß wir gar keinen Grund haben, auf unsere Leistung in dieser Beziehung besonders stolz zu sein. Es ist einmal behauptet worden, die steirischen Personalkosten seien mit 30 % vorbildlich gering und zweitens, daß die Wohnbauförderung mit 10,5 Millionen außerordentlich hoch sei. In Salzburg ist bei einem Budget von 183 Millionen im ordentlichen Haushalt die Wohnbauförderung mit 8 Millionen Schilling dotiert, während der Personalaufwand nur 26 % beträgt. Tirol hat ein Gesamtbudget von 212 Millionen, von denen für die Wohnbauförderung 7 Millionen Schilling ausgeworfen sind, während auch hier die Personalkosten nur 25 % betragen. In Prozenten ausgedrückt heißt dies, daß Salzburg 5 %, Tirol 3 %, die Steiermark aber lediglich 2 % seiner Budgetmittel für den Wohnungsbau verwendet. Es genügt nicht, bei jeder Gelegenheit auf die ungeheure Bedeutung des Wohnungsbaues hinzuweisen, sondern es müßte noch viel mehr geschehen, was zur Lösung dieses Problems beitragen würde. Daß hierbei die Mietenfrage sehr entscheidend ist, kann nicht bezweifelt werden, ich betone aber, daß wir nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß Mietenerhöhungen nur dann möglich sind, wenn sie im Lohn abgegolten werden. Dies ergibt sich schon aus unserer Forderung nach Einführung des Indexlohnes, was wir in einem Antrag sowohl hier in diesem Hohen Haus, wie auch im Parlament verlangt haben. Wir können es einfach nicht verstehen, daß das Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung in einem Zeitpunkt nie dagewesener Konjunktur absinkt und sehen daher, so lange die Lebenshaltungskosten steigen, in der automatischen Lohnangleichung den besten Schutz für die Erhaltung des heute ohnehin schon sehr niedrigen Lebensstandards. Die Frage, warum wir wohl eine Mengenkonzunktur besitzen, ohne daß sie sich günstig für den einzelnen auszuwirken beginnt, muß noch einmal ernstlich untersucht werden. (Zwischenruf Dr. Illig: „Das ist ein mühseliger Leimungsversuch.“)

Ich glaube, daß ein wesentlicher Grund hierfür, das Nichtfunktionieren des österreichischen Parlamentarismus ist, wie es vor einigen Tagen sogar in der Tagespost zu lesen war und wie weit von uns wichtigste wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen getroffen werden. (Abgeordneter Scheer: „Das ist gerade das Gegenteil von

dem, was Sie gesagt haben.“) Ich greife nur das System des Zustandekommens von Lohn- und Preispakten heraus, das Sie (zu Landesrat Dr. Illig) heute verteidigt haben und das eigentlich die gesetzgeberischen Körperschaften völlig ausschließt. Auch bei anderen Gesetzen ist es so, daß sie zuerst von einem Koordinierungsausschuß der Parteien behandelt und beschlossen werden und dann ihren Weg durch das Parlament mehr oder weniger nur noch aus formell rechtlichen Gründen machen. Der einzelne Abgeordnete hat dann, dank des Klubzwanges, dem Gesetzesentwurf zuzustimmen, auch wenn er es innerlich ablehnt. Hiebei beobachten wir, daß es sehr häufig auf die sogenannten starken Männer in den Parteien und ihre standesmäßige Herkunft ankommt. Die Bauern z. B. haben in der ÖVP keinen sehr starken Vertreter und sind deswegen häufig ins Hintertreffen geraten. (Landesrat Dr. Illig: „Klassenvorstand Kandutsch qualifiziert die Schüler.“ — Heiterkeit.) Aber, Herr Landesrat, Sie enttäuschen mich zum ersten Male, machen Sie bei einem Ihrer Klubkollegen geistige Anleihe, das hat nämlich Herr Landesrat Prirsch schon einmal, allerdings viel netter, gesagt.

Abgesehen von diesen politischen Erwägungen, haben namhafte österreichische Juristen das Zustandekommen der Lohn- und Preispakete als verfassungswidrig bezeichnet. Ich erinnere nur an die hervorragenden Verfassungsrechtler Prof. Adamovich und Prof. Klein. Nach ihrer Auffassung sind die Kammern nicht berechtigt, so weitreichende Wirtschaftsmaßnahmen zu beschließen, sondern nur das Parlament. Was wir an den Lohn- und Preisabkommen besonders zu kritisieren haben, ist die Tatsache, daß zwischen den generellen Lohnpreiskorrekturen die Löhne weitgehend nachhinken und die sogenannten sekundären Preiserhöhungen nicht berücksichtigt werden. Auch das würde durch den Indexlohn unmöglich gemacht.

Während er in Frankreich, in der Schwerindustrie Italiens und weitgehend in Amerika eingeführt worden ist, wird er in Österreich nicht nur von den Regierungsparteien, sondern auch vom Gewerkschaftsbund abgelehnt. Die Ablehnungsgründe sind teilweise grotesk. So schrieb uns der Herr Präsident des österreichischen Arbeiterkammertages Mantler, die Arbeiterkammer müsse unseren Antrag ablehnen, da bei der Einführung einer Lohnautomatik die Aktivität der Gewerkschaft eingeschränkt würde. Nun, wir haben da den Eindruck, daß die Gewerkschaft in dieser Beziehung eine künstliche Aktivität an den Tag legt, um den Arbeitern das Gefühl zu geben, in einem dauernden Kampf um die Besserung ihres Realeinkommens zu stehen.

Außerdem erklärte Präsident Mantler, es sei nicht möglich, einen einheitlichen Index zu erstellen. Dies müßte aber doch zu erreichen sein, wenn man bedenkt, daß Millionen Schilling jährlich für statistische Ämter ausgegeben werden. Hier wäre es notwendig, die Statistik zu

zentralisieren und Doppelseitigkeiten zu vermeiden. Das Landesamt für Statistik z. B. könnte nach unserer Auffassung ohne weiteres aufgelassen werden. Schließlich bliebe noch immer der Ausweg, eine Studienkommission in jene Länder zu schicken, die die gleitende Lohnskala bereits eingeführt haben. Ein weiterer und sehr ernster Einwand ist, daß der gleitende Lohn inflationsfördernd sei und ich behaupte bei Gott nicht das Gegenteil. Weder die Lohn- und Preisabkommen, noch der gleitende Lohn sind ein Antiinflationmittel. Die Inflation zu vermeiden vermögen nur wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche zu einer steigenden Güterproduktion führen, der eine sinnvoll gesteuerte Geldmenge gegenübersteht. Sicherlich ist es in diesem Zusammenhang von größter Wichtigkeit, die Produktion von Verbrauchsgütern zu verstärken. Eines aber würde der Indexlohn wohl bewirken, und das ist eine reellere Kalkulation. Wenn jemand nämlich Preise erstellt, welche ungerechtfertigt erhöht sind, so wird er es dann unterlassen, wenn ihm dieser Übergewinn durch automatische Lohnerhöhung wieder abgenommen wird. Der letzte Einwand heißt, daß durch den Indexlohn eine Beteiligung des Arbeitnehmers an der herrschenden Konjunktur unmöglich gemacht würde. Auch dieser Einwand ist nicht stichhältig, denn erstens haben wir immer betont, daß der Indexlohn nur so lange eingeführt werden soll, als wir steigende Indizes haben, zum anderen gibt es genügend Möglichkeiten der Konjunkturbeteiligung durch bessere Akkordsätze und Leistungsprämien, denen bekanntlich nach oben keine Grenzen gesetzt sind. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Einwände gegen den Indexlohn nicht stichhältig, daß aber seine Vorteile für den Lohn- und Gehaltsempfänger unbestritten sind.

Eine sehr wesentliche Frage, mit der ich mich noch im Rahmen dieser Generaldebatte beschäftigen will, ist die Struktur der österreichischen Wirtschaft und ihre Verschiebung in den letzten Jahren. Wenn wir das Verhältnis von Grundstoff zur Fertigwarenindustrie, die Lage des Gewerbes und Handels betrachten, so muß zugegeben werden, daß die historische Entwicklung Österreichs von einer Großmacht zum heutigen Staat eine nicht leicht lösbare Problematik verursacht. Das Übergewicht der Schwerindustrie wurde dazu durch die einseitige Investitionspolitik der letzten Jahre noch stärker, während das Gewerbe als ein besonders krisenfester Wirtschaftszweig vernachlässigt wurde, ganz zu schweigen von der Landwirtschaft. Das krasse Mißverhältnis wird allein durch die Tatsache bestätigt, daß die gesamte Landwirtschaft weniger subventioniert wurde als die Papierindustrie allein. Auch die Fertigwarenindustrie blieb im Hintertreffen, was sich bei unserem Export wegen der zu hohen Preise, mit denen wir nicht mehr konkurrenzfähig sind, sehr ungünstig auswirkt. Die Ausfuhr von Rohstoffen, eine Tatsache, die der Abgeordnete Pölzl heute so heftig kritisierte, in dem Ausmaße, wie Öster-

reich sie heute betreiben muß, um lebensnotwendige Devisen und Rohstoffe ins Land zu bringen, ist denkbar ungesund. Der Hinweis des KP-Vertreters, es sei die Schuld Österreichs, die Märkte im Osten verloren zu haben, ist politische Demagogie, andererseits sind wir gezwungen, unbedingt zu exportieren, nur um die Versorgung unserer Industrie mit Kohle zu gewährleisten, ohne die es keine Vollbeschäftigung geben kann. Wir sind aber doch der Meinung, daß die Preiserhöhung unserer Fertigwaren von 50 % seit Beginn des Koreakrieges, mit denen wir führend sind in Europa, nicht notwendig gewesen wäre, wenn durch eine gerechtere Kredit- und Investitionspolitik die Gestehungskosten hätten gesenkt werden können. In der Tat ist die Entwicklung unseres Außenhandels erschreckend und wie eine Steigerung der Ausfuhr um 250 Millionen Schilling monatlich erreicht werden soll — eine Summe, die notwendig ist, um den im Juli zu Ende gehenden Marshallplan zu kompensieren, weiß noch niemand zu sagen. Gelingt es aber nicht, so bliebe nichts übrig, als die Einfuhr zu drosseln, womit die Gefahr einer zunehmenden Arbeitslosigkeit in ein akutes Stadium treten würde. Ganz falsch ist der Vorschlag des Abgeordneten Pözl, der am liebsten sehen würde, wenn der Staat ein Außenhandelsmonopol errichtete. Im Gegenteil, er muß von den bürokratischen Fesseln befreit werden, die ihn bisher an seiner Entfaltung hindern. Wir haben ja einen Außenhandelsbeirat in Wien mit einem System, das wir bisher nur vom Welt-sicherheitsrat her kennen, indem es jedem Vertreter gestattet ist, bei Anträgen auf Ausfuhr-genehmigung ein absolutes Vetorecht einzulegen. Im letzten Jahr z. B. hat der Vertreter der Arbeiterkammer bei den Holzexporten ein Gromykohaftes „Njet“ ausgesprochen, so daß uns wichtige Märkte und Devisenerlöse entgangen sind, nach Schätzung von Fachleuten in der Höhe von rund einer Milliarde Schilling. Ein Staat, dessen wirtschaftliche Lage ganz wesentlich von der Ausfuhr abhängt, muß aber doch trachten, möglichst gut zu verkaufen, wobei zum Schutze eines erträglichen Inlandspreises eine Gewinnabschöpfung sicherlich gerechtfertigt ist.

Meine Damen und Herren! Jahr für Jahr wird bei den Budgetberatungen auch die Frage der Verwaltungsreform erörtert. Sie bleibt allerdings im Zustande der theoretischen Diskussion, ohne daß bisher ernsthafte Ansatzpunkte zu einer tatsächlichen Inangriffnahme dieses überaus dringlichen Problems festzustellen wären. Es kann doch kein Zweifel sein, daß man die Vereinfachung der Verwaltung und Überführung der im Zuge damit frei werdenden Arbeitskräfte in die produktive Wirtschaft nur dann vornehmen kann, wenn die Wirtschaft aufnahmefähig ist, nicht aber in einer Zeit der Krise, die über kurz oder lang eintreten kann, nach unserer Auffassung eintreten wird. Mit Schauern müssen wir hier an die Verwaltungsreform des Jahres 1924 denken, wo wir einen holländischen Bankier als Wirtschaftsdiktator nach

Wien entsandt bekamen und der uns den Abbau von 6000 öffentlichen Beamten und Angestellten innerhalb von 14 Tagen vorschrieb. Das ist keine Reform, sondern furchtbares soziales Unglück, das es zu verhindern gilt, indem rechtzeitig Fachleute mit großer Erfahrung, wie Adamovich und Mannlicher, zur Erstellung eines Gesamtplanes herangezogen werden. Vor allem aber ist notwendig, daß dieses Staatsproblem jenseits aller Parteipolitik behandelt wird.

Hohes Haus, ich habe versucht, Ihnen zu einer Reihe von Wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen unsere Einstellung zu umreißen. Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß alles, was in den letzten Jahren in Österreich geleistet und getan wurde, schlecht ist und daß alles, was wir an Kritik und positiven Vorschlägen vorbringen, der Weisheit letzter Schluß wäre. Immer aber werden wir uns dort zur Wehr setzen, wo die Spielregeln der Demokratie verletzt werden und die Mehrheitsparteien der Minderheit das Mitspracherecht verweigern wollen. Dies war bei diesen Budgetberatungen der Fall, da sie uns zu den entscheidenden Parteienverhandlungen nicht eingeladen und die Entscheidungen im Schoße der Koalition allein getroffen haben. Wir haben immer wieder unsere Bereitschaft betont und auch bewiesen, daß wir die Verantwortung mittragen wollen. Verzichten Sie aber auf unsere Mitarbeit, so lehnen wir auch die Verantwortung ab. Wir haben 12 Anträge gestellt, von denen 8 überhaupt nicht in Beratung gezogen wurden, so daß wir auch keine Möglichkeit hatten, über die Probleme der Bedeckung zu reden. Im vorigen Jahr haben wir durchaus vernünftig mit uns reden lassen und in jenen Fällen, wo wir von der Undurchführbarkeit eines Antrages überzeugt wurden, denselben auch zurückgezogen. Durch Ihr Verhalten sind wir heute außerstande, dem Budget unsere Zustimmung zu geben.

Da heute mehrere Male auch die Betriebsratswahlen in die Debatte geworfen wurden, fühle ich mich veranlaßt, auch dazu einige Erklärungen abzugeben. Die Zusammenstellung von Gesamtergebnissen, die uns der Abgeordnete Pözl demonstrierte, ergibt kein richtiges Bild. Es ist so, daß der VdU in vielen Betrieben infolge des dort herrschenden Terrors nicht in der Lage wäre, als VdU zu kandidieren. Zudem entspricht es unserer programmatischen Auffassung, daß Parteilisten mehr und mehr verschwinden sollen und die Betriebsratswahlen zu reinen Persönlichkeitswahlen werden. Wir wollen alles tun, was geeignet ist, die Parteipolitik aus dem Betriebe und aus dem Gewerkschaftsbund zu verbannen. Nicht unbeantwortet darf die Propaganda der SPÖ bleiben, welche uns mit der Behauptung zu inkriminieren sucht, der VdU sei schuld am Stimmenzuwachs der Kommunisten. Es ist eine Perfidie, wenn man zuerst, wie bei Böhler und Seegraben, alles tut, um den VdU abzuwürgen, seine Kandidaten entläßt, die Arbeiter, welche unsere Wahlvorschläge unter-

schrieben haben, unter stärksten Druck setzt, so daß sich niemand mehr zu kandidieren traut, um uns dann einen Vorwurf zu machen, daß wir nicht mehr kandidiert haben. (Zwischenruf beim VdU: „Das ist die Wahrheit!“)

Jawohl, das ist die Wahrheit! Nur haben Sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn obwohl wir unsere ehemaligen Wähler aufforderten, wie z. B. in Eisenerz mit Plakaten und Flugblättern, die Wahl zu sabotieren oder ungültig zu wählen, haben sie aus Protest kommunistisch gewählt. Insbesondere waren sie im Falle Eisenerz erbost, daß der sozialistische Vertreter im Wahlvorstand dem unerhörten Rechtsbruch durch die kommunistische Mehrheit tatenlos zugehört hat. Ich gebe zu, daß dieses Verhalten politisch unverständlich ist, aber auf der anderen Seite ist es aus der einfachen Mentalität der Leute heraus zu begreifen. (Zwischenruf Abg. Opershall: „Eure Leute haben kommunistisch gewählt.“) Leider erleben wir ähnliche Dinge nicht nur in der verstaatlichten Industrie der Steiermark, sondern auch in anderen Bundesländern. Ich kann der Sozialistischen Partei nur den Rat erteilen, jeglichen Terror aufzugeben und auch in den von ihr beherrschten Betrieben die Demokratie gelten zu lassen, damit wir nicht noch mehr den Eindruck bekommen, sie hätten bei der Namensumtaufe im Jahre 1945 den „Demokraten“ bewußt amputiert.

Mit einem solchen Vorgehen wird die allgemeine Unzufriedenheit in den Staatsbetrieben nicht geringer. Sie ist überall vorhanden, trotz besserer Lohnverhältnisse. Die Gründe scheinen eher in dem Selbstbekenntnis des Gewerkschaftspräsidenten Böhm zu liegen, das er beim sozialistischen Parteitag ausgesprochen hat.

Er erklärte damals, daß der Gewerkschaftsbund bei den Abschlüssen der Lohn- und Preisabkommen nicht immer die Wahrheit gesagt habe, daß man eben von den totalen Abgeltungen der Preiserhöhungen gesprochen habe, obwohl sich in Wirklichkeit der Reallohn immer verringerte. Die Nutznießer dieser Politik waren die Kommunisten.

Wenn wir selbst in einigen Betrieben Rückschläge erlitten haben, so ist das nicht allzu tragisch. Es gibt in jeder politischen Bewegung Siege und Niederlagen, aber das brauche ich den gewiegten Parteipolitikern der anderen Seite nicht zu sagen. Zu einem Triumph hat der einzige KP-Abgeordnete dieses Hauses keine Ursache. Nackenschläge halten wir aus und zu Genickschüssen werden Sie keine Gelegenheit haben.

Bevor ich zum Schlusse meiner Ausführungen komme, erscheint es mir noch notwendig, mich mit einem von marxistischer Seite oft geäußerten Vorwurf auseinanderzusetzen, daß nämlich der VdU eine Unternehmerpartei sei und in dieser Tatsache der Grund für den Rückgang unserer Stimmen liege. Ich kann Sie verstehen, daß Sie unsere Ansichten unbegreiflich finden, denn wir lehnen den Klassenkampf als einen

tragischen historischen Irrtum ab und stehen auch in unserer Sozialpolitik dem Unternehmer nicht grundsätzlich feindlich gegenüber. Einmal hat das Unternehmertum innerhalb der Wirtschaft eine wichtige gesellschaftliche Funktion zu erfüllen und zweitens stimmt es gar nicht, wie die Sowjetstaaten beweisen, daß sich der soziale Standard bei Vernichtung des privaten Unternehmertums hebt. Wir wollen mit dem Unternehmer zusammenarbeiten und verlangen von ihm die Erfüllung seiner sozialen Pflichten. Will er sich denen entziehen, so habe ich heute bei den starken Arbeitnehmerverbänden die Möglichkeit, ihn zur Leistung seiner sozialen Aufgaben zu zwingen. Bei der Staatswirtschaft hört sich das auf. Wir streben eine Vertrauensatmosphäre zwischen den Sozialpartnern an und sind überzeugt, daß erst dann die Probleme des höchsten Ertrages der Wirtschaft und der gerechten Verteilung des Sozialproduktes am ehesten zu lösen sind.

Ihren Weg werden wir nie gehen, da der revolutionäre Sozialismus in Wirklichkeit mehr zerstörte, als er aufzubauen vermochte. Sehr richtig meint hier der spanische Philosoph Ortega y Gasset, die blutige Revolution zur Erreichung der sozialen Gerechtigkeit komme ihm so vor, wie wenn eine hungrige Menschenmenge mit dem Schrei: „Wir haben Hunger“ daran geht, die Bäckerladen zu zerschlagen und sich dann wundert, daß es plötzlich nichts zu essen gibt. Dem gegenüber wollen wir die Umformung der bestehenden Gesellschaftsordnung nach den Gesichtspunkten sozialer Ordnungswerte. Abgesehen von wirtschaftlichen Überlegungen wollen wir auch aus sozialen Gründen nicht, daß der Staat die oberste Unternehmerfunktion übernimmt. Wir sehen überall, wo dies der Fall ist, ein Absinken der wirtschaftlichen Leistungskraft und sie ist notwendig, damit die Sozialgesetze nicht zu ungedeckten Wechsellern werden. Schließlich bestimmt auch nicht die Höhe der Fürsorgeleistungen, die zweifelsohne sehr notwendig sind, den sozialen Standard eines Staates, sondern die Höhe des zu verteilenden Sozialproduktes, das in gemeinsamer Arbeit geschaffen werden muß. Natürlich ist ein Umdenken bei den Unternehmern dringendst notwendig. Der ehemalige Standpunkt, daß der Arbeitnehmer nur eine verdingte Arbeitskraft und einen Kostenfaktor darstellt, dessen Wert er zu bestimmen hat, ist unhaltbar geworden. Und gerade im kapitalistisch verschrieenen Amerika beobachten wir die Entwicklung zu neuen sozialen Anschauungen, wie sie das alte Europa nur in wenigen Fällen kennt. Die Mitbeteiligung des Arbeitnehmers am Betriebsgeschehen ist wesentlich verstärkt worden, und zwar sowohl nach der Seite der Verantwortung, als auch nach der Seite der wirtschaftlichen Ertragsbeteiligung hin. Von einer Verstaatlichung wollen die Arbeitnehmer nichts wissen und ich glaube, daß auch wir allen Grund haben, von einer Verstaatlichung über die Grundstoffindustrie hinaus abzusehen. Wichtig

ist, daß die Gewerkschaft gut funktioniert und unabhängig von politischen Parteien alles daransetzt, für den Arbeitnehmer das Bestmögliche herauszuholen.

Aus diesen meinen Ausführungen müssen Sie entnehmen, daß die Behauptung, der VdU packle mit den Unternehmern, völlig falsch ist, sondern, daß wir versuchen, einen Standpunkt einzunehmen, der beiden Sozialpartnern gerecht wird. Wir fassen dies unter dem Gedanken der betrieblichen Partnerschaft zusammen. Unser Ziel heißt: Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens und Achtung vor jedem, der Arbeit in irgendeiner Form für die Gemeinschaft leistet.

Zum Schlusse möchte ich noch einmal betonen, daß es der Haltung der Koalitionsparteien zuzuschreiben ist, wenn wir heuer dem Budget nicht zustimmen. Wir haben zu Beginn der Finanzausschußsitzungen angekündigt, daß wir unsere Einstellung von der Behandlung unserer Anträge abhängig machen werden und müssen heute feststellen, daß diese Behandlung den demokratischen Spielregeln nicht entsprochen hat. (Lebhafter Beifall beim VdU).

Landesrat **Dr. Illig**: Hohes Haus! Ich habe nicht die Absicht, eine zweite Budgetrede zu halten, nachdem ich schon am Vormittag eine ausgiebige vortragen konnte. Aber einige sachliche Berichtigungen zu den Ausführungen der Abg. Strohmaier, Pözl und Dr. Kandutsch muß ich vornehmen, zumal sie zum Teil in mein Referat ressortieren.

Der Herr Abg. Strohmaier hat sich besonders gegen die Absicht des Landtages ereifert, im Rahmen des heurigen Budgets eine Fremdenverkehrsabgabe neu einzuführen, die mit einem Bruttoertrag von 900.000 S im Budget steht. Damit nicht Uneingeweihte zur Vorstellung gelangen können, es handle sich hier um eine neue Steuer, die gewissermaßen das Faß zum Überlaufen und den schwer ächzenden Steuerzahler zum Erliegen bringen könnte, sei ganz kurz dargelegt, was hier eigentlich beabsichtigt ist. Das Land Steiermark, Hohes Haus, gibt im Jahre 1952 für Fremdenverkehrsförderung größere Summen aus als je zuvor, seitdem es überhaupt eine autonome Landesverwaltung in diesem Land gibt. Das sei dankbar gegenüber der verständnisvollen Einstellung des Finanzausschusses und der ganzen Landesvertretung festgestellt. Ich darf wiederholen, daß der Fremdenverkehrsfonds für Investitionen für Gastgewerbetreibende im Jahre 1952 mit 2.450.000 S gespeist werden soll, daß im Unterabschnitt 779 für weitere Fremdenverkehrszwecke 1.643.000 S im Budget stehen, im Unterabschnitt 770 570.500 S, im Unterabschnitt 24,7 250.000 S, im Unterabschnitt 231,71 100.000 S, im Unterabschnitt 85,75 30.000 S, unter 85,881 50.000 S und unter 85,882 250.000 S, insgesamt also 5.343.400 S. Das ist mehr, als selbst in den klassischen Ländern des Fremdenverkehrs Tirol und Salzburg und auch in Kärnten für diese Zwecke ausgegeben wird. Und es sei vergleichs-

weise auch noch daran erinnert, daß der Bund im Jahre 1951 für ganz Österreich für Fremdenverkehrsförderungszwecke insgesamt 10 Millionen Schilling ausgeworfen hat, daß also das Land Steiermark für diese Zwecke allein mehr als die Hälfte dessen ausgibt, was die Bundesregierung dem ganzen österreichischen Staatsgebiet zugedacht hatte. Es scheint nicht unbillig, daß man angesichts dieser wirklich dankenswerten großen finanziellen Opfer, die das Land für die Förderung des Fremdenverkehrs bringt, den Fremden, die in dieses Land kommen, sowohl den Ausländern wie den außersteirischen Inländern, die in dieses Land kommen und hier die Fremdenverkehrseinrichtungen, die mit unserem Geld ausgestattet werden, in Anspruch nehmen, daß man denen einen ganz kleinen Beitrag zu diesen Opfern auferlegt. Und, meine Damen und Herren, bei einem Zimmerpreis von 10 S aufwärts bis zu 50, 60 oder 80 S, in den erstklassigsten Nobelbetrieben vielleicht sogar von 90 und 100 S kann eine Abgabe, wie wir sie planen, von 20, 30 und 50 Groschen bei einer solchen Übernachtung doch keinesfalls als eine drakonische Maßnahme oder eine untragbare Belastung angesehen werden. (Landeshauptmann Krainer: „Der Herr Strohmaier geht daran zugrunde.“)

Dazu kommt aber folgendes: Dieser Betrag, der hier eingehoben werden soll, geht ja ausnahmsweise einmal gar nicht ad saccum (Rufe: „Hört, hört!“), damit meine ich, in den großen Topf des Finanzreferates. Das Land hat von dieser Steuer gar nichts. Diese neue Steuer wird nicht dazu verwendet, um die allgemeinen Bedürfnisse des Landes zu befriedigen, sondern der Ertrag dieser Abgabe wird nicht nur direkt der Fremdenverkehrsförderung, sondern noch direkter den Trägern des Fremdenverkehrs, den Gastgewerbetreibenden, zugeführt, weil dieser Abgabenertrag dazu dient, den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds des Landes zu verstärken und dieses Geld restlos dazu verwendet wird, den Gastgewerbetreibenden billige Darlehen auf die Dauer von 10 Jahren zur Verbesserung und Ausgestaltung ihrer Betriebe zu geben. Der Landtag hat voriges Jahr grundsätzlich beschlossen, diesen Investitionsfonds zu schaffen und ihn aus Landesmitteln im Jahre 1951 mit 1½, im Jahre 1952 wieder mit 1½ Millionen zu speisen. Diese 1½ Millionen für 1952 stehen extra im Budget. Weil ich im Jahre 1953 selbstverständlich diese Aktion fortsetzen möchte, die sich in Steiermark als überaus segensreich erwiesen hat, mußte ich rechtzeitig Vorkehrungen treffen, um diesen Fonds auch nach Ausbezahlung dieser 3 Millionen Schilling weiterhin speisen zu können. Diese Abgabe wird eine solche dauernde Speisung dieses Fonds vornehmen, wozu noch die Zinsen und Annuitäten der schon ausgegebenen Darlehen kommen werden. Ich betrachte gerade diese Maßnahme als einen neuen, ich möchte fast sagen revolutionären Schritt der Fremdenverkehrsförderung, als ein wirksames Mittel, den in dieser Beziehung uns weit vorausgeeilten

westlichen klassischen Fremdenverkehrsländern Vorarlberg, Tirol und Salzburg nachzukommen.

Ich will noch bekanntgeben, daß der Steuerpflichtige bei dieser Abgabe nicht der Gastwirt, sondern der Fremde sein wird, der die Beherbergungsmöglichkeit in Anspruch nimmt. Die von VdU-Seite ausgesprochene Befürchtung, daß der Herbergsvater für diese Abgabe noch wird die Warenumsatzsteuer bezahlen müssen, wird nicht eintreten, weil die Bestimmungen legislativ so konstruiert sind, daß die Abgabe der Warenumsatzsteuer nicht unterworfen werden kann. Ebenso unbegründet ist die weitere Befürchtung, daß etwa die Einhebungskosten den Hauptteil dieser Abgabe aufsaugen werden. Das wird keineswegs der Fall sein! Die Einhebungskosten werden wir darauf beschränken, Abgabemarken drucken zu lassen und diese werden an die Gemeindeämter und durch die Gemeindeämter an die Gastgewerbetreibenden abgegeben werden. Ich beabsichtige, den Gemeinden für diese Manipulation einen 10%igen Anteil einzuräumen, jedoch mit der Auflage, diesen Teilertrag der Abgabe wieder lokalen Fremdenverkehrsförderungszwecken in der betreffenden Gemeinde zuzuführen.

Es ist auch darauf verwiesen worden, daß die klassischen Fremdenverkehrsländer, vor allem Tirol und Salzburg, seit Jahrzehnten derartige Abgaben besitzen, nur zum Unterschied von Steiermark und unseren Absichten in einem weitaus größeren und empfindlicheren Ausmaß und in einer Konstruktion, durch die nicht die Gäste, sondern tatsächlich die Gastgewerbetreibenden getroffen werden. Die Salzburger Fremdenverkehrsabgabe, die dort seit vielen Jahren besteht, ist bekanntlich — ich nehme an, daß Sie darüber orientiert sind — nichts anderes, als eine zweite Einkommensteuer, die durch die Fremdenverkehrsabgabe-Einschätzungskommission für jeden einzelnen Betrieb bemessen und dort als Zuschlag zur Einkommensteuer eingehoben wird. Wir denken nicht daran, eine ähnliche Konstruktion zu wählen, sondern werden jenen Weg beschreiten, den ich Ihnen angedeutet habe. Es sei noch auf folgendes verwiesen: Diese Fremdenverkehrsabgabe ist im Abgabenteilungsgesetz vorgesehen, und zwar als die letzte Abgabe, die wir hier noch im Lande autonom einführen und einheben können. Es besteht die nicht unbegründete Befürchtung, die durch Beispiele in der Vergangenheit erhärtete Befürchtung, daß, wenn wir diese Abgabe jetzt nicht zu Gunsten der gastgewerblichen Investitionen einführen, daß sie heute oder morgen vom Bund inkammeriert und dann voraussichtlich und wahrscheinlich in einem empfindlicheren Ausmaße nicht für gastgewerbliche Zwecke eingehoben werden und im Sacke des Finanzministeriums verschwinden würde.

Schließlich sei noch folgendes festgestellt: Die einzigen Leute im Lande, die sich durch diese Abgabe beschwert fühlen könnten und die vielleicht mit Recht dagegen meckern könnten, wären diejenigen, die die Abgabe beim Fremden

einheben müssen, die Hoteliers und Gasthofbesitzer. Ich habe mich 10 Tage vor der Sitzung des Finanzausschusses in die Vollausschußsitzung der steirischen Hoteliers und Gasthofbesitzer begeben und habe dort den Herren mein Projekt vorgetragen und den Hoteliers und Gasthofbesitzern selbst die Entscheidung überlassen, ob ich diese Abgabe einführen soll oder nicht. Ich habe die Vorteile erläutert und erklärt, daß diese Abgabe ihnen selbst zugutekommen werde, daß sie ein Baustein in meinem Fremdenverkehrsaufbauprogramm in Steiermark ist und habe ihnen gesagt: „Entscheiden Sie selbst, soll das geschehen oder nicht?“ und alle Gasthofbesitzer und Hoteliers, die berufenen Vertreter dieses Berufsstandes in Steiermark, haben sich ohne eine einzige Gegenstimme für dieses Projekt entschieden und das genügt mir. (Abg. Strohmayer: „Na, trauen hätten sie sich sollen!“) Schauen Sie, lieber Herr Strohmayer Sie haben im Finanzausschuß die Einwendungen gemacht, daß in diesem Vollausschuß der Gasthofbesitzer und Hoteliers der VdU nicht vertreten war. Ich kann nicht untersuchen bei der Entscheidung über diese Abgabe, warum das Malheur passiert ist, daß Sie dort nicht vertreten sind. Ich bedauere, daß es nicht der Fall ist, Sie hätten sicherlich wertvolle Beiträge zur Diskussion geliefert. (Heiterkeit.) Hier bei Entscheidung über diese volkswirtschaftliche Frage kann ich begreiflicherweise solche Detailuntersuchungen nicht mehr anstellen.

Hohes Haus: Man kann wirklich mit Stolz anerkennen, daß es dem vereinten Bemühen des Landtages, der Landesregierung, des Finanzausschusses und unseres Fremdenverkehrsamtes gelungen ist, das große Aufbauwerk des Fremdenverkehrs hier in Steiermark zu vollziehen. Wir sind fest entschlossen, dieses Aufbauwerk fortzuführen und zu vollenden und wir werden uns auch durch die Argumente des Herrn Abg. Strohmaier, so sehr wir denselben Gewicht beimessen, auf diesem Wege nicht beirren lassen.

Zu einer weiteren Angelegenheit, die der Herr Abg. Strohmaier vorgebracht hat, muß ich ebenfalls eine sachliche Berichtigung vornehmen. Er hat geglaubt, die Mißwirtschaft des parteipolitischen Lebens in Österreich und des volkswirtschaftlichen Geschehens auch u. a. dadurch illustrieren zu können, daß er darauf hingewiesen hat, die seit Jahren verlangte Altersfürsorge für die selbständig Gewerbetreibenden sei noch nicht verwirklicht worden. Diese Feststellung des Herrn Abgeordneten beweist bedauerlicherweise eine krasse Unkenntnis der tatsächlichen Dinge, die sich hier im Staate offiziell abspielen, denn sonst müßte ihm bekannt sein, daß ab 1. Jänner 1952, also in 10 Tagen ab heute gerechnet, diese Altersfürsorge für die selbständig Gewerbetreibenden in ganz Österreich in Kraft gesetzt wird und vom Monat Jänner angefangen die Altersfürsorgeten an die selbständig Gewerbetreibenden von der Organisation der gewerblichen Wirtschaft zur Auszahlung gebracht werden.

Der Herr Abg. Strohmaier hat schließlich erklärt, die ökonomischen Verhältnisse in Österreich litten vor allem darunter, daß die zwei großen Regierungsparteien zwar miteinander das Staatsschifflein lenken, aber in ihrer weltanschaulichen und wirtschaftspolitischen Grundanschauung durch einen Abgrund getrennt seien. Die Verfechter der freien Wirtschaft, die ÖVP, und die Verfechter der gelenkten Wirtschaft oder der staatlich bevormundeten Wirtschaft, die SPÖ, so argumentiert der Herr Abgeordnete, könnten sich auf keiner gemeinsamen Ebene finden und hätten schließlich und endlich weder eine freie noch eine gelenkte Wirtschaft, sondern nur eine Mißwirtschaft zustandegebracht. Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Eine derartige Behauptung, die mit den tatsächlichen Verhältnissen in krassstem Widerspruch steht, muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (Rufe: „Sehr richtig!“) Eine derartige Behauptung in einem Zeitpunkte, da Österreich eine Vollbeschäftigung erreicht hat wie nie zuvor, in einem Zeitpunkte, da in Österreich mehr als 2 Millionen Unselbständiger krankenversichert sind, in einem Zeitpunkte, da z. B. die Baustoffindustrie im Jahre 1951 nicht in der Lage war, mit ihrer Produktion nachzukommen und die Bedürfnisse der Bauwirtschaft auch nur annähernd zu befriedigen, ist unerhört. Wir verzeichnen einen Zeitpunkt der Verdichtung des wirtschaftlichen Geschehens, der Prosperität, wie er bisher auch in der Zeit der ersten Republik niemals erreicht worden ist. Und da zu behaupten, daß in Österreich alles in allem nur eine einzige Mißwirtschaft zu konstatieren ist, ist, gelinde gesagt, eine Unverfrorenheit. (Zustimmungsrufe.)

Der Herr Abgeordnete hat auch ausgeführt, daß diese Mißwirtschaft eine Folge des Kompromisselns ist, des ewigen Packelns zwischen Rot und Schwarz, zwischen SPÖ und ÖVP, und das ist seiner Ansicht nach der verkehrte Weg. Derartige Ausführungen können tatsächlich nur von einem politischen Neugeborenen (Gelächter.) geäußert werden. Anders kann ich das nicht verstehen. Wie stellt man sich denn die Ordnung der politischen und der ökonomischen Verhältnisse in Österreich vor ohne Verständigung jener beiden großen Parteien, die mehr als vier Fünftel der Bevölkerung repräsentieren? Ja, es gibt nur zwei Möglichkeiten des politischen Geschehens in der Praxis, nämlich, entweder ich schlage meinem politischen Gegner den Schädel ein nach dem Beispiel „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein“ oder ich muß mich mit ihm zusammensetzen und verständigen. Da wir nicht die Absicht haben, unser teures Vaterland in das Chaos eines Bürgerkrieges und eines wirtschaftlichen Durcheinanders zu stürzen, haben wir diesen einzig möglichen und einzig vernünftigen Weg gewählt, den Weg der Verständigung auf der goldenen Mittelstraße des Sichaussprechens und des Sichfindens, wobei natürlich auf beiden Seiten Opfer gebracht werden müssen. Meine Damen

und Herren! Das Kompromiß ist keine politische Erfindung, es muß festgestellt werden, daß das eine irrige Ansicht ist, es ist vielmehr eine allgemein menschliche Notwendigkeit. Keine Gemeinschaft, und sei es die kleinste oder größte auf der Welt, kann ohne Kompromiß bestehen. Täglich muß jeder Mensch in seiner Familie Kompromisse schließen, mit der Gattin, mit den Kindern, die Geschwister untereinander, denn sonst kann das Familienleben nicht gedeihen. Es kann weder der Mann noch die Frau mit dem Schädel durch die Wand rennen. In der Gemeinde müssen Kompromisse geschlossen werden, in jeder Berufsorganisation und natürlich auch im Staate, in der großen Politik. Und das als Verbrechen brandmarken zu wollen, ist mehr als kindlich, es ist kindisch.

Der VdU beklagt sich darüber, daß seine Anträge keine Berücksichtigung gefunden haben. Zunächst einmal ist das nicht ganz richtig, denn einige ihrer Anträge — ich verweise dabei auf den Antrag des Herrn Vizepräsidenten Scheer, für die Ausseer Festwochen einen Beitrag zu widmen — sind auch in Abwesenheit des VdU beschlossen worden und sind dann auch vom Finanzausschuß zum Beschluß erhoben worden. Aber, meine Herren vom VdU, so wie Sie das machen, geht es nicht. Einen Antrag einfach aus dem Ärmel zu beuteln, da eine Million, dort eine halbe Million, für Spritzgeräte 400.000 S, 5 Millionen Schilling für den Wohnbauförderungsfonds, aber alles, wie schon der Herr Finanzreferent feststellte, ohne jeden Bedeckungsantrag, so geht das natürlich nicht. (Abg. Scheer: „Es wurde auch von Ihnen nicht immer ein Bedeckungsantrag gestellt.“) Sie gleichen da dem berüchtigten Gauch, zu deutsch Kuckuck, der sein großes mißgestaltetes Ei in ein kleines Nest legen will und sich darauf verläßt, daß irgend eine liebe Meise oder auch ein Schwarzblatterl dieses Ei ausbrütet. (Schallende Heiterkeit.) (Abg. Scheer: „Schwarzblatterl ist gut.“) Wir haben aber nicht die Absicht, die Rolle der Meise oder des Schwarzblatterls zu spielen. Wenn man verlangt, daß 5 Millionen Schilling mehr ausgegeben werden sollen, dann muß man doch irgend eine Idee entwickeln, woher diese 5 Millionen kommen sollen. Aber da hat es seit jeher bei Ihnen gehapert, es ist Ihnen nichts eingefallen, da kann man halt nichts machen, das ist eine Naturerscheinung (Helles Gelächter.), aber jedenfalls kann man nicht erwarten, daß solche Anträge ernst genommen werden. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Ihre Ausführungen haben nur Heiterkeit bewirkt, sonst nichts!“) Die großen Parteien haben sich redlich bemüht, alles das, was sie beantragt haben, zu bedecken und was sie nicht bedecken konnten, was die großen Parteien nicht bedecken konnten, darauf mußten sie eben letzten Endes verzichten, weil wir genau so wie der Finanzreferent einen ausgeglichenen ordentlichen Voranschlag erstellen wollten.

Zusammenfassend möchte ich zu den Ausführungen des Abg. Strohmaier sagen: Sie haben in

mir teils heitere, teils wehmütige Kindheits-erinnerungen hervorgerufen. Ich habe mich an meine Gymnasialzeit erinnert, und zwar an die 5. Klasse. Der „Fünfer“ spielt heute schon eine historische Rolle, Herr Abg. Pölzl! Es war in der 5. Klasse, als wir in der deutschen Literatur das bekannte Werk „Die Jobsiade“ des Dichters Kortum als Lektüre vorgesetzt bekamen. Der Kandidat Hieronymus Jobs ist ein Reformier, der mit allen möglichen Ideen unrühmlich hervorgetreten ist, darunter auch auf dem Gebiete der Sprachenreinigung und Verbesserung der Schullehrbücher. Es hat sich herausgestellt, daß seine „tiefgründigen“ Reformvorschläge darin gipfelten, das Alphabet durch die Buchstaben Sch, St und Sp zu bereichern und in der Naturgeschichte dem Haushahn den Sporen abzu-erkennen. Was mich an die Jobsiade erinnert, ist der Refrain, der darin vorkommt. Anlässlich des Examens des Kandidaten heißt es immer stereotyp: „Über diese Antwort des Kandidaten Jobses geschah allgemeines Schütteln des Kopfes“ und mit diesem Schütteln des Kopfes wollen wir für heute auch den Fall des Kandidaten Strohmaier als erledigt betrachten. (Heiterkeit.)

Nun noch einige Worte auf die Ausführungen des Herrn Abg. Kandutsch. Es ist nicht richtig, Wirkung und Effekt der Preissenkungsaktion zu verkleinern. Sie hat nach einer kürzlich stattgefundenen Schätzung bisher in Schilling umgerechnet 1 Milliarde ausgemacht. Wenn die Auswirkung, Herr Abg. Kandutsch, in den Indexziffern des Institutes für Konjunkturforschung keine sehr eindrucksvolle ist, so ändert das nichts an der geradezu katastrophenverhindernden Wirkung, die diese Preissenkungsaktion im Zusammenhang mit der Stopperklärung des Gewerkschaftsbundes mit sich gebracht hat. Als wir nach dem 5. Lohn- und Preisabkommen, unmittelbar darnach, schon weitere Preiserhöhungen beobachten konnten und gleichzeitig neuerlich Lohnforderungen angekündigt wurden, da befanden wir uns tatsächlich in der Situation des italienischen Expreszuges, als er sich auf der Strecke von Mürzzuschlag der Station Langenwang näherte. Diese gemeinsame Aktion der gewerblichen Wirtschaft und des Gewerkschaftsbundes war die Notbremse, die zur rechten Zeit gezogen worden ist und die den Schilling vor einem sonst sicheren Absturz ins Bodenlose gerettet hat. Daß die Wirkung nicht ausgeblieben ist, sehen Sie am Züricher Schilling-Kurs. Vor dieser Preissenkungsaktion war der Schilling auf 12.15 gefallen und hat sich doch schon wieder auf 13.65 erholt, was eine ganz schöne und beachtenswerte Erholung ist. Sicher ist folgendes: Wäre dem 5. Lohn- und Preisabkommen unmittelbar, vielleicht schon nach 6 bis 8 Wochen ein 6. Lohn- und Preisabkommen gefolgt, dann wäre eine rasante Abwertung unserer Währung nicht zu verhindern gewesen. Sie wurde verhindert durch diese Bremse der gemeinsam gekoppelten Aktion der

Gewerkschaften und der gewerblichen Wirtschaft.

Nun noch ein Wort an Herrn Abg. Pölzl, an den Vertreter des bombastisch zu einem sogenannten Linksblock aufgeplusterten Maggiwürfels. (Gelächter.) Die Antwort an Herrn Abg. Pölzl kann sich angesichts der Vorredner Dr. Kaan und Kandutsch auf einen summarischen Inhalt beschränken. Wir betrachten es und ich glaube, außer Abg. Pölzl ist das ganze übrige Haus meiner Meinung, als Mißbrauch demokratischer Einrichtung, daß das Sprachrohr Moskaus hier den ehrlichen Aufbauwillen des österreichischen Volkes in der vormittägig geäußerten Weise besudeln kann. Ein Mann, Herr Abgeordneter, der zweifellos beim täglichen Abhören des Moskauer Senders eine strammere Haltung einnimmt als wahrscheinlich jeder Absolvent einer Ordensburg seinerzeit beim Abhören einer Hitlerrede, kann keinen Anspruch erheben, uns Belehrungen über Demokratie zu erteilen. Wenn Österreich gewisse Rohprodukte und Halbfabrikate gegen gute, harte Devisen dem Westen verkauft, an Länder wie Amerika, das mit dem großzügigsten Hilfsprogramm der österreichischen Geschichte uns in schwerster Stunde beigesprungen ist, dann kann ich darin wohl keine Verirrung erblicken. Was ist das gegen die schamlose Ausplünderung, der Österreich von Seiten Ihrer Auftraggeber vom ersten Tag des Einmarsches an ausgesetzt war. Wir hier in Steiermark haben Gott sei Dank die Segnungen der Besatzungsmacht Ihrer Auftraggeber nur durch 2½ Monate genossen, aber die ungeheuren Abtransporte von Materialien und Maschinen und auch vom Eigentum unzähliger Privathaushalte nach dem Osten sind sicher im Gedächtnis des steirischen Volkes unvergessen geblieben. Wenn Sie die Marshall-Hilfe beanstanden, Herr Abg. Pölzl, dann sei nur das eine gesagt, veranlassen Sie doch endlich, daß Ihre Auftraggeber uns das österreichische Erdöl, das aus dem österreichischen Boden hervorquillt und daher Österreich allein gehört, geben. Nur das eine, dann können wir wahrscheinlich auf jede aufständische Hilfe verzichten.

Hoher Landtag! Alle gut Gesinnten sind — und ich nehme an, die überwältigende Mehrheit des österreichischen Volkes — einer Meinung darüber, was von der Einstellung der KPÖ und ihrer Vertreter zum Ablauf des wirtschaftspolitischen Geschehens in Österreich zu halten ist. Wir haben ja alle schauernd miterlebt, wie der bolschewistische Werwolf hintereinander Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die Tschechoslowakei verschlungen hat. Österreich aber soll er nicht verschlingen! (Anhaltender starker Beifall bei ÖVP und SPÖ).

Landesrat **Horvatek**: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Generaldebatte über den Landesvoranschlag hat eigentlich den Rahmen gesprengt. Es sind wiederholt Probleme behandelt worden, die eigentlich und richtiger

in die Vertretung des Bundesstaates Österreich, also in den Nationalrat gehören. Ich halte es aber doch für notwendig, auf einige in dieser Generaldebatte berührte Fragen einzugehen, sei es zur Richtigstellung oder zur Erläuterung.

Der Herr Landesrat Dr. Illig hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß durch die Änderungen, die im Finanz- und Budgetausschuß vorgenommen wurden, wesentliche Änderungen des gesamten Haushaltsplanes erfolgt seien. Ich glaube, es ist das etwas übertrieben. Die Steigerung im ordentlichen Haushalt, sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite, beträgt insgesamt nach den Änderungen 4,874.200 S, das sind also 0,84 % des gesamten Haushaltes der ordentlichen Gebahrung. Man kann also von einer wesentlichen Änderung hier kaum sprechen. Etwas stärker geändert haben sich die Ansätze des außerordentlichen Haushaltsplanes. Es ist eine Ausgabensteigerung vorgesehen von insgesamt 29,580.000 S, das sind gegenüber den ursprünglichen Ansätzen 56 %. Es hat sich auch eine Steigerung des Abganges ergeben, und zwar um 34,825.000 S, das sind 260 %. Also praktisch bedeutet diese Ausgabensteigerung eine Prämisse in die Zukunft, eine Anhoffnung, daß es uns in der Zukunft gelingen wird, diese Bedeckungsmittel, sei es durch Ersparungen oder Mehreinnahmen oder im Kreditwege zu finden. Ich übe daran keine Kritik, aber ich meine nur, wir haben die Gelder leider noch nicht zur Hand. Es wäre uns ja weitaus lieber, wenn wir den außerordentlichen Haushaltsplan auch schon bedeckt sehen würden. Es ist kein Zweifel, daß zum Beispiel der Ausbau der steirischen Wasserkräfte im eminenten Interesse nicht nur des Landes, sondern auch des Bundes liegt. Ich glaube aber, so schwarz, wie Herr Landesrat Illig die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft darstellt, ist sie nicht. Er hat sich den Kopf zerbrochen für jemanden, der eigentlich für die gesamte Elektrizitätswirtschaft in Österreich verantwortlich ist, nämlich für Herrn Minister Ing. Waldbrunner, der ja in seinem Ministerium die Frage des Ausbaues der Wasserkräfte eingehend zu prüfen und so weitgehend wie möglich zu fördern hat. Es wäre also ein Ausbau vor allem des Hief্লাuer Werkes, also des Ennskraftwerkes in Steiermark eine zusätzliche und sehr erfolgreiche Erwerbung, aber es ist so, daß jetzt noch eine Reihe von augenblicklich ausnutzbaren Ausbaustufen in Bau sind, so daß wir erwarten können, daß ab dem Jahre 1954 die Stromlage sich wesentlich erleichtern wird, die Lage also nicht so ist, wie es sich Herr Landesrat Illig vorstellt.

Er behauptet weiter, es habe die private Hand nicht an den Ausbau von Elektrizitätswerken schreiten können, weil ein wirkliches Hindernis da sei, und zwar das 2. Verstaatlichungsgesetz. Dazu muß ich etwas sagen. Das 2. Verstaatlichungsgesetz nimmt von der Verstaatlichung aus nach § 1 Abs. 2 lit. b) elektrische Eigenversorgungsanlagen, wenn deren entgeltliche unmittelbare Stromabgabe an betriebsfremde Verbraucher im Jahre 100.000 kWh nicht übersteigt

und eine weitere Stromabgabe nur an Landesgesellschaften, Sondergesellschaften oder die Verbundgesellschaft erfolgt; als betriebsfremde Verbraucher gelten nicht Unternehmungen desselben Industriekonzerns.

Daraus ist deutlich zu erkennen, daß jedes Fabriksunternehmen, das sich eine eigene Stromversorgungsanlage bauen will oder eine bestehende erweitern will, wenn der Strom für den eigenen Bedarf bestimmt ist oder auch bis zu einer bestimmten Höhe an betriebsfremde Verbraucher oder an Landesgesellschaften oder Sondergesellschaften oder die Verbundgesellschaft abgegeben wird, dies ohne weiteres tun kann. Nur dann, wenn an Fremdstrombezieher mehr als 100.000 kWh im Jahr abgegeben würden, dann würde ein solches Unternehmen der Verstaatlichung unterliegen. Wir alle müssen wünschen, daß die Elektrizitätsversorgungsunternehmen so geführt werden, daß keine Fehlinvestition des Kapitals stattfindet und daß andererseits eine annähernd gleiche Stromversorgung für jeden Verbraucher gewährleistet wird. Daher der Versuch, die Großkraftwerke durch Sondergesellschaften und durch die Verbundgesellschaften errichten zu lassen, um damit den entsprechenden Stromausgleich zu schaffen. Ich behaupte also, wenn ein Industrieunternehmen die Mittel besäße oder sie sich beschaffen könnte, um seinen eigenen Bedarf durch Ausbau von Wasserkräften oder durch irgend ein anderes stromerzeugendes Werk zu decken, so steht dem im Verstaatlichungsgesetz kein Hindernis entgegen. Also auch der Hinweis, es sei hemmend, daß das 2. Verstaatlichungsgesetz noch keine Regelung der Ablöse, der Entschädigung, geschaffen hat, ist unrichtig. Das Gesetz schließt ja nicht aus, daß Vereinbarungen bezüglich der Entschädigung geschlossen werden. Es hat nur nicht die Entschädigung selbst festgesetzt, vermutlich aus dem leicht verständlichen Grund, weil die Frage der Bewertung abhängig ist von einem künftigen Goldbilanzgesetz und weil man zu einer wirklichen Ordnung der Dinge erst kommen kann, wenn sich die Wirtschaft stabilisiert hat. Das spricht aber nicht dagegen, daß ein Ausbau steirischer Wasserkräfte wünschenswert ist und auch von uns unterstützt werden wird.

Dann hat Herr Landesrat Illig, wie alle Jahre, pflichtgemäß in Auslegung des Parteiprogramms der ÖVP darauf hingewiesen, daß der Finanzausgleich 1951 seine Partei nicht befriedigen könne. Das hänge vor allem damit zusammen, daß das jetzige Steuer- und Abgabensystem ein zentralistisches sei, das den Föderalismus nicht genügend berücksichtige. Man kann natürlich verschiedener Auffassung sein, was besser ist. Ich rede jetzt gar nicht parteipolitisch, sondern nur in Erwägung der Umstände. Es ist klar, wenn die Steuern so verteilt würden, daß jedes Land eigene Steuern einzuheben hätte, daß dann zwei Folgen eintreten würden. Erstens eine vollkommen verschiedene Besteuerung in den Bundesländern, was wieder zur Folge hätte, daß eine

Konkurrenzierung stattfindet, also gewisse Fabriks- und Gewerbebetriebe abgingen in ein anderes Bundesland mit einem niedrigeren Steuersatz. Es könnte das zu dauernden Ab- und Zuwanderungen führen. Solche Beispiele gibt es im Ausland genug, z. B. in Frankreich. Dann gibt es noch ein zweites Argument, das Herr Landesrat Illig völlig übersehen hat, weshalb ich ihn bitte, sich dieses Argument anzuhören: Wenn die gemeinschaftlichen Bundesabgaben einheitlich beschlossen und einheitlich eingehoben werden, so können sie auch einheitlich verteilt werden. Und bei dieser gemeinsamen Verteilung kommt es nur darauf an, wie verteilt wird. Wenn ich aus einem gemeinsamen Topf schöpfe, brauche ich nicht immer zu fragen, woher kommen die Steuern, auf welchem Gebiet kommt mehr herein. Gerade bei den zwei wichtigsten Steuern, bei der Einkommensteuer und bei der Warenumsatzsteuer, kann die Verteilung nicht nach dem Aufkommen, sondern nach der Volkszahl geschehen. Haben Sie sich jemals gefragt, was es bedeuten würde, wenn diese Steuern nach dem Aufkommen verteilt würden? (Landeshauptmann Krainer: „Es kommt darauf an, wer verteilt. Wenn Sie es vertreten, daß wir verteilen können, bin ich einverstanden, das ist wesentlich.“) Das würde bedeuten, ich komme auf den Zwischenruf des Herrn Landeshauptmannes zurück, daß die Einnahmen aus den gemeinsamen Bundesabgaben rapid absinken würden und alles, was notwendig und nützlich ist und alle freiwillig übernommenen Aufgaben würden wegfallen. Ich will diese Ausführungen aus naheliegenden Gründen nicht im Detail vorbringen. Ich werde mir erlauben, das nächste Mal im Finanzausschuß dies eingehender zu tun. Was die Verteilung betrifft, liegt wieder ein Irrtum vor. Nach dem Finanzausgleich, der ein Gemeinschaftswerk der Landesfinanzreferenten mit dem Bundesfinanzminister ist, ist es selbstverständlich, daß die Finanzreferenten ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Landesrat Illig bedauert, daß bei der Verteilung die Länder einen großen Anteil am Bundespräzipium zur Entlastung der Gemeinden übernommen haben. Die Länder haben das nicht getan, um Gelder einem Dritten zu schenken, sondern um die Notlage, die vom Steirischen Gemeindebund und von der Landesgruppe des Städtebundes eindringlich dargelegt wurde, zu mildern. Dieser Betrag, um den die Länder mehr zu leisten haben, fließt zum allergrößten Teil Steiermark zu, deshalb nicht ganz, weil Steiermark mit sehr vielen kleinen Gemeinden belastet ist und der qualifizierte Bevölkerungsschlüssel uns hier einen Schaden von etwa 1 Million Schilling zufügt. Es ist nicht richtig, zu glauben, daß die Länder nichts mitzureden haben; sie haben ein entscheidendes Wort mitgeredet und die Verteilung ist so vollzogen worden, wie sie denkbar am besten ist. Ich habe bei der Vorlage des Voranschlags ausgeführt, daß es eine wichtige Aufgabe ist, daß die Vorzugsanteile des Bundes zu Fall gebracht werden. Das

würde die bedeutendste Entlastung der Gemeinden sein. Heute tragen die Gemeinden 40,2 % zum Bundespräzipium bei. Wenn diese 160 Millionen Schilling Belastung für die Gemeinden wegfallen, würden die Gemeinden aus ihrer Finanznot, in der sie sich heute befinden, befreit sein.

Ich rede wie im Vorjahr immer wieder der verbundenen Steuerwirtschaft das Wort. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, wenn Notzeiten über Österreich kommen sollten — sie sind heute schon schwarz an die Wand gemalt worden — und wir hätten eine souveräne Steuergesetzgebung, glauben Sie, daß die Bundesgesetzgebung nicht sehr viele Steuern, die Landessteuern sind, inkammerieren würde? Glauben Sie an die Möglichkeit, daß der Bund verfällt, während die Länder leben, würden sich nicht exorbitante Unterschiede zwischen dem reichen Westen und dem armen Osten ergeben? Heute gibt uns der Finanzausgleich zwei Stützen: Höhere Anteile deshalb, weil bei den wichtigeren Steuern die Bevölkerungszahl und nicht das Aufkommen entscheidend ist, eine weitere Stütze jenen Ländern, deren Kopfquote unter dem Bundesdurchschnitt, mit Ausnahme Wiens, liegt, also einen Kopfquotenausgleich, der in unserem Voranschlag mit 17 Millionen Schilling präliminiert ist. Würden diese 17 Millionen wegfallen, so würden wir schlecht ausschauen. Es handelt sich hiebei um eine Sache, die sich für die Steiermark als äußerst günstig erwiesen hat infolge der Konjunktur, die heute schon geschildert worden ist und die es dem Lande ermöglicht, nachzuholen, was seit 20 Jahren nicht aus Verschulden, sondern aus Unmöglichkeit versäumt wurde. Ich bin der Meinung, daß es richtig und verständlich ist, wenn ein prominenter Vertreter der Österreichischen Volkspartei erklärt, er stehe aus grundsätzlichen Gründen auf dem Standpunkt, das föderalistische Prinzip hochzuhalten in dem Sinne, daß die Steuergesetzgebung dem Lande gebührt. Praktisch wird niemand leugnen können, daß durch das neue Abgabenteilungsgesetz, das gar nichts mit dem reichsdeutschen zu tun hat — eine Abgabenteilung haben wir schon in der 1. Republik gehabt — dem Lande wirkliche Vorteile erwachsen. (Landeshauptmann Krainer: „Aber Sie wollen nicht anerkennen, daß das Land schlechter dran ist wie jede kleine öffentliche Körperschaft.“) Theoretisch vielleicht, praktisch keinesfalls.

Ich darf mich nun mit den Ausführungen des Abg. Strohmaier beschäftigen. Er hat die Ablehnung des Voranschlags durch den Klub der Unabhängigen damit begründet, daß Anträge oder Wünsche von Seite des VdU keine Beachtung gefunden haben. Ich habe in einem Zwischenruf eines festgelegt, daß nämlich von Seite des VdU überhaupt keine Bedeckungsvorschläge gebracht worden sind, obwohl ich mehrmals im Finanzausschuß gebeten habe, Bedeckungsanträge oder Bedeckungsvorschläge zu machen. Zweitens stelle ich fest, daß ins-

gesamt Anträge von Seiten des VdU gestellt wurden in der Höhe von 7,490.000 S, darunter eine Reihe von Lizitationsanträgen, ich kann das nicht anders bezeichnen (Landesrat Doktor Elsnitz: „Das ist ein Irrtum!“) Ich werde einen Antrag nach dem andern vorbringen; das Schwarze Kreuz war im Voranschlag dotiert mit 6000 S, er scheint das erstmalig auf, früher wurde nichts gegeben. Es wurde der Antrag gestellt, um 4000 S höher zu gehen, 2000 S sind bewilligt worden. Für wissenschaftliche Vereine und Aktionen hat das zuständige Referat 46.000 S durchgesetzt, hier wurde lizitiert auf 100.000 S, also eine Erhöhung um 54.000 S, das wurde nicht zur Kenntnis genommen. Für wissenschaftliche Arbeiten waren veranschlagt 85.000 S, hier wurden 100.000 S verlangt, schön abgerundet, also rasch noch 15.000 S dazu. Für künstlerische Veranstaltungen, und zwar für die Festwochen in Aussee, wurden 10.000 S verlangt, die bewilligt wurden. Demnach ist der Betrag von 50.000 S für solche Veranstaltungen auf 60.000 S erhöht worden. Die Förderung des Vereines für Heimatschutz war mit 5000 S eingesetzt, wie wäre es, wenn er 8000 S bekäme, also noch 3000 S dazu. Nachdem die 5000 S genügen, wurde dieser Antrag nicht berücksichtigt. Für den Landesschiverband waren im Voranschlag 30.000 S eingesetzt, geben wir noch 20.000 S dazu, dann sind es 50.000 S. Lauter Lizitationsanträge (Zwischenruf LR. Dr. Elsnitz: „In Ihren Augen!“) Zur Errichtung von Jugendherbergen wurden zusätzlich 100.000 S bewilligt, noch einmal 100.000 S konnten nicht untergebracht werden. Für Kleinwasserkraftanlagen wurden im Voranschlag 500.000 S angesetzt, diese 500.000 S sind abgestimmt mit einem Betrag, den der Bund für Steiermark vorsieht. Hier wurde eine Erhöhung um 300.000 Schilling beantragt. Bei Bewilligung dieser 300.000 S hätten wir auf die Bundesbeihilfe in diesem Ausmaße verzichten und die Aufgaben aus eigenem erfüllen müssen, die sonst gemeinschaftlich sind. Das war abzulehnen, weil bei den Finanzverhandlungen sich sonst Schwierigkeiten ergeben würden. Wenn Ihr mehr Geld habt für solche Zwecke als ich, würde der Bundesfinanzminister sagen, geht es Euch zu gut, wir werden dem Lande den Brotkorb etwas höher hängen.

Für Tierzucht sind vorgesehen im Voranschlag nicht weniger als 1,097.000 S, immerhin ein bedeutsamer Betrag. Trotzdem wurde beantragt eine Erhöhung von 103.000 S, 100.000 S wurden bewilligt. Für Pflanzenschutz sind im Voranschlag 600.000 S eingesetzt, darunter der größte Betrag zur Bekämpfung von pflanzlichen Schädlingen. Das ist ja eine Aufgabe, die die Kammer für Land- und Forstwirtschaft durchführt und wozu sie noch Bundesmittel bekommt. Es erscheint daher auch der Betrag von 600.000 S ausreichend. Trotzdem wurde noch eine Erhöhung von 400.000 S beantragt. (Zwischenruf: Abg. Scheer: „Es ist eine Frage, ob das ausreichend ist!“) Der Tropfen auf den heißen Stein ist ein Irrtum. Ich könnte noch nach-

weisen, wie wir gerade bei diesem Betrag von Jahr zu Jahr gestiegen sind.

Für Fremdenverkehr, und zwar zum Bau von Schwimmbädern, hat Herr Landesrat Dr. Illig 200.000 S durchgesetzt, man muß noch einen Gupf draufgeben, also noch 50.000 S. Es ist dies eine rein freiwillige Förderungsaufgabe des Landes, wozu keine Verpflichtung besteht.

Und nun zur Wohnbauförderung. Für diesen Zweck hat das Land im Jahre 1949 1,000.000 S bereitgestellt, im Jahre 1950 bereits 4,000.000 S, im Jahre 1951 5,000.000 S und nun haben wir im Jahre 1952 bereits 10,500.000 S hierfür bereitgestellt. Man darf wohl sagen, daß eine Steigerung von 1,000.000 S auf 10½ Millionen Schilling eine bedeutsame und sehr beachtliche ist. Außerdem wurden neuerlich 800.000 S bedeckt, es ist also so, daß für diesen Zweck 11,300.000 S zur Verfügung stehen. Nun hat der Herr Abg. Kandutsch darauf hingewiesen, wie ganz anders andere Bundesländer auf dem Gebiet vorgehen. Mich wundert nur, daß er Niederösterreich nicht genannt hat, das im Vorjahr 24,000.000 S für Wohnbau ausgegeben hat. Man muß die Gründe kennen und wissen, wie die Leute zu Geld gekommen sind. Niederösterreich hat sich auf das Schwerste verschulden müssen. Es mußte Arbeit schaffen, weil durch die Abwanderung der Industrie für die zurückbleibende arbeitshungrige Bevölkerung etwas getan werden mußte. Abg. Kandutsch hat Salzburg als Beispiel angeführt. Salzburg hat einen Voranschlag über 193,000.000 S. Hier wurde betont, daß der Personalaufwand nur 26,9% davon beträgt. Der Abg. Kandutsch hat sich aber nicht die Frage vorgelegt, warum das so ist. Salzburg führt nämlich nur zwei eigene Landeskrankenhäuser. Alle übrigen sind Krankenhäuser der Gemeinden und der Bezirksfürsorgeverbände. Wenn ich nun in Betracht ziehe, daß wir in Steiermark fast alle Krankenhäuser selbst führen, dann steht Salzburg personalmäßig ja weit über unserem Aufwand. In Salzburg sind 8,000.000 S für den Wohnbau eingesetzt. Salzburg gehört zu den westlichen Ländern und hat viel Geld. Der Größe nach ist der Voranschlag ja enorm, er ist der eines sogenannten reichen Landes. Dasselbe trifft auch zu für Tirol. Tirol gehört zu den ersten Fremdenverkehrsländern Österreichs. Es ist eigentlich auch im Verhältnis zur Kleinheit des Landes mit Industrie gar nicht so schlecht ausgerüstet. Es hat daher ein ansehnliches Budget von 212,000.000 S und gibt für Wohnbau sogar weniger als Salzburg aus, nämlich nur 7,000.000 Schilling. Was den Personalaufwand betrifft, so ist festzustellen, daß in Tirol mit Ausnahme des Landeskrankenhauses in Innsbruck, nur Gemeinde- und Bezirksfürsorgeverbände-Spitäler bestehen, daher der Personalaufwand nur scheinbar geringer ist. Wenn wir bei uns den Personalaufwand für die Krankenhäuser vom gesamten Personalaufwand wegnehmen würden, so wären wir weit unter 25%, vielleicht nur bei 21%. Ich habe das deswegen gesagt, weil man

bei Vergleichen nie von falschen Grundlagen ausgehen darf. (Abg. Scheer: „Bei Wohnbauten kann man ohneweiters vergleichen!“) Man darf bei solchen Vergleichen nur von derselben Ebene ausgehen. Sonst kann ich ja mit der Statistik alles beweisen. Diese eben erwähnten Länder sind eben auch reiche Länder, die bei den Einnahmen weit über dem Bundesdurchschnitt stehen. Wir dürfen auch nicht vergessen, wir haben eine Reihe von großen Bauvorhaben, die im Zuge sind. Wir können diese nicht durch Dotierung von neuen Dingen als Torso stehen lassen. Wir müssen die Aufgaben, die wir uns im Jahre 1952 durch den Voranschlag, der im Vorjahre verabschiedet wurde, gestellt haben, im Jahre 1952 endgültig erfüllen, dann werden wir Bahn frei bekommen und wenn dann die Möglichkeit besteht, bin ich der erste, der die Wohnbauförderung vertritt und der bereit sein wird, höhere Beträge hierfür in den Voranschlag einzustellen.

Ich halte es auch für notwendig, einiges zu den Ausführungen des Herrn Abg. Pölzl zu sagen. Er hat das, was von seinem Auftraggeber gewünscht wird, in ausgiebigem Maße getan. Er hat mit dem dritten Weltkrieg gedroht, er hat also Angst gemacht, er hat das gemacht, was die KP-Presse immer macht. Er versucht, Beunruhigung ins Land zu bringen, was ja der Fall ist, wenn immer davon geredet wird, daß die Währung nicht in Ordnung sei und daß dieses und jenes kommen werde. Denn die Kommunistische Partei lebt ja davon, daß sie beunruhigt und Menschen, die die Dinge nicht durchschauen, in Schrecken und Angst versetzt und so unter ihrem Einfluß bringt. Die Kriegsgefahr, von der immer geredet wird, geht nicht vom Westen aus, das ist für jeden denkenden Menschen eine Binsenweisheit. Genau so, wie jederman weiß, daß nicht die Amerikaner in Nordkorea eingefallen sind, sondern daß der Einfall der Nordkoreaner auf Süd-Korea erfolgt ist. Das ist dokumentarisch einwandfrei festgelegt worden. Aber wir sehen noch mehr: Nahe der Landeshauptstadt gibt es schon den „Eisernen Vorhang“. Es entsteht die Frage, wieso denn ein angeblich so friedliebender Staat wie die Sowjetunion mit ihren Satellitenstaaten, so abgesperrt werden muß durch zwei Reihen Stacheldraht. Doch nicht wegen eines Angriffs, der aus dem Westen kommt, sondern es soll verhindert werden, daß die Bewohner dieser Gebiete nach dem Westen kommen. Und es ist so, daß Menschen, die unter Hintansetzung ihres Lebens versuchen, diese Barrikaden zu überwinden, zum Teil schwer verletzt werden und dann, wenn sie sich endlich auf österreichischem Boden befinden, über Weisung der Besatzungsmacht wieder jenen ausgeliefert werden müssen, vor deren Methoden sie geflüchtet sind. Also das oberste Recht, das jedem Flüchtling, wenn er nicht aus kriminellen Gründen geflüchtet ist, in jedem Kulturstaat zusteht, das Asylrecht, wird von der Besatzungsmacht mißachtet und dem österreichischen Staat ist es nicht möglich, den Leuten, soweit eine russische Besatzungs-

macht im Lande ist, dieses Asylrecht zu gewährleisten. Ich frage mich, ob es einen denkenden, die Freiheit und die Demokratie liebenden Menschen im westlichen Europa geben kann, der wünscht, daß sich der eiserne Vorhang weiter nach dem Westen bewegt. Da gibt es wohl niemanden. Und weil wir alle aus der Erfahrung wissen, wie die einzelnen Satellitenstaaten von der Sowjetunion aufgefressen wurden, weil wir an diesem Beispiel sehen, welches Schicksal uns bevorsteht, deshalb schließt sich Westeuropa zur Abwehr zusammen. Deshalb, weil Westeuropa nicht gewillt ist, sich mit Haut und Haaren fressen zu lassen, zu behaupten, daß Westeuropa und hinter ihm Amerika den Krieg wolle, das ist nichts anderes als die Methode „Haltet den Dieb“. Wenn man ernstlich den Frieden will, so müssen nicht Friedenstauben flattern, dann müssen Friedenstaten geschehen. Die erste solche große Friedenstat wäre der Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich. (Bravo-Rufe!) Wir wünschen, daß alle Besatzungsmächte Österreich verlassen und daß wir uns in unserem eigenen Staate frei und unabhängig einrichten können.

Wir hören aber, der Staatsvertrag hängt nicht ab von Österreich. (Landeshauptmann Krainer: „Der Abg. Pölzl redet immer deshalb von den sogenannten Aufrüstungen in Österreich, damit der Staatsvertrag nicht abgeschlossen wird.“) Das ist bestellte Arbeit, ich bedaure eigentlich die Herren, die der Kommunistischen Partei angehören, die wider besseres Wissen und Gewissen solche Reden halten müssen. (Zwischenruf Abg. Scheer: „Im Strafgesetz heißt so etwas Hochverrat!“) Aber ich sage, die erste Tat des echten Friedenswillens wäre der Staatsvertrag und ebenso wichtig und ich möchte das ebenfalls als I a bezeichnen, wäre zu erreichen, daß Rußland endlich einmal die Kriegsgefangenen, die heute noch dort schmachten, zurückschickt und jene, die von russischen Militärgerichten verurteilt, ihre Strafe abgebüßt haben und die noch immer nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Wenn er uns erzählt hat, das ist ein Friedensstaat, so sage ich, wir wünschen solche Friedensstaaten nicht und lehnen sie ab.

Schließlich und endlich, Sie haben sich auch bitter beklagt, daß ein Raubbau am Erzberg vor sich geht. Es ist mir nicht bekannt, daß wir Erz ausführen; das Erz wird in Österreich verarbeitet, sie haben vergessen zu erwähnen, daß die russische Besatzungsmacht in Zistersdorf und anderen Gebieten in Österreich nicht nur ausnützt, sondern buchstäblich raubt, so daß zu befürchten steht, daß, wenn wir einmal den Staatsvertrag haben, auch unsere Ölvorräte verloren gegangen sind, einer der wertvollsten Bodenschätze, über die Österreich heute verfügt. Sie haben auch nicht die Möglichkeit, klarzustellen, warum die USIA-Betriebe sich von einer Reihe von Steuern dauernd drücken und daß es nur durch die russische Besatzungsmacht möglich ist, daß dauernd Güter, die aus öster-

reichischen Grundstoffen und von österreichischen Arbeitern erzeugt werden, ohne Handelsvertrag nach dem Osten wandern und wir keine Devisen bekommen. (Abg. Scheer: „Darauf müssen Sie antworten, Herr Pölzl!“) Diese Güter werden in Österreich mit Schillingen bezahlt, ins Ausland geliefert, um dort mit hohem Gewinn weiter verkauft zu werden. Ich darf sagen, daß Ihre Rede nichts anderes war, als eine Absicht der Einschüchterung. Ich bin überzeugt, im Namen aller freiheitsliebenden Menschen in diesem Saale und in Steiermark zu sprechen, daß wir uns nicht einschüchtern lassen, sondern absolut auf dem Standpunkt stehen, daß die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes erreicht werden muß und wir nicht gewillt sind, uns hinter irgendeinen eisernen Vorhang hinüberziehen zu lassen. (Bravorufe und Händeklatschen bei ÖVP, SPÖ und VdU.)

Abg. Kandutsch, der im Gegensatz zu Abg. Strohmaier eine interessante Rede gehalten hat, hat sich mit einer Reihe von Fragen beschäftigt, die weit über den Rahmen des Landtages hinausgegangen sind. Ich bin bemüsst, einiges auf seine Rede zu antworten. Abg. Kandutsch hat kühn behauptet, daß die Verwendung der Marshallhilfe planlos vor sich gegangen sei und daß die Verwertung dieser Marshallmittel dazugeführt hat, daß eine gänzliche Strukturänderung im Wirtschaftsgefüge Österreichs stattgefunden hat und damit die größte Gefahr für die Zukunft Österreichs bestünde. Ich darf schon sagen, daß das eine weitgehende Übertreibung ist. Sie haben übersehen, daß die Verwendung der Marshallmittel keine Angelegenheit Österreichs ist; Österreich hat hier nur beratende vorübergehende Funktionen, es verfügen jene über die Gelder, die sie geben, das sind begreiflicherweise die Amerikaner. Der große Freund (Zwischenruf Abg. Pölzl: „Es ist nichts anderes behauptet worden!“), das ist ein Volk, das selbst technisch auf der Höhe ist und voll rationalisierte Betriebe hat. Es wurde der Versuch unternommen in Österreich, das, was durch Jahrzehnte zurückgeblieben ist und auch das, was durch die Wegführung eines ungeheuren Maschinenbestandes durch eine Besatzungsmacht verloren gegangen ist, durch neue rationelle Maschinen zu ersetzen und dabei zu sorgen, daß rationelle Erzeugungsmethoden Platz greifen.

Was die Frage der Dotierung des Gewerbes und der Landwirtschaft anbetrifft, so möchte ich sagen, daß gerade in Österreich in Bezug auf Fragen der Landwirtschaft auf kurzem Wege mit reichlichen Mitteln die Möglichkeit geschaffen werden soll, wesentlich mehr zu produzieren. Dieses Problem ist hier jedoch weitaus schwieriger zu lösen als in einem Land mit ungeheuren Ebenen, wo die Maschinen in einem anderen Maße eingesetzt werden können als bei uns. Es ist kein Zweifel, daß der wünschenswerte Zustand der ist, daß jeder Sektor der Wirtschaft eine entsprechende Zuführung von Geldmitteln erhält, um auf volle moderne Höhe zu kommen, aber wenn die Mittel nicht

reichen, und sie haben nie gereicht, wird der Fall eintreten, daß nur einzelne Sparten eine besondere Berücksichtigung erfahren, während andere leider dabei zurückbleiben müssen.

Abg. Kandutsch hat auch erklärt, daß die Preissenkungsaktion kein Schwindel ist, wie Abg. Pölzl das mit dem Brustton der Überzeugung, d. h. gegen seine eigene Überzeugung, vorgebracht hat, aber daß sie nicht jenen Erfolg gebracht hat, der erwünscht war. Landesrat Dr. Illig hat schon den rein materiellen Erfolg dargelegt. Er hat sich auf die Indexberechnungen bezogen. Indexe können aber nur dann zum Vergleich herangezogen werden, wenn sie immer auf dieselbe Weise und von derselben Ebene erstellt werden. Die vorletzte Ausgabe des Index ist auf Grund des amtlichen Schweinestoppreises erstellt. Wir wissen, daß dieser Stopp Preis lange nicht eingehalten wurde, während die letzte Kundmachung sich nun auf den wirklichen Schweinepreis bezieht. Sie können sich nun lebhaft vorstellen, daß sich die Differenz zu Ungunsten des Erfolges der Preissenkungsaktion auswirkt, wenn man nicht von den gleichen Voraussetzungen ausgegangen ist. Jede Statistik und jede Berechnung, die man vergleichsweise anstellt, muß immer von derselben Ebene, von denselben Prämissen ausgehen, sonst kommen wir zu Fehlschlüssen. Es ist sehr bedauerlich, wenn solche Reden in die Öffentlichkeit kommen und die Leute dann sagen, die Preissenkungsaktion habe keinen Erfolg. Ich bin davon überzeugt, daß diese Preissenkungsaktion nicht nur notwendig und nützlich war, sondern auch einen wirklichen Erfolg aufzuzeigen hat. Die Abwärtsbewegung des Schillings wurde gestoppt, das ist der erste wirkliche Erfolg, wir wollen hoffen, daß weitere Erfolge noch eintreten werden. Ich muß zugeben, daß natürlich jede Maßnahme, die bewirken soll, daß wir zu ordentlichen Verhältnissen gelangen, daß die Währung stabil bleibt, die Disziplin aller Bevölkerungsschichten notwendig macht. Hier würden Appelle allein nicht genügen, sondern wir müssen trachten, immer selbst mit dem besseren Beispiel voranzugehen. Es hat mich peinlich berührt, als ich gesehen habe, wie sich beim Kastner & Öhler eine Stunde vor Eröffnung des Geschäftes Schlangen angestellt haben; die Menschen haben noch immer nicht begriffen, daß sie selbst mit Schuld tragen an der Dewastierung der Währung, es ist Gebot der Stunde, jeden Schilling dreimal anzuschauen und umzudrehen, bevor man ihn ausgibt. Denn je mehr man pfleglich mit Geld umgeht, desto richtiger wird es angewendet werden, desto besser werden jene Produktionszweige die Unterstützung finden, die wirtschaftlich sind und desto eher werden Sumpfpflanzen, die immer zur Zeit von Umbrüchen entstehen, verschwinden. (Abg. Pölzl: „Wenn nicht über Nacht wieder die Preise erhöht werden!“) Mir ist nicht bekannt, daß Preise erhöht werden sollen.

Der Herr Abg. Kandutsch hat auch über die Verwaltungsreform gesprochen. Das ist bei uns

zu einem Schlagwort geworden, an das niemand mehr recht glauben will. Meine Herren, die Verwaltungsreform setzt voraus, daß sich die Gesetzgebung auf das Wesentliche beschränkt und daß sich eine Reihe von lebenswichtigen Gebieten nicht mehr der staatlichen Bevormundung und Aufsicht erfreuen. Es müßte auch eine Einstellung in der gesamten Gesetzgebung, die noch immer zum Durchbruch kommt, verschwinden, nämlich die Einstellung, daß der Staatsbürger ein amoralischer und unmoralischer Mensch sei, daß man ihm nur mit dem größten Mißtrauen begegnen müsse und daß alle Gesetze so abgestimmt sind und daß man nur unter Druck und Zwang und Strafsanktion gewisse Dinge durchsetzen kann. Wir müssen mehr Vertrauen zu unseren Mitmenschen haben, dann könnten die Gesetze wesentlich vereinfacht werden und das würde dann automatisch die Vereinfachung der Verwaltung mit sich bringen. Und man müßte weiter für viele Dinge, die gesetzgeberisch geregelt werden müssen, eine einfachere Form finden, nicht so eine komplizierte wie dies heute vielfach der Fall ist. Man müßte Gesetze schaffen, die nicht vielfältige Auslegungen möglich machen, die daher nicht einen Rattenschwanz von Verwaltungs- und Aufsichtsbeschwerden nach sich ziehen, die immer wieder Menschen zur Erledigung brauchen. Man muß also hoffen, daß auf diesem Gebiet eine gesunde Vernunft sich durchsetzt.

Es ist zweifellos richtig, daß auch unsere ganze Steuergesetzgebung unerhört kompliziert geworden ist. Es wird auf diesem Gebiet ja auch eine Reform angestrebt, auch von Bundesfinanzminister Margaretha selbst. Es ist dies aber eine sehr schwierige Sache, die auf eine Reihe von Widerständen stoßen wird. Man kann aber von einem Menschen, der zwar, mitten in der Wirtschaft lebend, sich mit größtem Eifer seiner Aufgabe hingibt, nicht verlangen, daß er in einer so kurzen Zeit, in der noch so viele Zwischenkrisen zu überbrücken waren, ein fertiges Elaborat auf den Tisch zu legen imstande ist. Aber daß diese Notwendigkeit besteht, darüber ist kein Zweifel.

Nun noch etwas zum Wohnungsbau. Herr Abgeordneter, es ist richtig, es hat eine Zeit gegeben, wo der Mietzins für einen einfachen Staatsbürger 15 bis 25% seines Einkommens ausgemacht hat. Das hat aber wieder vorausgesetzt, daß derjenige die dazu notwendige Einnahme gehabt hat. Wir leben aber in einer Zeit, wo Einnahmen in dieser Höhe einfach nicht zu schaffen sind. Das würde sofort eine Durchbrechung des Lohn- und Gehaltstops bedeuten. Wir leben in einer Übergangszeit, ich habe aber die Überzeugung, daß wir schon einmal dazu kommen werden, daß für Wohnungen soviel bezahlt wird, daß die Häuser erhalten werden können. (Landeshauptmann Krainer: „Ja, das ist unser Ziel!“) Auf diesem Gebiet ist ja bereits ein großer Schritt vorwärts getan worden. Es ist gelungen, ein Gesetz im Nationalrat zu verabschieden, das dauernd einen gewissen

Zuschuß für den Neubau von Wohnungen schafft. Wir haben in den meisten Ländern bereits eine Ergänzung geschaffen durch Wohnbauförderungsgesetze, die die Aufgabe haben, das Privatkapital für diesen Zweck mit heranzuziehen. Es hat bereits der Herr Abg. Taurer richtig ausgeführt, wenn 20 Millionen Schilling für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt werden, so werden damit 40 Millionen Schilling aus der privaten Sphäre herausgezogen, was etwa die Errichtung von 1000 Wohnungen garantiert. Das ist einer der wichtigsten und ersten Schritte, den Sparwillen anzuregen. Wenn wir in der Lage sein werden in den nächsten Jahren so wie die anderen Bundesländer auf diesem Gebiet fortzuschreiten, so wird das die Wohnungsnot nicht endgültig beseitigen, aber es wird eine weitgehende und fühlbare Entlastung des Wohnungsmarktes eintreten. Das Problem ist so groß und so bedeutungsvoll, daß ich glaube, daß alle, die sich des Ernstes des Problems bewußt sind, sich damit beschäftigen. Es läßt sich aber nicht von heute auf morgen lösen. Aber man kann mit Freude feststellen, daß gerade im Jahre 1951 sehr weitgehendes auf diesem Gebiet geschehen ist und die Hoffnung bestehen kann, daß auch auf dem Gebiet der Versorgung der heranwachsenden Generation wirklich das notwendige in den nächsten Jahren geschehen wird.

Ich komme noch auf eine Bemerkung zurück, die mir politisch nicht unwesentlich erscheint und das ist Ihre Darlegung bezüglich der Betriebsratswahlen. Sie hatten scheinbar die Befürchtung, daß irgendeine Bemerkung kommt und sich auf alle Fälle ein Paravent hingestellt. Ich kann Ihnen nicht helfen, aber es ist für uns verwunderlich, wenn wir ein hektographiertes Schreiben bekommen, das am 21. November 1951 vom Verband der Unabhängigen in Salzburg ausgegangen ist und sich an eine „Sehr geehrte gnädige Frau“ wendet. Hier wird darauf hingewiesen, daß die im Herbst dieses Jahres stattfindenden Betriebsratswahlen den VdU vor eine entscheidende Aufgabe stellen und daß es gelingen müsse, den im Jahre 1949 erzielten Einbruch in das sozialistische Lager weitgehend zu vergrößern und die noch in die marxistische Klassenkampfdieologie verhaftete Arbeiterschaft für den VdU zu gewinnen, daß also diese Wahlen von größter Bedeutung und dazu geeignet seien, die Arbeiterschaft für uns zu gewinnen und sie gegen kommunistische Hetzparolen immun zu machen, daß aber dieser schwere Kampf ohne Geld nicht geführt werden kann, — angeblich unterstützen Arbeiterkammer, Gewerkschaftsbund und Konsumgenossenschaften mit Millionen die sozialistische Propaganda für die Betriebsratswahlen — wir jedoch von unseren Arbeitergroschen die Mittel zur wirksamen Aufklärung der Arbeiter niemals aufbringen können. „Wenn wir daher heute mit der Bitte an Sie herantreten, unsere Bestrebungen mit einem Beitrag für unsere Betriebsorganisationen zu unterstützen, dann betrachten Sie dieses Schreiben nicht als einen Bettelbrief und legen

Sie den Erlagschein nicht achtlos beiseite, sondern bedenken Sie, daß Ihre Spende zu einem wertvollen Beitrag für einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg und eine gerechte soziale Neuordnung wird.“

Wenn man nun weiß, daß diese Briefe an die Unternehmerschaft überall hingeflattert sind, dann fragt man sich, was tut sich denn da und erinnert sich an die Gewerkschaften der ersten Republik. Die Methoden sind keine solchen, daß der VdU mit reinen Händen bei diesen Dingen dabei ist. Nur jene Organisation ist gesund und kann mit Recht ihre Interessessen vertreten, die mit ihren eigenen Mitteln und aus ihrer eigenen Kraft tätig ist. (Lebhafter Beifall bei SPÖ.)

Landesrat **Dr. Elsnitz**: Meine Damen und Herren! Ich möchte hier auf den letzten Gedanken des Herrn Finanzreferenten gar nicht näher eingehen. Es erübrigt sich deswegen, weil wir es von jeher unterlassen haben, uns in den Besitz eines Eigentums zu setzen, das uns nicht gehört. Es ist daher recht und billig, daß man sich an jene Wirtschaftskreise wendet, die zu uns kommen und sagen, diese marxistische Idee ist unerträglich geworden, helft mit, sie zu besiegen. Wenn man dann diese Leute ersucht, auch unseren Kampf gegen den Marxismus und in seiner letzten Konsequenz auch gegen den Kommunismus zu finanzieren, dann ist das noch lange nicht der Gedanke der gelben Gewerkschaft.

Ich möchte noch zu den Ausführungen des Herrn Finanzreferenten, der leider nicht mehr anwesend ist, nämlich zur Behauptung, wir hätten bei den Budgetberatungen die Ansätze hinaufgezitiert, folgendes klarstellen: Ich bin nicht Finanzreferent, somit hatte ich auch keine Möglichkeit, diese Budgetziffern früher kennenzulernen. Es muß uns auch als Abgeordnete dieses Hohen Hauses möglich sein, unsere Gedanken ziffernmäßig im Budget zum Ausdruck zu bringen. Wenn ich z. B. als der bundesunmittelbare Referent für das Kriegsgräberreferat in Zusammenarbeit mit dem „Schwarzen Kreuz“ gesehen habe, welche große Aufgabe diese rein auf vereinsrechtlicher Basis bestehende Institution in den vergangenen Jahren übernommen hat, dann ist es nur recht und billig, diese wirklichen Idealisten in dieser Organisation für Tote, für ehemalige Soldaten, für Helden ihrer Pflichterfüllung, nicht mit 6000 S abzuspeisen, sondern zumindest als erste Anerkennung einen Betrag von 10.000 S, nämlich 6000 S plus 4000 S Erhöhung, zu geben. Das hat mit Hinaufzitierten nichts zu tun! Das ist ein Gefühl der Gerechtigkeit und nichts anderes und ich würde bitten, es so zu betrachten.

Wenn wir weiter sagen, für wissenschaftliche Arbeiten sei ein Betrag von 46.000 S zu wenig, so deshalb, weil wir oft gesehen haben, daß wertvolle Arbeiten und Aufgaben nicht finanziert erscheinen, weil die Mittel den wissenschaftlichen Kräften abgehen. Entweder ist es notwendig mehr zu geben oder sonst überhaupt

nichts; eines von beiden kann nur das Richtige sein.

Was die Jugendheime betrifft, so wissen wir aus Erfahrung, daß auch diese Gelder unzureichend sind. Ich bin der Meinung, daß höhere Beiträge auch hier in keiner Weise dem Herrn Finanzreferenten irgendwie eine erhebliche Sorge auferlegen oder die Mittel erheblich schmälern würden.

Was den Pflanzenschutz betrifft, so haben uns die bäuerlichen Abgeordneten gesagt, daß mindestens 400.000 S erforderlich wären, und zwar zweckgebunden 200.000 S für die Bekämpfung der San-José-Schildlaus und des Kartoffelkäfers und 200.000 S zur Beschaffung der hierzu erforderlichen Geräte. Ansonsten reichen die vorgesehenen Mittel nur zur Beschaffung der Chemikalien. Wir wollen daher zweckgebundene Gelder sicherstellen. Das kann nicht als Hinaufzitation bezeichnet werden. Ich bedaure, daß der Herr Finanzreferent im Augenblick nicht anwesend ist.

Bei Schwimmbädern ist ein Betrag von 50.000 S genannt. In Pinggau in der Oststeiermark — der Herr Landeshauptmann wird das bestätigen können — wurde ein Bad durch Idealisten geschaffen. Diese Leute können nicht mehr weiter, weil ihnen zur Vollendung ihres Werkes ein Restbetrag von 50.000 S fehlt. Es fehlen somit nur 50.000 S um diesen Ausbau endlich sicherzustellen. Hier liegt meines Wissens keine Lizitation vor. (Zwischenruf zu Landesrat Horvatek: „Sie waren nicht immer anwesend!“ — Landesrat Horvatek: „Das ist ja nur ein Tropfen auf einen heißen Stein!“) Wenn der Herr Finanzreferent erklärt: „Das ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein“, ja ist denn das ganze Budget etwas anderes? Das ganze Budget ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Jeder, der mit offenen Augen durch unser Land zieht, weiß, wie groß die Not ist, daß der Not kaum gesteuert werden kann. Mehr als ein halbes Hundert von Steuerarten werden in diesem Lande zur Vorschreibung gebracht und der Herr Abg. Strohmaier hatte ganz recht mit seinen diesbezüglichen Ausführungen, denn dies kann jeder, der heute im Wirtschaftsleben tätig ist, bestätigen.

Zu den Ausführungen bezüglich der 5 Millionen Schilling, die ungedeckt erscheinen im Wohnbaufonds, kann man nur mit Bedauern den Kopf schütteln. Wir wünschen im außerordentlichen Budget 5 Millionen Schilling eingesetzt, wovon 3 Millionen Schilling erst dann, wenn sie aus Mehreinnahmen eingeflossen sind, für den Wohnhausbau sicherzustellen wären und diesem zuzufließen hätten. Das ist unsere Erklärung und ich kann nicht begreifen, daß man sich zwei bis drei Tage später an diese Erklärung nicht mehr erinnern kann.

Ich will noch auf den Zwischenruf des Herrn Landeshauptmannes eingehen, der nämlich zum Ausdruck gebracht hat, daß ich als Regierungs-

mitglied Gelegenheit gehabt hätte, die Meinung des VdU im Schoße der Landesregierung zum Ausdruck zu bringen. Ich möchte vorweg feststellen, daß es mir bei den bisher stattgefundenen 80 Regierungssitzungen nur zweimal nicht möglich war, daran teilzunehmen; einmal war ich dienstlich in Wien, meine dortige Anwesenheit war notwendig, das zweite Mal war der Vater eines Bezirksleiters unseres Verbandes verstorben und leider hat durch den Unverstand der konfessionellen Kirchen kein Priester an dem Begräbnis — da es sich um einen Gottgläubigen handelte — teilgenommen. Daher habe ich es auch als meine Pflicht angesehen, am Begräbnis teilzunehmen und die Totenrede zu halten. Ich bedaure, daß man diese Tatsache hervorkehrt und sagt, ich hätte mich nicht bereitgefunden, zu kommen. Am nächsten Tag, am 4. Dezember, als die Regierung sich weiter damit beschäftigen mußte, die am Freitag um 16 Uhr begonnene Besprechung des Budgets fortzusetzen, wurde ich nicht verständigt, oder besser gesagt, die Verständigung erreichte mich nicht, weil ich bereits unterwegs nach Leoben war. Ich gebe somit zu meiner Rechtfertigung bekannt, daß ich als Regierungsmitglied damals an der Amtsübernahme des Rektors in Leoben teilgenommen habe. Ich habe mich damals auch darüber gewundert, daß ich als einziges Regierungsmitglied zur Leobner Hochschulfeier gekommen bin und habe mich daher gefragt, was denn eigentlich los sei, warum von der Kollegenschaft niemand komme? Wenn also ein Regierungsmitglied mit zwei Ausnahmen ständig bei den Sitzungen anwesend ist, ist der Gedanke abwegig, man habe sich einer selbstverständlichen Pflicht entziehen wollen.

Es ist weiters merkwürdig, daß es die Gegenseite heute nicht mehr wahrhaben will, daß wir, obwohl wir Regierungspartei im Lande sind, zu den Budget-Endberatungen nicht herangezogen wurden. Darin liegt das Grundlegende, nicht nur, daß der VdU, der heute 96.000 Wähler zu vertreten hat . . . (Zwischenruf Abg. Pölzl: „Gehabt hat!“) Wollen Sie (zu Abg. Pölzl) vielleicht auf die Breitnerwahl mit 146.000 Wählern hindeuten, dann wollen wir anders reden, dann sind uns noch 50.000 Stimmen mehr zuge wachsen . . . , während die SPÖ nur 60.000 Wähler vertritt. (Zwischenruf Abg. Wegart: „Ach, Breitner ist VdU?“) Es ist schon so, daß von mir als Regierungsmitglied 96.000 Wähler zu vertreten sind, während die Herren von der SPÖ nur 60.000 Wähler und jene von der ÖVP 64.000 Wähler pro Regierungsmitglied vertreten. So hat man mich auch in völlig undemokratischer Weise in meinem Referat beschnitten und ist das jetzt weiter zum Ausdruck gekommen bei den Budgetverhandlungen, indem man diesen die „Macht“ und nichts Demokratisches zugrundegelegt hat. Vielleicht glaubt auch Herr Landesrat Dr. Illig, ich habe die ÖVP. hineinlegen, ihr Angst machen wollen. Ich denke nicht daran! Ich würde hier dieses Hohe Haus gerne kennen lernen, was es wohl sagen würde,

wenn der VdU Einnahmen schaffen würde, die gesetzlich nicht fundiert sind. Sie sprechen immer von Einnahmen und das Gesetz existiert noch gar nicht, es ist bisher nur ein Antrag eingebracht. Es ist ein Kuriosum, daß hier eine Steuer präliminiert wird, die noch gar nicht feststeht. Das ist auch einer der Gründe, warum wir grundsätzlich gegen die Fremdenverkehrsabgabe sind und nicht nur, weil wir gegen jede neue Steuer seit jeher unsere Stimme erhoben haben.

Wir haben schon genug erlebt mit den Erhöhungen der Kurtaxen. Es gibt genug Familien, denen es nicht möglich ist, heute einen Kurort aufzusuchen, weil die Taxen unerschwinglich geworden sind. Auch aus dieser Erwägung heraus sind wir gegen diese Abgabe. Heute sind es 30 oder 50 Groschen, bald werden es 5 oder 10 S sein, denn wer weiß, in welche Relationen der Schilling noch kommen wird. Tatsache jedenfalls ist, daß wir heute noch nicht wissen, wie sehr diese Ziffer in der Zukunft ansteigen wird. Die Belehrung, die der Herr Landesrat Dr. Illig unserem Klub gleichsam als Hauptschullehrer mit der Note „Fünf“ geben wollte, möchte ich zurückweisen. Er hat schon x-mal hier Erklärungen abgegeben wie ein Prophet, die sich später dann ins Gegenteil umgewandelt haben. Ich erinnere mich, als ich einmal in der Generaldebatte gesagt habe, es käme sicher noch ein 5. Lohn- und Preisabkommen, da sagte er mir, ich sei ärger als die Kommunisten. Wer es nicht glaubt, der soll es nachlesen im Protokoll auf Seite 258, wo steht „Sie sind ja der Vorreiter des Pölzl!“ Er hat auch andere Erklärungen abgegeben, die sich inzwischen längst als unrichtig herausgestellt haben. Ich möchte auf einen näheren Hinweis verzichten. Bisher haben wir immer recht behalten!

Was seine Reformvorschläge in Bezug auf die „Jobsiade“ betreffen, so möchte ich dem Herrn Landesrat Illig einen guten Rat geben: Er möge doch das Buch der Mittelschulen zur Hand nehmen „Aus alter und neuer Zeit“, Band I, Ausgabe B, da steht nämlich, daß wir in Österreich „österreichisch“ sprechen. Ich wundere mich nur, daß in diesem Buch, das vom Bundesministerium für Unterricht genehmigt wurde, nicht steht „hurdestanisch“. Das würde sicher der Unterrichtssprache mehr gerecht werden. Das sage ich deshalb, weil es keinen Sinn hat, Anklage zu erheben und auf eigene Fehler nicht zu achten. Passieren einmal wirklich Fehler, dann wäre es richtig, gemeinsam die Fehler aufzuzeigen und in sachlicher Art darüber zu sprechen. Daher freut es mich, daß mein Vorschlag, in der heutigen Generaldebatte mehrere Redner sprechen zu lassen, angenommen wurde. Bitte, Herr Landesrat Dr. Illig, veranlassen Sie Ihren Parteigenossen Dr. Hurdes, seines Zeichens Minister für Unterricht, diesen Schandfleck, daß wir hier in Österreich österreichisch sprechen, aus unseren Lehrbüchern zu entfernen.

Der Abg. Pölzl wiederum behauptet, daß in Österreich eine Aufrüstung vor sich geht. Das erregt doch jeden, der die Tatsachen kennt. Ich möchte dem Kollegen Pölzl einige Sachen verlesen, weil er heute vormittag von der „Friedensbewegung“ gesprochen hat. Ich sage Ihnen nun einige Ihrer „Friedensparolen“. Nur haben leider Gottes viele in unserem Land verabsäumt, die Zeitungen zu lesen, die seit 1945 die Dinge ganz anders zum Ausdruck gebracht haben. In der Parole Nr. 16 schreibt das Politbüro des Zentralkomitees anlässlich des 34. Jahrestages, und zwar ist das eine von 37 Parolen: „Lang lebe der große Stalin, der Bannerträger des Friedens in der ganzen Welt, der beste Freund des deutschen Volkes.“ Sehen Sie, der Friedensengel, der Oberengel, der Erzengel Ilja Ehrenburg, der hat einmal etwas ganz anderes gesagt. Er sagte nämlich im Jänner 1945 in einem Aufruf von x-millionen Exemplaren: „Tötet, tötet, tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, nicht die Lebenden und nicht die Ungeborenen, erfüllt die Weisung des Genossen Stalin, zerstampft das deutsche Tier, brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frau, nehmt sie als rechtmäßige Beute, tötet, Ihr tapferen vorwärtsstrebenden Rotarmisten!“ Ich glaube, daß man heute von derartigen Erklärungen nichts mehr wissen will. Hier war nur Rache zu Pate gestanden. Und wenn Sie sagen, daß Sie hier in Österreich eine Aufrüstung feststellen können, dann möchte ich Ihnen einen Ausschnitt aus Deutschland zu Gehör bringen. Da steht nämlich in der „Europäischen Union und Aktion“ u. a. folgendes zu lesen: „Bis 1. Jänner 1952 — und darauf kommt es an — sollen die westdeutschen Sabotage- und Kampfkader stehen!“ Glauben Sie, daß dies nur dazu ist, um die Jugend vormilitärisch zu schulen, oder daß die nicht auch noch einen Auftrag mitbekommen haben bei diesem Kurs? Der Friede ist eben von zwei Seiten zu betrachten, so wie wir und so wie Sie ihn sehen.

Nun zur Gefahr des dritten Weltkrieges! Dazu können wir sagen, daß wir als ehemalige Frontkämpfer den Krieg viel mehr fürchten als jemand, der gleich Ihnen das Glück hatte, sein Ende als Emigrant im Ausland abzuwarten. Wir haben schon bewiesen, daß wir für unser Volk da sind, wenn die Not groß ist. Wir haben unsere Gesundheit und unser Leben geopfert, während Sie aus dem Ausland, aus dem Osten, Aufmunterungsrufe an die Jugend gerichtet haben. Das unterscheidet uns nicht nur ideell, sondern auch charaktermäßig. Es hätte keinen Sinn, wenn ich dem Hohen Haus das als Beweis erbringen würde, was ich alles hier jederzeit als Beweis erbringen könnte. Ich glaube aber, es soll nicht die Aufgabe dieser Generaldebatte sein, uns nur im politischen zu verlieren, sondern auch auf einige Argumente einzugehen, die hier heute in mehr oder weniger unverblümter Art zum Ausdruck gekommen sind.

Der Kollege Kandutsch hat eindeutig den Standpunkt des VdU präzisiert. Was die Be-

triebsratswahlen betrifft, kann ich die Feststellung noch einmal wiederholen, die von ihm abgegeben wurde. Unsere Leute sind eben nicht gewillt, sich terrorisieren zu lassen und gleichzeitig aus Ihrem Munde zu hören, daß das „Demokratie“ sein soll. Nennen Sie es anders und wir werden uns damit abfinden! Ich glaube, man könnte diese Betrachtungen ins Uferlose fortsetzen.

Wenn wir uns entschlossen haben, dieses Budget abzulehnen, dann nicht nur aus einem gewissen Unbefriedigtsein — wie es Herr Landesrat Dr. Illig ausgedrückt hat —, so als ob wir uns mit einem Schmollmündchen in die Ecke stellen wollten, sondern weil wir erkannt haben, daß der Demokratie, wie Sie und wie wir sie uns vorstellen, ein großer Unterschied anhaftet. Denn eine Zweiparteiendiktatur ist noch lange keine Demokratie und das möchte ich vor diesem Hohen Hause ganz klar zum Ausdruck gebracht haben. Wir sind bereit, in der Landesregierung und im Landtag ständig positiv mitzuarbeiten. Wir lehnen es aber ab, unsere Anträge als Lizitationsanträge aufgefaßt zu sehen. Denn man kann seine Meinung ja nur durch ziffermäßige Anträge zum Ausdruck bringen. Es handelt sich ja auch hier um ein Budget und um nichts anderes. Ich habe während des ganzen Ablaufes der Finanzausschuß-Besprechungen keinen einzigen Bedeckungsantrag ad hoc gehört, sondern dieser wurde immer wieder zurückgestellt oder vorbehalten für die letzten Sitzungen. Wir haben mit unseren Anträgen ja nichts für uns gewollt, sondern nur für das Volk. Und das ist ja unsere Pflicht. Wir wissen zwar, daß diese Ablehnung des Budgets von unserer Seite auf das Budget selbst keinen Einfluß hat, sondern wir fassen sie als eine Demonstration gegen Ihre Auffassung von Demokratie auf und können daher nicht anders handeln.

Ich möchte noch auf eines hinweisen. Als ich am 8. Juni 1949 bei einer Großkundgebung des VdU in Graz in der Industriehalle erklärte, daß Deutschland bestimmt eher zu einem Friedensvertrag kommen werde als Österreich zu einem Staatsvertrag, hat man mir entgegen gehalten, na, der alte Hitler-Soldat kann nicht anders, er ist eben ein Faschist. Auch hier haben scheinbar die Tatsachen meiner seinerzeitigen Prognose recht gegeben.

Ich erkläre diesem Hohen Hause, wir müssen zusammenstehen! Damals war es auch Ihr Außenminister, der von Paris nach Hause gekommen ist, angeblich mit dem Staatsvertrag in der Tasche; in Tirol war es dann, wo Bundesminister Gruber und andere eine Abfuhr bekommen haben. (Abg. Wegart: „Den Staatsvertrag haben wir in 5 Minuten, wenn man halb Österreich dafür hergibt!“) Jene Menschen, die die europäische Geschichte wirklich nicht durch die Parteibrille sehen, wurden einfach für dumm erklärt und man hat, überheblich wie immer, auf ihre Aufklärungen verzichtet. Die Tatsachen haben aber unserer Meinung Recht gegeben.

Es würde mich freuen, wenn nach Verabschiedung unseres Budgets erstmalig ein Geist in dieses Hohe Haus einziehen würde, der unsere Zusammenarbeit fruchtbar für unser gesamtes Volk zu gestalten vermag. Wir sind dazu bereit, es liegt nur an Ihnen, meine sehr Verehrten! (Bravorufe und Händeklatschen bei VdU.)

Abg. Wallner: Hohes Haus! Ich will in der Spezialdebatte zu einzelnen Fragen der Landwirtschaft sprechen und dort auch als Vertreter der Kammer Rechenschaft geben über die Verwendung der Mittel, die vom Lande zur Verfügung gestellt wurden, halte es aber für notwendig, auch im Rahmen der Generaldebatte etwas vom Standpunkte der Landwirtschaft aus zum Budget zu sagen. Wir Vertreter der Landwirtschaft haben ein großes Verständnis für verschiedene Aufwendungen des Landes und haben selbst auch Interesse an manchen Aufwendungen des Landes. Wir von der Landwirtschaft, unsere Bauern wohnen zerstreut im ganzen Lande, haben ein Interesse daran, daß die Straßen in Ordnung gestellt werden, wissen es zu schätzen, wenn das Land unseren vielen kleinen Gemeinden zu Hilfe kommt bei verschiedenen Aufgaben, bei den Schulhausbauten und bei ähnlichen Anlässen, wir haben auch Verständnis dafür, wenn das Land besondere Mittel aufwendet für jenen Teil der Bevölkerung, die zu Tausenden in den Städten und in den Industrieorten wohnen, für soziale Fragen, für Turnen, Sport und Erhaltung und Pflege des Kulturlebens.

Nichtsdestoweniger muß ich feststellen, daß das Land auch Pflichtleistungen zur Förderung der Landwirtschaft zu erbringen hat. Es berührt uns eigenartig, wenn wir hier als Landwirtschaftsvertreter im Rahmen der Budgetverhandlungen zur Kenntnis nehmen müssen, als ob das ein Geschenk gegenüber der Landwirtschaft wäre, einmal ist sogar das Wort gefallen, daß unsere Landbevölkerung, die Landwirtschaft schuld daran ist, daß die Verhandlungen sich so schwer gestalteten, es müßte einmal Schluß gemacht werden mit dem ewigen Fordern der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft hat alle die Schwierigkeiten durch den Kriegszusammenbruch genau so miterlebt wie alle übrigen Berufsstände des Landes und wir wissen, daß wir heute eine große Aufgabe zu erfüllen haben. Daß aber von allen anderen notwendigen und wichtigen Fragen, von den kulturellen Fragen, von den Fragen der Schulbildung und allem, was wir an Aufwand machen, das Wichtigste das Essen ist, darüber kann kein Zweifel sein, daß unserer Landwirtschaft zur Aufgabe gestellt ist, die Bevölkerung zu ernähren. Vor 100 Jahren waren es in Steiermark noch 70%, die in der Landwirtschaft tätig waren, heute sind es nur mehr 30%. In dem Ausmaße, als die Anzahl jener Menschen, die in der Landwirtschaft tätig sind, abgenommen hat, haben unsere Aufgaben und unsere Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit zugenommen, sind unsere Aufgaben immer schwieriger geworden. Es gibt Länder

in der Welt, die in der Vollbringung dieser Aufgaben den Weg der totalen Mechanisierung beschritten haben. Heute ist bei Besichtigung der amerikanischen Farmen zu sehen, wie bei 150 bis 200 ha 3 bis 4 Personen tätig sind, die die Aufgabe haben, den ganzen Tag auf einer großen Maschine zu sitzen und alles mit dieser Maschine durchführen, anbauen, säen und ernten. Wir haben in Österreich und Steiermark andere Grundlagen, eine andere Situation. Wir haben nämlich das Kleinbesitztum in Steiermark, 82% Bauern, die weniger als 10 ha haben und Hunderte von Bauern, die weniger als 2 ha haben. Das ist eine der großen Schwierigkeiten in der Mechanisierung mit großen Maschinen. Aber noch eine besondere Schwierigkeit ist die, daß unsere kleinen Bauerngehöfte auf 10 bis 12, ja auf 15, 20, 25 Parzellen aufgeteilt sind. Im Zusammenhang mit der Mechanisierung ist es notwendig, der Angelegenheit der Zusammenlegung der Grundstücke, der Entwässerung u. dgl. besonderes Augenmerk zu schenken. Das sind alles Vorbereitungsmaßnahmen, bis wir überhaupt in die Lage kommen, in einem Ausmaße die Produktion mechanisiert zu tätigen, wie das schon weitgehend in anderen Ländern der Fall ist.

Abg. Taurer hat sich mit der Frage der agrarischen Produktion beschäftigt und gemeint, eine Planung fehle und daß wir nicht die notwendigen Aufgaben erfüllen. Eine Planung ist leicht am grünen Tisch, aber die Durchführung braucht Unterlagen und für den Landwirt die wichtigste Unterlage ist eine Preisbildung, die wenigstens die Gesteungskosten deckt. Wir Bauern sehen immer wieder, daß allen Sparten der Wirtschaft von Haus aus zugerechnet wird, die Produktionskosten so aufzubauen, daß tatsächlich die eigenen Gesteungskosten und ein bescheidener Gewinn zugestanden werden. In der Landwirtschaft erleben wir seit Jahrzehnten, daß der Staat mit Zwangsmitteln eingreift, einfach amtliche Preise festsetzt, die niemals nach dem notwendigen Gesichtspunkte der Produktion oder Steigerung der Produktion erstellt werden, sondern von jenem Gesichtspunkt aus bestimmt werden, wie weit man noch gehen könne, damit man keine Schwierigkeiten bei den Konsumenten hat. Wenn wir heute in der Situation sind, daß die Anlieferung der Milch zu wünschen übrig läßt, so möchte ich folgendes sagen:

Wir haben die Gesteungskosten für 1 Liter Milch schon zu Beginn des heurigen Jahres mit S 1-68 festgelegt. Diese Berechnung wurde von den Gewerkschaften überprüft und ist nicht widerlegt worden. Gegen unseren Protest hat man jedoch einen Milchpreis von S 1-40 festgelegt. Wenn wir heute hier Beträge von 28 bis 30 Millionen Schilling in der Gesamtheit für landwirtschaftliche Schulen, Katastrophenfälle usw. finden, also an gesamten Fördermitteln des Landes entgegennehmen, so kann man auf der anderen Seite sagen, daß zur Förderung der Landwirtschaft allein mit diesen

30 Millionen Schilling, die man uns vorenthalten hat aus den kostendeckenden Milchpreisen, sehr viel hätte geschehen können bzw., daß die steirische Landwirtschaft 30 bis 40 Millionen Schilling dem Konsum an Subvention gibt. Daraus ist abzuleiten, daß die Verhältnisse in der Landwirtschaft immer schwieriger werden.

Es ist die tatsächliche Entwicklung, die uns soviel Sorge bereitet, es bereitet uns Sorge, daß die Menschen immer weniger werden, welche dort in der Landwirtschaft verbleiben, wo doch Gesundheit, Leben und Nahrung ist, daß die Menschen immer wieder weggehen und sich anderen Berufsständen zuwenden. Das ist ein klarer und eindeutiger Beweis, wie notwendig es wäre, die Landwirtschaft hier noch zu unterstützen. Wir wissen, daß wir selbst noch viel zu tun und große Aufgaben zu erfüllen haben. Noch nie wurden in der Steiermark soviel Anstrengungen in der Landwirtschaft gemacht wie in den letzten Jahren, die landwirtschaftliche Jugend zu organisieren, um ihr die Liebe zum Bauernhof und zur Heimat beizubringen. Die Jugend tut mit, aber wenn der Jugend, die vor der Tat steht, keine Zukunft geboten wird, wenn sie sehen muß, daß jedes Dienstmädchen, das in die Stadt abwandert, einen höheren Verdienst erhält, als der landwirtschaftliche Dienstbote, dann ist es nicht unsere Schuld, wenn die Entwicklung so fortschreitet, daß wir in den letzten drei Jahren in Österreich 46.000 Arbeiter in der Landwirtschaft verloren haben und dafür die Industrie auf schöne Leistungen hinblickt, dort, wo 1937 100 Arbeiter standen, heute 153 stehen, während in der Landwirtschaft es 80 oder 82 sind, die nunmehr diese Arbeit vollbringen müssen.

Ich möchte mich nur wehren gegen die Auffassung, als ob die Leistungen, die hier für die Landwirtschaft erbracht werden, einfach ein Geschenk oder ein Almosen wären und daß man als lästig empfindet, daß die Landwirtschaft immer wieder kommt und Leistungen verlangt. Die Gesamtleistung für die Tierzuchtförderung beträgt etwas mehr als 1 Million Schilling. Was ist das für die ganze Steiermark? Es ist richtig, es kommen Mittel vom Bund in der gleichen Höhe dazu, aber wenn wir Landwirtevertreter sehen müssen, daß z. B. nur für das Defizit der Theater der Stadt Graz ein Drittel jenes Betrages verwendet wird, der für die gesamte Landwirtschaftsförderung des Landes verwendet wird, dann kann wohl niemand behaupten, daß die Landwirtschaft zuviel an Beträgen erhält.

Getreide, Fleisch und Milch, die drei Hauptprodukte und Haupternährungsmittel, stehen immer im Vordergrund des Interesses. Man hält uns vor, daß zu wenig Brotgetreide abgeliefert wird. Nach den genauen Daten, die uns zur Verfügung stehen, war die Ablieferung Ende November etwas mehr als im vorigen Jahr mit 860.000 Tonnen. Durch den Mangel an Arbeitskräften verschiebt sich im Bauernhof die Druschzeit immer mehr auf den Winter. Immer häufiger kommt es vor, daß der Bauer nicht in

der Lage ist, sein Getreide schon im Herbst zu dreschen. Es sind also erstens zu wenig Arbeitskräfte da und dazu kommt zweitens noch etwas, das auch menschlich begreiflich ist. Der Bauer erntet nur einmal im Jahr, es müssen also die Einnahmen der Ernte bis zur nächsten Ernte reichen. Und bei der Entwicklung der letzten Jahre war es so, daß jeder, der im August sein Getreide verkauft, mit diesen Einnahmen im Frühjahr des nächsten Jahres sich nicht mehr die Kunstdüngemittel im gleichen Ausmaß kaufen konnte wie im Vorjahr. Deshalb wartet jetzt der Landwirt vielfach mit dem Verkauf der Ernte solange zu, bis er das Geld braucht, um sich neue Betriebsmittel damit einzukaufen.

Beim Fleisch, das heuer eine so große Bedeutung erlangt hat, war es beinahe schon so, als ob das Schweinefleisch das Wichtigste in ganz Österreich wäre, wichtiger noch als der Staatsvertrag. Die gesamte Presse hat sich damit beschäftigt. Und was war die Ursache, daß am Grazer Markt nur noch drei Schweine vorhanden waren? Weil durch eine Stop-Preisverordnung vom September 1950 im Zuge des 4. Lohn- und Preisabkommens man einfach die Stop-Preise aufrecht erhalten hat gegen jegliche wirtschaftliche Vernunft. Man hat einen Preis von 10 bis 11 S festgelegt und der blieb auch noch während des 5. Lohn- und Preisabkommens, als man den Maispreis von 85 g auf 1.55 S erhöht hat. Kein Wunder, daß dann jeder versucht hat, seine Schweine direkt dem Fleischhauer zuzuliefern, der hat gerne mehr bezahlt. Wir sehen ja heute, daß Schweine wieder auf dem Markt sind und es kommt heute oft vor, daß Dutzende Tiere unverkauft bleiben. Die ganze Krise, wie sie damals aufgezeigt wurde, war also gar nicht vorhanden. Wenn auch tatsächlich vorübergehend nicht soviel Schweine vorhanden waren, wie wir es wünschen, dann war das auf zwei Umstände zurückzuführen: Österreich hat normal 37.500 bis 37.600 Tonnen Futtermittel importiert, im Wirtschaftsjahr 1950/51 haben wir nur 27.500 Tonnen nach Österreich bekommen. Die Auswirkung mußte also sichtbar werden. Wir haben uns in Wien vorgenommen, in diesem Wirtschaftsjahr 22.000 Tonnen Fleisch einzuführen, konnten aber nur 7000 Tonnen einführen. Und trotzdem ist doch im großen und ganzen die Fleischversorgung der Bevölkerung getätigt worden. Das ist ein großes Verdienst der Landwirtschaft.

Die Milchversorgung, wie ich schon früher erwähnte, steht auch im Vordergrund des Interesses. Vor 1937 war die Lage ungefähr so, daß man mit der Einnahme für 1 Liter Milch 1 kg Kraftfutter bekommen hat. Wenn ich nun sage, daß damals die Milch im Durchschnitt des ganzen Landes vielleicht 24 bis 25 Groschen gekostet hat, so hat damals der beste Ölkuchen nicht mehr als höchstens 30 Groschen pro Kilogramm gekostet. Heute kostet der Ölkuchen 3 S. Wie kann man da dem Bauer empfehlen, Kraftfutter zuzukaufen, um mehr Milch zu produzieren? Man soll also diese Situation kennen

und nicht immer der Landwirtschaft böswillige Absicht vorwerfen und nicht sagen, daß die Landwirtschaft nur auf Wucher aus sei.

Ich stelle fest, daß in der Landwirtschaft nie mehr gearbeitet worden ist als jetzt. Tag und Nacht fast sind die Leute am Werk, weil sie jene Menschen ersetzen müssen, die nicht mehr am Bauernhof sind. Trotzdem werden Leistungen erbracht, die sich wirklich sehen lassen können. Ich möchte das in der Generaldebatte besonders festgestellt haben. Wir sind stets bereit, den verschiedenen anderen Aufwendungen unsere Zustimmung zu geben, weil wir wissen, daß auch jene Gebiete betreut werden müssen, wir wollen aber nicht als Almosenempfänger aufscheinen, sondern als gleichberechtigte Bürger des Staates, denen gegenüber auch das Land Pflichtleistungen in Bezug auf die Landwirtschaftsförderung zu erbringen hat. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

**Abg. Pölzl:** Hohes Haus! Ich freue mich, daß der Abg. Dr. Kaan — ich will es jedenfalls hoffen — aufrichtige Worte für den Frieden gefunden hat. Wenn man auch bedauerlicherweise feststellen muß, daß ein sicher prominenter Mann der Öffentlichkeit, der Fürsterzbischof von Salzburg, ein amerikanisches Militärlager in Salzburg eingeweiht hat, ohne ein Wort für den Frieden zu finden. Der Herr Abg. Kaan meint, ich hätte hier Binsenwahrheiten verzapft. Ich bin ihm gar nicht böse deswegen. Ich glaube aber, daß es gerade diese Binsenwahrheiten sind, die viel zu wenig klargestellt sind. Und diese Binsenwahrheiten sind es ja, auf die das werktätige Volk in diesem Lande keine Antwort erhält. Mir ist es auch so ergangen. Ich habe hier Binsenwahrheiten zum Vortrag gebracht und die Diskussionsredner, sowohl der beiden Regierungsparteien als auch ihres Anhängsels, haben nichts anderes vorzubringen gewußt, als Worte, die in Beschimpfungen ausgemündet sind. Ich erinnere mich dabei an das Dichterwort, „Wo Argumente fehlen, stellt das Wort sich ein“. Um nicht sagen zu müssen „wo Argumente fehlen, stellen die Beschimpfungen sich ein“.

Ich habe eine Frage gestellt an den Herrn Landesrat Dr. Illig im Zusammenhang mit dem Lebenshaltungskostenindex. Ich habe gesagt, der Lebenshaltungskostenindex ist seit dem Vorjahr um 44% gestiegen, die Löhne um 20, höchstens 25%. Jetzt wurde die Preissenkungsaktion mit großem Tamtam eingeleitet. Glauben Sie an diese Preissenkungsaktion? Aber der Herr Landesrat Illig hat mir darauf keine Antwort gegeben. (Landesrat Dr. Illig: „Sie haben nicht zugehört, ich habe Ziffern genannt!“) Er will und kann auch keine Antwort geben, denn die einzige Antwort, die er darauf geben könnte, müßte lauten: Entweder es müssen die Preise um 20 bis 25% gesenkt werden, und zwar für alle lebenswichtigen Güter oder aber die Löhne müssen um ungefähr 20% erhöht werden. Das wäre eine Antwort gewesen. Aber die sind Sie mir schuldig geblieben. Aber Sie haben etwas

anderes gesagt. Sie haben dabei mit einem außerordentlich anschaulichen Beispiel gearbeitet. Sie haben die Lohn-Preissituation mit dem Zugzusammenstoß in Langenwang verglichen und mit der Notbremse, die vom Gewerkschaftsbund und der Bundeswirtschaftskammer noch rechtzeitig gezogen worden ist. Ich möchte dieses Bild mit den zwei Zügen noch etwas steigern. Auf der einen Seite haben wir den D-Zug, das sind die Preise, der rast dahin mit 100 km Geschwindigkeit und auf der anderen Seite haben wir die Löhne und Gehälter mit Personenzuggeschwindigkeit von 60 km in der Stunde. Und nun ist der Herr Landesrat glücklich darüber, wo der Zug mit den Preisen schon weiß Gott wo voran ist, daß da beim Zug mit den Löhnen die Notbremse gezogen worden ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, auf dem einzig möglichen Standpunkt der Lohn- und Gehaltsempfänger, die Löhne und Preise können sich nur auf der gleichen Höhe bewegen und tun sie es nicht, so hat der Arbeiter und Angestellte das Recht, für eine Angleichung des Lohnes und Gehaltes zu kämpfen. Sie werden es auch tun, sie tun es und werden es auch in Zukunft tun, ob der offizielle Vorstand des Gewerkschaftsbundes heute einen Lohnstoppakt beschlossen hat oder nicht. Sie sind gezwungen es zu tun, weil die ganze Preissenkungsaktion, die Sie eingeleitet haben, weiter nichts anderes als eine optische Aktion ist, ein Preissenkungsschwindel und sich als solcher über kurz oder lang vollkommen entlarven wird. Die Gegenargumente, die ich vorgebracht habe, die selbstverständlich, Herr Landesrat Horvatek, im Zusammenhang mit dem Landesvoranschlag vorgebracht gehören, sie betreffen die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande. Bezüglich dieser Entwicklung sind Ihnen eigentlich keine Argumente eingefallen. Denn das, was Sie vorgebracht haben, Herr Lehrer Horvatek, daß die bösen Kommunisten eine Inflation herbeiführen wollen, daß sie nichts anderes im Kopfe haben, als Wirbel zu machen, das kann man nicht als Argumentation bezeichnen. Man kann es auch nicht als Argumentation bezeichnen, wenn Landesrat Horvatek sagt, schauen sie sich die Käufer an, beim Kastner und Öhler stellen sie sich an, sparen sollen die Leute, sparen, das ist die Parole des Tages. Die Arbeiter und Angestellten mit ihrem bescheidenen Einkommen! (Landesrat Horvatek: „Wie geht es ihnen in der Volksdemokratie?“) Wir können die ganze Nacht über die Volksdemokratie diskutieren, gedulden Sie sich doch, ich habe auch die Geduld aufgebracht, Sie anzuhören (Landesrat Dr. Illig: „Er hat mehr Temperament wie Sie!“) Sie haben ein schlechtes Gewissen, das meldet sich bei Ihnen, Sie haben die Möglichkeit, sich noch einmal zum Worte zu melden. — Sie haben die Arbeiter und Angestellten heute zum Sparen aufgefordert, wo Sie doch genau wissen, daß diese nichts mehr zum Sparen haben. Sie haben nur soviel, daß sie sich das Allernotwendigste an Lebensmitteln oder Gebrauchsgütern anschaffen kön-

nen, wenn sie ihre paar Kreuzer auf die Hand bekommen. Das ist ein vollkommen unsinniges Begehren, weil jeder weiß, der bis heute gespart hat, daß das, was er sich bis heute erspart hat, in einigen Monaten weniger wert ist. (Landesrat Horvatek: Zwischenruf.) Herr Landesrat Horvatek lesen Sie die Arbeiterzeitung, Ihre Arbeiterzeitung, da steht geschrieben, was eigentlich die Ursache der Inflation ist. Es steht geschrieben in der Zeitung der Wiener Handelskammer, wo brutal und offen gesagt ist, warum wir die Inflation in unserer Wirtschaft haben. Die Handelskammer sagt: „Die Welt will betrogen werden, also möge sie durch die Inflation betrogen werden, das ist jene Art von Steuer, deren Natur von der Bevölkerung im Gesamtbereich am wenigsten erkannt wird.“

Sie schreibt dann noch weiter unverblümt, daß durch den Kampf gegen die Inflation die Aufrüstungspolitik schwerstens beeinträchtigt würde, die nur mit einer Geldverschlechterung praktischen Erfahrungen nach finanziert werden kann. Da haben Sie es schwarz auf weiß. Die Herren identifizieren sich mit der Aufrüstung, mit der Inflation, mit der Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Masse. Das sind beachtliche Meinungen.

Noch ein Wort zum VdU. Er ist es zwar nicht wert. (Schallende Heiterkeit.) Er ist heute wieder gründlich entlarvt worden, als Landesrat Horvatek hier vorgelesen hat, daß er an die Unternehmer mit der Bitte herantreten ist, Mittel zu geben, um die Betriebsratswahlen für die Unternehmer zu organisieren. Er ist entlarvt worden vollkommen als das, womit man ihn bezeichnen soll, als eine faschistische Partei des Kapitalismus. (Heftige Gegenrufe bei VdU. — Lärm, Gelächter.) Wenn es ihr nicht zusammengeht bei ihrer Kasse, geht sie zum Unternehmer. Was Sie und Abg. Kandutsch im Landtage zum besten gegeben haben, ist nichts anderes als ein billiger und leidiger Abklatsch dessen, was Hitler in „Mein Kampf“ geschrieben hat (Abg. Kandutsch: „Haben Sie ihn gelesen?“) Natürlich habe ich ihn gelesen, sehr genau habe ich ihn gelesen. Das ist selbstverständlich, es war ja die faschistische Bewegung inmitten Europas. (Zwischenruf: „Trotzdem haben Sie nichts dazu gelernt!“) Er kann nicht verleugnen, was Hitler in „Mein Kampf“ gesagt hat, er kann nicht verleugnen, daß er mit Begeisterung ein Landsknecht in Hitlers Angriffsarmee gewesen ist, er kann nicht verleugnen, daß er sich identifiziert mit dem zweiten Weltkrieg, den Hitler vom Zaune gebrochen hat und kann es nicht erwarten, daß sich neuerlich irgendeine Macht in der Welt bereit findet, Landsknechte anzuwerben. Das deutsche und das österreichische Volk sagt, nicht nur ohne uns, sondern gegen uns wird der Versuch gemacht, einen neuen Krieg zu organisieren. Sie mögen sich amerikanischen gebärden als alle Abgeordneten der Regierungsparteien zusammen, das deutsche und das österreichische Volk weiß, welches Unheil der Faschismus über Europa gebracht hat, die Zeit des Faschismus ist endgültig vorbei, er ist

zerschlagen und nicht zuletzt zerschlagen durch die Macht der Sowjetunion, für deren Tat alle anständigen Menschen in Europa der Sowjetunion den heißesten Dank schulden. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Strengen Sie sich nicht so an, es glaubt Ihnen so niemand!“ — Zwischenruf: „Sie hörten soeben den Sender Moskau!“)

Abg. Opershall: Hohes Haus! Abg. Pölzl hat sich in seiner Rede darüber beklagt, daß am Erzberg Raubbau betrieben wird. Ich möchte feststellen, und dies wird auch Abg. Pölzl selbst wissen, daß die Technisierung am Erzberg mit der Marshallhilfe deshalb notwendig geworden ist, weil im Jahre 1945 vom Steirischen Erzberg die modernsten Maschinen weggeführt wurden. Wir haben einen Schaden von rund 12 Millionen Schilling im Jahre 1945 erlitten, müssen daher jetzt die amerikanische Hilfe in Anspruch nehmen, um damit einen Teil dessen zu ersetzen, was damals weggenommen wurde. Für diese Demontage wurden zirka 250 Heimkehrer rekrutiert, die nach dem Abtransport der Maschinen nach Kapfenberg eskortiert wurden, um bei Böhler die Demontage weiterzuführen.

Herr Abg. Pölzl, wir haben von Ihnen und ihren Parteiangehörigen am Erzberg immer gehört: „Keine Tonne Erz für die Aufrüstung“. Entweder wird tatsächlich keine Tonne Erz für die Aufrüstung gefördert oder hören die Kommunisten am Erzberg nicht auf diese Parole. Während im Jahre 1937 im Monatsdurchschnitt zirka 140.000 Tonnen gefördert wurden, beträgt der Monatsdurchschnitt zirka 200.000 Tonnen, also um rund 60.000 Tonnen im Monat mehr. Wir müssen aber einen Teil dieser Förderung ins Ausland liefern, um Stahlknüppel für die eigene Stahlversorgung herein zu bekommen. Außerdem müssen wir für die Transportgenehmigung von Inlandschrott über die Demarkationslinie an die USIA Stahl liefern. (Abg. Pölzl: „Es ist gesagt worden, daß der österreichische Handel nicht versorgt wird mit Walzware, mit Eisenware!“) Es ist doch bekannt, daß in den letzten Jahren ungeheure Großbauten durchgeführt wurden, z. B. der Wiener Westbahnhof, die Elektrifizierungsarbeiten in Kaprun usw. Dafür waren sehr große Mengen von Stahl und Eisen notwendig, die allerdings nicht über den Handel gingen, in Österreich jedoch erzeugt und verbraucht wurden. Ich glaube, Herr Landesrat Dr. Illig wendete ein, die verstaatlichte Industrie sei viel ärger als ein Kartell. Dazu ist zu sagen, daß die Preise für Stahl und Eisen im Einvernehmen mit der eisenverarbeitenden Industrie festgesetzt werden. Es wurde bei der letzten Preisfestsetzung vereinbart, eine Preisherabsetzung nicht durchzuführen, da die eisenschaffende Industrie vorher keine Preiserhöhung vornahm. Trotzdem erhöhte der Handel die Eisenpreise und verlangt jetzt eine Preissenkung, obwohl die verstaatlichte Industrie vorher keine Preiserhöhung vorgenommen hatte.

Der Herr Abg. Kandutsch hat über die Betriebsratswahlen in Eisenerz gesprochen. Da

heute schon einmal darüber gesprochen wurde, will ich darüber kurz berichten. Ich muß da so der Reihe nach erzählen, damit man die Entwicklung sieht und auch sieht, welche Köpferln der VdU in seinen Reihen hat. Bei der vorletzten Betriebsratswahl in Eisenerz hat es angefangen. Es wurde eine Liste eingebracht, die aber wegen verschiedener Formfehler vom Wahlvorstand den Einbringern zur Richtigstellung zurückgegeben wurde. Diese Liste war kurz vor Ablauf der Frist vom VdU-Mann verloren worden. Darüber natürlich große Aufregung. Hätte nicht zufällig der Vertreter der ÖVP die Liste auf der Straße gefunden, so hätte es im Jahre 1949 keine VdU-Liste gegeben. Ich will Ihnen mit diesem Beispiel nur zeigen, für welche Köpfe Sie sich so einsetzen. Durch diese zufällige Hilfe des ÖVP-Mannes sind damals 4 VdU-Leute gewählt worden. Dazu 7 Sozialisten, 7 Kommunisten und 1 ÖVP-Mann. Und was glauben Sie, wer Obmann wurde? Selbstverständlich ist mit Ihrer Unterstützung der Kommunist gewählt worden und nicht irgendein anderer nichtkommunistischer Betriebsrat. (Zwischenruf Abg. K a n d u t s c h : „Weil Ihr einen unmöglichen Kandidaten gehabt habt!“) Er hat jetzt mehr Stimmen bekommen als im Jahre 1949. Es zeigt, daß die Leute, die Sie haben und von denen Sie selber sagen, daß Sie sie nicht in der Hand haben, auf die radikalen Töne der Kommunisten eher hören, als auf Leute, die Ihnen Vernunft predigen, weil sie eben in ihrer Ideologie so ziemlich verwandt sind.

Im Jahre 1951 waren die Dinge so ähnlich. Ihnen, Herr Abg. Kandutsch, möchte ich empfehlen, Ihren Leuten in einem Kurse zu lehren, wie man überhaupt Betriebsratslisten einbringt. (Zwischenruf Abg. Sebastian: „Er hat ja keinen Einfluß!“) Herr Abg. Kandutsch, Sie wissen genau so wie ich, wie sich die Dinge tatsächlich abgespielt haben. Der Wahlvorstand, bestehend aus 2 Kommunisten und 1 Sozialisten, hat die von diesen Köpferln eingebrachte Liste wieder zurückgewiesen. Ich erkläre, daß diese Zurückweisung meiner Ansicht nach ungesetzlich ist und darüber das Einigungsamt entscheiden wird. Tatsache ist jedenfalls, daß bei der Wahl, die dann ohne VdU durchgeführt wurde, wieder die Stimmen der VdU-Leute den Kommunisten zugute gekommen sind. Durch Ihre Hilfe ist also wieder der kommunistische Einfluß am Erzberg gestärkt worden. Sie brauchen sich also in dieser Hinsicht nicht beklagen. In Fohnsdorf war es genau dasselbe. Dort ist der SS-Mann Willimschek (Zwischenruf: „Es dürfte heute keiner mehr sein!“), also sagen wir der ehemalige SS-Mann Walter Willimschek auf der VdU-Liste gewählt worden und heute befindet er sich auf der Einheitsliste. (Zwischenruf bei VdU: „Schauen Sie, sogar Ihr ehemaliger Generalsekretär ist heute Führer des Linksblocks!“) Das sind Ihre Leute. Bei uns sind diese Leute hinausgeschmissen worden, aber Sie werben um diese Leute. Ich will Ihnen nur empfehlen, sich weniger in der Öffentlichkeit darüber aufzuregen und dafür lieber den Kom-

munisten nicht die Handhabe zu bieten, die Wahlvorschläge immer zurückzuweisen. Machen Sie einmal einen anständigen Gewerkschaftskurs und lehren Sie Ihre Leute dort, wie man Wahlvorschläge einbringt, dann werden Sie von dem Terror von kommunistischer Seite weniger zu spüren bekommen. Die Arbeiterschaft am Erzberg weiß genau, an wen sie sich zu wenden hat. Es muß um die Vertretung der Arbeiterschaft durch Ihre Leute sehr schlecht bestellt sein, wenn diese nicht einmal wissen und in-stande sind, Wahlvorschläge für die Betriebsratswahl einzubringen. Das viele Gerede von dem Terror in den Betrieben ist lange nicht so, wie Sie es darstellen. Wir hoffen, daß das Einigungsamt hier das letzte Wort sprechen wird, aber ich fürchte, daß Ihre Leute noch in der letzten Minute Formfehler begangen haben, so daß das Einigungsamt vielleicht gar nicht in der Lage ist, diese Wahl für ungültig zu erklären. So sind die Dinge in Wirklichkeit! Schreien Sie nicht vom Terror, schauen Sie lieber, daß Sie Ihre Leute einmal richtig aufklären. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. **Kandutsch**: Zur sachlichen Berichterung! Der kommunistische Wahlvorstand am Erzberg hat unseren Wahlvorschlag mit einer fadenscheinigen Begründung zurückgewiesen, trotzdem ihn das Einigungsamt Leoben auf seine rechtswidrige Entscheidung aufmerksam gemacht hat. Er verlangte plötzlich eine ganz bestimmte Form für den Wahlvorschlag, die gesetzlich nicht vorgeschrieben ist. Jetzt nach der Wahl macht er diesen Umstand überhaupt nicht mehr geltend, sondern erklärte den Wahlvorschlag als ungültig, weil ein Belasteter als Kandidat darauf erscheint. Abgesehen davon, daß Belastete wahlberechtigt sind, hätte er ihn streichen können, niemals aber die Liste zurückreichen dürfen.

Hier können sie tausend Kurse abhalten und Belehrungen geben! Wenn die Kommunisten von vorneherein die Absicht haben, einen Wahlvorschlag ungültig zu erklären, so nützen Belehrungen nichts. Tatsache ist aber, daß der Vertreter der SPÖ bei allen Verhandlungen kein Wort gesprochen und den Dingen ihren Lauf gelassen hat. Man wollte sich hier nicht für unsere Liste exponieren und das habe ich Ihnen (Zur SPÖ) zum Vorwurf gemacht! (Abg. Scheer: „Und zum Dank hiefür wählten Sie kommunistisch.“)

**Präsident**: Ich ersuche um einen Antrag auf Eingehen in die Spezialdebatte. Das Schlußwort hat der Herr Hauptberichterstatter.

Hauptberichterstatter Abg. **Dr. Speck**: Hohes Haus! Ich werde mich kurz fassen. Es sind von den verschiedenen Rednern keine grundsätzlichen, den Aufbau oder das Erfordernis des Voranschlags betreffende Abänderungen beantragt worden, es ist dazu praktisch nicht Stellung genommen worden. Die Vertreter der beiden großen Parteien haben erklärt, daß sie für den Voranschlag stimmen, die Vertreter des VdU

waren dagegen, aber nicht eigentlich deshalb, weil sie die Ansätze oder den Inhalt des Voranschlages ablehnen, sondern, weil sie es als verletzend befunden haben, daß sie der letzten Voranschlagsbesprechung nicht beigezogen worden sind. Der Vertreter des Linksblocks kann nichts anderes als dagegen sein. Ich bitte, die Generaldebatte als abgeschlossen zu erklären und in die Spezialdebatte einzugehen.

**Präsident:** Sie haben den Antrag des Herrn Hauptberichterstatters gehört. Ich ersuche die Abgeordneten, welche für diesen Antrag sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz ist beabsichtigt, in der Einzelberatung jede der neun Gruppen des ordentlichen Landesvoranschlages gesondert zu behandeln, sonach die Behandlung über den außerordentlichen Voranschlag insgesamt und über die Sondervorschläge durchzuführen, dann den Dienstpostenplan zu verhandeln, die Beschlußanträge des Finanzausschusses und zuletzt die Beratung über den Gesetzestext durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall. Ich werde also in diesem Sinne vorgehen.

Wir beginnen mit

#### Gruppe 0, Landtag und allgemeine Verwaltung.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Allitsch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Dr. Allitsch: Hohes Haus! In der Gruppe 0 sind die beiden Abschnitte Landtag und allgemeine Verwaltung behandelt. Wir haben im Landesvoranschlag 1952 hiefür Einnahmen von 7,608.500 S, Ausgaben von 103,355.400 S. Der Finanzausschuß hat beantragt, die Ausgaben in diesen Gruppen dadurch zu senken, daß die für den Betrieb der nicht technischen Kraftfahrzeuge ausgewiesenen Posten um 20% und die Reparaturkosten um 10%, insgesamt um 371.400 S, niedriger gehalten werden, welcher Betrag zur Deckung wichtigerer Vorhaben herangezogen werden soll.

Eine Erhöhung hat der Finanzausschuß beschlossen im Betrage von 107.400 S, von welcher ein Betrag von 5400 S für verschiedene Unterstützungen, von 100.000 S als Beitrag für die Gemeindevertreterverbände und von 2000 S als Förderungsbeitrag für das „österreichische Schwarze Kreuz“ bestimmt ist. Dadurch tritt eine Erhöhung der im Voranschlag aufscheinenden Kosten ein.

Da die Gruppe 0 im Finanzausschuß eine eingehende Beratung gefunden hat, darf ich, Hohes Haus, im Namen des Finanzausschusses die Annahme der Gruppe 0 einschließlich der berichteten Abänderungen empfehlen.

Abg. Hegenbart: Hohes Haus! Die Gruppe 0 des Landesvoranschlages befaßt sich mit der Hoheitsverwaltung des Landes, mit dem Landtag und mit der Landesregierung und führt über die Bezirkshauptmannschaften hin bis zum statistischen Landesamt, ist gewissermaßen die Führungsgruppe des Landes und es ist klar, daß sie als solche auch im Brennpunkte der Öffentlichkeit steht und einer mehr oder weniger positiven oder negativen Kritik ausgesetzt ist. Selbstverständlich gehört es mit zum Wesen der Demokratie, daß Kritik geübt wird und ist es hier die vornehmste Aufgabe der Presse, diese Kritik auszuüben. Es wird keinen Mandatar geben, der an der Kritik etwas auszusetzen hat, wenn diese nur sachlich ist, mag sie auch noch so hart und herb sein. Jeder Mandatar, jeder Abgeordnete, jedes Regierungsmitglied wird sich aber auf das entschiedenste dagegen wehren, zum Freiwild zu werden für einige Wegelagerer und Hecken-schützen, denen es gelungen ist, sich in die ehrbare Gilde der Journalisten einzuschleichen.

Ich habe in meiner Mappe einige bedauerliche Entgleisungen der Presse registriert. Da hat vor einiger Zeit das „Wochenecho“, eine magazinartige Zeitschrift in Linz, die vor allem durch sensationelle Enthüllungen über das Privatleben ehemaliger Nazigrößen glänzt, ihrem Leserkreis eine Reportage aus dem Steirerland verschafft. Dieses Blatt hat es für notwendig befunden, eigens einen Spezialreporter nach Graz zu entsenden, um hier die Verhältnisse zu rekognoszieren und dann hat man in einem ausführlichen Artikel darüber berichtet in einem Stil, wie ein Weltreisender über Westafrika berichtet, was man in Graz alles gesehen hat. Es ist unglaublich, was uns Eingeweihten bis heute alles entgangen ist über die steirische Landesregierung. Er wurde berichtet: Die steirische Landesregierung ist in 77 riesigen Verwaltungsgebäuden untergebracht, den Beamten der steirischen Landesregierung stehen 300 Luxusautos als Dienstwagen zur Verfügung und in dieser Tonart geht es weiter. Aber wir brauchen gar nicht so weit zu gehen, solche Fälle kommen auch bei uns in Graz vor, die Zeitung ist zwar klein dem Namen nach und klein im Format und sehr kleinlich in ihrer Gesinnung. Diese Zeitung hat in der zweiten Septemberwoche eine angebliche Leserzuschrift mit dem Titel „Und oben sitzen die Drohnen“ gebracht. In dieser angeblichen Leserzuschrift heißt es u. a. folgendermaßen: „Und während das Volk in Not und Elend verkommt, gibt es eine kleine Gruppe von Leuten, die spürt nichts von dieser Not, die hat alles, die lebt in Saus und Braus, ganz oben sitzen die Drohnen, die Minister und die großen Schieber.“ Ein Kommentar hiezu ist überflüssig. Der Nationalrat wird sich in nächster Zeit mit dem neuen Pressegesetz zu befassen haben und dieses Pressegesetz wird einen Mangel beheben, der dem bisherigen Pressegesetz anhaftet. Bis jetzt war es so, wenn irgendeine Zeitung sich etwas hat zuschulden kommen lassen, wurde der sogenannte verantwortliche Redakteur zur Verant-

wortung gezogen, das ist gewöhnlich ein relativ unschuldiger Mensch, ein aktiver Politiker, der, um nicht zu verhungern, seinen Namen dafür hergibt und sich dann ausredet, er habe den Artikel nicht gelesen und nicht zum Druck befördert. Er wird dann wegen Vernachlässigung seiner pflichtgemäßen Obsorge zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt. Dieses neue Pressegesetz liegt nun in geänderter Form vor. Es soll nach der Auflage und Größe der Zeitung eine gestaffelte Geldstrafe verhängt werden. Nach meiner Auffassung ist das der richtige Weg, um auf diese Weise es möglich zu machen, jene grauen Eminenzen zu fassen, die für die Schreibweise verantwortlich sind, und zwar dort, wo sie am empfindlichsten sind, bei der Geldtasche.

Hoher Landtag! Vergessen wir nicht, daß schon in der Zeit der ersten Republik eine zügellose Presse wesentlich beigetragen hat zur Unterminierung der Grundfesten der Demokratie. Wenn wir diese Demokratie, wenn wir diese zweite Republik erhalten wollen, dann müssen wir auch den Mut haben, aufzutreten gegen solche Übergriffe. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

(Der dritte Präsident Scheer übernimmt den Vorsitz.)

Abg. **Wegart**: Hohes Haus! Als eines der erfreulichsten Zeichen der Gruppe 0 können wir feststellen, daß es im Land Steiermark in der Personalpolitik gelungen ist, die Personalausgaben immerhin annähernd auf 30 % der Gesamtausgaben zu beschränken. Das bedeutet mit anderen Worten, daß es im Zuge dieser politischen Umwälzung hier gelungen ist, doch auch im Beamtensektor Maß zu halten. Wenn wir hier einen Vergleich anstellen, zu B. mit der Gemeinde Wien, dann ist es so, daß diese für Aktive und Pensionisten rund 44 % an Personalkosten ausgeworfen hat. Sie wissen alle, daß gerade der Beamte in diesen letzten 30 Jahren nach diesen politischen Umwälzungen und Umbrüchen am ärgsten mitgenommen wurde und daß es daher wirklich ein Verdienst der Steiermärkischen Landesregierung ist, daß hier alle diejenigen wieder zurückgenommen werden konnten, die sich bewährt haben und die vor allem immer anständig und korrekt geblieben sind.

Es ist heute bereits mehrfach von der Verwaltungsreform die Rede gewesen. Solange eine Verwaltung existiert, wird auch von Verwaltungsreform die Rede sein. Was versteht man überhaupt darunter, Hohes Haus? Die einen sagen, das einfachste sei es, tausende Beamte hinauszuzwerfen. Das ist aber keine Lösung. Ich glaube, wir werden keine Perle aus der Krone verlieren, wenn wir dieses Problem von der anderen Seite anfassen, u. zw. im Hause der Gesetzgebung, also im Nationalrat oder im Landtag. Hier müßte in erster Linie einmal der Hebel zur Verwaltungsreform angesetzt werden, weil es bestimmt möglich wäre, eine Reihe von

Gesetzen zu vereinfachen, sie praktischer und zweckmäßiger zu gestalten. Es wird dann von selbst in der Auswirkung einer Verwaltungsreform eintreten, die wir alle wünschen und die auch notwendig ist, um den Haushalt auszugleichen. Wir dürfen es mit besonderer Genugtuung feststellen, daß die Steiermärkische Landesverwaltung bisher durchaus korrekt gearbeitet hat und daß ihre Abteilungen mit wirklichen Fachkräften und ausgezeichneten Arbeitskräften besetzt sind. Es ist daher eine Pflicht des Hohen Hauses, jenen, die unter den schwierigsten Verhältnissen mitgeholfen haben, auch in der schweren Zeit die Verwaltung in Ordnung zu bringen, den Dank abzustatten. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. **Schlacher**: Hohes Haus! Schon in der ersten Gruppe konnten wir feststellen, daß hier ein Sparen beginnt, u. zw. bei dem Kapitel der Autos. Wenn wir auch keine Verbeugung machen vor der unsachlichen Kritik der Öffentlichkeit, so ist das doch eine Angelegenheit, auf die die Wähler sehr genau aufpassen und es ist erfreulich, daß wir einmal bei einer Ausgabe hinunter statt hinauf gehen. Der Vorschlag ist von der ÖVP gemacht worden und wurde im Finanzausschuß — wie ich höre — einstimmig beschlossen. Ich begrüße es ganz besonders, daß schon beim ersten Kapitel mit einer Ermäßigung begonnen wird. (Beifall.)

**Präsident**: Die Rednerlitze ist erschöpft, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Dr. Allitsch**: Ich wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 0.

**Präsident**: Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 0 mit den in der Beilage Nr. 68 enthaltenen Abänderungen die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 1 „Polizei“.

Berichterstatter ist Abg. **Dr. Allitsch**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Dr. Allitsch**: In dieser Gruppe des Budgets sind festgelegt die Aufgaben, die das Land auf dem Polizeisektor zu erfüllen hat. Der ausgeworfene Betrag von 12.000 S für Schubkosten blieb im Ausschuß unverändert. Ich bitte das Hohe Haus, die Gruppe 1 annehmen zu wollen.

**Präsident**: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 2 des Voranschlages „Schulwesen“.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Kaan. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus! Die Gruppe 2 umfaßt das Schulwesen. Der Ihnen vorliegende gedruckte Text des Landesvoranschlages hat folgende Änderung erfahren. Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 4. Dezember 1951 die Post 21,70 „Förderung der notwendigen Schulbauten der Gemeinden“ um einen Betrag von 500.000 S erhöht. Außerdem hat der Finanzausschuß dieselbe Post um 650.000 S erhöht mit der Empfehlung, daß ein beträchtlicher Teilbetrag der Förderung des Wiederaufbaues der abgebrannten Schule in Radmer gewidmet werden soll. Eine neue Post wurde gebildet, u. zw. als Beitrag für die Ausbildung von Sonderschullehrern im Betrage von 10.000 S. Außerdem wurde eine Erhöhung von einigen Posten des Abschnittes 28 „Schülerheime“ vorgenommen. Die Gesamtsumme dieser Gruppe hat sich demnach auf 15.860.500 S erhöht. Ich beantrage die Annahme dieser Gruppe.

Abg. Sophie Wolf: Hoher Landtag! Der Einzelplan 2 erfordert Ausgaben, wie soeben gesagt wurde, in der Höhe von 15.860.500 S und bedeutet eine Belastung des Gesamtbudgets in der Höhe von 2,72 %. Dieser Prozentsatz mag — verglichen mit den Ansätzen anderer Einzelpläne — dem Uneingeweihten als zu niedrig erscheinen und zu dem vollständig unrichtigen Schluß verleiten, daß das Land und seine maßgebenden Faktoren den Wert und die Bedeutung der Pflichtschule nicht in verdienter Weise zu würdigen verstünden. Dazu sei aufklärend gesagt, daß in diesem Abschnitt seit dem Jahre 1945 die bisher größte Ausgabenpost des Landes, nämlich die Gehälter und Ruhegehälter für die Pflichtschullehrer, nicht mehr aufscheint, da diese Lasten vom Bund übernommen wurden, womit einem jahrzehntelangen Wunsche der gesamten Lehrerschaft Rechnung getragen wurde.

Ferner sei — wie schon im Vorjahre — ausdrücklich festgestellt, daß das Land nach der bestehenden Gesetzeslage nach wie vor nicht verpflichtet ist, Gebäude für die Volks- und Hauptschulen, also für die Pflichtschulen, zu bauen und zu erhalten. Die Errichtung und Ausgestaltung der vorgenannten Schulen fällt einzig und allein in den Aufgabenkreis der Gemeinden. Da diese aber derzeit meist nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln dieser Pflicht ausreichend nachzukommen, greift eben das Land fördernd ein und stellt alljährlich — und das sei besonders betont — steigende Beträge für diesen Zweck zur Verfügung. So wurden im Jahre 1950 600.000 S, im Jahre 1951 1.200.000 S und für das kommende Jahr werden — wie schon gesagt — 2.650.000 S eingesetzt. Ich möchte mir nur erlauben, die Verteilung dieser 1,2 Millionen Schilling für das Jahr 1951 im Detail mit-

zuteilen. Es erhielten — ich nenne nur die Tausender — folgende Gemeinden Förderungsbeiträge zum Schulhausbau: Deutschlandsberg 50.000 S, Stainz 50.000 S, Trofaiach 70.000 S, Fehring 100.000 S, Gnas 100.000 S, Mitterlabill 25.000 S, Rohrbach 50.000 S, Gröbming 100.000 S, Weißenbach a. d. Enns 75.000 S, Donnersbach 25.000 S, Admont 75.000 S, Stadl a. d. Mur 50.000 S, Kindberg 100.000 S, Neuberg 80.000 S, Radkersburg 100.000 S, Deutsch Goritz 20.000 S, Dietersdorf 30.000 S, Straden 50.000 S, Pichling bei Köflach 50.000 S, zusammen also 1.200.000 S.

Es dürfte Sie vielleicht auch noch interessieren, daß im heurigen Jahr 7 Hauptschulen gegründet wurden, u. zw. davon 3 in Graz, die aber baulich den Geldsäckel nicht belasten. Die Schulen wurden nur geteilt und verblieben im selben Haus. Es ist das die Knabenhauptschule Elisabeth II, die Knabenhauptschule Fröbel II, die Mädchenhauptschule Kronesgasse II, die neu erbaute Hauptschule in Trofaiach und drei Expositurschulen in Zeltweg, St. Peter am Ottersbach und Deutsch-Feistritz. Dafür sei der Landesregierung, dem Herrn Finanzreferenten und dem Finanzausschuß herzlich Dank gesagt, der sich aber nicht in Worten erschöpfen soll. Der Dank für das schulfreundliche Handeln aller Verantwortlichen im Lande seien die Früchte, die die Pflege einer guten Schule im Laufe der Jahre für unsere steirische Heimat sicherlich zeitigen wird.

Was muß nun die Pflichtschule leisten und was kann man füglich von ihr fordern, damit die Bemühungen um ihren Bestand und ihren Ausbau gerechtfertigt erscheinen? Ich will diese Frage mit den Worten des großen Pädagogen und Menschenfreundes Pestalozzi beantworten, die heute, in der Mitte des 20. Jahrhunderts, da die Menschheit vor der Entscheidung steht, die Errungenschaften der Wissenschaft und Technik entweder zu gewaltigstem Fortschritt oder zur gräßlichsten Selbstvernichtung einzusetzen, wieder ihre Berechtigung haben. Pestalozzi sagt: „Es ist für den sittlich, geistig und bürgerlich gesunkenen Weltteil keine Rettung möglich, als durch die Erziehung, als durch die Bildung zur Menschlichkeit, als durch die Menschenbildung“. Möge dieses Mahnwort uns alle zur Besinnung veranlassen und seinen Eingang in die Schule des Volkes finden.

Im Laufe des Unterrichtes und wohl auch durch Lektüre und Erfahrung muß das Kind merken, daß es neben seinem Volke auch noch andere Völker gibt, mit anderer Lebensführung und anderen Sitten und Leistungen. Mit der Treue zu Vaterland und Volkstum ist es durchaus vereinbar, auch fremdes Volkstum anzuerkennen und beim einzelnen Menschen eines fremden Volkes eben das allgemein Menschliche zu würdigen. Kein Volk hat für sich allein die Weisheit und Tüchtigkeit gepachtet. Vielmehr hat jedes Kulturvolk und sogar fast jedes Völkchen zum Kulturfortschritt der Menschheit beigetragen. Gehen wir allen Ernstes daran, den tödlichen Mangel an Gemeinsinn, Duldsamkeit,

Gerechtigkeitsempfinden und Wahrhaftigkeitssinn, an dem die menschliche Gesellschaft leidet, zu beseitigen. Erziehen wir die Jugend zu sozial denkenden und handelnden Menschen, formen wir aus ihr aufrechte Staatsbürger durch freiwilligen Gehorsam, Selbstüberwindung und Pflichttreue, führen wie sie dadurch zur richtig verstandenen sittlichen Freiheit, die zuletzt Ehrlichkeit, Ausdauer und Rücksichtnahme im Gefolge haben wird. Daß ein derartig durchgeführter erzieherischer Unterricht, der aber auch das Bildungsgut an die Schüler in geeigneter Form heranbringen muß, an den Lehrenden hohe Anforderungen stellt, ist wohl einleuchtend. Zur Ehre des allergrößten Teiles der Lehrerschaft sei hier darauf verwiesen, daß sich diese ständig bemüht, sich in diesem Sinne zu bilden und ihre Kenntnisse zu erweitern und zu vertiefen. Um dieses Bestreben zu unterstützen, führt z. B. das Pädagogische Institut in Graz alljährlich, u. zw. in den Hauptferien, meist in der zweiten und dritten Juliwoche, Kurse zur Vorbereitung für die Lehrbefähigungsprüfungen für Volks- und Hauptschulen durch, wobei sämtliche Lehrgegenstände Berücksichtigung finden. Daneben laufen Fortbildungskurse für allgemeine Pädagogik und Psychologie, gehalten von Fachlehrkräften aus Wien und den Bundesländern. Ferner finden Dichtervorlesungen, Theaterbesuche, soweit sie durch die Grazer Festwochen möglich sind, Führungen, Exkursionen in die Lurgrotte, Köflach usw. statt, auch der Erzberg wurde besucht, also ein reichliches Bildung vermittelndes Programm. Berichten möchte ich nur noch, daß sich an diesen Veranstaltungen jeweils zirka 800 bis 1000 Lehrkräfte beteiligen, und zwar nicht nur Prüflinge, die der Not gehorchend erscheinen, sondern auch ältere Lehrkräfte, die alle für Unterkunft — allerdings in Heimen — für Verpflegung usw. zum größten Teil selbst aufkommen müssen. Während des Schuljahres sorgen die in den verschiedenen Bezirken des Landes durchgeführten Arbeitsgemeinschaften für die Einführung und Vertiefung in die Methoden, die der neuzeitliche Unterricht erfordert.

Wenn nun alle berufenen Faktoren in gemeinsamer ehrlicher Arbeit und gegenseitiger verständnisvoller Unterstützung am Aufbau einer im völkerversöhnenden Geiste geführten Schule mithelfen werden, wird diese sicher einen — wenn auch bescheidenen — Beitrag für den Abbau des Hasses in der Welt leisten können. Unser Leitgedanke sei: Wir wollen das eigene Volk lieben, die anderen Völker aber achten. Es ist gewiß kein Zufall, daß das Buch „Die Waffen nieder!“ von einer Österreicherin, Berta von Suttner, geschrieben wurde. Der Österreicher hat eben wegen seines friedliebenden Charakters und wegen seiner geschichtlichen Vergangenheit viel übrig für die Völkerversöhnung. Einstens wurde Österreich mit Recht ein Kulturbringer genannt. Vielleicht kann es nunmehr durch zielbewußte Erziehungsarbeit im erörterten Sinne ein Friedensbote sein, wie sie ihn sich alle gutgesinnten

Österreicher vorstellen. Dies ist mein Wunsch an uns alle für das kommende und die nachfolgenden Jahre. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

**Abg. Lackner:** Hohes Haus! Es ist ein besonders erfreuliches Zeichen, daß wiederum für den Schulbau eine beträchtliche Subvention ausgeworfen wurde und besonders erfreulich ist es, daß ein großes Augenmerk auf die Hauptschule gelegt wird. Denn wenn heute die von der Schule Entlassenen hinaustreten ins Leben, um einen Lehrberuf zu ergreifen, wird immer in erster Linie die Hauptschule gefordert. Heute zeigt es sich, daß für den Techniker-, Mechanikerberuf, aber auch für die Landwirtschaft es notwendig geworden ist, eine Reihe von Schulen am Lande mit größerer Schulbildung zu haben.

Ich muß aber feststellen, daß bei der Erbauung, bei der Errichtung von Schulen das Obere Murtal bisher stiefmütterlich behandelt wurde. Dort sind Seitentäler, die dringend einer Hauptschule bedürfen. Ich erwähne da St. Peter am Kammersberg. Für diesen Ort liegt ein diesbezügliches Ansuchen vor. In den Industriestädten ist der Schulbetrieb so, daß noch immer in zwei Schichten mit verkürzten Unterrichtsstunden von nur 45 Minuten gearbeitet wird. Es ist hier der Wunsch der Lehrer, daß wieder der Klassenzug A und B geführt werden kann, um diese Klassen vorwärts zu bringen und für Minderbegabte mehr Zeit zur Verfügung zu haben, um sich mit ihnen befassen zu können, so daß auch sie ihr Lehrziel erreichen. Ein altes Sprichwort sagt: „Wer ist Meister? Der etwas ersann. Wer ist Geselle? Der etwas kann. Wer ist Lehrling? Jedermann!“ Deshalb ist es notwendig, allen so viel an Fundament mitzugeben, daß ein tüchtiger Lehrling später ein tüchtiger Geselle und im weiteren Verlauf ein noch tüchtiger Meister wird. Dies ist unser aller Wunsch, in diesem Sinne möchte ich dem Finanzausschuß und ebenso dem Landesfinanzreferenten danken für die Einsicht, die immer obwaltet, wenn es um die Unterstützung der Schulen geht. (Beifall bei SPÖ.)

**Abg. Stöffler:** Hoher Landtag! Ich möchte aus dem Unterabschnitt 231 die Posten 721, 78 und 90 besonders herausgreifen. Die eine betrifft den Förderungsbeitrag zur Unterbringung arbeitsloser Jugendlicher auf Lehrplätzen, hiefür ist ein Betrag von 240.000 S vorgesehen. Die Post 78 mit 25.000 S betrifft die Erstattung von Schulkostenbeihilfen an Zentralberufsschulen und die Post 90 mit 600.000 S einen Zuschuß zur Errichtung von Landeszentralberufsschulen. Ich darf zu dieser Frage des Lehrlingswesens folgendes sagen: Wir haben jetzt sicher den nicht sehr erfreulichen Zustand, daß die Jugendlichen nicht im vollen Ausmaß Beschäftigung finden. Wir haben eine verhältnismäßig hohe Zahl von Jugendlichen, die leider keine richtige Beschäftigung finden können. Das steirische Gewerbe tut ja sicherlich sein Möglichstes, denn wenn man feststellen kann, daß das steirische Handwerk zur Zeit etwa 14.000 Lehrlinge beschäftigt, so ist

das für die Zahl der steirischen Betriebe sicher eine sehr große Anzahl. Es hat sich aber die Anstellung von Lehrlingen sehr schwierig gestaltet. Einerseits kostet der Lehrling sehr viel Geld. Nicht nur die Entschädigung, die er bekommt, sondern auch die sozialen Lasten sind für die kleinen Meister vielfach nicht mehr zu ertragen. Andererseits haben auch verschiedene Maßnahmen, um den Lehrling zu fördern, doch schließlich dazu geführt, daß der „Herr Lehrbub“ zu einer kleinen Majestät geworden ist. Vor kurzer Zeit hat mir ein alter Meister gesagt: „Früher habe ich meinem Lehrling ein Zeugnis ausgestellt, jetzt ist es so, daß er mir ein Zeugnis ausstellt.“

Es ist das ein deutlicher Beweis dafür, daß man auf diesem Gebiet ein bißchen zu weit gegangen ist. Die Beschäftigungszeit des Lehrlings muß man auch einer Kritik unterziehen. 44 Stunden in der Woche, 4 Wochen Urlaub, vielleicht auch noch 4 Wochen Gewerkschaftsurlaub, außerdem noch einen oder zwei halbe Tage in der Woche Berufsschulunterricht. Es ist daher die Zeit, in der er lernen könnte, sehr kurz geworden. Das muß jeden mit Sorge erfüllen, der darnach strebt, daß unsere Lehrlinge wirkliche Gehilfen werden, daß sie wirklich zu Facharbeitern ausgebildet werden. Wir sind sicher bestrebt, auf diesem Gebiete das Möglichste zu tun und vor allem dahin zu wirken, daß möglichst viele Meister Lehrherren werden. Es ist aber vielen kleinen Meistern nicht möglich — obwohl diese gute Lehrherren wären — einen Lehrling zu nehmen und da soll eben dieser Betrag von 240.000 S helfen, u. zw. jenen kleinen Meistern, die entweder ein Lehrverhältnis nicht mehr zu Ende führen können, weil der Betriebserfolg dies nicht mehr möglich macht, oder jenen, die einen Lehrling bisher gar nicht aufnehmen konnten, weil der Betrieb hierfür zu wenig abwirft. Es ist für diese Zwecke schon im Vorjahre ein Betrag von 190.000 S festgelegt worden, womit etwa 250 Handwerksmeister in Steiermark beteiligt werden konnten. Es sind also damit rund 250 Lehrverhältnisse geschaffen oder erhalten worden.

Was die Post 90 betrifft, so zeigt sie den neuen Weg der Berufsschulen auf. Dieser neue Weg, Zentralberufsschulen zu schaffen, hat verschiedene Gründe und Ursachen. Eine dieser Ursachen ist, daß die gewerbliche Wirtschaft, wie überhaupt die Produktion, sehr stark spezialisiert wurde und in den Berufsschulen nicht die notwendige Spezialausbildung für die einzelnen Sparten gewährleistet ist. Man kann vielfach feststellen, daß z. B. alle eisenverarbeitenden oder alle holzverarbeitenden Sparten in einem Kursus zusammengeworfen sind, so daß die Ausbildung des Lehrlings doch nicht in der Weise gewährleistet ist, wie sie heute durch die Spezialisierung der Produktion erforderlich erscheint. Dazu kommt, daß am flachen Land, wo der Lehrling in der Bezirksstadt in die Berufsschule gehen muß, bei schlechtem Wetter einen weiten und oft schlechten Weg zurückzulegen

hat. Er ist jeder Wetterunbill und ähnlichen Dingen ausgesetzt. Dadurch kommt der Lehrling, wenn er überhaupt zum Unterricht erscheint, jedenfalls nicht in der richtigen aufnahmefähigen Verfassung zum Unterricht. Die Schaffung von Zentralberufsschulen wird nun die Möglichkeit bieten, die Lehrlinge z. Z. jeweils für die einzelnen Produktionsparten der gewerblichen Wirtschaft, in Kursen von 4 bis 6 Wochen einmal im Jahr durch ein ausgesuchtes Fachpersonal entsprechend zu schulen. Es wird diese Einrichtung dem Lehrherrn dienen, vor allem aber dem Lehrling, denn er wird dadurch besser und nachhaltiger ausgebildet werden können.

Es ist mit diesem Weg der Lehrlingsausbildung der Versuch gemacht und mit den Zuschüssen ein erfolgreicher Weg beschritten worden, möglichst viele und möglichst gute Lehrplätze zu schaffen. Wir werden auf diesem Weg fortschreiten, weil wir uns natürlich bemühen müssen, die jungen Menschen möglichst gut auszubilden. Sie sollen zu guten Facharbeitern ausgebildet werden, denn sie werden morgen jene sein, die die Produktion in diesem Lande zu tragen haben. Je mehr sie gelernt haben und je besser sie gelernt haben, um so mehr werden sie eines Tages, wenn sie an der Reihe sind, zu leisten imstande sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Landesrat **Horvatek**: Hohes Haus! Die Verredner haben schon darauf hingewiesen, daß das Land Steiermark, wenn man sich die Gruppe 2 im Voranschlag betrachtet, als ein schulfreundliches Land bezeichnet werden kann. Im Verlaufe der letzten Jahre sind nicht nur eine Reihe von Hauptschulbauten errichtet worden, sondern auch Volksschulbauten in größerer Anzahl entstanden. Außerdem befinden sich mehrere noch im Ausbau und wir stehen in Bezug auf Hauptschulbauten im Bereich der Bundesländer an erster, in Bezug auf Volksschulbauten an dritter Stelle. Das ist sehr erfreulich deshalb, weil dadurch eine gewisse Selektion, eine gewisse Auswahl innerhalb der Schülerschaft stattfindet und die Befähigten eine erhöhte Ausbildung genießen können. Allerdings ist die Streuung dieser Schulen im ganzen Land noch nicht genügend, so daß große Gebiete heute noch einer Hauptschule entbehren. Es sind dies meist abgelegene Gebiete, wo weder genügend gute Autobus- noch Bahnverbindungen bestehen, so daß auch die befähigteren Schüler nur die Volksschule besuchen können, ohne in den Genuß der Hauptschulbildung kommen zu können.

Nun macht sich folgende Erscheinung bemerkbar. Jeder Meister verlangt heute von seinem Lehrling, den er aufnehmen soll, Hauptschulbildung. Das führt dazu, daß befähigte junge Menschen, die nur die Volksschule besuchen konnten, weil ihnen keine andere Gelegenheit geboten war, teils von den handwerklichen Berufen ausgeschlossen sind und das halte ich für eine wirkliche Gefahr. Es befinden sich gerade in ländlichen Gebieten in abgelege-

nen Gräben oft sehr befähigte junge Menschen, denen es so versagt ist, einen Beruf zu erlernen, für den sie vielleicht ganz besonders befähigt wären. Mein Wunsch geht nun dahin, daß jene Damen und Herren, die Einfluß haben in den zuständigen Kammern, darauf hinwirken, daß man nicht einen so falschen Maßstab anlegt bei der Aufnahme von Lehrlingen, denn ein gutes Zeugnis der 8. Schulstufe einer Volksschule ist ja auch ein Beweis dafür, daß der Schüler 8 Jahre mit Erfolg die Schule besucht hat und entspricht ja eigentlich einem Zeugnis der 4. Hauptschulklasse. Es ist vielleicht der Wissensumfang des Austretenden etwas geringer, aber die Formalbildung ist bestimmt gleich groß. Wir wollen auch in der Freude, Hauptschulen zu gründen, das Kind nicht mit dem Bade ausgießen und jene, die nur eine Volksschule besuchen konnten, nicht so behandeln, als ob sie rückständig wären. Man darf dabei nur an das Beispiel unseres großen steirischen Dichters Peter Rosegger denken, der in einer ganz bescheidenen Schule seine Elementarkenntnisse erwarb und der sich noch auf der Stöhr als Schneiderjunge weitergebildet und aus eigener Kraft emporgearbeitet hat zu einem beachtenswerten Können, das ihm dann den Weg in die Öffentlichkeit und damit zu seiner hohen Leistung auf dem Gebiete der Dichtkunst geebnet hat.

Wir wollen die talentierten und befähigten Menschen nicht hindern, ihren Aufstieg zu machen; das würde geschehen, wenn formell die Volksschule als minderwertige Schule bezeichnet und nur der Hauptschule das Prädikat „gehobene Pflichtschule“ zuerkannt wird. Dieses Prädikat gebührt allen jenen Landschulen, wo tüchtige Lehrer wirken, weil eine abgeschlossene Vorbildung von der Volksschule genau so vermittelt wird, wie von der Hauptschule. (Beifall bei SPÖ.)

**Abg. Pözl:** Hohes Haus! Es ist so, das heute, 6 Jahre nach dem Krieg, in unserem Schulwesen noch immer ein Zustand vorherrscht, wie bei einem Schichtbetrieb. Abends sieht man verhältnismäßig kleine Kinder auf der Straße, die erst aus der Schule kommen. Es hat den Anschein, als ob die beiden Regierungsparteien der Meinung wären, daß man mit dem Schulhausbau, der unvermeidbar und unbedingt notwendig ist, mit der Schaffung neuer Schulräume solange zuwarten kann, bis durch Geburtenbeschränkung wieder genügend Platz in den Schulen wird. Der jetzige Zustand ist vollkommen unbefriedigend. Es ist Tatsache, daß die Schulräume, die vor- und nachmittags, in einem Zwischichtenbetrieb besetzt sind, nicht ordentlich gelüftet werden können, es ist Tatsache, daß die Kinder dadurch außerordentlich anfällig für Krankheiten sind, daß die Familien außerordentlich dadurch überlastet sind, daß ein Kind vormittags, das andere Kind nachmittags Schule hat, so daß es höchst an der Zeit wäre, 6 Jahre nach dem Krieg mit dem Schichtbetrieb in der Schule aufzuräumen.

In Bezug auf das Lehrlingswesen möchte ich folgendes sagen:

Voriges Jahr hat die SPÖ noch einen harten Kampf oder — beinahe einen harten Kampf geführt um die Frage der Lehrwerkstätten. Heuer haben sie auch das zu Grabe getragen, (Landesrat Dr. Illig: „Laßt die Toten ruhen!“), d. h. sie werden immer koalitionsfähiger. Es ist eine Tatsache, daß mit der Lehrlingsausbildung durch einen Meister das Auslangen absolut nicht mehr gefunden werden kann. Ich will im großen und ganzen gegen die Meisterlehre nichts sagen, es sei denn, man wolle gegen das polemisieren, was Abg. Stöffler von der Lehrbubenherrlichkeit gesagt hat. Was für den Lehrling geschaffen wurde in Bezug auf seine Unterbringung kann man nur begrüßen. Es ist also eine Tatsache, daß wir mit der bisherigen Meisterlehre nicht auskommen. Unvermeidlich ist eine Jugendarbeitslosigkeit in dem Ausmaße, wie wir sie heute haben, von mehreren Tausend in Steiermark, wenn es nicht gelingt, die Industrie dazu zu bringen, anschließend an die Industriebetriebe ordentliche Lehrwerkstätten zu errichten. Man soll nicht nur daran gehen, die Meister zu unterstützen, damit sie die Lehrlinge ausbilden können, sondern auch alles daransetzen, um die Industriebetriebe zu verpflichten, die Lehrlingsausbildung durchzuführen. Ich war 1933 in der Sowjetunion und habe gesehen, mit welcher Großzügigkeit man dort daranging, die Berufsausbildung junger Menschen zu fördern. (Zwischenruf Abg. Sebastian: „Warum sind Sie nicht draußen geblieben?“) (Heiterkeit.) Ich habe gesehen, daß anschließend an den Hauptbetrieb es gewissermaßen Superbetriebe gegeben hat, in denen die gleichen Maschinen und Ausrüstungen vorhanden waren, wie in den Hauptbetrieben, wo die Erwachsenen die Lehrlinge zu qualifizierten Arbeitern ausbilden. Solche Lehrlinge sind in die Superbetriebe abgegeben worden und dieser Superbetrieb hat dort die Ausbildung der Lehrlinge übernommen. Natürlich sind großartige Erfolge erzielt worden. Die Industriebetriebe brauchen selbstverständlich notwendig Lehrlinge, die in dem Industriebetrieb ausgebildet worden sind. Es ist nicht so, daß unsere industrielle Produktion keine qualifizierten Arbeiter erfordert und der Prozeß der Anlernung in den Industriebetrieben ein teurer und kostspieliger Weg wäre. Es wäre daher sehr begrüßenswert, wenn in unseren Industriebetrieben das Lehrlingsausbildungswesen stärker gefördert würde, als bisher. Die Nazi haben das seinerzeit zwar großzügig eingerichtet, aber leider nicht zu Ausbildungszwecken, sondern um die Jugend zum Marschieren zu erziehen. In den Lehrlingsausbildungswerkstätten hat man die Jugend von einem Appell zum anderen, vom Turnbetrieb zur militärischen Ausbildung befohlen, für die wirkliche Berufsausbildung ist dann wenig Zeit übrig geblieben. (Zwischenruf: „Fast so wie in Ostdeutschland!“) Es ist außerordentlich zweckmäßig, die Jugendlichen, die arbeitslos sind, durch Maßnahmen in der Indu-

strie in das Berufsleben hereinzubringen, weil es unerträglich ist, daß wir tausend Jugendliche als Arbeitslose haben.

Man sieht eben, daß der bürgerliche Staat — und mit einem solchen haben wir es in Österreich zu tun, nicht imstande ist, auch nur ein einziges lebenswichtiges Problem zu lösen (Landesrat Dr. Illig: „Lesen Sie doch das Budget!“), nicht imstande ist, dafür zu sorgen, daß unseren jungen Menschen, die aus der Schule kommen, ein Lehrplatz gesichert wird. Es ist dann kein Wunder, wenn die Einstellung der Jugend gegenüber dem Staat, gegenüber der Demokratie zu wünschen übrig läßt. Denn die Jugend ist nur zu überzeugen durch Sympathie, Logik und Vernunftgründe, das erfordert, daß man sie eben an das wirkliche Leben, an die Berufsausbildung tatsächlich heranläßt.

**Abg. Sebastian:** Hohes Haus! Ich wollte Sie eigentlich bei dieser Gruppe nicht mit einem Beitrag belästigen. Nunmehr ist es aber doch so, wenn man dem Abg. Pölzl zuhört oder überhaupt einem Kommunisten, gleichgültig, ob er im Nationalrat oder in irgendeiner Gemeindestube sitzt, daß man gezwungen wird, mit den Gedanken eine Weltreise durch die fürchterliche Aufrüstung und durch den infolge des Marshallplanes waffenstarrenden Westen zu machen, um dann gleich einem rasenden Raketenflugzeug in den friedlichen Osten und in die Satellitenstaaten zu gelangen. Nicht nur in der Generaldebatte, auch bei der Gruppe 2 ist es so wie bei allen ordentlichen und außerordentlichen Fragen. So oft das Problem der Volks- und Hauptschule, die Notwendigkeit der Errichtung in irgendwelchen Teilen unseres Landes erörtert wird, meldet sich Abg. Pölzl und erzählt, er sei in der Sowjetunion gewesen, wo er schon 1924 die Segnungen der Lehrwerkstätten kennengelernt habe. Lieber Herr Kollege Pölzl, ich hatte das „Glück“, 1945 bzw. 1946 in der Sowjetunion im sibirischen Gebiet mit Jugendlichen der Sowjetunion zu arbeiten. Dort war keine Rede von der 44-Stunden-Woche, es wäre außerordentlich begrüßenswert, daß auch dort ein solches Gesetz geschaffen würde. Die Jugendlichen haben weit länger und viel mehr gearbeitet. Es war auch nichts zu sehen von den Turnsälen und Unterrichtsstätten. Die Jugendlichen hatten nur die Möglichkeit, zu arbeiten und sich mit demselben Anzug, den sie bei der Arbeit anhaten, voll Öl und Schmutz, in ein Werkzeugmagazin zu begeben, um dort ein paar Stunden der Ruhe zu verbringen. (Abg. Pölzl: „Damals war ja Krieg!“) 1946 war kein Krieg mehr, Sibirien war überhaupt kein Kriegsgebiet. Seit 1946 dürfte es sich doch schon herumgesprochen haben — auch bis zu Ihnen und zur Kommunistischen Partei —, daß der Lebensstandard in Österreich nicht gehoben werden konnte dank der Demontage unserer Maschinen und Anlagen. (Abg. Pölzl: „Geh, Tschapperl!“) 1946 war kein Krieg mehr und trotzdem hat damals der russische Lehrling und das

russische Volk weit unter den sozialen Verhältnissen gelebt, als wie sie bei uns sind.

Aber, Herr Kollege Pölzl, wir brauchen ja gar nicht nach der Sowjetunion zu sehen, sehen wir nur nach Fohnsdorf. Wenn die KP so viel für die Jugend übrig hat, dann möchte ich Ihnen abschließend einen Fingerzeig geben. Appellieren Sie, der Sie in der Landesleitung der Kommunistischen Partei sitzen (Abg. Opershall: „Ist er noch drinnen?“) an Ihre Organisation und an die führenden Genossen Ihrer Partei, daß in Fohnsdorf der Turnsaal der ehemaligen Werkschule, aus dem die Kommunistische Partei einen Tanzsaal gemacht hat — nachdem zuerst die Russen die Einrichtungen demontiert oder zertrümmert hatten — wieder zum Zwecke der Gesundheitsförderung der Jugendlichen in der Werkschule Fohnsdorf zurückgegeben wird. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

**Präsident:** Ich schreite zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit der Gruppe 2 und den in der Beilage Nr. 68 enthaltenen Abänderungsanträgen des Finanzausschusses die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 3 „Kulturwesen“.

Berichterstatter ist Abg. Hegenbarth. Ich erteile ihm das Wort.

**Berichterstatter Abg. Hegenbarth:** Hoher Landtag! Die Ansätze der Gruppe 3 zeigen, daß das Land Steiermark sich seiner kulturellen Verpflichtungen voll auf bewußt ist. Für das Landesmuseum Joanneum ist ein Betrag von rund 5 Millionen Schilling vorgesehen und es ist überaus erfreulich, daß dieses Joanneum im heurigen Jahr eine bisher noch nie dagewesene Besucherzahl aufgewiesen hat, nämlich über 115.000 Personen, wie schon der Herr Landesrat Dr. Illig früher bekanntgegeben hat. Auch das Barockschloß Eggenberg gehört dazu und es ist vielleicht ein Symbol, das den ungeheuren Fortschritt der Demokratie in unserem Vaterland zeigt, daß ich als Nachfahre eines Bauern, der bis zum Jahre 1848 der Herrschaft Eggenberg robot- und zehentpflichtig war, heute hier über die Erhaltung dieses Barockschlosses referiere.

Als ein Schmerzenskind dieser Gruppe sind nach wie vor die Grazer Bühnen zu bezeichnen. Sie haben heute schon gehört, daß der Theaterausschuß beschlossen hat, das baufällig gewordene Schauspielhaus zu sperren. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß eine Stadt wie Graz ohne Theaterleben undenkbar ist. Da aber heute ein Theaterbetrieb ohne Defizit nicht denkbar ist, wird es sich in Zukunft in erster Linie darum handeln, im Wege eines erträglichen Kompromisses eine Fortführung der Grazer Bühnen auf irgendwelche Weise sicherzustellen.

Das Volksbildungsheim St. Martin — unsere steirische Bauernhochschule — ist wieder aufgebaut und steht voll im Dienste der Fortbildung der bäuerlichen Jugend.

Es sind auch zwei neue Posten heuer eingesetzt worden, und zwar ein Betrag von 200.000 S als Beitrag des Landes zum Wiederaufbau des Stephansdomes. Sämtliche Bundesländer haben die Verpflichtung übernommen, irgend einen Teil des im Jahre 1945 durch die Kriegsgeschehen schwer beschädigten Domes wieder herzustellen. Das Land Steiermark übernahm es, das Riesentor, das aus Schmiedeeisen besteht, restaurieren zu lassen. Ein weiterer Betrag von 100.000 S ist eingesetzt als Beitrag des Landes Steiermark für den Wiederaufbau der durch einen Bombenvolltreffer zerstörten Dominikanerkirche in der Münzgrabenstraße.

Insgesamt zeigt diese Gruppe Ausgaben in der Höhe von 19.739.600 S, dazu kommt noch ein Nachtrag in der Höhe von 353.000 S und ich glaube im Namen des Hohen Hauses zu sprechen, wenn ich Sie namens des Finanzausschusses bitte, diese Gruppe unverändert anzunehmen.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. **Udier**: Hoher Landtag! Ich möchte zu diesem Kapitel Stellung nehmen, weil es ja auch referatsmäßig Herrn Landesrat Dr. Illig und mir zugeteilt ist. Da gilt es zunächst einmal festzustellen, daß wir den Ausgabenstand für den Kultursektor so ziemlich halten, nämlich jährlich ungefähr den Prozentsatz von 5½ bis 6%. Es ist das einerseits erfreulich und doch müssen wir andererseits feststellen, daß wir auf diesem Sektor die Millionen, die wir da hinausgeben, in erster Linie dazu verwenden müssen, um das zu erhalten, was in unserem Land schon vorhanden ist.

Bei den Budgetverhandlungen für das Jahr 1950 schon hat der Herr Abg. Dr. Kaan darauf verwiesen, daß der musikalische Zweig der ganzen Kulturarbeit im Lande zu wenig beachtet worden sei und daß diesem Zweck viel zu geringe Beträge zugewendet worden seien. Der Hinweis damals, daß die Steiermark über eine besonders musikalische Bevölkerung verfügt, ist richtig und diese Behauptung besteht nach wie vor zurecht. Wir haben bei unserem Musikschulwesen — und davon möchte ich ganz kurz sprechen — die Feststellung machen können, daß wir hier ein unendlich weites Gebiet haben, auf dem wir noch viel, viel tun können und ich hoffe, auch tun wollen, weil die Bevölkerung und die Jugend der Steiermark ein musikalisches Talent an den Tag legt, das zu fördern wirklich der Mühe wert ist. Wir bilden in der gesamten österreichischen Bevölkerung einen Kern der musikalischen Begabung und das nicht nur auf dem rein schulischen Sektor, sondern auch auf dem Gebiet der ausübenden Kunst und der schöpferisch tätigen Musiker. Das ist immer wieder festzustellen und zu bemerken. Ich darf auch hier hervorheben, daß sich immer wieder Schüler und Absolventen unserer Konservatorien

bei allen internationalen musikalischen Wettbewerben bestens bewähren, meistens bis zum Endstadium durchkommen und auch sehr häufig zu den Preisträgern zählen, was uns nur mit Stolz erfüllen kann. Wir haben versucht, unser Musikschulwesen, das nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches arg darniederlag, langsam aufzubauen, vor allem die Volksmusikschulen in den einzelnen Bezirken und Städten und Märkten draußen. Es ist hier ein langsames Vorwärtsschreiten festzustellen. Wir hatten immerhin im Jahre 1949 15 solcher Musikschulen und haben jetzt 21 in den Provinz- und Bezirksstädten. Das ist deshalb erfreulich, weil die Intensität der Arbeit und die Steuerung der Arbeit bis in den letzten Graben hinein eine bessere wird und die Erfolge, die wir auf diesem Gebiete erzielt haben, sind beachtenswert. Wenn ich kurz auf einige Leistungen der Musikschulen verweisen darf, die mir in der Geschwindigkeit einfallen! Ich war vielleicht vor dreiviertel Jahren in Voitsberg bei einer Johann-Fux-Feier, die restlos vom Leiter der Musikschule gestellt wurde, unter Einbeziehung der musikalischen Bergarbeiter von Bärnbach und Köflach. Das war eine Leistung dieser Bergarbeiter, daß man eine Freude daran haben konnte, was auf diesem Gebiete alles geschieht. In der Stadt Kapfenberg wurde eine Musikschule eingerichtet, der Betrieb ist außerordentlich rege, mit Unterstützung der Gemeinde konnte diese auf einem recht beachtlichen Niveau gehalten werden. Die Musikschule Murau war in der Lage, die „Schöpfung“ von Haydn aufzuführen. Hartberg und Weiz bringen älteste Meister, alle aus dem Kreis der wirklich musikbeflissenen Schüler heraus, so daß wir feststellen können, daß bei Fortsetzung und Intensivierung dieser Arbeit eine ungeheure fruchtbringende Tätigkeit entwickelt wird, die natürlich erst viel später vielleicht noch beachtlichere Früchte zeitigen wird, die wir heute noch nicht ermessen und feststellen können. Aus dem Kreise dieser kleinen Schüler kommt der eine oder andere zur Erkenntnis, daß er dafür besonders talentiert ist und man kann ihn dann durch Förderung bis ins Konservatorium bringen und dort ist dann die weitere Entwicklung für alles Mögliche gegeben. Es ist nicht so, daß wir eine Überfülle an vorhandenen Künstlern im gesamten Bundesgebiete Österreich haben. Wenn wir erstklassige Bläser für das Symphonieorchester brauchen, ist es nicht leicht, solche zu bekommen, weil die Bläserausbildung etwas schwierig ist und wir noch viel Arbeit in den Musikschulen leisten müssen.

Eines bedrückt uns noch, es hat auf diesen Punkt in der letzten Budgetdebatte auch schon Abg. Kaan, dessen Herz besonders der Musik schlägt, in diesem Raume darauf verwiesen, indem er sagte: „Ich glaube, im kommenden Jahre werden wir uns ernstlich damit beschäftigen müssen, weniger solcher Zuwendungen zu geben, dafür aber zu sorgen, daß ein Kern geschaffen wird, ein Träger entsteht, daß die

Musiklehrer wenigstens den mindesten sozialen Schutz genießen. In dieser Hinsicht haben wir unsere Aufgabe noch nicht erfüllt.“ In Ergänzung der Ausführungen des Herrn Abg. Kaan möchte ich darauf verweisen, daß die Künstler zum sozial schwächsten Berufsstand gehören. Wir können die Musiklehrer da nicht übergehen und müssen uns ernstlich bemühen, diese Frage zu erörtern und zu studieren. Als Ergebnis dieser Studien sind wir gegen Ende dieses Jahres zu einem für uns gangbaren Weg gekommen und haben vom Referate aus im Finanzausschusse beantragen lassen, man möge eine eigene Post einsetzen oder, wenn das nicht möglich ist, die Zuschüsse für die Musikschulen erhöhen, um so die Möglichkeit für die Sozialversicherung der Musiklehrer zu schaffen. Hier sind vor allem die Musiklehrer, die hauptamtlich tätig sind, aber auch gut qualifizierte nebenamtliche Musiklehrer, die nur vom Stundengeld leben, zu erfassen. Dieses Leben vom Stundengeld ist weitgehend ein armseliges Leben vor allem deshalb, weil die freien Monate, in denen kein Unterricht erfolgt, für die Musiklehrer praktisch kein Einkommen ergeben und sie in den Arbeitsmonaten kaum in der Lage sind, einen Schilling auf die Seite zu legen für diese freien Monate. Hier besteht also die dringende Notwendigkeit, vorzusorgen. Ich darf von hier aus sowohl für das Verständnis im Finanzausschuß, als auch, wie ich hoffe, hier im Landtag, danken, daß es möglich war, den Betrag von 100.000 S auf Post 325,76 als Zuschuß für Musikschulen zu setzen. Wir wollen damit versuchen, einen Arbeitsvertrag zwischen Musiklehrer und dem Träger der Musikschule zu schaffen und sind dann bereit, vom Lande aus die zusätzlich erwachsenden Kosten, die Soziallasten, abzudecken. Es ist das ein kleiner Beitrag für eine große Aufgabe, aber doch ein Schritt nach vorne. Was uns hier vorschwebt, ist vor allem die Tätigkeit der Musiklehrer, die vom Idealismus getragen sind und die zu jener Zunft gehören, die immer auf geistigem Gebiete tätig ist und davon lebt und glücklich ist, daß sie diese ihre Betätigung zum Wohle der Allgemeinheit ausüben kann. Wenn von hier aus auch nicht die Rede gewesen ist und auch nicht die Rede gewesen sein kann, daß wir durch diesen bescheidenen Betrag dem vielen Elend abhelfen können, so soll uns das zunächst — ich werde hoffentlich bei den nächsten Budgetverhandlungen im positiven Sinne berichten können — ein Ansporn sein, zu überlegen, ob wir auf diesem Sektor noch mehr tun können oder nicht, auf dem Gebiete, Talente zu fördern und zu geben, was wir geben können vom Lande aus, um herauszuholen, was möglich ist zum Nutzen und Frommen dieses Landes.

Bis heute ist es nicht möglich gewesen, den bombenzerstörten Trakt des Konservatoriums aufzubauen und ich will hoffen, nachdem die Post ungedeckt aufscheint, daß sie eine Mahnung an den Herrn Finanzreferenten zur Unterstützung sei. Vielleicht können wir

einen gemeinsamen Weg finden, entweder einen Bau aufzuführen oder eine andere Unterkunfts-möglichkeit für unser Konservatorium zu schaffen. Dieses ist eine beachtliche Anstalt, wenn-gleich Wien das nicht gerne hört, aber dies nur aus Konkurrenzneid, wie wir leider immer wieder feststellen müssen.

Eines möchte ich noch sagen, was Herrn Abg. Kandutsch interessieren wird, weil er im Vor-jahre bei der Erwähnung, daß der Klub des VdU einen Erhöhungsantrag für die Künstler von 50.000 S gestellt hat, die Hoffnung ausgesprochen hat, daß der Beschluß, bei Neubauten des Landes hier eine gewisse Künstlerförderung zu erzielen, Früchte trägt. Es war möglich, 1951 auf diesem Sektor 350.000 S für 20 Künstler zu wid-men, so daß wir sagen können, daß dieser Be-schluß seine Wirkung hatte. Wir wollen auch weiterhin so vorgehen, weil dies praktisch der einzige Weg ist, um den Künstlern Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. So weit meine Ausführungen zu diesem Kapitel. (Beifall, Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Pözl: Die bescheidenen Mittel, die das Land zur Förderung des gesamten Kulturwesens auswirft, genügen bei weitem nicht für die Bedürfnisse, die auf diesem Gebiet vorhanden sind. Es soll aber anerkannt werden, daß mit diesen bescheidenen Mitteln nach mancher Richtung Wesentliches geleistet wurde. Es ist erfreulich, wenn man heute die Verhältnisse im Joanneum sieht, wenn man sieht, wie aus diesem Museum eine lebendige Einrichtung gemacht wurde. Allein das Äußere ist schon ansprechend, daß die Zäune niedergerissen wurden, daß dort nette Bänke stehen, daß beim Landesmuseum un-unterbrochen ein Band hängt, das wieder eine schöne Ausstellung ankündigt. Es ist auch er-freulich, daß das Schloß- und Barockmuseum Eggenberg aktiviert worden ist, daß dieses Schloß für Museumszwecke freigestellt wurde. Es ist weiters erfreulich, daß der Schloßpark in Eggenberg der Bevölkerung zugänglich ist und ich bin überzeugt, man könnte auch auf dem Gebiet der Museumspflege und auf einigen an-deren Gebieten Erfreuliches feststellen, näm-lich daß mit verhältnismäßig geringen Mitteln doch einiges geleistet worden ist.

Bedauerlich ist aber die Nachricht, die der Herr Landesrat Illig heute dem Landtag ge-bracht hat, nämlich, daß das Grazer Schauspielhaus gesperrt werden soll, daß der Theater-ausschuß bereits solches beschlossen hat und ich bin überzeugt, daß von der Grazer Öffent-lichkeit und auch der steirischen Öffentlichkeit die Schließung des Grazer Schauspielhauses mit außerordentlichem Bedauern zur Kenntnis ge-nommen werden wird. Das Grazer Schauspielhaus ist eine alte und bewährte Kultureinrich-tung der Stadt Graz und ich muß ehrlich sagen, ich staune, daß der Bürgermeister von Graz als Theaterfachmann und der Gemeinderat sich nicht zu einem harten Kampf entschlossen haben, um das Grazer Schauspielhaus vor der Schließung zu retten. Ich habe allerdings heute gesprächsweise gehört, daß das Schauspielhaus

baufällig sei und gegen eine solche Argumentation ist natürlich außerordentlich schwer aufzukommen. Aber immerhin ist es tief bedauerlich, daß eine solche wichtige Kultureinrichtung unserer Stadt und unseres Landes, wie es das Schauspielhaus ist, geschlossen werden soll, daß keine Möglichkeit besteht, dieses Gebäude zu restaurieren und den Kunstbetrieb dort aufrecht zu erhalten, um so mehr, als das Schauspielhaus in der letzten Zeit durch die Stücke, die es herausbrachte, wirklich den Beweis erbrachte, daß es vom künstlerisch und bildungsmäßigen Standpunkt aus eine außerordentlich wichtige Funktion zu erfüllen hat. Ganz im Gegensatz zum Landestheater! Womit ich nicht sagen will, daß nicht auch das Landestheater mitunter ganz gute Stücke herausbringt, die aber natürlich in den Schatten gestellt werden durch den Mist, den das Landestheater auch aufführt.

Ich verweise darauf, daß als einzige Bühne Österreichs das Landestheater es unternommen hat, Sartre und den „Konsul“ herauszubringen. Sartre ist ein Schriftsteller, der zwar außerordentlich begabt ist, der aber seine Begabung dazu mißbraucht, um, wie soll ich sagen, einfach nur im Dreck herumzuwühlen und darin seinen Lebenszweck und die Erfüllung seiner künstlerischen Aufgabe erblickt. Ich weiß, weil er eben dazu neigt, in erster Linie den Kommunisten eines auszuwischen, so glauben Sie, daß das allein schon genügt, den Dreck von Sartre salonfähig zu machen. Aber ich glaube, daß alle positiv eingestellten Menschen, eben Menschen, die sich sagen und sagen müssen, wie es ja auch den Tatsachen entspricht, daß es nicht nur Un erfreuliches und Häßliches und Abscheuliches im Leben des Menschen und der menschlichen Gesellschaft gibt, Sartre sowohl als Künstler als auch hinsichtlich der Wahl des Stoffes ablehnen müssen. Und ich staune, daß gerade im Landestheater, das sozusagen unter dem Protektorat der ÖVP wieder aufgeblüht ist, Sartre gegeben wird, wo doch der Papst Sartre auf den Index gestellt hat. Aber man sieht, die Katholiken sind auch nicht mehr verlässlich! (Heiterkeit.) Hauptsache, die Tendenz ist antibolschewistisch, dann übersieht man, welcher Schmutz aufgeführt wird. Das Schauspielhaus hat in der letzten Zeit außerordentlich gute, österreichische Stücke aufgeführt. Besonders der „Zerrissene“ war wirklich sehenswert, der anklingt an das, was der Österreicher denkt und fühlt, nämlich der gute Österreicher. (Stürmische Heiterkeit.) Es ist daher traurig, daß das Schauspielhaus der Sperrwut und vielleicht auch anderen Mächtschaften zum Opfer fallen soll, während die Stätte, die den größten modernsten Schund herausbringt, erhalten bleibt. Die Mittel des Landes sind nicht dazu da, um den Schund, der im Landestheater herausgebracht wird, zu unterstützen. Es gibt auch gute Stücke dort, das will ich nicht bestreiten, aber man soll sich eben auf die guten beschränken und den Schund von den öffentlichen Bühnen verbannen, denn öffentliche Mittel sind nicht dazu bestimmt,

Schund und Schmutz zu unterstützen. Es sorgen ohnehin die Kinos genügend dafür, daß die amerikanischen Gangster- und Verbrecherfilme in Massen in Österreich gezeigt werden. Verbannen wir von unseren öffentlichen Bühnen Schund und Schmutz, wie Sartres „Schmutzige Hände“. (Zwischenruf: „Gut gebrüllt, Towarisch!“)

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus! Wenn der Herr Abg. Pölzl mit Lobeshymnen anfängt, so fällt mir immer aus der Schule, aus der Geschichtsstunde der Satz ein: „Ich fürchte die Danaer, selbst wenn sie Geschenke bringen“. Wir wußten ja schon, als er mit seinem Lob begann, daß nun eine schwere Rüge folgen wird. Wenn er sagt, man soll nur gute Stücke spielen und nicht auch schlechte, dann hat er sich auf den Kulturstandpunkt jener Macht gestellt, von der er immer und überall seine Befehle bekommt, indem er das Kulturwesen mit Propagandawesen verwechselt. Wir fassen das Kulturwesen so auf, daß wir objektiv jede Äußerung des Kunstwillens uns anhören und ansehen wollen und jeder Zuhörer mag sich selbst sein Urteil bilden.

Dies vorausgeschickt, sehe ich meine heutige Aufgabe darin, vor uns und vor der Öffentlichkeit zu prüfen, ob der Geldaufwand, den wir für das steirische Kulturwesen beschließen, zu geringfügig ist. Es sind heuer rund 2 Millionen Schilling dafür eingesetzt, also ungefähr der gleiche Anteil am Gesamt-Budget wie im Vorjahr. Es ist vielleicht ein Spiel mit Ziffern, wenn der Prozentsatz, den nun durch mehrere Jahre schon Steiermark und der Steiermärkische Landtag dem Kulturwesen widmen, sozusagen der „bürgerliche“ Prozentsatz ist, gemessen am Jahreseinkommen.

Wir opfern unserem Kulturwesen 3 bis 4, manchmal 5% unseres gesamten Einkommens. Ich will diesmal diese Frage nicht vom Gesichtspunkte des Wandels der Kulturpflege vom feudalen Mäzenatentum zur öffentlichen Hand beleuchten, sondern vom rein steirischen Gesichtspunkte, wie er dem Steiermärkischen Landtag hier zukommt. Ich bitte Sie, mit mir einen kleinen Blick auf die Landkarte Österreichs zu werfen. Vor Ihrem geistigen Auge fällt Ihnen auf, daß Steiermark in seinen Umriszen eine Ähnlichkeit mit ganz Österreich hat. Diese Ähnlichkeit ist aber nicht nur in den äußeren Umriszen da. Wenn man an eine innere Gliederung in geographischer, kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Art denkt, so ist Steiermark in vieler Hinsicht das Österreich im Kleinen, es ist aber auch in geschichtlicher Hinsicht das Österreich im Kleinen gewesen. Alle großen Wendungen in der politischen Geschichte Österreichs sind irgendwie von Steiermark ausgegangen oder von Steiermark mitbestimmt worden, im Guten wie im Schlechten. Es war somit österreichisches Schicksal an das Schicksal der Steiermark gebunden. Man kann diese Parallele noch weiter führen: dieselbe Rolle, die Steiermark in Österreich spielt, spielt Österreich in Europa. Österreichs Schicksal ist Europas

Schicksal. Das Gute und Schlechte dieses Satzes haben wir alle, die wir hier sitzen, in unserem Leben schon zweimal erfahren müssen.

Ich habe jetzt von gut und schlecht geredet, ich will nun das Gute, unser Kulturwesen, heranziehen. Daß Europa aus dem Kulturwesen der ganzen Welt nicht wegzudenken ist, steht außer jedem Zweifel; ebenso, daß Österreich aus dem Kulturwesen Europas nicht wegzudenken ist. Dieses Österreich, daß in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine Sonderstellung im Südostraum inne hat, hat eine kulturelle Sendung nur deshalb erfüllen können, weil es diese Randstellung hatte und innerhalb Österreichs hat diese Randstellung wiederum Steiermark und aus dieser Randstellung im südöstlichen Raum ergeben sich viele Schwierigkeiten und Aufgaben besonderer Art, insbesondere auf kulturellem Gebiete. Diese kulturellen Aufgaben, die jeder Generation obliegen, auch uns, müssen in Steiermark in 2 Gruppen geteilt werden. Die eine Gruppe ist die erhaltende, die die Denkmäler der bildenden Kunst aus der Vergangenheit über die Gegenwart hinweg in die Zukunft rettet. Die zweite große Aufgabe auf dem Gebiete der darstellenden, der wiedergebenden Kunst, auf dem Gebiete der Architektur und bildenden Kunst ist die Erhaltung auf die Nachwelt, eine leichtere Aufgabe; wenn ich das Bestehende nicht verkommen lasse in Museen, in verstaubten Galerien oder konfessionellen Gedächtnisstätten, so habe ich meine Aufgabe vor der Vergangenheit erfüllt. Dazu kommt noch die Förderung auf dem Gebiete schaffender Künstler. Die Nachwelt wird wenig Sinn dafür haben, wenn wir ihr Ruinen hinterlassen oder verstaubte Galerien. Ich glaube, daß wir da Anspruch auf eine gute Note haben, und zwar dank der Tätigkeit des Landtages auf diesem Gebiete, insbesondere des Referenten in der Landesregierung, Herrn Landesrates Dr. Illig, haben wir den Anspruch auf eine gute Note vor der Nachwelt erworben. Viel schwieriger in dieser Hinsicht, vor der Nachwelt zu bestehen, ist es auf dem Gebiete der anderen Gruppe. Schauen Sie, es ist der kommenden Generation vollkommen gleichgültig, ob wir hier schöne Opern gehört haben, Konzerte gehört haben, einen genußreichen Abend im Schauspielhaus gehabt haben oder nicht. Sie wird selbst solche Konzerte in den entsprechenden Städten hören wollen. Das ist das Merkwürdige, daß diese Übertragung auf die Nachwelt in diesem Gebiet auf Wegen erfolgt, die nicht sichtbar und faßbar sind. Die Wege, die uns zu Gebote stehen, sind erstens einmal, die Stätten zu erhalten, wo diese Kunst ausgeübt wird, die Konzertsäle und Theater, zweitens ist aber auch ein Lebensstrom zu erhalten, der diese Stätten ausfüllt. Das wäre eigentlich nur in Schulen, in Kunstschulen zu machen. Die Generation, die heute in den Schulen heranwächst, wird in der kommenden Generation die darstellenden Künstler oder die kunstsachverständigen Zuhörer abgeben. Auf diesem Gebiete hat der Steierm. Landtag noch zwei unerfüllte Aufgaben vor sich. Ich will

keineswegs sagen, daß wir die Linie, die wir in der ersten Gruppe beschritten haben, verlassen, wir sollen vielmehr stolz sein darauf und einen weiteren Ausbau mit erhöhter Intensität betreiben. Wenn ich mich der zweiten Gruppe zuwende, muß ich sagen: dort liegt teilweise, wie Sie schon aus den Ausführungen des Abg. Udier entnommen haben, die Sache noch im Argen.

Was nun unsere Theaterbetriebe anlangt, wird ein anderer Kollege noch viele Einzelheiten zu sagen haben. Wir sind vor die Frage gestellt, ob wir den Theaterbetrieb aufrecht erhalten sollen oder nicht, hier wäre eine eindeutige Antwort zu geben: das „Ja“. Gerade vom Gesichtspunkte, mit dem ich meine heutigen Ausführungen eingeleitet habe, können wir weder unsere Aufgabe als Landeshauptstadt erfüllt ansehen, wenn wir die Theater schließen, noch unsere besondere Aufgabe innerhalb Österreichs, innerhalb Europas, wenn wir in Graz zulassen würden, daß die Theater geschlossen werden. Das Schließen des Theaters bedeutet nicht etwa, daß ein oder zwei Spielzeiten nicht gespielt wird, sondern, daß ein gewachsener Apparat zerschlagen wird, dessen Wiederherstellung Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern würde. Wir müssen weiter Theater spielen! Was die Erhaltung der Theatergebäude anlangt, so ist heute schon gesagt worden, daß der Betrieb im Schauspielhaus zeitweise eingestellt werden muß. Es mag das kein so großes Unglück sein, auch wenn hie und da ein Stück gewählt wird, an dem man berechnete Kritik üben kann, weil ja tatsächlich im jetzigen Raum, der der Landeshauptstadt Graz zur Verfügung steht als Publikum, drei Bühnen ein etwas zu großer Schauspielraum sind.

Was nun die Musikschulen anlangt, so liegen sie in doppelter Hinsicht im Argen. Die Volksmusikschulen sind erst im Aufbau begriffen und kämpfen um ihre Träger. Die Landesmusikschule, das Konservatorium, wird der Geltung Steiermarks als Musikland in keiner Weise gerecht. Das Gebäude ist zur Hälfte bombenbeschädigt und bot auch vor dem Kriege nicht genügend Raum, um alle jene zu unterrichten, die sich darum bewarben. Besonders beschämend wirkt es aber, wenn wir einen Vergleich ziehen mit den übrigen Landeshauptstädten, in welchen Stätten für die Kunstausbildung vorhanden sind, besonders für die Musik, mit denen sich unsere bei weitem nicht messen kann. Es sei nur an das „Mozarteum“ in Salzburg gedacht oder an die große Kunstschule in Wien oder an den ungeheuren Aufwand, den Klagenfurt getätigt hat, um sein Konservatorium wieder herzurichten. Ich glaube also, daß die Erhaltung und Wiederherstellung dieses elementarsten Volksgutes, der Musik in Steiermark, unser besonderes Augenmerk, und zwar ein von Jahr zu Jahr gesteigertes Augenmerk gewidmet werden muß. Wir sprechen immer von dem Aktivum „Musik“ und dem Aktivum „Kunst“. Ich möchte bitten, diesen kaufmännischen Ausdruck doch für diese Gebiete auszuschließen, denn man kann nicht sagen, ich

stecke dabei so viel Geld hinein und kriege dann so und so viel heraus. Wir wollen die Kultur auch nicht als ein Propagandamittel betrachten, wohl aber als eine Aufgabe, die wir für unsere Nachwelt zu erfüllen haben.

Sie alle haben sicher das beängstigende Gefühl, das einen überkommt, auch schon gehabt, wenn man von Salzburg oder Wien nach Graz fährt, daß plötzlich, wenn man nach Bruck kommt, der Verkehr sichtlich nachläßt, gemessen an der Intensität des Verkehrs bis dort hin. Wir müssen erkennen, daß wir hier in einem Sack leben, in den der Strom des Lebens nicht mehr so hereinkommt, weil eben unser Hinterland, der Südostraum, von uns durch einen eisernen Vorhang abgeschnitten ist bzw. längere Zeit abgeschnitten war. Bei uns droht der kulturelle Lebensbaum, von den wir ein sehr mächtiger Ast sind, zu verdorren, wenn wir ihn nicht pfleglich behandeln. Und ich glaube, diese Aufgabe haben wir vor unserer eigenen Generation, insbesondere aber vor der kommenden Generation zu erfüllen. (Beifall und Bravorufe.)

**Abg. Ertl:** Hohes Haus! Es ist mir ein auf richtiges Bedürfnis, die einmalige große Leistung unserer Volksbildungsheime im Hohen Hause aufzuzeigen. Der Erfolg kommt nicht nur der Landwirtschaft, sondern dem ganzen österreichischen Volke zugute. Die Zentralstätte der Volksbildungsheime ist unser altehrwürdiges St. Martin unter der derzeitigen Leitung von Prof. Direktor Kern.

In St. Martin ist heuer eine Arbeitsgemeinschaft für Lehrer und Lehrkräfte für landwirtschaftliche Kurse, bestehend aus 26 Teilnehmern, abgehalten worden, ein Richterkurs mit 68 Teilnehmern, eine Musikschulleiter-Tagung mit 26 Teilnehmern, eine Erziehertagung mit 150 Teilnehmern, ferner eine Arbeitsgemeinschaft für Leiter und Lehrkräfte hauswirtschaftlicher Fortbildungsschulen für Bauernmädchen mit 125 Teilnehmern, eine Arbeitsgemeinschaft für Lehrer mit 121 Teilnehmern, eine Arbeitstagung der Heimatvertriebenen mit 72 Teilnehmern und ein Volkstanzkurs mit 68 Teilnehmern, also im besten Sinne des Wortes eine Volkshochschule, die außerdem die Betreuung von 170 bäuerlichen Fortbildungskursen für Burschen mit 3162 Teilnehmern im Jahre 1950/51 und 154 Fortbildungskursen für Burschen im Jahre 1951/52 mit 3080 Teilnehmern durchführte. Ferner fanden statt 112 hauswirtschaftliche Kurse für Mädchen im Jahre 1950/51 mit 1647 Teilnehmerinnen und 125 hauswirtschaftliche Kurse für Mädchen im Jahre 1951/52 mit 1744 Teilnehmerinnen. Es erfüllt mich mit großer Freude, diese hohe Teilnehmerzahl zu betrachten, die bekundet, daß die ländliche Bevölkerung großes Interesse daran hat, sich fortzubilden, sich das geistige Rüstzeug zu verschaffen für die großen Aufgaben, die ihr die Zukunft stellt. Besonders hervorheben möchte ich 9 bäuerliche Fortbildungskurse für Mädchen aus nicht landwirtschaftlichen Kreisen mit ins-

gesamt 185 Teilnehmern. Es ist besonders lobend hervorzuheben, daß auch aus nicht landwirtschaftlichen Kreisen Leute die Fachkurse in St. Martin besucht haben, um sich dort zu tüchtigen, sparsamen Hausfrauen ausbilden zu lassen.

Außerdem möchte ich noch erwähnen das Volksbildungsheim Feistritz. Es wurden dort im Jahre 1950/51 zwei bäuerliche Mädchenkurse mit 18 und 29 Teilnehmerinnen und im Jahre 1951/52 zwei bäuerliche Mädchenkurse mit 30 Teilnehmerinnen und drei Kurse für nicht landwirtschaftliche Mädchen mit 23 und 18 und im Jahre 1951/52 mit 20 Teilnehmerinnen abgehalten. Im Schloß Stein sind im Jahre 1950/51 2 Bauernmädchenkurse mit 19 und 20 Teilnehmerinnen und im Jahre 1951/52 ebenfalls 2 Bauernmädchenkurse mit je 19 Teilnehmerinnen abgehalten worden. Weiters wurden in Purgstall zwei Bauernmädchenkurse im Jahre 1950/51 mit 22 und 24 Teilnehmerinnen und zwei Bauernmädchenkurse im Jahre 1951/52 mit 22 und 20 Teilnehmerinnen abgehalten und ein Kurs für nicht landwirtschaftliche Mädchen mit ebenfalls 20 Teilnehmerinnen. Ferner ist noch zu erwähnen ein Lehrer- und Lehrerinnenkurs, wovon ein Teil in St. Martin mit 29 Lehrern und 38 Lehrerinnen und der zweite Teil im Schloß Feistritz mit 29 Lehrern und 38 Lehrerinnen stattfand.

Aus diesem kurzen Bericht darf das Hohe Haus entnehmen, daß auf diesem Gebiete wirklich ganz vorbildliche Arbeit geleistet wurde und ich danke dem Finanzausschuß, daß er die im Budget festgesetzten Beträge bereits genehmigt hat und bitte auch das Hohe Haus um Annahme. Ich darf versichern, daß diese Beträge wirklich auf fruchtbarsten Boden fallen. (Beifall und Bravorufe.)

**Landesrat DDDr. Illig:** Hoher Landtag! Im Rahmen der Gruppe 3 fallen mir verschiedene Verwaltungsgebiete zu, vor allem das schon mehrfach erwähnte Landesmuseum Joanneum mit seinen Abteilungen: Kulturhistorisches Museum, Alte Galerie, Neue Galerie, Naturhistorisches Museum, Prähistorisches Museum mit Münzenkabinett, Volkskundemuseum mit Heimatsaal, Landesbibliothek und Schloß und Barockmuseum Eggenberg.

Ich möchte nun die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf einiges lenken, was Ihnen vielleicht bei flüchtigem Lesen des Budgets entgangen ist. Das Joanneum bekommt am 1. Jänner 1952 einen Zuwachs. Mit diesem Tage geht nämlich das bisher der Stadtgemeinde Graz gehörige „Stadtmuseum Graz“, das sich derzeit im „Palais Attems“ in der Sackstraße befindet, in das Eigentum des Landes über. Es wird in Hinkunft vom Land Steiermark im Rahmen des Landesmuseums Joanneum verwaltet werden. Die Landesregierung hat sich im Einvernehmen mit der Stadtgemeinde Graz zu diesem Schritte entschlossen, weil die bisherige Verwaltung des „Stadtmuseums Graz“ jene lebendige Verbindung mit dem Publikum vielleicht vermissen

ließ, die wünschenswert und notwendig ist. Während auf der einen Seite die Besucherziffer des Landesmuseums Joanneum von 2000 Besuchern im Jahr auf 115.000 im Jahre 1951 anstieg, war der Besuch des Stadtmuseums, das allerdings auch etwas verborgen gelegen ist, ein sehr unzureichender, ja, ich möchte fast sagen, ein betrüblicher. Durch den Einbau in den Rahmen des Joanneums hoffen wir, dieses Stadtmuseum zu beleben. Es wird unter dem Titel „Landesmuseum Joanneum, Unterabteilung Stadtmuseum Graz“ fortleben. Es wird in Kürze mit der Sonderausstellung „Stadtmuseum Graz“ im Südtrakt des Kulturhistorischen Museums in der Neutorgasse sein neues Debüt vor der Öffentlichkeit vornehmen können.

Ich möchte das Hohe Haus auf die Wiederherstellung des Schlosses Eggenberg aufmerksam machen. In aller Stille hat sich diese Wiederherstellung des weitgehend devastierten Besitzes vollzogen. Die Benützung als Schule in der reichsdeutschen Ära, die Besetzung durch die Russen und später durch die Engländer hat dieses prachtvolle Renaissanceschloß eines der ältesten steirischen Geschlechter in bejammernswerten Zustand versetzt, wertvolle Einrichtungen wurden zum großen Teil zerstört und mußten in mühsamer jahrelanger Kleinarbeit wieder ersetzt werden. Jetzt sind wir soweit, daß in wenigen Monaten das außen und innen vollkommen wiederhergestellte Schloß der Öffentlichkeit wird übergeben werden können. Ein auswärtiger Besucher mit ganz objektivem Urteil, der Präsident des österr. Verkehrsbüros, hat kürzlich in der schönen Zeitschrift „Österreich in Wort und Bild“ in einer Sondernummer, die dem Lande Steiermark gewidmet war, dem Landtag und dem Lande Steiermark seine Gratulation zur Wiederherstellung dieses alten Kulturgutes ausgesprochen mit den Worten: „Die Wiederherstellung des Schlosses Eggenberg ist eine Kulturtat der Fremdenverkehrsförderung allerersten Ranges“. Das ist ein Urteil eines Auswärtigen, auf das wir sicherlich stolz sein können. Auch der 200 Jahre alte Schloßpark von Eggenberg, der für Graz eine Art Schönbrunn bildet, ist wieder hergestellt worden, einiges Wild, zahme Rehe und Hirsche sollen dort ein friedliches Dasein führen und das Entzücken aller Besucher, insbesondere der Kinder, bilden.

Von meinen weiteren Referaten möchte ich eines berühren, das in den letzten 2 Jahren wiederholt im Blickpunkt der Öffentlichkeit stand und ab und zu leider eine recht mißgünstige Kritik erfahren hat, das ist die von mir inaugurierte Neuschöpfung, das Künstlerhaus, das sich nunmehr vor dem Burgtor im altbekanntesten Stadtparkdreieck erhebt. Über dieses Künstlerhaus ist sehr viel geschrieben und gesprochen worden und eine gewisse, besonders mißgünstige Presse hat alle möglichen Märchen über dieses Haus, seine Errichtung und die näheren Umstände in die Welt gesetzt. Ich muß sie der Reihe nach widerlegen und ad ab-

surdum führen. 1. Es wurde behauptet, daß dieses Gebäude nur aus Steuergeldern errichtet wurde. Das ist unwahr! Dieses Gebäude ist auch durch weitgehende Spenden privater Kunstfreunde gefördert worden. 2. Wurde prophezeit, dieses Künstlerhaus werde nicht fertiggestellt werden können, weil Landesrat Illig das Geld ausgehen werde und Land, Gemeinde und private Geldgeber nicht mehr geneigt sein würden, etwas auszulassen. Auch das ist unwahr! Das Künstlerhaus ist vollendet und wir werden bald die letzte Hand an den Einbau der Heizung gelegt haben. Damit komme ich zur dritten Unwahrheit in der Presse. Es wurde nämlich behauptet, ich werde kein Geld haben, um das Haus zu beheizen, so daß es im Winter meist als Kühlhaus dienen kann. Das ist unwahr, denn die Heizung steht bereits dort und jeder Mann kann sich durch Lokalausweis davon überzeugen, daß sie bestens funktioniert. 4. wurde behauptet, das Haus stehe auf Rutschterrain und es bestehe die Gefahr, daß es bald nach Fertigstellung zusammenpurzeln werde. Das ist unwahr, denn die genauen Messungen unserer Baumeister, Architekten und Sachverständigen des Stadtbauamtes haben ergeben, daß die stets und bei allen neu errichteten Gebäuden eintretenden natürlichen schwachen Senkungen hier weit unter dem erwarteten normalen Ausmaß geblieben sind.

Man hat in gehässiger Weise die Errichtung des Künstlerhauses immer mit der Wohnbaufrage, also nicht vergleichbare Größen, in Zusammenhang gebracht und gesagt, es sei ein Verbrechen, bei dem Mangel an Wohnungen ein Künstlerhaus zu errichten. Wenn wir aber alles zurückstellen wollten, jede Art von Tätigkeit, ob kultureller oder anderer Art, bis diese eine große Frage gelöst ist, so müßten wir auf Jahrzehnte jede andere Tätigkeit einstellen. Dies ist unmöglich, was wohl keiner weiteren Begründung bedarf. Ich kann feststellen, daß für das Land und für die Kunstpflege mit der Errichtung dieses Künstlerhauses mit einem denkbar kleinen Aufwand der denkbar größte Erfolg erzielt worden ist. Das Land hat insgesamt bisher für die Errichtung des Künstlerhauses 650.000 S flüssiggestellt. Mit diesen 650.000 S ist ein höchst wertvoller Grund, dieses Dreieck vor dem Burgtor, uns zugefallen und das ganze Künstlerhaus, zu dem die Stadtgemeinde Graz, der Bund und Hunderte privater Kunstfreunde beige-steuert haben. Jedenfalls ist uns mit diesen 650.000 S ein Wert sozusagen als Geschenk zugefallen, der bei vorsichtiger Schätzung das fünf- bis sechsfache beträgt. Ich glaube also, daß, sogar von der rein geschäftlichen Seite betrachtet, das Land kein schlechtes Geschäft gemacht hat. Sie können sich weiter überzeugen, daß die Gebarung des Künstlerhauses aktiv präliminiert ist und ich wage die Hoffnung auszusprechen, daß es mir gelingen wird, eine Aktivgebarung zustandezubringen. Der heuer erstmalig und, wie ich hoffe, einmal präliminierte Abgang von 100.000 S ist darauf zurückzuführen,

daß es Restausgaben für Bau und Einrichtung sind, die in diesem Betrage enthalten sind. Wenn ich aber, wie man sich durch einen Blick in den Untervoranschlag „Künstlerhaus“ überzeugen kann, diese restlichen Ausgaben abziehe, ergibt sich aus der präliminierten Gebarung des Künstlerhauses nicht nur kein Abgang, sondern sogar ein bescheidener Überschuß. Es ist fünftens behauptet worden in einem besonders gehässigen Artikel, die Überbonzen des Landes hätten vor dem Volkszorn über die Errichtung dieses Künstlerhauses eine solche Angst, daß sie sich zur Eröffnung gar nicht hineingetraut haben, sondern daß der Herr Landesmarschall, eine erfundene Persönlichkeit, dort die Eröffnungsrede halten mußte. Ich kann im Gegenteil dem Hohen Hause mitteilen, daß die Eröffnung dieses neuen Kulturinstitutes vor aller Öffentlichkeit in Anwesenheit — wie ich hoffe — aller prominenten Vertreter von Politik, Wirtschaftsleben und Kultur stattfinden wird, und zwar entweder durch den Herrn Bundeskanzler persönlich oder in seiner Vertretung durch den Herrn Bundesminister für Unterricht.

Ich darf, Hohes Haus, bei diesem Kapitel noch auf einige andere Teilerferate verweisen, die vielleicht nicht uninteressant sind und in der letzten Zeit eine bemerkenswerte Entwicklung genommen haben. Das ist vor allem die Denkmalpflege, in der auch die Aufdeckung antiker Gebäude und Kunstschatze inbegriffen ist. Gerade vor einigen Wochen gelang unserer prähistorischen bzw. römischen Abteilung des Joanneums ein einfach sensationeller Fund, indem wir auf dem Frauenberg bei Leibnitz ein großes römisches Tempelgebäude ausgraben konnten, bei welchem das Mauerwerk bis zu einer Höhe von 3 m noch vollständig erhalten war. Das ist für Steiermark ein ganz seltener Fall, weil bei allen bisherigen römischen Ausgrabungen nur Grundrisse mit ganz niederen Mauerwerken in der Höhe von 30 bis 40 cm ans Tageslicht befördert werden konnten. Hier haben wir nun ein vollständiges Gebäude gefunden, dem eigentlich nur das Dach fehlt. Es besteht der Plan, in diesem originalen römischen Tempel das Heimat- oder Ortsmuseum des Ortes Flavia Solva, des heutigen Leibnitz, unterzubringen und dadurch der Untersteiermark einen kulturellen Anziehungspunkt von großem Interesse zu schenken.

Zuletzt möchte ich auch Erwähnung tun des auch hier in dieser Gruppe 3 vorhandenen Kapitels „Naturschutz“. Ich beabsichtige, dem Hohen Haus im ersten Vierteljahr des Jahres 1952 zwei Gesetzesentwürfe zur Beratung und zur Beschlußfassung vorzulegen, die in dieses Kapitel gehören, und zwar erstens ein nach modernen Prinzipien erstelltes Naturschutzgesetz an Stelle des derzeit noch geltenden Reichs-Naturschutzgesetzes, das in vielen Bestimmungen den lokalen Verhältnissen nicht angepaßt ist, und zweitens ein Bergwachtgesetz, durch welches gewissen Vertrauenspersonen der alpinen Vereine des Landes eine

Art halbamtlicher Funktion beim Schutz unserer Alpenwelt gegen gewissenlose und rücksichtslose Ausplünderung der Alpenpflanzen und der Tierwelt eingeräumt werden soll. Ich glaube, daß das eine dringende Notwendigkeit ist. Ein besonderer Reiz unserer Heimat und ein Positivum unserer Heimat liegt vor allem in den Naturschönheiten und nicht zuletzt in der herrlichen Pflanzenwelt, in den Alpenblumen, in den schönen Bäumen und in ihrer Tierwelt. Man ist empört, wenn man manchmal an einem Sonntag, an dem die Berge von Ausflüglern überlaufen werden, heimkehrenden, sogenannten „Auch-Touristen“ begegnet, die ganze Rucksäcke oder Körbe voll Enzian, Almrausch und dergl. zu Tal fördern, um dann vielleicht nach 48 Stunden diese Zierde der Berge dem Mülleimer zu überantworten. Da aber die Behörde nicht auf jeder Alm, in jedem Kar, auf jedem Gipfel eine Filiale stationieren kann, sind wir auf die Idealisten in den alpinen Vereinen angewiesen und diese uns von den alpinen Vereinen namhaft gemachten Vertrauensmänner werden die Funktion und Legitimation erhalten, solche Frevler an unserer Heimat zu stellen, ihnen das Nationale abzunehmen, das Raubgut zu konfiszieren und den Übeltäter durch Anzeige der gerechten Strafe zuzuführen.

Hohes Haus, die 20 Millionen Schilling, die das Land Steiermark für kulturelle Zwecke ausgibt, sind gut angewendet. Die Weltgeltung Österreichs hat seit jeher auf seinen kulturellen Leistungen beruht, das dürfen wir nicht vergessen. Und jeder Schilling, jeder Groschen, den wir für diese Dinge ausgeben, den geben wir aus für den großen Namen Österreichs in der übrigen Welt. (Allgemein starker Beifall.)

**Abg. Dr. Amschl:** Hohes Haus! Mehrere Redner in der General- und Spezialdebatte haben sich bereits mit dem Unterabschnitt 323 „Theater- und Bühnenwesen“ beschäftigt und sind übereinstimmend zu dem Schluß gekommen, daß sich der hohe Ansatz, der im Voranschlag steht, unter allen Umständen verantworten und aufrechterhalten läßt. Gestatten Sie mir nur, einen kurzen Überblick über die Vereinigten Bühnen zu halten, denn der Herr Abg. Pölzl befindet sich in einem Irrtum, wenn er die ÖVP für das Landestheater hier insbesondere verantwortlich macht.

Seit dem Februar 1950 gibt es kein Landestheater mehr, sondern nur mehr die Vereinigten Bühnen Land Steiermark — Stadtgemeinde Graz. Es wurde zwischen diesen beiden Partnern, nämlich zwischen dem Land Steiermark und der Stadtgemeinde Graz, ein eigener Wirtschaftskörper geschaffen, und zwar begann die Wirksamkeit dieser Tätigkeit mit der Spielzeit 1950/51. Im Präliminare wurden damals vorgesehen Ausgaben im Gesamtausmaß von 7·9 Millionen Schilling, Einnahmen von 3½ Millionen Schilling. Der Zuschußbedarf wurde damals errechnet mit 4·4 Millionen Schilling. Der Abschluß, der uns nunmehr für die Spielzeit 1950/51